

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1878

Aktenzeichen

ohne

Titel

Ökumenische Arbeit national und international

Band

Laufzeit

1966 - 1985

Enthält

u.a. Informationsdienst der ökumenischen Arbeitsstelle Dresden; Informationen des ökumenischen Jugenddienstes; "Weltgemeinschaft" - eine Problemskizze von H.M. Bartold, vom Ökumenischen Institut Berlin

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

ausbl. zurück an WVA

EVANGELISCHER NACHRICHTENDIENST

IN DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK

Redaktion: 1017 Berlin · Krautstraße 52 · Fernruf: 2700131
Postfach 114 · Telegrammanschrift EVAVERLAG BERLIN

n

e

a

31618 AUSGABE A

ISSN 0014-3553

XXXIII/6

6. Februar 1980

Seite

1) Eine internationale LWB-Konsultation in Eisenach	2
2) Aus der Arbeit der Görlitzer Kirchenleitung	3
3) Hoher Spendenertrag für Lesotho-Kinderfonds	4
4) Leipziger Kirchenveranstaltungen zur Messewoche	4
5) Ein Regionalkirchentag 1981 in Nordhausen	5
6) Aus den Kirchen in der DDR - kurz notiert	6
7) Der Berliner Dom ist jetzt 75 Jahre alt	7
8) KEK-Generalsekretär über aktuelle Aufgaben	9
9) Ökumenische Konferenz über Familienfragen	11
10) OLKR Ulrich von Brück aus Äthiopien zurück	10
11) Themen der EKD-Synode: Frieden, Mission	12
12) Aus dem ungarischen Ökumenischen Rat	14
<u>Berichtigung</u>	14

ena-Interview

15/16

Die namibischen Kirchen bereiten sich auf ihre Aufgaben in einem freien Namibia vor
Ein Gespräch mit Albertus Maasdoorp

1) Internationales Stipendien- und Austauschprogramm geprüft

Konsultationstagung des Lutherischen Weltbundes in Eisenach

Der Lutherische Weltbund veranstaltete vom 25. bis 31. Januar in Eisenach eine internationale Konsultation zur Auswertung seines Stipendien- und Austauschprogramms. Die Arbeit des Programms in den zurückliegenden sieben Jahren seit der letzten Konsultation in Beirut (Libanon) und die Ziele und Verfahrensweisen bei der Vergabe von Stipendien wurden überprüft. Die Konsultation hatte der Lutherische Weltbund auf Einladung des Nationalkomitees des LWB in der DDR nach Eisenach einberufen. Unter den 45 Teilnehmern aus sechs Kontinenten befanden sich auch der Beigeordnete Generalsekretär des LWB, Pastor Albertus Maasdorp, und der Direktor der Studienabteilung, Dr. Yoshiro Ishida. Leiter der Konsultation waren der Vorsitzende des Stipendienausschusses, Prof. Dr. Hans-Werner Gensichen (Heidelberg), und der indische Pädagoge Dr. Isaac.

Beim Eröffnungsgottesdienst in der Eisenacher Nikolaikirche hielt der Thüringer Landesbischof Werner Leich die Predigt. Das Nationalkomitee gab am 26. Januar für die Teilnehmer einen Empfang im Haus Hainstein, das auch Tagungsstätte war. An einem Abend waren die Teilnehmer der Konsultation Gäste in Eisenacher Familien.

Das Internationale Stipendien- und Austauschprogramm wird im Rahmen des LWB von der Studienkommission verantwortet. Wie in Eisenach berichtet wurde, sind seit 1973 durch dieses Programm 704 Stipendien vergeben worden. Davon gingen 413 an Theologen und 291 an Nicht-Theologen mit unterschiedlichen Berufen und Ausbildungszielen. Unter den Stipendiaten waren 586 Männer und 118 Frauen. Die Verteilung auf die Kontinente ergibt folgendes Bild: Afrika 217, Asien 225, Australasien 10, Europa 138, Lateinamerika und Karibik 58, Nordamerika 56. Die Durchführung des Programms erfordert rund 800.000 Dollar im laufenden Jahr. Für 1980 lagen der Konsultation 150 neue Stipendienanträge vor.

Die Handhabung des Programms seit der Beirut-Konsultation wurde in Eisenach im wesentlichen bestätigt. Dem Genfer LWB-Stab des LWB wurde für seine Arbeit gedankt. Die Beratungen zeigten, daß die Veränderungen im Verständnis des Lebens und Wirkens der Kirchen in der heutigen Gesellschaft sich auch auf die Grundsätze des Stipendien- und Austauschprogramms auswirken. So sind auch in den 30 Jahren des Bestehens eines Lutherischen Stipendienprogramms immer mehr Stipendien für nicht-theologische Disziplinen vergeben wurden. Betont wurde in der Eisenacher Konsultation, daß Frauen und Nicht-Theologen bei

der Vergabe von Stipendien Priorität haben sollen. Die Notwendigkeit der besonderen Unterstützung von Minderheitskirchen wurde ebenfalls festgestellt. Weitere wichtige neue Gesichtspunkte bei der Erörterung der bisherigen Arbeit waren: Dringlichkeit einer besseren Ausbildung auf dem Gebiet der Kommunikations- und Medienarbeit, Förderung von Studienprojekten, die sich mit Menschenrechten, mit wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit sowie mit dem Dialog mit Religionen und Weltanschauungen befassen. Diskussionsthema waren andererseits auch sehr praktische wirtschaftliche Fragen, z. B. die in vielen Ländern ständig steigenden Lebenshaltungskosten, die eine Erhöhung der Zahl der Stipendiaten trotz wachsender Gesamtausgaben kaum zulassen. Von daher wurde gefordert, daß Stipendiaten stärker als bisher in ihren eigenen Ländern und Regionen ausgebildet und gefördert werden sollten.

(ena)

2) "Noch schwierige und vielschichtige Fragen"

Görlitzer Kirchenleitung erörterte Eisenacher Empfehlungen

Die Görlitzer Kirchenleitung hat sich auf ihrer ersten Sitzung des Jahres 1980 eingehend mit den "Eisenacher Empfehlungen" für eine engere Gemeinschaft der evangelischen Kirchen in der DDR beschäftigt. An diesem Gespräch nahm auch der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR -, Kirchenpräsident Natho (Dessau), teil.

Zu Beginn der Beratungen der Kirchenleitung hatte Oberkonsistorialrat Eberhard Völz einen einführenden Bericht über den Stand der aufgrund der Eisenacher Empfehlungen geführten Gespräche in den Landeskirchen über eine "Vereinigte Evangelische Kirche" in der DDR gegeben. Sowohl der Bericht als auch die Diskussion ließen erkennen, daß die mit diesem Thema verbundenen Fragen sich als schwierig und vielschichtig erweisen. Sie ließen auch die Notwendigkeit sichtbar werden, den Mitgliedern der Görlitzer Provinzialsynode rechtzeitig ausreichende Informationen für ihre Beratungen über den Gegenstand zukommen zu lassen.

Einmütig war die Kirchenleitung darin, daß ein künftiger Zusammenschluß aller evangelischen Kirchen in der DDR eine stärkere und verbindlichere Gemeinschaft darstellen muß als der gegenwärtige Kirchenbund. Zugleich wurde aber deutlich, daß die in der Gemeinschaft der EKU-Kirchen gewachsenen Bindungen und Gemeinsamkeiten nicht einfach aufgegeben werden können. Die Aussprache der Kirchenleitung zeigte andererseits, daß die kleineren unter den acht Landeskirchen in der DDR die für sie alle unverzichtbare verbindlichere Gemeinschaft aufgrund ihrer Situation offensichtlich deutlicher und klarer erkennen. Hier könnte, so meinte man, ein besonderer Beitrag und eine besondere Verantwortung gerade dieser kleineren Kirchen liegen.

(ena)

3) Hoher Spendenерtrag für Lesotho-Fonds "Rettet die Kinder"

Dank des Kirchenbundsekretariats an alle Spender

Wie das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen mitteilt, sind auf das Sonderkonto, das für Spendenbeiträge zum Lesotho-Fonds "Rettet die Kinder" im Internationalen Jahr des Kindes eingerichtet wurde, von Kirchgemeinden, Gruppen und Einzelpersonen mehr als 100.000 Mark eingezahlt worden. Dieses Ergebnis liegt weit über den Erwartungen. Im November 1979 konnte mit Hilfe der Aktion "Brot für die Welt" durch das Deutsche Rote Kreuz in der DDR eine erste Sendung von Materialien für den Fonds abgeschickt werden. Sie enthielt Bettwäsche, Knabenhosen, Hosenträger, Gürtel und Reglerbügelleisen.

Zur Zeit werden weitere Sendungen geprüft und vorbereitet. Das Sekretariat des Bundes geht, wie der Sekretär der Kommission für die kirchliche Arbeit mit Kindern und Konfirmanden, Pastor Eckart Schwerin, erklärte, davon aus, daß über den 31. Dezember 1979 hinaus keine weiteren Spenden erbeten und eingezahlt werden. Da es nicht möglich ist, sich an jeden Spender zu wenden, äußerte er, daß mit dieser Presseinformation zugleich allen gedankt werde, die den hohen Beitrag für den beim Weltrat der Kirchen eingeschriebenen Lesotho-Fonds ermöglicht haben.

(ena)

4) Leipziger kirchliche Veranstaltungen in der Messewoche

Traditionsgemäß ist für die Woche der Leipziger Frühjahrsmesse vom 9. bis 16. März der vom Amt für Gemeindedienst bekanntgegebene Plan kirchlicher Veranstaltungen in der Messestadt wieder besonders reichhaltig und vielfältig.

In der Thomaskirche ist diesmal, täglich vom 9. März an, eine Bilderausstellung des Kunstmalers Max Schnabel unter dem Thema "Die Kirchen Leipzigs - gestern und heute" zu sehen. Täglich vom 10. bis 14. März wird in dieser bekanntesten Kirche der Stadt "Meditation mit Orgel" angeboten. Neben den Sonntagsgottesdiensten (9.30 Uhr) in der Thomaskirche mit Kirchenmusik des Thomanerchores gibt es hier am 9. und am 16.3. auch um 18 Uhr noch einen Gottesdienst. Am 13.3. (20 Uhr) bringen die Thomaner in einem Sonderkonzert Bachs h-Moll-Messe, am 14.3. (18 Uhr) folgt das wöchentliche Motettenkonzert des Thomanerchores und am 15.3. (15 Uhr) wie jeden Sonnabend "Motette und Kantate" mit den Thomanern. Am 12.3. gibt Thomasorganist Prof. Hannes Kästner um 20 Uhr ein Orgelkonzert. Ein Gemeindeabend mit dem Lichtbildervortrag "Unsere Thomaskirche in Geschichte und Gegenwart" findet am 13.3. um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Dittrichring 12 statt.

Ein umfangreiches gottesdienstliches Programm weist die Leipziger Nikolaikirche in der Messwoche auf. An den beiden Sonntagen (9. und 16.3.) finden neben den Gemeindegottesdiensten um 9.30 Uhr außerdem jeweils um 11 Uhr ein Akademischer Gottesdienst, um 16 Uhr ein polnischer katholischer Gottesdienst und um 17 Uhr ein allgemeiner katholischer Gottesdienst statt. Ein katholischer Gottesdienst ist auch bereits am 15.3. um 19.30 Uhr. An jedem Werktag der Woche wird um 12 Uhr eine kurze Andacht in der Nikolaikirche angeboten. Von Sonntag bis Freitag gibt es jeden Abend um 19 Uhr Orgelmusik, Sonnabend (15.3.) bereits um 18 Uhr. Eine Ausnahme macht der Mittwoch, an dem um 17 Uhr ein Kurzgottesdienst zum Thema "Fragen der Kirche an die Welt" mit Orgelmusik stattfindet und um 19.30 Uhr der traditionelle Messe-Männerabend veranstaltet wird, bei dem diesmal der thüringische Landesbischof Werner Leich über "Das Augsburger Bekenntnis 1530 - Glaubens- und Lebenshilfe 1980" sprechen wird. Von Montag bis Freitag (11-17.30 Uhr) wird in der Südkapelle der Nikolaikirche eine Ausstellung "Gott im Menschen" gezeigt.

Die Leipziger Spielgemeinde tritt, jeweils 19.30 Uhr, in ihrem Domizil im Gemeindehaus Otto-Schill-Straße 7, auf: 9.3. "Der Fischbecker Wandteppich" von M. Hausmann, 10.3. "Treffpunkt Parkhotel" von St. B. Jackman, 11.3. Gästeabend mit dem Motto "Alles was Odem hat ...", 13.3. "Biblische Szenen in der Sprache unserer Zeit" von H. Flügel, 14.3. weitere "Biblische Szenen ..." von H. Flügel.

(ena)

5) Ein Regionalkirchentag 1981 in Nordhausen

Ein regionaler Kirchentag wird für den 14. Juni 1981 in Nordhausen vorbereitet. Eingeladen werden sollen die Gemeinden der provinziälsächsischen Bereiche Südharz mit Eichsfeld, sowie Ilfeld, Mühlhausen und die benachbarten Thüringer Superintendenturen Bad Frankenhausen, Sondershausen und Ebeleben. Der Kirchentag soll sich "so basisnahe wie möglich" an die Bibelwochentexte 1981 (Sondergut des Lukasevangeliums) anschließen und unter dem Thema stehen: "Zukunft entdecken mit Jesus".

Der Vorbereitungsausschuß arbeitet unter Vorsitz des evangelischen Propstes des Sprengels Südharz, Rolf Stubbe (Nordhausen). Auf einer Beratung am 23. Januar in Nordhausen wurde mitgeteilt, daß wichtige Absprachen mit dem Rat des Bezirks Erfurt bereits getroffen werden konnten. Auch die zuständigen Gremien der Kirchentagsbewegung haben ihre Zustimmung zu diesem Bereichs-Kirchentag, der die landeskirchlichen Grenzen überschreitet, gegeben.

(ena)

6) Aus den Kirchen in der DDR - kurz notiert

Der Görlitzer Bischof Dr. Wollstadt hat den jetzt an die Gemeindeglieder im Rentenalter gehenden Kirchgeldbescheiden für 1980, in denen die Höhe des erbetenen Jahreskirchgeldes den am 1. Dezember 1979 erfolgten allgemeinen Rentenerhöhungen angepaßt ist, einen Brief beigegeben. Darin bittet er um Verständnis dafür, "daß wir bei der der Rente entsprechenden Höhe des Kirchgeldes bleiben möchten, damit keiner ungerecht behandelt wird", und schreibt weiter: "Sollte Ihnen die dadurch entstehende Mehrzahlung Schwierigkeiten bereiten, sprechen Sie bitte offen darüber mit Ihrem Pfarrer. Wir möchten Sie zu keiner Zahlung an Ihre Kirche nötigen. Ihr Kirchgeld ist und bleibt ein zwar geordnetes, aber freiwilliges Opfer. Ihre Gemeinde und die Kirche als ganze können nur leben, wenn jeder einzelne, der dazu gehört, seinen entsprechenden Beitrag leistet. Geschichte das ohne Verdruß, macht es auch mehr Freude, dabei zu sein."

(ena)

Pfarrer Dietmar Beuchel (46) ist am 27. Januar in der Kapelle des Brüder- und Pflegehauses Martinshof in Rothenburg/Oberlausitz als neuer Leiter dieser diakonischen Einrichtung eingeführt worden. Die Amtseinführung nahm Bischof Dr. Hanns-Joachim Wollstadt vor, der bis zum Antritt des Bischofsamtes im Herbst 1979 selbst fünfzehn Jahre lang diese größte diakonische Einrichtung für alte, kranke und behinderte Menschen im Görlitzer Kirchengebiet geleitet hatte. Unter den zahlreichen Gästen waren auch der Direktor des Diakonischen Werkes in der DDR, Oberkonsistorialrat Petzold, sowie Vertreter verschiedener diakonischer Einrichtungen aus der DDR wie auch aus der BRD. Dietmar Beuchel war vorher Gemeindepfarrer in Freiberg in der sächsischen Landeskirche und zugleich Ephoral-diakonienpfarrer im Kirchenbezirk Freiberg.

(ena)

Seit dem 1. Januar 1980 leitet Pfarrer Dagobert Göpfert (Oberweimar) die Gehörgeschädigtenseelsorge im Bereich der Thüringer Kirche. Er ist in diesem Dienst Nachfolger von Kirchenrat Rudi Dienwiebel (Münchenbernsdorf), der in den Ruhestand getreten ist. In Thüringen bestehen zwanzig besondere Hörgeschädigten-Gemeinden. Für sie wurden im Jahr 1979 rund hundert Sondergottesdienste gehalten.

(ena)

Pfarrer Dr. Heinz Blauert, der Direktor des Ökumenisch-missionarischen Zentrums der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR - und der Evangelischen Brüder-Unität, Distrikt Herrnhut, beging am 17. Januar seinen 60. Geburtstag. Dr. Blauert ist zugleich auch Direktor der Berliner Missionsge-

sellschaft. Außerdem bekleidet er das Amt des Chefredakteurs der evangelischen Mitarbeiter-Monatszeitschrift "Die Zeichen der Zeit". Bevor Heinz Blauert 1970 seinen jetzigen Aufgabenbereich übernahm, war er rund zehn Jahre lang Direktor des Burckhardthauses in der DDR.

(ena)

Der Hochschullehrgang 1980 der Luther-Akademie (Sondershausen) wird unter dem Gesamthema "Vor Gott und den Menschen - Glauben, Beten und Bekennen" stehen. Er findet vom 21. bis 26. August in Rathenow statt. Ein detailliertes Programm mit Referentenliste soll noch bekanntgegeben werden.

(ena)

Am Berliner Sprachenkonvikt, der Theologischen Ausbildungsstätte im Bereich der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, wird das Frühjahrssemester 1980 am 18. März mit einem Akademischen Festakt eröffnet. Die Festvorlesung mit dem Thema "Leben und 'ewiges Leben' - Zur theologischen Frage nach der Identität des Menschen" hält Dozent Jacob. Die Immatrikulation der zugelassenen neuen Studenten wird Rektor Dr. Henkys vornehmen.

(ena)

Das Altersheim "Hagental" in Gernrode/Harz, eine Einrichtung der Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee, begeht am 16. März das 27. Jahresfest. Den Festgottesdienst hält der neue Direktor der Stephanus-Stiftung, Pastor Braune.

(ena)

7) Der Berliner Dom jetzt 75 Jahre alt

Zum Stand der gegenwärtigen Wiederaufbauarbeiten

Der Berliner Dom, an dem bereits seit längerem umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten im Gange sind, besteht jetzt 75 Jahre. Am 27. Februar 1905 war das nach einem Entwurf von Professor J. C. Raschdorff errichtete Bauwerk, an dem man elf Jahre lang gebaut hatte, feierlich eingeweiht worden. An der gleichen Stelle hatte vorher seit Mitte des 18. Jahrhunderts der unter dem preußischen König Friedrich II. erbaute Berliner Dom gestanden. Im zweiten Weltkrieg erlitt das große, das Bild der Berliner Innenstadt wesentlich mitprägende Gebäude der wilhelminischen Ära erhebliche Schäden.

Vor mehr als fünf Jahren, im November 1974, war es zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen und einem staatlichen Außenhandelsunternehmen der DDR zu einem Vertrag über den Wiederaufbau gekommen. Bis einschließlich 1980 sollten die Außenarbeiten an dem Gebäudekomplex abgeschlossen sein. Auf-

grund verschiedener nicht vorhersehbarer Sachzwänge wird diese Bauphase jedoch bis 1981 andauern. Gegenwärtig wird an der Nordfassade, wo die baufällige Denkmalskirche, ein Seitengebäude, abgebrochen werden mußte, an der Neugestaltung gearbeitet. Noch unbearbeitet sind die Fassade der Spreeseite und der vierte, der nordöstliche Eckturm. Die große Kuppel ist mit Kupfer eingedeckt und bis auf einige Anschlußstücke fertiggestellt. Der entstandene Zeitverzug wird teilweise dadurch aufgefangen, daß bereits Innenarbeiten im Gange sind. So sollen die Räume für die Domgemeinde bereits Mitte dieses Jahres in Dienst genommen werden. Die fertiggestellten Räume gehen dann von der Kompetenz des für die Zeit der Bauarbeiten zuständigen Dombaustabes in die des künftigen Domverwaltungsrates über, der sich in nächster Zeit konstituieren wird. Diesem Domverwaltungsrat werden auch die künftigen Nutzer angehören. Der Abschluß der Innenarbeiten, in deren Verlauf aus den gegenwärtig etwa sechzig vorhandenen Räumen durch den Einzug von Zwischenwänden ungefähr hundert entstehen sollen, wird allerdings erst 1986 sein.

Der durch das Bauwerk selbst und seine Funktion wie seinen Standort unterstrichene Öffentlichkeitscharakter des Domes soll durch eine vielfältige Nutzung, die möglichst vielen zugutekommt, gewahrt bleiben bzw. neu zur Geltung kommen. Die Domgemeinde wird hier ständig beheimatet sein. Auch für den ganzen Kirchenkreis bieten sich hier Möglichkeiten gemeindefreier Arbeit. Einer Öffentlichkeitsarbeit unterschiedlicher Art werden noch zu restaurierende repräsentative Räume, die Kuppelkirche, das Treppenhaus zur ehemals kaiserlichen Loge und der Gruftbereich dienen, in dem ein Gruftmuseum mit einer Auswahl der schönsten Hohenzollern-Sarkophage aus der mit über 90 Sarkophagen einmaligen Sammlung eingerichtet wird. Weiter ist in Aussicht genommen, das Sprachenkonvikt, die Berliner kirchliche Theologische Ausbildungsstätte mit Hochschulcharakter, im Dom unterzubringen. Ein anderer im Domgebäude anzusiedelnder Bereich wird mit der Evangelischen Verlagsanstalt, der Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin und dem Evangelischen Nachrichtendienst in der DDR ein markanter Komplex der publizistischen Arbeit der evangelischen Kirchen in der DDR sein. Hinzu kommt für das Gesamtgebäude ein technischer Bereich, der Domverwaltung und Dombauhütte umfaßt, sowie, als allen anderen Bereichen dienend, ein großes zentrales kirchliches Archiv.

Im Zusammenhang mit dem Innenausbau des Domes äußerte der Dombaustab eine Bitte an die Öffentlichkeit. Er ist für die Restaurierungsarbeiten dringend an alten Fotos aus dem Inneren des Domes, insbesondere der Kuppelkirche, interessiert und erbittet Angebote an das Berliner Dombaubüro.

(ena)

8) Bekenntnis zum Friedensauftrag der Kirchen

Generalsekretär Dr. Williams über aktuelle Aufgaben der KEK

An den Friedensfördernden Auftrag der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat angesichts der gegenwärtigen gespannten politischen Weltlage KEK-Generalsekretär Dr. Glen Garfield Williams Anfang Februar in Genf erinnert. Die Konferenz Europäischer Kirchen wurde 1959 gegründet, ihr gehören heute 112 orthodoxe und protestantische Kirchen an. Ihre VIII. Vollversammlung hatte im Oktober 1979 auf der griechischen Mittelmeerinsel Kreta stattgefunden.

Der Generalsekretär betonte in einer Stellungnahme: "Die Konferenz Europäischer Kirchen wurde vor mehr als zwanzig Jahren in einer Zeit akuter politischer Spannungen auf unserem Kontinent als ein Instrument geschaffen, das nicht nur der Einheit seiner Kirchen dienen, sondern diesen auch helfen sollte, einen gemeinsamen Beitrag zur Verständigung zwischen allen Völkern der Erde und damit zum Weltfrieden zu leisten." An dieser Zielsetzung der KEK habe sich nichts geändert. Ihre Arbeit gewinne in Zeiten internationaler Spannungen vielmehr an Bedeutung. Der KEK-Generalsekretär meinte, Krisenzeiten verstärkten den der Konferenz wesentlichen Auftrag, ihre friedensstiftende Aktivität fortzusetzen und sie sogar weiterzuentwickeln. Das gelte gerade auch in jenen Zeiten, "in denen diplomatische Kanäle nicht mehr reibungslos funktionieren". Anderen Organen, wie beispielsweise der Konferenz Europäischer Kirchen, falle dann die wichtige Aufgabe zu, Kontakte und Gespräche zwischen den Fronten zu übernehmen.

Dr. Williams erklärte in diesem Zusammenhang: "Wir arbeiten deshalb auch weiter an unseren Plänen für die vierte Nach-Helsinki-Konsultation der europäischen und nordamerikanischen Kirchen zur Verwirklichung der Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Diese kirchliche Nach-Helsinki-Konsultation ist für den Zeitraum Mai/Juni 1980 in Spanien vorgesehen. Sie soll der Vorbereitung unserer Kirchen auf die im Herbst dieses Jahres in Madrid geplante KSZE-Nachfolgekonferenz der 35 Unterzeichnerstaaten der Helsinki-Schlußakte von 1975 dienen. Obwohl viele glauben, daß die Grundlage dieses Dokuments durch jüngste Ereignisse schwer erschüttert worden ist, erscheint es ratsam, sich gerade jetzt wieder um eine Stärkung der von der KSZE gelegten Fundamente zu bemühen. In diesem Sinne machen wir gemeinsam mit den beteiligten Kirchen in Kanada und den USA ebenfalls bei der Realisierung eines 'Menschenrechtsprogramms der Kirchen für die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki' weiter gute Fortschritte." Zusammenfassend erklärte Dr. Glen Garfield Williams: "Die KEK darf ungeachtet auftretender internationaler Spannungen keineswegs nachlassen in ihren weitgespannten Bemühungen um Ausgleich und Frieden nicht nur zwischen den Kirchen."

In gleichem Zusammenhang erinnerte der Studiendirektor der KEK, Dr. Gyula Nagy (Genf), daran, daß die VIII. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen im Oktober 1979 in Chania-Maleme auf Kreta (Griechenland) die Pläne für eine vierte Nach-Helsinki-Konsultation gutgeheißen und die KEK-Studienabteilung mit deren Verwirklichung beauftragt hat. Diese geplante Konsultation habe zum Hauptziel, "die Möglichkeiten für einen fortgesetzten Beitrag der Kirchen Europas in den Bemühungen für Entspannung und Abrüstung gerade in der gegenwärtigen, gespannten Situation zu unterstützen". Diese Begegnung soll, wie Nagy erklärt, Mitte 1980 leitende kirchliche Persönlichkeiten, Friedensforscher sowie Vertreter nicht-staatlicher Organisationen aus ganz Europa zusammenbringen, "um konkrete Aufgaben und Arbeitsmethoden im Versöhnungsdienst der Kirchen in Europa zu besprechen". Die ersten drei Nach-Helsinki-Konsultationen der KEK hatten in Buckow/DDR (1975), Gallneukirchen/Österreich (1977) und Siofok/Ungarn (1978) stattgefunden.

(ena)

9) Ökumenische Konferenz über Familienfragen in Mexiko

In Oaxtepec (Mexiko) fand vom 12. bis 18. Januar 1980 eine Konferenz über Familienfragen statt, die der Ökumenische Rat der Kirchen einberufen hatte. Unter Leitung der Genfer Mitarbeiter der ÖRK-Abteilung "Family Education" waren etwa 160 Teilnehmer aus allen Kontinenten zusammengekommen. Sie werteten das seit 1976 laufende ökumenische Basisgruppen-Projekt "Familiale Funktion - sozialer Wandel" aus. Bei der Konferenz begegneten sich auch Mitglieder der Basisgruppen selbst. Aus den am Projekt beteiligten Ehepaar- und Familienkreisen war ferner eine Gruppe Jugendlicher mitgekommen, die regen und kritischen Anteil am Konferenzgeschehen nahm. Zur Mitarbeit bei der Auswertung waren Experten eingeladen worden.

Der Koordinierungsausschuß und Experten erarbeiteten abschließend Empfehlungen für die weitere Arbeit. Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates werden darin auf die Wichtigkeit einer familienorientierten Gemeindearbeit hingewiesen.

Aus der DDR nahmen an der Konferenz Frau Marlene Scholz (Gatersleben) und Studiendirektor Dr. Hansjürgen Schulz (Wittenberg), der auch Mitglied des Koordinierungsausschusses war, teil.

(ena)

10) Um kirchliche Dienste und Projekte im neuen Äthiopien

OLKR Ulrich von Brück aus Addis Abeba zurück

Von seinem einwöchigen Aufenthalt in Äthiopien Ende Januar berichtete Oberlandeskirchenrat Ulrich von Brück (Dresden) nach der Rückkehr in einem Pressegespräch. Anlaß seiner Reise war eine Tagung auf Einladung der Äthiopischen Orthodoxen Kirche, bei der eine vom Ökumenischen Rat der Kirchen verantwortete Ar-

beitsgruppe in Addis Abeba Fragen des kirchlichen Entwicklungsdienstes in Äthiopien erörterte und die Grundlagen für die Arbeit eines Konsortiums schuf. Ulrich von Brück, der im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, des Verteilerkreises der Aktion "Brot für die Welt" und des Lutherischen Weltbundes daran teilnahm, hatte anschließend Gelegenheit, der 11. Generalversammlung der Äthiopischen "Evangelischen Kirche Mekane Yesus" eine Grußbotschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu überbringen.

Einen hervorragenden Platz in den Beratungen des Seminars in Addis Abeba nahmen nach den Worten von Brücks Projekte ein, die, einbezogen in das Gesamtprogramm der nationalen Erziehungskampagne Äthiopiens, einer raschen Überwindung des besonders in ländlichen Gebieten noch erschreckend verbreiteten Analphabetismus dienen. Für diese Lehraufgaben will die Äthiopische Orthodoxe Kirche einen erheblichen Teil ihrer 200.000 Priester zur Verfügung stellen. Diese müssen allerdings erst dafür in entsprechenden Trainingskursen sehr schnell ausgebildet werden. Dies geschieht in bisherigen Klöstern der Äthiopischen Orthodoxen Kirche und in neu zu entwickelnden Zentren, die in enger Verbindung mit den entsprechenden Organen der politischen Gemeinde arbeiten. Erörtert wurde, wie der Oberlandeskirchenrat berichtete, demzufolge auch die Ausstattung von Zentren, in denen die Auszubildenden während der mehrmonatigen Kurse wohnen, die Beschaffung von Arbeitsmaterialien wie auch die Einrichtung einer kleinen poliklinischen Hilfsstelle. Neben dem theoretischen Unterricht werde auch praktische Landkultivierungsarbeit durchgeführt, für die man entsprechende Gerätschaften benötige. Für eines der Zentren werde ein Boot benötigt, um die Bevölkerung, besonders die Jugend, von den bewohnten Inseln des Sees, an dem es liegt, zum Ausbildungszentrum zu bringen. Auch die Arbeit der Klöster stehe vor manchen Veränderungen, indem aus der mehr meditativen Arbeit der Mönche und Nonnen zu sozialer Arbeit übergegangen werden solle. Ulrich von Brück hatte Gelegenheit, ein Kloster in der Nähe von Addis Abeba zu besuchen, in dem 68 Waisenkinder von Nonnen betreut und ausgebildet werden. Daneben wird Landarbeit betrieben. Der Erlös der Erträge dient der wirtschaftlichen Sicherung des kirchlichen Unternehmens.

Vor der 11. Generalversammlung der Mekane-Yesus-Kirche, die mit 105 Delegierten aus acht Synoden im Theologischen Seminar von Mekanissa tagte, teilte Kirchenpräsident Emmanuel Abraham in seinem Bericht mit, daß in den 21 Jahren des Bestehens dieser Kirche die Zahl der Gemeindeglieder von 20.000 auf über 500.000 gestiegen ist. Einen Schwerpunkt der Tagung bildeten nach den Worten Ulrich von Brücks tägliche Bibelarbeiten und mehrere Referate zum Thema "Gott ist mit uns". Die Bibelarbeiten wie auch neue Lieder eines jungen Chores seien den Delegierten in ihre Heimatgemeinden zur Weiterarbeit mitgegeben worden.

Wie Oberlandeskirchenrat von Brück in dem Pressegespräch berichtete, haben alle bisherigen Versuche, Licht in das Dunkel um das Verschwinden des Generalsekretärs der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus, Gudina Tumsa, am 28. Juli 1979 zu bringen, noch zu keinem Ergebnis geführt. Eine entsprechende Mitteilung machte Präsident Abraham vor der Generalversammlung. Auch Frau Tumsa weiß nichts seit jenem Tag vom Verbleib ihres Mannes und wie es um ihn stehen könnte. Ein besonderes Gewicht hatte nach den Worten von Brücks gerade bei dieser Generalversammlung ein Referat, das aus der Feder von Gudina Tumsa stammte. "Von den Aussagen der Heiligen Schrift her entwickelt Gudina Tumsa, wie ein Christ in der Gesellschaft, zu der er gehört, dienen und arbeiten kann. Dieses Referat zeichnete sich durch eine klare Bejahung notwendiger Veränderungen aus, wie sie jetzt in Äthiopien vor sich gehen, und gleichzeitig durch einen klaren Aufriß der Verantwortung, die ein Christ vom Evangelium her hat."

Offizielle Vertreter des neuen Äthiopien, so berichtete OLKR von Brück weiter, hätten ihm gesagt, daß Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht und daß man die Arbeit der Kirche und vieler Gläubiger, wie z. B. der etwa 10 Millionen Moslems, am weiteren Aufbau des Landes beteiligt sehen möchte. Nach Ansicht von Brücks kommt es jetzt sehr darauf an, daß die Kirche, voran die Äthiopische Orthodoxe Kirche als größte mit etwa 10 Millionen Mitgliedern bei etwa 30 Millionen Einwohnern, ihren Standort in dieser Gesellschaft findet. Dies werde nicht abgehen ohne einige Veränderungen im eigenen Selbstverständnis und in der Art der Selbstdarstellung. Die Kirche gebe sich zweifelsohne Mühe, zu einem für die Gemeinde und die Gesellschaft offenen Leben zu kommen. Abschließend sagte Ulrich von Brück: "Ich habe in den Tagen meines Dorstseins durchaus den Eindruck gewonnen, daß mit Klarheit und Ernsthaftigkeit die Verkündigung des Evangeliums in und für die gegebene Situation im Blickfeld ist."

(ena)

11) Aufgaben für den Frieden und in der Mission

Von der Tagung der EKD-Synode in Garmisch-Partenkirchen

Die Synode der EKD hat auf ihrer am 1. Februar beendeten Tagung in Garmisch-Partenkirchen "mit Nachdruck die Bemühungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland um einen kirchlichen Beitrag zur Friedenssicherung" unterstützt und diesen darin bestärkt, "insbesondere die Gespräche mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR weiterzuführen, die Friedensarbeit in der Ökumene zu fördern, die Politiker zu ermuntern, die Konsultationen auf allen Ebenen in Ost und West zu verstärken und die Abrüstungsverhandlungen nicht abreißen zu lassen".

Mit einer "Kundgebung zur Friedenssicherung", die diese Aussagen enthält, reagierte die Synode der EKD, des Zusammenschlusses der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik und Westberlin, auf Ausführungen zur kirchlichen Friedensverantwortung, die der Ratsvorsitzende Landesbischof Eduard Lohse in seinem Bericht an die Synode gemacht hatte (vgl. end 5/80, Nr. 10). In der "Kundgebung" wurde auf eine angesichts der angespannten Weltlage um sich greifende Angst um die Erhaltung des Friedens hingewiesen und betont, Angst dürfe keine Triebfeder christlichen Denkens und Handelns sein. "Der Christ kann in jeder Lage auf die Geborgenheit bei Gott vertrauen. Deshalb ist die Kirche Jesu Christi gerade heute verpflichtet, durch Abbau von Ängsten zum Frieden beizutragen und überall auf eine künftige Friedensordnung hinzuwirken, in der Konflikte zwischen den Staaten ohne militärische Drohung und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden."

Die Synode bat die EKD-Gliedkirchen, die Friedensarbeit in Gemeinden und Arbeitskreisen zu verstärken, damit auch die Verantwortung jedes einzelnen für den Frieden bewußter werde, und unterstrich: "Christen sind aufgerufen, für den Frieden in der Welt zu denken, zu beten und zu arbeiten."

Auf einen durch neue Spannungen in der Weltpolitik, weltweite Energie- und Rohstoffprobleme, nicht aufhörnde Flüchtlingsnot, weiterhin ungelöste Menschenrechtsprobleme und die Fragen vieler Menschen nach dem Sinn ihres Lebens und der Zukunft der Erde gekennzeichneten Hintergrund für die Weltsituation am Anfang der achtziger Jahre verwies die Synode in einer weiteren Verlautbarung, mit der sie auf das Hauptthema ihrer Tagung einging. Es lautete: "Missionarische Kirche heute - hörende, lebende, bezeugende Gemeinde". Im Bewußtsein der gegenwärtigen Situation habe man, so heißt es, miteinander Wege zu einer "missionarischen Kirche heute" gesucht. "Dabei hat uns die Sehnsucht nach einer Kirche geleitet, in der Menschen Geborgenheit finden können, trotz aller Verschiedenheit beieinander bleiben und miteinander auf das Evangelium hören." Es wird an das Lösungswort am Eröffnungstag der Synode "Fürchte dich nicht, ich bin bei dir" erinnert und gesagt: "Wir ermutigen alle Christen in unserer Kirche, ihr Leben und Handeln von dem Zuspruch 'Fürchte dich nicht' bestimmen zu lassen und in diesem Vertrauen der Angst und Resignation im eigenen Herzen wie auch in unserer Gesellschaft zu widerstehen." Weiter wird erklärt: "Wir sind der Überzeugung, daß es gerade in diesen schwierigen Zeiten umso dringlicher ist, unseren Mitmenschen den Glauben an Jesus Christus mit Worten und Taten zu bezeugen, damit sie Mut gewinnen zu einem Leben in der Kraft der Hoffnung."

Im Blick auf das 1980 in der BRD von allen evangelischen Kirchen, Freikirchen, Gemeinschaften und Werken veranstaltete bzw. mitgetragene "Missionarische Jahr" werden die evangelischen Christen zu "kleinen, aber verbindlichen Schritten" auf dem

Wege zu einer "missionarischen Kirche" aufgerufen, nämlich dazu, täglich ein Wort der Bibel zu lesen; ein Gebet um den Frieden und für einen Mitmenschen zu sprechen, "damit der Geist Jesu Christi sich ausbreite unter den Menschen"; bereit zu sein, als Christen erkennbar zu sein und vom christlichen Glauben Rechenschaft zu geben.

(ena)

Berichtigung!

In unserer Ausgabe 5/80 vom 30.1. sind in Meldung Nr. 10 "Von der Synode der EKD" durch Übermittlungsfehler an einigen Stellen Lücken und Mißverständnisse entstanden, die der Korrektur bedürfen:

Im dritten Absatz muß es heißen: ... sprach Lohse davon, daß auf Initiative der Delegierten der DDR-Kirchen der Appell der KEK-Vollversammlung ...

Im vierten Absatz (Zeile 2) ist zu lesen: ... Fragen der ökumenischen Verantwortung ...

Im Schlußabsatz ist das Thema zu korrigieren: "Missionarische Kirche heute - hörende, lebende, bezeugende Gemeinde". In der letzten Zeile heißt es richtig: ... der Kirche von ...

(ena)

12) Aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen Ungarns

Der ungarische reformierte Bischof Dr. Tibor Bartha ist für weitere sechs Jahre im Amt des Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen Ungarns bestätigt worden. Für den gleichen Zeitraum wurde der ungarische lutherische Theologe Professor Dr. Karoly Pröhle als Generalsekretär des Rates wiedergewählt. Die Leitung war nach siebenjähriger Amtsdauer von der Generalversammlung des ungarischen Ökumenischen Rates auf einer Sitzung im Januar neu zu wählen.

In seinem Rechenschaftsbericht erklärte Ratspräsident Bischof Dr. Bartha, in den Beziehungen der Mitgliedskirchen des Rates zueinander habe/jene Form und Praxis ökumenischer Gemeinschaft bewährt, die nicht in Lehre oder Organisation nach der Einheit strebe, sondern ihren Bestand gerade darin habe, daß jede Mitgliedskirche treu an ihren Bekenntnissen und ihrer Frömmigkeitspraxis festhalte und man sich darin einander achte. Gemeinsam hätten die ungarischen Kirchen, so sagte der Bischof weiter, sich "in der Erkenntnis des Geheimnisses der dienenden Kirche vertieft" und dadurch nach ihrer Überzeugung auch international das christliche theologische Denken bereichert. Nachdrücklich setzte sich Dr. Bartha im weiteren Verlauf seines Berichts dafür ein, im Bereich des internationalen kirchlichen Lebens Kräfte des Kalten Krieges nicht zum Zuge kommen zu lassen, sondern die Kräfte zu fördern, die sich für den Schutz des Lebens durch Abrüstung und Überwindung des Hungers einsetzen.

/sich

(ena)

ena-Interview

Die namibischen Kirchen bereiten sich auf ihre Aufgaben in einem freien Namibia vor

ena-Interview mit Albertus Maasdorp, dem künftigen Generalsekretär des namibischen Kirchenrates

Zu den Teilnehmern der internationalen Konsultation, die der Lutherische Weltbund Ende Januar in Eisenach über das von seiner Studienkommission verantwortete Stipendien- und Austauschprogramm veranstaltet hat, gehörte auch der Beigeordnete LWB-Generalsekretär Albertus Maasdorp aus Namibia. Maasdorp ist bereits vor einiger Zeit zum Generalsekretär des Rates der Kirchen Namibias gewählt worden und wird im Frühsommer in sein Heimatland zurückkehren, um das neue Amt anzutreten. ena-Mitarbeiter Hartmut Lorenz hatte in Eisenach Gelegenheit, das folgende Interview mit Albertus Maasdorp zu führen:

Frage: In den Kirchen unseres Landes ist der Fürbittappell des Lutherischen Weltbundes für die namibischen Kirchen gehört und aufgenommen worden. In welcher Situation befinden sich heute die Kirchen Namibias und welche konkreten Fürbittanliegen könnten Sie den Christen in der DDR nennen?

Antwort: Das Volk und mit ihm die Kirchen von Namibia stehen im Ringen um die Unabhängigkeit ihres Landes. Obwohl Südafrika noch die Verwaltungsmacht über Namibia ausübt und sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen stellt, wie auch entsprechende UNO-Pläne ablehnt, ist doch allem Anschein nach die Unabhängigkeit Namibias nicht mehr weit entfernt. Die Kirchen und das ganze Volk von Namibia haben erkannt, daß Südafrika versucht hat, Steine in den Weg zur Unabhängigkeit zu legen. Das zweite Merkmal ist, daß wir, besonders im Norden Namibias, es mit einer Kriegssituation zu tun haben. Dort bewegt sich offen eine südafrikanische Militärstreitkraft und auf der anderen Seite operiert im Busch eine Befreiungsbewegung. Und es ist immer wieder passiert, daß die sonntäglichen Gottesdienste durch Militäraktionen gestört worden sind. Aber es geschieht auch wiederholt, daß Leute von uns - Führungspersönlichkeiten wie Glieder der Gemeinden, Pastoren, Ärzte und Lehrer - verhaftet oder Repressalien ausgesetzt werden. Und fast täglich ist zu beklagen, daß Mitglieder unserer Kirchen ermordet werden. Ich glaube, daß auf Grund dieser Situation und in Kenntnis dieser Dinge der Lutherische Weltbund die Kirchen in der Welt aufgerufen hat, eine Woche des Gebetes auch für die Kirchen in Namibia durchzuführen, um diese in ihrem Zeugnis und Leben zu stärken.

Frage: Welche Aufgaben werden Sie in Namibia bei der Übernahme Ihres neuen Amtes als Generalsekretär des namibischen Kirchenrates erwarten?

Antwort: Eine der Hauptaufgaben des Generalsekretärs wird es sein, Aktivitäten und Arbeit der Mitgliedskirchen zu koordinieren, ihnen zu helfen, in der politischen Situation des Landes mit einer Stimme zu sprechen. Die Botschaft des Rates der namibischen Kirchen kann ja nicht anders lauten, als sich für Frieden und Gerechtigkeit für das Volk von Namibia einzusetzen und andererseits an Südafrika zu appellieren, die Resolutionen der Vereinten Nationen über Namibia zu respektieren und zu akzeptieren. An eine Regierung des eigenen Landes wird der Appell ergehen müssen, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Als weitere vordringliche Aufgabe des Rates der namibischen Kirchen wäre zu nennen, daß wir den Kirchen bei der Entwicklung verschiedener kirchlicher Projekte helfen müssen. Bekanntlich gehört Namibia ja zu den unterentwickelten Ländern, und es wird Aufgabe auch der Kirchen sein, Projekte zu entwickeln, die den Menschen und dem Land Hilfe zur Selbsthilfe geben. Ein anderes Programm des Rates gilt dem Bereich Ausbildung und Erziehung. Es ist von Wichtigkeit, daß unser Volk bessere Bildungsmöglichkeiten erhält; denn wenn Namibia unabhängig wird, dann muß auch ein entsprechender Bildungsstand vorhanden sein, damit man dieser Unabhängigkeit gerecht wird. Eine weitere dringende Aufgabe, der ich mich ebenfalls zu widmen haben werde, ist die Schaffung eines Kommunikationssystems, das gleich wichtig ist für die Verbindung der Menschen innerhalb des Landes wie für die internationale Kommunikation mit den Menschen außerhalb des Landes zur Information über unsere Situation.

Frage: Sehen Sie neben der Vertiefung der geistlichen Beziehungen auch Möglichkeiten praktischer Solidarität und Unterstützung, mit der die Kirchen in der DDR den namibischen Kirchen helfen könnten?

Antwort: Ja, ich glaube, es könnte verschiedene Wege und Möglichkeiten geben, daß die Kirchen hier mit den Kirchen in Namibia zusammenarbeiten und engere Beziehungen hergestellt werden. Allerdings, so scheint mir, könnten solche engeren Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit sich am besten dann entwickeln, wenn Namibia frei sein wird. Zum Beispiel haben die Kirchen hier in der DDR gute Ausbildungsmöglichkeiten, und vielleicht wäre es eine gute Sache, Studenten aus Namibia hierher zur theologischen Ausbildung zu schicken. Aber sicher gibt es auch noch andere Studienmöglichkeiten. So wären wir sehr erfreut und dankbar, wenn wir beispielsweise Studenten hierher schicken könnten, damit sie etwa in der Medizin, als Erzieher oder Lehrer oder in anderen Fachrichtungen ausgebildet werden.

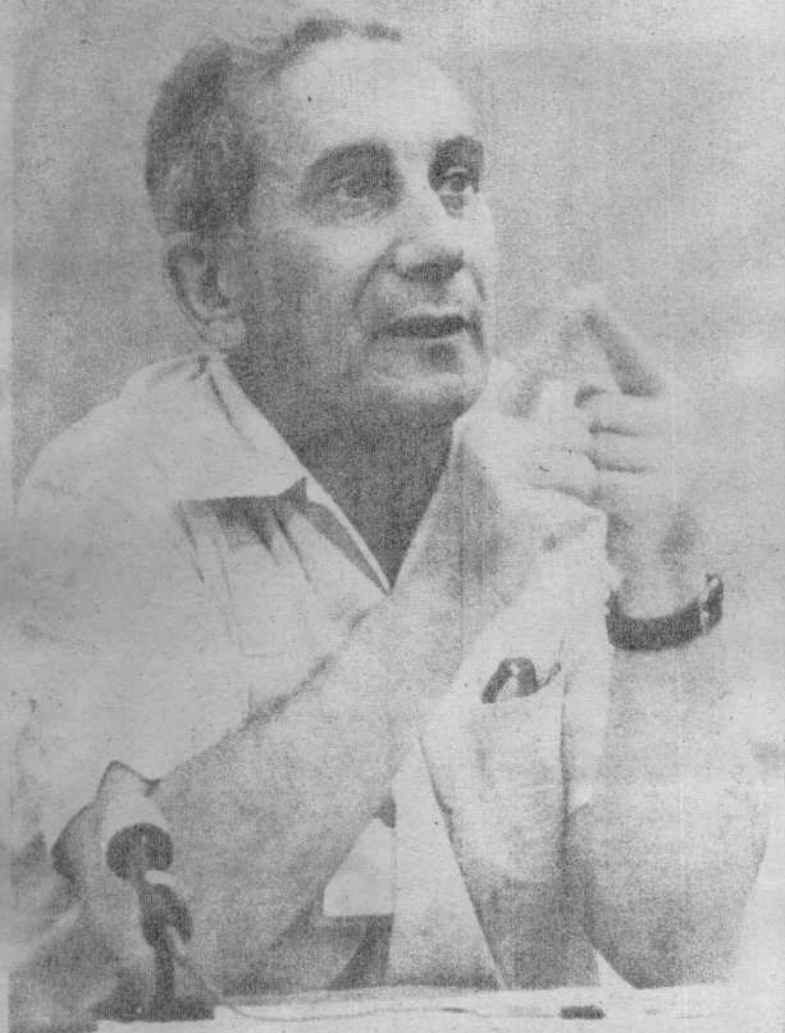
(ena)

Oekumenischer
Jugenddienst

INFORMATION

1080 Berlin
Planckstraße 20, Tel. 2 08 15 18

5/84



Emilio Castro neuer Generalsekretär des ÖRK

Porträt von
Emilio Castro

Ökumenische Erklärung
Mission und Evangeli-
sation

Das herausragende Ereignis der letzten Sitzung des Zentralaus-
schusses des ÖRK, im Juli 1984 in Genf, war der Rücktritt des
Generalsekretärs Philip Potter und die Wahl seines Nachfolgers
Emilio Castro.

Philip Potter ist 12 Jahre hindurch Steuermann des Ökumene-schiffes gewesen, 25 Jahre lang hat er Leitungsfunktionen in Genf ausgeübt. Er hat die Ökumenische Bewegung mitgeprägt durch sein theologisches Engagement, durch die biblische Fundierung seiner Beiträge und dadurch, daß er, der erste General-sekretär aus der Dritten Welt war, auf die Völker und Kirchen dieser Welt zu hören verstand.

Obwohl er gelegentlich klar und hart Kritik an einzelnen Kir-chen oder an kirchlichem Verhalten allgemein üben konnte, hat er viel dazu beigetragen, daß Ökumene mehr und mehr zu einem inneren Anliegen der Mitgliedskirchen wird. Er hat Anteil da-ran, daß der ÖRK dann und wann prophetisch zu reden und zu handeln in der Lage war. Wir verdanken Philip Potter viel und erwarten noch manches von ihm, wenn er als theologischer Lehrer in Kingston, Jamaica, arbeiten wird.

Mit dieser Information möchten wir den neuen Generalsekretär, Emilio Castro, vorstellen. Das Porträt wurde von der Presse-abteilung des ÖRK erstellt. Dazu haben wir einen Text gesucht, der die theologische Position Castros anzeigt. Auf einer Presse-konferenz nach seiner Wahl hat er selbst auf die "Ökumenische Erklärung Mission und Evangelisation" verwiesen und bekannt, daß er diese stark mitgeprägt hat. Wir nehmen deshalb gern die Gelegenheit wahr, dieses wichtige ökumenische Dokument auszugs-weise wiederzugeben. Dies werden wir in der nächsten INFORMATION fortsetzen.

PORTRÄT des neuen ÖRK Generalsekretärs

Der vierte Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen ist ordiniert Pfarrer einer kleinen methodistischen Kirche eines südamerikanischen Landes, das er seit mehr als elf Jahren nicht mehr besuchen konnte. Emilio Castro ist 57 Jahre alt und kommt aus Uruguay. Er wurde am 12. Juli 1984 vom 150 Mitglieder zählenden Zentralausschuss des ÖRK, auf seiner diesjährigen Tagung in Genf zum Generalsekretär gewählt. Bis Dezember vorigen Jahres war Castro Direktor der Kommission für Weltmission und Evangelisation (CWME) des Rates. Diesen Posten hatte er seit 1973 inne. Sein Vorgänger in beiden Positionen war ebenfalls ein Methodist, nämlich Philip Potter.

Castro hat eine sehr hohe Meinung von Potters Bedeutung für den ÖRK. Von seinem Vorgänger sagt der designierte Generalsekretär: "Philip Potter hat der ökumenischen Bewegung das Bewußtsein ge-schärft für die wunden Punkte der Geschichte. Er war die trei-bende Kraft, die den ÖRK dahin führte, sich mit Fragen wie kultureller Identität, Rassismus und einer Verkündigung aus-einanderzusetzen, die den Realitäten des Lebens nicht ausweicht. Diese Kraft schöpft er aus seinem außerordentlichen geschicht-lichen Wissen und seiner Bibelfestigkeit. Da ich schon auf dem Posten des Direktors von CWME sein Nachfolger war und die Früchte seines dortigen Wirkens ernten konnte, weiß ich, daß seine mu-tigen Unternehmungen den Weg in die Zukunft bereits geebnet haben."

Castro stammt aus einer kinderreichen (9) Arbeiterfamilie in Montevideo. Sein Vater war Chilene, seine Mutter Spanierin. Er wuchs in einem Land auf, das zu der Zeit einer der liberalsten, demokratischsten - und säkularisier testen - Länder Lateinamerikas war. Unter den in Uruguay verhältnismässig wenig einflussreichen christlichen Gemeinden bildeten die Protestanten eine geringe Minderheit. Die anti-religiöse Tendenz in seinem Lande veranlaßte Castro, sich schon als Theologiestudent in Buenos Aires (1944-1950) ganz besonders mit dem Säkularismus zu befassen und seine Studien später beim Schweizer Theologen Karl Barth in Basel fortzusetzen (1953-54). Während seiner Baseler Zeit kam er erstmals mit der internationalen ökumenischen Bewegung in Kontakt und stattete dem ehemaligen Sitz des ÖRK in der Route de Malagnou in Genf (heute das Uhrenmuseum der Stadt) einen Besuch ab. Bevor er sich ganz dieser Bewegung widmete, führten ihn jedoch andere berufliche Aufgaben wieder in die Nähe seiner Heimat.

Castro war von 1954-56 Pastor einer Methodistengemeinde in La Paz/Bolivien, anschließend bis 1965 in Montevideo. Während dieser Jahre hielt er nebenbei Vorlesungen im Mennonitenseminar der Hauptstadt Uruguays wie auch im South America Training Institute des CVJM in Buenos Aires. Von 1965-1972 war er Koordinator der Bewegung für Evangelische Einheit in Lateinamerika (UNILAM). Während der letzten Jahre dieser Zeit hatte er die Präsidentschaft der damals erst (1968) autonom gewordenen Evangelisch-Methodisten Kirche von Uruguay inne.

Die Berufung auf den CWME-Posten kam 1972 gerade zu einer Zeit, als die Spannungen in Castros Heimatland zunahmen. Er selbst stand auf der Fahndungsliste der Polizei und erhielt Todesdrohungen; in seiner Kirche explodierte eine Bombe. "Aber ich war ein freier Bürger", sagt Castro, "und ich bin nicht zum ÖRK gekommen, weil ich mein Land verlassen mußte. CWME hatte mir den Posten angeboten, und nach meiner Einschätzung war es eine gute Sache, dieser internationalen Bewegung einige Jahre zu widmen."

Castros Bindungen an den ÖRK wurden im Laufe der Jahre enger, unter anderem durch die Teilnahme an der Dritten (Neu Delhi 1961) und Vierten (Uppsala 1968) ÖRK-Vollversammlung wie auch durch seine Beteiligung an anderen ÖRK- und internationalen ökumenischen Konferenzen und Programmen.

Kurze Zeit nachdem er das Land verlassen hatte, verschlimmerte sich die politische Lage in Uruguay weiter. Die Legislative wurde durch einen Militärputsch beseitigt, die Gewerkschaften verboten und den Kirchen strenge Kontrollen auferlegt. Wenn auch vieles darauf hindeutet, daß Castro auch heute noch nicht in Uruguay willkommen ist, so hatte er doch geplant, noch in diesem Jahr nach Lateinamerika zurückzugehen, um Rektor einer theologischen Hochschule in Buenos Aires zu werden.

"In all diesen Jahren sind Herz und Sinne immer wieder nach Lateinamerika zurückgewandert, und gute Freunde haben mit Nachdruck auf meine Rückkehr bestanden und dafür christliche Gründe ins Feld geführt." Es ist ihm schwergefallen, berichtet er, sich selbst davon zu überzeugen, daß das Amt des ÖRK-Generalsekretärs genau das richtige ist - auch für Lateinamerika.

Der Rat hat sich in der Zeit, seit er ihn kennt, erheblich verändert. Der Hauptunterschied zwischen dem ÖRK von heute und der kleineren Organisation, die er 1954 als Student besuchte, ist laut Castro der heutige "Weltcharakter". Er beschreibt den Rat von heute als "eine Begegnungsstätte für Christen aus aller Welt, die ihre Identität und ihre Zugehörigkeit zu ihrem Kulturreis geltend machen". Durch die Beiträge von unabhängigen Kirchen in Afrika und Pfingstkirchen in Lateinamerika - von christlichen Traditionen also, "an die man am Anfang noch nicht einmal dachte" - ist der Rat viel komplizierter geworden, als er vorher war, doch auch um vieles reicher.

Gerade dieses kulturelle, theologische und rassische Ferment im ÖRK verleiht dem Rat seine Dynamik, seine eigentliche Lebenskraft, und wird dies auch weiterhin tun."

Eines dieser kreativen Fermente sind die orthodoxen Kirchen. "Zwar sind sie im Zentralausschuß und in anderen Ausschüssen bereits angemessen vertreten," meint Castro, "doch muß die Zahl der orthodoxen Mitarbeiter im Rat so angehoben werden, daß sie dem Zugehörigkeitsgefühl der Orthodoxen zum Rat und ihrer Mitwirkung im ÖRK entspricht. In seiner täglichen Arbeit ist der Rat noch immer und beinahe unvermeidlich, protestantisch. Mein Traum ist, daß die Orthodoxen eines Tages in allen Lebensbereichen des ÖRK in ausreichendem Maß vertreten sind, sich der Durchdringung durch die totale ökumenische Begegnung auszusetzen."

Castro glaubt, daß der Aufgabe, das Zugehörigkeitsbewußtsein der Mitgliedskirchen zum Rat zu schärfen, höchste Priorität beigegeben werden sollte. Er räumt ein, daß dadurch wohl auch "die Erwartungen, die an den Rat gestellt werden, vielfältiger und vielschichtiger werden, doch wäre es das Schlimmste, was dem Rat passieren könnte, wenn niemand etwas von uns erwarten würde".

"Für mich geht es vor allen Dingen darum, daß jedes Programm und jeder Dienst des ÖRK die ganzheitliche Natur des Evangeliums, das wir predigen, und unseres Auftrags im Auge behalten. Bei allem, was wir tun, müssen wir einige grundsätzliche Fragen stellen: Bringt es die Einheit der Kirche weiter? Hilft es bei der Auferbauung eines dienenden Leibes Christi? Legt es Zeugnis ab von Jesus Christus? Bringt es Solidarität mit den Armen wirklich zum Ausdruck?"

Castro ist sich sehr wohl bewußt, daß der ÖRK Gegenstand schärfster Kritik aus den Medien ist, meint aber, "wir sollten Kritik seitens der Presse begrüßen. Kritik ist ihre Aufgabe und ihre Pflicht. Wir sollten davon lernen; wir sollten unseren Überzeugungen Ausdruck geben, zugleich aber auch zu verstehen suchen, daß in den Medien nicht lediglich die Ansichten einzelner Journalisten, sondern auch die vieler anderer Menschen zum Ausdruck kommen. Aus Erfahrung wissen wir dabei selbstverständlich zu unterscheiden zwischen Journalisten und Handlangern."

Ein gängiger Vorwurf an die Adresse des ÖRK lautet, er sei zu stark beeinflusst von der "Theologie der Befreiung" - einem kontroversen, weitgehend von den Verhältnissen in Lateinamerika geprägten Ausdruck von Theologie, der die Solidarität mit Menschen, die nach Befreiung von repressiven gesellschaftlichen und politischen Systemen streben, miteinschließt. Insbesondere westliche

Kritiker haben die Befreiungstheologie als Codewort für marxistische Unterwanderung der Kirchen bezeichnet.

Ein US-Theologe spanischer Herkunft, Orlande Costas, schrieb in einem kürzlich erschienenen Aufsatz über die Gedankenwelt Castros: "Wer Castro verstehen will, muß seinen Hintergrund miteinbeziehen: er ist geprägt von Lateinamerika, (...) von seinen zahlreichen Reisen und Kontakten mit Menschen verschiedener christlicher Traditionen, weltlicher Überzeugungen und anderer Religionen, (...) vom Einfluß Karl Barths, von seiner theologischen Ausbildung, von seiner gesellschaftlich-kulturellen Erfahrung und von den Herausforderungen, die die Befreiungskämpfe in allen Teilen Lateinamerikas an ihn stellten."

Wenn mancher diese vielfältige Herkunft verkürzt und in ihm lediglich den "Befreiungstheologen" sieht, so meint er selbst, er sei dieser Bezeichnung "unwürdig". "Ich bin kein systematischer Theologe. In diesem Bereich bin ich theologisch nicht kompetent. Ich bin mit vielen der lateinamerikanischen Befreiungstheologen befreundet. Ihr Kampf ist mein Kampf. Ich bemühe mich, Befreiung - ein leidenschaftliches Engagement im Namen Jesu Christi für die Menschen, die am Rande leben, für die Ausgestoßenen, die Peripherie - in den Mittelpunkt meines Predigens und meines Schreibens zu stellen."

Auf den Vorwurf, marxistisch beeinflusst zu sein, antwortet Castro mit dem Hinweis auf seine Schriften - besonders die vielen Leitartikel in der International Review of Mission und seine entscheidende Rolle bei der Abfassung des vor zwei Jahren vom Zentralausschuß des ÖRK gebilligten Dokumentes "Mission und Evangelisation - eine ökumenische Erklärung" - und forderte seine Kritiker auf, dort nach Marxismus zu suchen.

"Was mein eigenes Land angeht, verleugne ich meine besonderen politischen Ideen keineswegs", meint er. "Ich sehe keine Möglichkeit für eine - in engem Sinne - kapitalistische Lösung für Probleme Lateinamerikas. Eine solche wurde schon von allen dortigen Militärregimen versucht - mit dem Resultat, wie Sie sehen, einer Auslandschuld, die die Welt erbeben läßt."

Kein gesellschaftliches und wirtschaftliches System darf sich "christlich" nennen. Im Mittelpunkt des Marxismus steht eine materialistische Behauptung, der sich die Christen so nicht anschließen können. Im Mittelpunkt des Kapitalismus steht das Motiv des Profits - und es ist offensichtlich, daß Christen nicht gleichzeitig dieses und das Evangelium annehmen können. So kommen wir zu einer ganz pragmatischen Frage: Wie können wir die Lage der Armen in dieser oder jenen bestimmten Gesellschaft verbessern? Die einen werden antworten: durch ein kapitalistisches System; andere werden wiederum sagen: durch ein sozialistisches System. Nun gut, machen wir die Probe! Dann werden wir überprüfen, inwiefern diese oder jene Art, die Gesellschaft zu organisieren, den Menschen mehr Raum für die Entwicklung menschlicher Freiheit, der Menschenwürde und eines menschlichen Lebens verschafft."

Angesprochen auf das erneute Interesse an Gottesdienst und Spiritualität, das viele Beobachter als den Hauptaspekt der letztjährigen Vollversammlung in Vancouver genannt haben, äußert sich Castro positiv und zugleich vorsichtig. "Der Optimismus von Uppsala

(Vierte Vollversammlung 1968) und der Realismus von Nairobi (Fünfte Vollversammlung 1975) werden vervollständigt durch das gottesdienstliche Feiern in Vancouver, was soviel heißt wie: 'Wir können weitermachen, weil wir eine Wirklichkeit bekräftigen, die nicht in den Händen der Mächtigen dieser Welt liegt'."

Aber diese "neue Konzentration auf das gottesdienstliche Leben und die Suche nach grundlegenden Überzeugungen geben uns eine bessere, eine stärkere Position, von der aus wir christliche Gruppen, die in der ganzen Welt für Gerechtigkeit kämpfen, unterstützen können. Wenn wir uns jedoch sagen lassen müßten, 'Ihr hört unsere Schreie nicht, weil Ihr zu sehr mit Beten beschäftigt seid', dann würde ich anfangen, mir ernstlich Sorgen zu machen."

Castro definiert die besondere Rolle des Generalsekretärs bei der Ausführung des Auftrags des Rates folgendermaßen: (er muß) ... "dafür sorgen, daß die Ziele des ÖRK nicht Vorstellungen bleiben, sondern in sein tägliches Leben umgesetzt werden. Das kann eine frustrierende Aufgabe sein, aber auch eine sehr dynamische und nützliche."

Angesichts der vierzehn programmorientierten Untereinheiten des ÖRK, die auf drei Programmeinheiten verteilt sind - Glauben und Zeugnis, Gerechtigkeit und Dienst, Bildung und Erneuerung -, ist Koordinierung ein wichtiger Aspekt der Arbeit. Castro sagt dazu: "Man muß etwas zum Koordinieren haben, bevor man anfangen kann, über Koordinierung zu sprechen. Die Untereinheiten haben verschiedene Perspektiven, verschiedene Ziele."

Doch er fügt umgehend hinzu, daß Koordinierung notwendig ist. "Anarchie wäre unsinnig in einer Einrichtung, die den Kirchen rechenschaftspflichtig ist. Aber die Rechenschaftspflicht des ÖRK gegenüber den Kirchen, gegenüber dem Volk Gottes sollte Rechenschaft über die verantwortliche Nutzung der Freiheit sein".

Mission und Evangelisation - eine ökumenische Erklärung - des Auftrags zur Mission

Verabschiedet vom
Zentralausschuß
des ÖRK auf seiner
Sitzung im Juli
1982

Zertrennung und
Hindernis für
das Zeugnis der
Kirche

1. Die heutige ökumenische Bewegung entstand aus der Überzeugung der Kirchen, daß die Zertrennung der Christen ein Skandal und ein Hindernis für das Zeugnis der Kirche ist. Unter den Kirchen gibt es heute ein wachsendes Bewußtsein für den unauflöslchen Zusammenhang zwischen christlicher Einheit und missionarischer Berufung, zwischen Ökumenismus und Evangelisation. "Evangelisation ist der Prüfstein unserer Ökumenischen Berufung."

Als eine "Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes", ist für den Ökumenischen Rat der Kirchen das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus der Sammelpunkt. Das Heilswerk des Sohnes wird begriffen als das Werk der heiligen Dreieinigkeit: Der Vater sandte in der Kraft des Geistes Jesus Christus, den menschgewordenen Sohn Gottes, den Heiland der ganzen Welt.

Die Kirchen des Ökumenischen Rates befinden sich auf einer Pilgerfahrt zur Einheit unter der missionarischen Vision von Joh. 17,21, "auf daß sie alle eins seien, gleich wie du, Vater, in mir und ich in dir; daß auch sie in uns eins seien, damit die Welt glaube, du habest mich gesandt".

2. Schon im Alten Testament hielt das Volk Israel Ausschau nach dem Tag des Friedens, an dem Gottes Gerechtigkeit herrschen wird (Jes. 11,1-9). Jesus trat in diese Tradition ein und verkündigte, daß das Reich Gottes nahe herbeigekommen (Mk. 1,15), daß in ihm die Wirklichkeit des Reiches gegenwärtig sei (Lk. 4,15-21). Gott bot diese neue Gerechtigkeit den Kindern an, den Armen, allen Mühseligen und Beladenen, all denen, die Buße tun und Jesus nachfolgen werden.

Die Urgemeinde bekannte Jesus als Herrn, als die höchste Autorität, in dessen Namen sich beugen sollten alle Knie, der am Kreuz und in der Auferstehung die Macht der hingebenden Liebe in dieser Welt freigesetzt hat.

3. Christus sandte seine Jünger aus mit den Worten: "Gleichwie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch" (Joh. 20,21). Die Jünger Jesu waren persönliche Zeugen des auferstandenen Christus (1.Joh. 1,2-3). Als solche wurden sie gesandt - Beauftragte Apostel in der Welt. Auf der Grundlage ihres Zeugnisses, das im Neuen Testament und im Leben der Kirche erhalten ist, ist es ein Wesensmerkmal der Kirche, apostolisch zu sein, in die Welt gesandt zu sein. Gott hat in Christus die Kirche mit allen Gaben des Geistes, die zum Zeugnisgeben nötig sind, ausgestattet. "Ihr werdet aber die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, welcher auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein zu Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde" (Apg. 1,8).

Wesensmerkmal
der Kirche,
in die Welt ge-
sandt zu sein

4. Die Apostelgeschichte erzählt die Geschichte der Ausbreitung der Urgemeinde in der Erfüllung ihrer missionarischen Berufung. Der Heilige Geist kam auf die kleine Gemeinde in Jerusalem am Tag der Pfingsten (Apg. 2,1-39), damit durch die und andere, die durch ihr Wort (Joh. 17,20) zum Glauben an Christus kommen sollten, die Welt geheilt und erlöst würde.

Die Urgemeinde bezeugte ihren auferstandenen Herrn in vielfältiger Weise, ganz besonders durch die Lebensweise ihrer Mitglieder. "Und sie waren täglich und stets beieinander einmütig im Tempel und brachen das Brot hin und her in den Häusern, nahmen die Speise mit Freuden und lauterem Herzen, lobten Gott und hatten Gnade bei dem ganzen Volk. Der Herr aber tat hinzu täglich, die gerettet wurden, zu der Gemeinde" (Apg. 2,46-47). Durch die Verfolgungen, die die frühen Christen erleiden mußten, breitete sich das Wort von selbst aus.: "Die nun zerstreut waren, zogen umher und predigten das Wort" (Apg. 8,4). Die Apostel kamen dann, um den Glauben derer zu bestärken, die das Wort Gottes angenommen hatten (Apg. 8,14-17). Zu anderen Zeiten breitete sich das Wort mehr durch deutlicheres und planmäßigeres Vorgehen aus. Die Kirche in Antiochien organisierte die erste Missionsreise. Barnabas und Paulus wurden von der Kirche im Gehorsam gegenüber dem Heiligen Geist ausgesandt (Apg 13,1-4). Immer wieder wurde die Kirche durch Gottes Berufung überrascht, sich ganz neuen missionarischen Situationen zu stellen (Apg. 8,26; 10,17; 16,9-10).

5. Jesus Christus war in sich selbst die vollkommene Offenbarung der Liebe Gottes, die sich bei allem, was sein Erdenleben ausmachte, als Gerechtigkeit und Vergebung erwies. Er vollendete das Werk des Vaters. "Meine Speise ist es, daß ich den Willen dessen tue, der mich gesandt hat, und sein Werk vollende" (Joh. 4,34). In seinem Gehorsam gegenüber dem Willen des Vaters, in seiner Liebe zur Menschheit, gebrauchte er viele Weisen, Gottes Liebe für die Welt zu offenbaren: Vergeben, Heilen, Dämonen austreiben, Lehren, Verkündigen, Anklagen, Bezeugen vor Gericht, schließlich die Hingabe seines Lebens. Die Kirche heute hat die gleiche Freiheit, ihre Sendung zu entfalten, um sich ändernden Situationen und Umständen Rechnung zu tragen.

Es gibt nicht nur einen Weg, Jesus Christus zu bezeugen. Die Kirche hat zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten auf unterschiedliche Weise Zeugnis abgelegt. Das ist eine wichtige Feststellung. Es gibt Gelegenheiten, wo dynamische Aktion in der Gesellschaft erforderlich ist; in anderen Fällen muß gepredigt werden; in anderen ist das Verhalten der Christen untereinander beredtes Zeugnis. In wieder anderen Fällen ist es die einfache Präsenz einer gottesdienstlichen Gemeinschaft oder eines einzelnen, die das Zeugnis darstellt. Diese verschiedenen Dimensionen des Zeugnisses für den einen Herrn sind immer eine Sache des konkreten Gehorsams. Wenn man sie auseinandernimmt und dann eine von ihnen absolut setzt, verzerrt man das Evangelium. Sie sind untrennbar miteinander verbunden, und zusammen machen sie die wahren Dimensionen der missionarischen Verkündigung aus. Wichtig ist, daß Gottes erlösendes Wort verkündigt und gehört wird.

(A Theological Reflection on the Work of Evangelism, Bulletin, Vol.V, Nrs. 1+2, Division of Studies, World Council of Churches, November 1959)

Viele Weisen,
Gottes Liebe zu
offenbaren

Sie ist in die Welt gesandt und hat Anteil an dem Strom der Liebe, der von Gott, dem Vater, ausgeht. In dieser Sendung zur Liebe (Mt. 22,37) bemüht sich die Kirche, mit allen Ausdrucksformen ihres Lebens die volle Verwirklichung des Reiches Gottes in Jesus Christus zu bezeugen. Die Kirche ist, wie Johannes der Täufer, dazu berufen, hinzuweisen auf "das Lamm Gottes, welches der Welt Sünde trägt" (Joh. 1,29).

Der Auftrag zu Verkündigung und Zeugnis

Kirche als
dem Leib Christi

Vermittler
zwischen Gott
und seiner
Schöpfung

6. Die Mission der Kirche ergibt sich aus dem Wesen der Kirche als dem Leib Christi, der an dem Amt Christi als Vermittler zwischen Gott und seiner Schöpfung teilhat. Dieser Auftrag der Vermittlung in Christus umfaßt zwei völlig ineinandergreifende Bewegungen - eine von Gott zur Schöpfung, die andere von der Schöpfung zu Gott. Die Kirche bekundet Gottes Liebe für die Welt in Christus - durch Wort und Tat - in der Identifizierung mit der ganzen Menschheit, in liebendem Dienst und freudiger Verkündigung; in eben dieser Identifizierung mit der ganzen Menschheit hebt die Kirche deren Schmerzen und Leiden, ihre Hoffnung und Sehnsucht, Freude und Danksagung, in Fürbitte und in der Feier der Eucharistie zu Gott auf. Jede Störung im Gleichgewicht dieser beiden Richtungen der vermittelnden Bewegung beeinträchtigt unser Amt und unsere Mission in der Welt.

Nur eine Kirche, die Genau weiß, wie Menschen in der Welt leben, fühlen und denken, kann beide Aspekte dieses Vermittlungsauftrages angemessen erfüllen. Genau an diesem Punkt erkennt die Kirche den Wert und die Bedeutung des Dienstes anderer für die Kirche, damit die Kirche die Welt besser verstehen und sich enger mit ihr zu solidarisieren lernt, da sie ihre Schmerzen und Sehnsüchte kennt und teilt. Nur indem wir aufmerksam auf andere eingehen, können wir unsere eigene Unwissenheit und falsche Beurteilung anderer abbauen und besser imstande sein, ihnen zu dienen.

Im Mittelpunkt dessen, wozu die Kirche in der Welt berufen ist, steht die Verkündigung des Reiches Gottes, das in Jesus dem Herrn, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, seinen Anfang genommen hat. Die Kirchen versuchen durch ihr inneres Leben im eucharistischen Gottesdienst, durch Danksagung, durch Fürbitte, durch Planung für Mission und Evangelisation, durch eine alltägliche Lebensweise der Solidarität mit den Armen, durch einen Fürsprecherdienst, der bis hin zur Konfrontation mit den die Menschen unterdrückenden Mächten gehen kann, diese evangelistische Berufung zu erfüllen.

Ökumenische Überzeugungen

7. In den ökumenischen Diskussionen und Erfahrungen haben es die Kirchen mit ihren unterschiedlichen Bekenntnissen und Traditionen und in ihren vielfältigen Ausformungen als Gemeinden, monastische Gemeinschaften, religiöse Orden etc. gelernt, sich gegenseitig als Teilnehmer an der einen weltweiten Missionsbewegung anzuerkennen. So können sie gemeinsam ein ökumenisches Verständnis von christlicher Mission bekräftigen, das sich in den folgenden Überzeugungen ausdrückt, mit denen sie sich zur Arbeit für das Reich Gottes verpflichten.

I. BEKEHRUNG

8. Die Verkündigung des Evangeliums beinhaltet die Einladung, in einer persönlichen Entscheidung die rettende Herrschaft Christi anzuerkennen und anzunehmen. Es ist die Ansage einer persönlichen, vom Heiligen Geist bewirkten Begegnung mit dem lebendigen Christus, der Empfang seiner Vergebung und die persönliche Annahme des Rufes zur Nachfolge und einem Leben im Dienst. Gott wendet sich an jedes seiner Kinder besonders, ebenso aber auch an die ganze Menschheit. Jeder Mensch hat das Recht, die Gute Nachricht zu hören. Viele gesellschaftliche Kräfte drängen heute in Richtung auf Konformität und Passivität. Massen von armen Menschen sind ihres Rechtes beraubt worden, über ihr Leben und das Leben ihrer Gesellschaft zu entscheiden. Während Anonymität und das An-den-Rand-gedrängt-Sein die Möglichkeiten für persönliche Entscheidungen auf ein Minimum zu reduzieren scheinen, kennt Gott als der Vater jedes seiner Kinder und ruft jedes einzelne auf, in der Gemeinschaft seines Volkes ihm und seinem Reich eine grundsätzliche persönliche Treueerklärung abzugeben.
9. Während die grundlegende Erfahrung der Bekehrung die gleiche ist, unterscheiden sich das Bewußtsein von einer in Christus geoffenbarten Begegnung mit Gott, die konkrete Gelegenheit dieser Erfahrung und ihre eigentliche Erscheinungsform je nach unserer persönlichen Lage. Der Ruf zielt auf bestimmte Veränderungen, nämlich der Herrschaft der Sünde in unserem Leben abzusagen und Verantwortung zu übernehmen, die der Liebe Gottes für unseren Nächsten entspricht. Johannes der Täufer sagte den Soldaten sehr genau, was sie tun sollten; Jesus zögerte nicht, dem reichen Jüngling zu zeigen, daß sein Reichtum das Hindernis für seine Jüngerschaft war. Bekehrung geschieht inmitten unserer geschichtlichen Wirklichkeit und umfaßt die Ganzheit unseres Lebens, denn Gottes Liebe gilt dieser Ganzheit. Jesu Ruf ist eine Einladung, ihm freudig nachzufolgen, eine Einladung zur Teilhabe an seiner Knechtsgehalt, eine Einladung, sich mit ihm am Kampf zur Überwindung von Sünde, Armut und Tod zu beteiligen.

Gott wendet
sich an jedes
seiner Kinder
besonders, ebenso
aber auch an die
ganze Menschheit

INFORMATION

108 Berlin
Planckstraße 20, Telefon 2081518

12/76 Dez.

Der Ökumenische Rat der Kirchen: eine Gemeinschaft.....

(nur welche Art von Gemeinschaft?)

INHALT

eine umfassende
Gemeinschaft

eine weltweite
Gemeinschaft

eine
Gemeinschaft
in Erwartung

eine
Gemeinschaft
der geteilten
Ressourcen

der
Zentralausschuß
tagt

Für manche sicher eine etwas trockene oder spröde Lektüre. Zugegeben! Sind Strukturen und Aufgabenbeschreibungen wichtig und lesenswert? Darüber könnte man diskutieren! Aber viele fragen danach, weil es nicht immer leicht ist, die Informationen über die V. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen richtig "einzuordnen" und die Zusammenhänge zu erkennen. Darum halten wir den folgenden Beitrag - dem Vorbereitungsband für die Vollversammlung "Von Uppsala nach Nairobi" gekürzt entnommen - für nützlich und auch gar nicht so uninteressant.

Als der Ökumenische Rat der Kirchen 1948 ins Leben gerufen wurde, beschrieben ihn seine Gründer als eine "Gemeinschaft von Kirchen". Was aber zu Anfang ein prophetisches Unterfangen eines dicht geschlossenen Kreises einzelner Charismatiker gewesen war, hat sich im Laufe von 25 Jahren zu einer Bewegung ausgewachsen, die jetzt mehr die Kirchen selbst mit einschließt. Auch Mitgliedschaft und Wirkungskreis haben sich im Laufe dieser Entwicklung ständig erweitert. Infolgedessen erwies es sich in den einzelnen Stadien als notwendig, das Wesen und die Bestrebungen dieser Gemeinschaft immer wieder neu zu definieren und zu inter-

pretieren. Viele Jahre sind vergangen, seit 1950 der Zentralaus-
schuß des ÖRK in Toronto die Erklärung über "Die Kirche, die Kir-
chen und der Oekumenische Rat der Kirchen" angenommen hat. Diese
Erklärung war ein Versuch festzulegen, was der Rat war und was er
nicht war, und sie bemühte sich ganz besonders, jene Befürchtungen
zu widerlegen, die in dem ÖRK eine Art Superkirche sahen, die für
sich die Autorität der Oekumenischen Konzilien der Alten Kirche
beanspruche. Und doch wird die Frage nach der ekklesiologischen
(ecclesia = Kirche; Ekklesiologie = Lehre von der Kirche - Red.)
Bedeutung des Oekumenischen Rats heute in unterschiedlichen Kon-
texten erneut gestellt. Kann die Gemeinschaft der Kirchen in die-
sem Rat als eine "ekklesiale Wirklichkeit" betrachtet werden?
(Kann die Gemeinschaft von verschiedenen Kirchen im Oekumenischen
Rat zu einer Kirche werden? - Red.) Welche Folgen hätte das für
die Auslegung der Mitgliedschaft im Rat? Die Zeit ist noch nicht
gekommen, um auf solche Fragen eine endgültige Antwort zu geben;
indessen werden diese Fragen jedoch gestellt, und wir dürfen sie
nicht ignorieren.

Die Zeit der Vollversammlung in Uppsala (1968) bot der Gemein-
schaft des Rats besondere Gelegenheit, sich in kritischen Situa-
tionen zu bewähren und gemeinsam zu einem tieferen Verständnis
des oekumenischen Engagements vorzudringen. Die Frage nach der
Gemeinschaft lag vielen Diskussionen des Zentralausschusses in
diesen Jahren zugrunde. Eine mögliche Antwort darauf ist in der
revidierten Verfassung des ÖRK, die der Vollversammlung von Nai-
robi zur Ratifizierung vorgelegt werden wird, gegeben worden.
Hier wird die grundlegende Funktion des Rats zum erstenmal posi-
tiv formuliert. Danach ist es die Funktion des Rates, "die Kir-
chen aufzurufen zu dem Ziel der sichtbaren Einheit in einem Glau-
ben und einer eucharistischen Gemeinschaft (Abendmahlsgemein-
schaft - Red.), die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemein-
samen Leben in Christus findet, und auf diese Einheit zuzugehen,
damit die Welt glaube".

EINE UMFASSENDE GEMEINSCHAFT

Welche Art von Gemeinschaft? Zu Beginn seien einige Zahlen ange-
führt: Die Zahl der Mitgliedskirchen des ÖRK hat sich seit seiner
Gründung im Jahre 1948 beinahe verdoppelt. Auch seit der Vollver-
sammlung von Uppsala hielt dieser Zuwachs an. Zwischen Uppsala
und der Zentralaussschußtagung von 1974 sind 31 Kirchen als neue
Mitglieder und weitere 8 als assoziierte Mitglieder aufgenommen
worden. Mehrere Kirchen, die zuvor durch andere Kirchen im Rat
vertreten wurden, sind Vollmitglieder geworden. 7 kirchliche
Unionen wurden von insgesamt 19 Mitgliedskirchen des Rats einge-
gangen. Mit den 6 bereits in Uppsala selbst aufgenommenen Mit-
gliedskirchen gab es in der Zeit zwischen 1968 und 1974 den größ-
ten Einzelzuwachs an Mitgliedern zwischen zwei Vollversammlungen.
Die Gesamtzahl der Mitgliedskirchen beläuft sich nun auf 271 in
mehr als 90 Ländern.

Von den neuen Mitgliedskirchen kommen 17 aus Afrika, 12 aus Asien
und Australasien, 11 aus Lateinamerika und der Karibik, 3 aus
Europa und 1 aus Nordamerika. Damit hat die Tendenz der Auswei-
tung der Mitgliedschaft in die südliche Hemisphäre weiter ange-
halten; mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Oekumenischen
Rates kommen aus diesem geographischen Bereich. Besonders erwäh-
nenswert ist die Aufnahme der Evangelischen Pfingstkirche "O
Brasil para Cristo" und der Kirche Jesu Christi auf Erden durch

271 Mitglieds-
kirchen in
mehr als 90
Ländern

Mehr als die
Hälfte aller
Mitgliedskir-
chen sind in
der "Dritten
Welt"

den Propheten Simon Kimbangu im Jahre 1969. Beide Kirchen stehen für zwei relativ neue christliche Traditionen und tragen so wesentlich zur Bandbreite des Rats bei.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für die Beziehung zu den nationalen oekumenischen Organisationen zu berichten... Der Rat steht mit 90 nationalen oekumenischen Organisationen in Verbindung - was bedeutet, daß die große Mehrheit der Mitgliedskirchen auch auf nationaler Ebene gemeinschaftlich miteinander verbunden ist.

Auch die Regionalen Kirchenkonferenzen sind in den letzten Jahren an Zahl und Bedeutung gewachsen. Im November 1973 wurde eine neue Karibische Kirchenkonferenz (CCC) gegründet, in der auch die Römisch-katholische Kirche Vollmitglied ist. Im Mai 1974 wurde der frühere Nahöstliche Christenrat umgebildet in den Nahöstlichen Rat der Kirchen (MECC) und vereint nun zum erstenmal alle historischen orthodoxen Kirchen dieser Region mit den protestantischen in einer oekumenischen Gemeinschaft. Die frühere Ostasiatische Christliche Konferenz wurde umformiert zur Christlichen Konferenz Asiens (CCA), wobei bereits diese Namensänderung nach beinahe 15jährigem Bestehen die wachsende Bedeutung der regionalen oekumenischen Arbeit in Asien unterstreicht.

Wie kann die Gemeinschaft auf allen diesen verschiedenen Ebenen bewahrt werden?

So bedeutsam dieser numerische Zuwachs und die geographische Ausweitung der Mitgliedschaft des Oekumenischen Rates auch sein mögen, sie geben als solche noch keine Antwort auf die Frage, welche Art von Gemeinschaft der Rat ist. Ja, sie werfen eher noch mehr Fragen auf! Wie kann die Gemeinschaft auf allen diesen verschiedenen Ebenen bewahrt werden? Wie kann man die größere Quantität der Mitglieder mit einer verbesserten Qualität und Spannweite der Gemeinschaft verbinden? Gerade im Bereich seiner Beziehungen zu den Mitgliedskirchen im weitesten Sinne hat der Oekumenische Rat in seiner Gemeinschaft heute wohl seine schwierigste Bewährungsprobe zu bestehen. Der Zentralausschuß hat sich mit diesen Fragen schon des öfteren befaßt, ohne indes bereits eine befriedigende Antwort gefunden zu haben.

Hier mag es hilfreich sein, zwischen drei verschiedenen Ebenen der Verbindung zu unterscheiden: der mitbestimmenden Teilnahme, der Kommunikation und der gegenseitigen Besuche. Diese sind dann im Zusammenhang mit dem weiteren Komplex der Dezentralisierung der oekumenischen Bewegung zu sehen. Anschließend sei dann noch auf die kritischen, sich aus diesen vier Bereichen ergebenden Fragen eingegangen.

MITBESTIMMENDE TEILNAHME

Der Oekumenische Rat der Kirchen gründet sich auf das Prinzip der repräsentativen Teilnahme seiner Mitgliedskirchen in der Arbeit und bei den Entscheidungen seiner von der Verfassung festgelegten Gremien. Hier ist anzumerken, daß eine wachsende Zahl von Mitgliedskirchen sich der Bedeutung dieser repräsentativen Aufgabe bewußt wird. Und doch ist diese Art der Teilnahme in vieler Hinsicht begrenzt. Die Vollversammlung ist das einzige Gremium, in dem jede Mitgliedskirche von wenigstens einem Delegierten vertreten ist. Aber von vielen Mitgliedskirchen wird nur selten ein Vertreter für die ÖRK-Ausschüsse ernannt...

Repräsentation und mitbestimmende Teilnahme stehen miteinander in Beziehung. Repräsentative Delegierte sollten einerseits die Stimme und Meinung ihrer Kirchen vorbringen; andererseits obliegt ihnen auch die Aufgabe, in ihren Kirchen und Regionen repräsentative Boten der oekumenischen Gemeinschaft zu sein. Die Kirchen erkennen nun allmählich diese doppelte Funktion, und sie verankern sie

Kann ein Beschluß des Zentralaussschusses, selbst wenn er einstimmig gefaßt wurde, für die einheitliche Überzeugung aller Mitgliedskirchen stehen?

strukturell. Es bleibt jedoch noch viel mehr zu tun, um der delegierten Teilnahme ihre eigentliche Rolle beim Ausbau der Beziehungen zwischen dem Oekumenischen Rat und seinen Mitgliedskirchen zukommen zu lassen.

Auch der ÖRK selbst muß seinen Entscheidungsfindungsprozeß im Hinblick auf die Teilnahmemöglichkeit aller Mitglieder in diesem Prozeß überprüfen. Minderheiten ist zwar immer die Gelegenheit gegeben, abweichende Meinungen vorzubringen, aber es bleibt noch die grundlegendere Frage: Kann ein Beschluß des Zentralaussschusses, selbst wenn er einstimmig gefaßt wurde, für die einheitliche Überzeugung aller Mitgliedskirchen stehen? Das Drängen nach einem gemeinsamen Handeln hat sich seit Uppsala verstärkt. Welchen Status und welche Autorität haben Entscheidungen und Empfehlungen des Zentralaussschusses, und wie kann die Allumfassendheit der Gemeinschaft angesichts der Kirchen gewahrt bleiben, die mit den Entscheidungen und Empfehlungen nicht übereinstimmen?

KOMMUNIKATION

Es gehört zu den grundlegenden Funktionen des Rats, Kommunikationsträger zu sein. Kommunikation und mitbestimmende Teilnahme sind sinnfällig zwei Seiten ein und desselben Prozesses. Es ist genauso offensichtlich, daß mit der Ausdehnung der Mitgliedschaft des Rats eine wirklich effektive Kommunikation sowohl wichtiger als auch schwieriger geworden ist. Die ständige briefliche Verbindung zwischen den Mitgliedskirchen und dem Rat wie auch der Versand von ÖRK-Veröffentlichungen und Periodika, einschließlich der Vielzahl der von den Untereinheiten verfaßten Informationsblätter, vermögen die Kommunikation zwischen allen Mitgliedern nicht mehr ausreichend zu gewährleisten.

Jede Kommunikation beginnt damit, daß man erst einmal aufeinander zu hören sucht. Deshalb müssen wir lernen - wie es der Zentralaussschuß 1972 formulierte -, "bessere und bescheidenere Zuhörer zu sein... Unser Zuhören ist besonders dort wichtig, wo die Gemeinschaft von menschlichen Spannungen zerrissen wird und die Menschen sie nicht offen bekräftigen können." Der Zentralaussschuß vermerkte, daß die Kirchen und ihre Glieder mehr erwarten als die reine Kommunikation vom Oekumenischen Rat an die Mitgliedskirchen und an die Gesellschaft im allgemeinen. "Sie wollen ein achtsames Hören des Rats auf die Geschehnisse in den Mitgliedskirchen und in der Welt und eine zunehmende Kommunikation zwischen den einzelnen Kirchen, zu der der Rat Beistand leistet."

Wer kann für die Kirchen, wer kann für den ÖRK sprechen?

Wem soll jedoch zugehört werden? Die Einsicht, daß Kommunikation mit dem Zuhören beginnt, wirft die nicht unwesentliche Frage auf, wer für die Kirchen und wer für den Rat sprechen kann. Für alle Kirchen - und dies gilt noch mehr für den Rat - ist es immer schwieriger geworden, mit nur einer einzigen Stimme zu reden... Dem ÖRK wird vorgeworfen, daß er nur mit der offiziellen Ebene in Verbindung stehe und den Erfahrungen und Hoffnungen der Menschen und Gruppen auf der Gemeindeebene nicht ausreichend Rechnung trage. Diese Schwierigkeit ist zwar nicht neu, hat sich jedoch in den letzten Jahren verschärft. Es gibt Fälle, in denen die offiziellen kirchlichen Strukturen und die oekumenischen Gruppen offen gegeneinander den Anspruch erheben, in ihrer besonderen Situation die wahre Stimme der Kirche zu sein. Auch in solchen Fällen wird die Allumfassendheit der oekumenischen Gemeinschaft einer schweren Bewährungsprobe unterworfen. Wer kann andererseits für den Oekumenischen Rat sprechen? Für die Mitgliedskirchen ist es immer schwieriger geworden, eine klare Unterscheidung zu machen zwischen den offiziellen Verlautbarungen und Mitteilungen

des Zentralausschusses, seines Vorsitzenden oder des Generalsekretärs einerseits und den Tagungsberichten oder den auf solchen Konferenzen gehaltenen Grundsatzreferaten andererseits. Das wachsende kritische Interesse an der oekumenischen Diskussion macht es erforderlich, Ergebnisse allen Mitgliedskirchen mitzuteilen...

GEGENSEITIGE BESUCHE

Kein besseres Mittel der Kommunikation und der Kontakterhaltung als das direkte, persönliche Gespräch

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es selbst heute kein besseres Mittel der Kommunikation und der Kontakterhaltung gibt als das direkte, persönliche Gespräch, d.h. den persönlichen Besuch. Infolgedessen wurde den Reisen von Mitarbeitern des Rats zu den verschiedensten Mitgliedskirchen ein größeres Gewicht beigemessen. Offizielle Delegationen sind zu einer Reihe von Kirchen gesandt worden. Außerdem haben sich auch die Tagungen der ÖRK-Ausschüsse in den verschiedensten Ländern für die gegenseitige Information, die Kontaktaufnahme und die Vertiefung des Verständnisses von unschätzbarem Wert erwiesen. Auch Besuche von Vertretern der Mitgliedskirchen im Sekretariat in Genf und Beratungen mit einzelnen Mitgliedskirchen trugen zur Verbesserung der Beziehungen bei. Zwei Besuche von Kirchenoberhäuptern in den Jahren nach Uppsala seien hier besonders erwähnt: Am 10. Juni 1969 besuchte Papst Paul VI. das Oekumenische Zentrum in Genf. Auch wenn dieser Besuch hauptsächlich einen symbolischen Wert besaß, so hat er doch die Entwicklung der weiteren Verbindung zur Römisch-katholischen Kirche tiefgreifend beeinflusst. Im September 1973 kam der neugewählte Patriarch der Russisch-orthodoxen Kirche, Pimen, nach Genf...

In den Jahren nach Uppsala haben die Generalsekretäre, Dr. Eugene Blake und Dr. Philip Potter, den Mitgliedskirchen und ihren leitenden Gremien viele Besuche abgestattet. Bei einigen dieser Reisen ergab sich auch die Gelegenheit, direkte Gespräche mit Staatsoberhäuptern und Regierungen zu führen... Viele andere Stabsmitglieder des Rats wurden eingeladen, vor Synoden, Räten usw. zu sprechen... Solche Besuche haben, abgesehen von ihrer kontakthaltenden und kommunikativen Bedeutung für den Rat und die Mitgliedskirchen selbst, auch eine seelsorgerliche Funktion... Sie sind eine Gelegenheit, einander im Geiste des Evangeliums die Last tragen zu helfen. So sind sie eine der lebendigen Verbindungen, die den Oekumenischen Rat zu einer Gemeinschaft der gegenseitigen Fürbitte machen und als solche erhalten. Aber trotz allem benötigt der Rat eine klarere "Besuchsstrategie". Vor kurzem sind denn auch Schritte eingeleitet worden, die für den ÖRK durchgeführten Reisen umfassender zu planen und zu koordinieren, sowie die Reiseberichte für die Arbeit des gesamten Rats auszuwerten. Wie können wir diese Reisen zu Anlässen werden lassen, durch die wir gegenseitig an unseren Freuden und Leiden teilhaben können? Diese Frage bleibt noch genauer zu untersuchen.

DEZENTRALISIERUNG

Intensivierung der oekumenischen Arbeit auf der nationalen und regionalen Ebene

Hand in Hand mit der Ausweitung der Mitgliedschaft des ÖRK ging eine Intensivierung der oekumenischen Arbeit auf der nationalen und regionalen Ebene. Eine Weltkonsultation der Christenräte wurde 1971 in Genf unter der Schirmherrschaft des ÖRK einberufen... Die Dezentralisierung der oekumenischen Bewegung ist somit keine Frage der Zukunft mehr, sie ist gegebene Wirklichkeit! Deshalb sollten die Rolle der Nationalen und Regionalen Räte innerhalb der oekumenischen Bewegung und ihr Verhältnis zum ÖRK genauer untersucht werden. Schon heute ist den Nationalen Kirchenräten

ein großer Prozentsatz der nationalen Programme des ÖRK, der Besuche des Stabs und anderer Tätigkeiten anvertraut oder wird von ihnen selbständig geplant und durchgeführt. Dies hat zwar einigen dieser Räte eine schwere Aufgabe aufgebürdet, es hat aber gleichzeitig auch die Arbeit des Rats weitgehend erleichtert...

EINE WELTWEITE GEMEINSCHAFT

"Oekumenisch" bezieht sich im biblischen Sinn auf die universale menschliche Gemeinschaft

Gerade in der Zeit seit 1968 ist die wahre Universalität der Kirche Jesu Christi neu hervorgehoben worden. In Uppsala wurde die frühere Betonung der Einheit "aller Christen an jedem Ort" ergänzt durch ein neues Verständnis der Einheit "aller Christen an allen Orten". In diesem Sinne sagte die Vollversammlung: "In einer Zeit, in der die Menschen so offensichtlich voneinander abhängig sind, ist es um so dringlicher, die Bande sichtbar zu machen, die die Christen in einer universalen Gemeinschaft zusammenführen." Und sie fügte hinzu: "Die Kirchen brauchen eine neue Offenheit für die Welt mit ihrem Streben, ihren Leistungen, ihrer Ruhelosigkeit und ihrer Verzweiflung."

Diese Ausweitung der oekumenischen Vision auf die Bedürfnisse der Welt und auf die Menschheit in ihrem Streben nach Einheit und Gemeinschaft hat denn auch die Arbeit des ÖRK seit seiner letzten Vollversammlung geprägt. Es wurde erneut unterstrichen, daß der Begriff "oekumenisch" sich im biblischen Sinne auf die gesamte bewohnte Erde bezieht, auf die universale menschliche Gemeinschaft und nicht allein auf die Gemeinschaft unter den christlichen Kirchen. Die Erkenntnis, daß die Einheit der Menschheit untrennbar mit der Suche nach der Einheit der Kirche verbunden ist, ist in allen Berichten der Vollversammlung in Uppsala erkennbar, und sie hat die Arbeit des ÖRK in den nachfolgenden Jahren maßgeblich beeinflusst...

Die Ausweitung des Aktionsradius

Schon ein kurzer Blick auf die Programme des ÖRK nach Uppsala läßt die Ausweitung des Aktionsradius deutlich werden. Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und die Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst wurden in diesen Jahren eingesetzt. Ein weiterer Problemkreis hat sich seit der letzten Vollversammlung zu einem Schwerpunktprogramm und integralen Teil der Politik des Rats entwickelt: die Menschenrechte, ihr Verständnis, ihre Einhaltung in der Praxis und ihre Verteidigung. Des weiteren ist die Studie über "Gewalt, Gewaltfreiheit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit" in diesem Rahmen zu erwähnen. Auch haben Vertreter der Technik und der Naturwissenschaften gemeinsam mit Theologen über "die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft in einer wissenschaftlich-technischen Welt" reflektiert, wobei sie insbesondere Fragen der Genetik, der Umwelt, der Bevölkerungspolitik und der Lebensqualität berührten. Diese Studien sind nicht rein zufällig zur gleichen Zeit vom Rat eingeleitet worden, zu der auch die besondere Arbeitsgruppe für den "Dialog mit Vertretern der Religionen und Ideologien unserer Zeit" ihre Arbeit aufnahm. Die Sorge um die menschliche Gemeinschaft muß von dem Respekt für die Gesamtheit des menschlichen Lebens, einschließlich der religiösen und ideologischen Überzeugungen und der Spiritualität des Menschen, getragen werden.

Auch im internationalen Bereich ist die Ausweitung des Wirkungskreises des ÖRK erkennbar. Schon seit den ersten Anfängen hat der Rat in verschiedenen Verlautbarungen zu brennenden politischen

EINE GEMEINSCHAFT IN ERWARTUNG

Der ÖRK wird niemals seine Hoffnung aufgeben, der Träger der Gemeinschaft aller christlichen Kirchen zu sein

Verhältnis zwischen dem ÖRK und der Römisch-katholischen Kirche

Die Gemeinschaft des Oekumenischen Rats steht allen Kirchen offen, die der Basis des Rats zustimmen können. Es gibt jedoch auch einzelne Kirchen oder Gruppen von Kirchen, die bisher noch keine Möglichkeit für sich gesehen haben, Mitglied zu werden, obwohl sie die Basis annehmen könnten. Dies ist natürlich bei der Römisch-katholischen Kirche der Fall. Aber im Laufe der letzten Jahre wurde auch der großen Gruppe der evangelikalen Kirchen und Gemeinschaften und deren (mangelnden) Beziehungen zum Rat viel Aufmerksamkeit zugewandt. Außerdem müßten hier noch verschiedene Pfingst- und charismatische Kirchen erwähnt werden. Der ÖRK wird niemals seine Hoffnung aufgeben, der Träger der Gemeinschaft aller christlichen Kirchen zu sein, und er wird niemals müde werden, sich für die Erfüllung dieser Hoffnung einzusetzen. Deshalb kann und sollte die oekumenische Bewegung nicht als etwas angesehen werden, das der Bewegung der evangelikalen Kirchen diametral entgegenläuft; dies schon allein deshalb, weil ein großer Teil der Mitglieder selbst eine evangelikale Richtung vertritt!...

Das Verhältnis zwischen dem ÖRK und der Römisch-katholischen Kirche erfordert eine genauere Ausführung. Selbstverständlich ist die Gemeinschaft des Rats nicht als eine Gemeinschaft nicht-römisch-katholischer Kirchen anzusehen. Der Rat ist ein Werkzeug der gesamten oekumenischen Bewegung, in der auch die Römisch-katholische Kirche, spätestens seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, eine aktive Rolle gespielt hat. Deshalb begrüßte die Vollversammlung von Uppsala, als sie die Beziehungen zur Römisch-katholischen Kirche diskutierte, die inzwischen möglich gewordene und noch wachsende Zusammenarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das zukünftige gemeinsame Wirken "zum Wachstum und zur tiefen Gemeinschaft in der oekumenischen Bewegung beitragen" werde...

Gleichzeitig bedeutet das römisch-katholische Verständnis der oekumenischen Bewegung auch eine Herausforderung an den ÖRK. Kommt der Rat in der Praxis an sein eigenes Selbstverständnis heran? Ist er wirklich die "Gemeinschaft in Erwartung", als die er sich sieht? Diese Fragen müssen in den kommenden Jahren wahrheitsgetreu beantwortet werden.

EINE GEMEINSCHAFT DER GETEILTEN RESSOURCEN

Der Oekumenische Rat muß Mittel und Wege finden, wie er arm und reich in derselben Gemeinschaft halten kann.

Als Gemeinschaft der Kirchen ist der Oekumenische Rat von der Bereitschaft seiner Mitgliedskirchen abhängig, ihre Ressourcen um der gemeinsamen Sache willen mit anderen zu teilen. In dieser Gemeinschaft gab es immer arme und reiche Kirchen. In den Jahren nach der Vierten Vollversammlung haben sich die Spannungen über den unterschiedlichen Zugang und die Verfügungsgewalt über die Ressourcen erheblich verstärkt... Der Oekumenische Rat muß noch Mittel und Wege finden, wie er arm und reich in derselben Gemeinschaft halten kann, ohne daß eine der beiden Seiten ihre Integrität verliert oder gefährdet sieht.

Der Rat ist jedoch selbst mit eingespannt in diesen Konflikt um den Zugang zu den Ressourcen! Für viele seiner Mitgliedskirchen ist er zur Verteilerstelle von Geldern geworden, ohne die diese Kirchen nicht lebensfähig wären. Damit sieht er sich auf die Seite der Reichen gedrängt und kann so die Ambivalenz der finan-

Jeder Einsatz
des Rates hat
eine politi-
sche Dimension

Fragen Stellung genommen, und durch seine Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten hat er Kontakt zu anderen internationalen Organisationen aufgenommen und unterhalten. Die seit 1968 herausgegebenen Erklärungen zu dem Krieg in Indochina, der Krise im Nahen Osten und der Situation im Südlichen Afrika setzten diese Tradition fort. Aber die Erfahrung des Nigeriakonflikts hat gezeigt, daß es immer schwieriger wird, eine klare Trennungslinie zwischen humanitärem und politischem Engagement zu ziehen. Eine ähnliche Lektion kann man aus der den Palästinaflüchtlingen gewährten Hilfe lernen. Ob er nun unter der Flagge der "zwischenkirchlichen Hilfe" oder der "internationalen Angelegenheiten" steht - jeder Einsatz des Rats hat unweigerlich eine politische Dimension, was auch in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt wurde. Aber wo liegt dann eigentlich die Verantwortung des Rats in diesem Bereich? Wie das Selbstverständnis des ÖRK auch sein mag, es gibt immer mehr Anzeichen dafür, daß er außerhalb seiner eigenen Mitgliedschaft als eine profilierte und glaubwürdige Gemeinschaft anerkannt ist. Immer mehr Regierungen und weltliche Institutionen wenden sich an den Rat als eine sittlich-ethische Autorität auf Weltebene. Wird ihm diese Autorität aber auch von den Mitgliedskirchen zugestanden, und kann sie ohne deren Unterstützung einen Anspruch auf Gültigkeit stellen? Sollte der ÖRK überhaupt im internationalen, politischen und gesellschaftlichen Bereich eine - wenn auch noch so geringfügige - Rolle spielen?

Der ÖRK ist eine
Gemeinschaft,
deren Mitglieder
oft gegenein-
anderstehende
Interessen und
Verpflichtungen
haben

Die vielen Streitgespräche, die in den Jahren seit Uppsala über Stellungnahmen des Rats zu gesellschaftlichen und politischen Fragen entbrannt sind, haben deutlich werden lassen, daß der ÖRK eine Gemeinschaft ist, deren Mitglieder oft gegeneinanderstehende Interessen und Verpflichtungen haben. In Uppsala selbst beherrschte noch die Spannung zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre unserer Erdkugel die Diskussion. In der Zwischenzeit haben sich im internationalen Bild mehr Schattierungen abgezeichnet, und die einzelnen Regionen und Kontinente vertreten ihre eigene Identität. Die Beziehungen der Kirchen zueinander reflektieren auch innerhalb der oekumenischen Bewegung die Antagonismen und Spannungen der säkularen Welt der Nationen und Staaten. Sie sind von denselben Konflikten der Macht, des Zugangs zu den Weltressourcen, demselben Kampf zwischen Klassen, Rassen und Ideologien gezeichnet. Seit Uppsala hat sich erwiesen, daß in vielerlei Hinsicht die traditionellen konfessionellen Spaltungen durch neue, hauptsächlich sozial gegründete abgelöst worden sind. So erlebt der ÖRK die Entzweiungen der Menschheit unmittelbar und direkt in seiner eigenen Gemeinschaft. Jede Suche nach der Einheit der Kirche ist daher zwecklos, wenn man nicht gleichzeitig von einem Streben nach einer echten menschlichen Gemeinschaft beseelt ist...

Wenn sich die Konflikte und Spaltungen der menschlichen Gemeinschaft so direkt auf den Oekumenischen Rat und seine Mitgliedskirchen übertragen und dort sichtbar werden, dann zeigt sich die Machtlosigkeit der oekumenischen Gemeinschaft besonders deutlich. In dieser Situation haben wir die Macht des Gebets und der Fürbitte neu erkennen gelernt. Der spirituellen Dimension der Gemeinschaft wird erneut Aufmerksamkeit geschenkt. Sie wird das Denken und Handeln des Rats in der Zukunft mehr als bisher zu prägen haben.

ziellen Macht unmittelbar an sich selbst erfahren. Die Tatsache, daß immer Gelder von Regierungen oder internationalen Organisationen für spezifische Aktivitäten des Rats zur Verfügung stehen, hat diese Ambivalenz noch vergrößert. Andererseits ist der Rat für seine Hauptaktivitäten auf die Beiträge von Mitgliedskirchen angewiesen, und sein Handeln wird somit entscheidend beeinflusst durch deren Festlegung von Prioritäten.

Aus zweierlei Gründen stand der Rat in den Jahren seit Uppsala fast immer vor größten finanziellen Schwierigkeiten: Einmal hatte die weltweite finanzielle Krise zu einem beträchtlichen Kurswertverlust gewisser Währungen geführt, auf die der Rat für sein Budget baute, und zum anderen haben finanzielle Schwierigkeiten bei einigen Mitgliedskirchen selbst zu einer Minderung der für internationale und ökumenische Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel geführt.

Bisher ist es möglich gewesen, einen tiefgreifenderen Abbruch einzelner Tätigkeiten aus finanziellen Gründen zu verhindern, dank sowohl einer ständigen Umverteilung der vorhandenen Mittel als auch der Bereitschaft gewisser Kirchen, Institutionen und Stiftungen, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen...

Die Umverteilung vorhandener Mittel war oft gleichbedeutend mit einer Einschränkung einzelner Programme und einer Reduzierung des Stabs. Gleichzeitig bedingte sie auch eine begrenzte Teilnahme von Vertretern aus gewissen Teilen der Welt an den Aktivitäten des Rats, weil der ÖRK sich außerstande sah, ausreichende Reisekostenzuschüsse zu gewähren. Als der Zentralausschuß im Januar 1971 zusammentrat, veranlaßte er die Einsetzung eines Prioritätenausschusses, der die Schwerpunktsetzungen in Programm und Aktivitäten des Rats untersuchen und neu bestimmen sollte...

Kein inneres Verfahren zur Bestimmung der Prioritäten kann jedoch an der Tatsache rütteln, daß der Ökumenische Rat von den zuvor in den Mitgliedskirchen getroffenen Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen abhängig ist. Zu wenige oder überreichliche finanzielle Mittel für ein bestimmtes Programm sind das Ergebnis von Prioritätsentscheidungen, die der Rat kaum beeinflussen kann. Dies kann sogar zu einem so großen Ungleichgewicht führen, daß die gesamte Arbeit des ÖRK in Mitleidenschaft gezogen wird. Daher stellt sich auch in dieser Situation, allerdings unter anderem Vorzeichen, die Frage: welche Art von Gemeinschaft? Wie kann und wie sollte das ökumenische Engagement der Kirchen auch in deren Bereitwilligkeit Ausdruck finden, ihre Ressourcen miteinander zu teilen? Und wie kann der ÖRK sich andererseits die für seine Arbeit notwendigen finanziellen Mittel sichern? Sollte er gegebenenfalls bereit sein, die Annahme von Geldern zu verweigern, um die Integrität seiner Gemeinschaft zu wahren?

Wie kann und wie sollte das ökumenische Engagement der Kirchen auch in deren Bereitwilligkeit Ausdruck finden, ihre Ressourcen miteinander zu teilen?

der Zentrallausschuss tagt

Aus Platzgründen ist es unmöglich, eine umfassende Berichterstattung über die letzte Zentrallausschußtagung hier zu geben. Wir bringen einen kurzen Auszug eines Berichtes der OEKUMENISCHEN RUNDSCHAU und die beiden Resolutionen zur Lage im südlichen Afrika. Letztere halten wir auch zur Orientierung für sehr wichtig. Über die Diskussion und die vorläufigen Ergebnisse zu Fragen der Menschenrechte werden wir später ausführlich berichten.

Der Zentrallausschuß des Oekumenischen Rates der Kirchen hat vom 10. bis 18. August in Genf seine von vielen mit Spannung erwartete Sitzung abgehalten. Die 134 neu gewählten bzw. kooptierten Mitglieder, die sechs Präsidenten und Ehrenpräsident Willem A. Visser't Hooft traten damit zum ersten Mal seit Nairobi zusammen, um ihren dort erteilten Auftrag zu erfüllen. Daß dies keine leichte Aufgabe sein würde, war allen bewußt, und daß dabei die administrativen Probleme, vor allem aber die Finanzfragen, einen erheblichen Anteil der Zeit verschlingen würden, war bekannt. Dennoch wird man sich fragen müssen, wo die Ursachen dafür zu suchen sind, daß dieser Sitzung der Hauch oekumenischer Vitalität fehlte. Zum einen ist dafür sicher der Veranstaltungsort verantwortlich zu machen. Der Alltag der Verwaltungsbüros reichte hinein in die Sitzungen, die einzige gesellige Veranstaltung fand auch auf dem Gelände des oekumenischen Zentrums statt, Bibestudien und Gottesdienste brachten zu wenig Abstand, ein theologisches Hauptthema fehlte, obwohl in Nairobi einige gute Anstöße gegeben worden sind; sie finden sich in der Programmplanung wieder. Der andere Grund liegt wohl darin, daß die Mitglieder des Ausschusses einander erst richtig kennenlernen müssen, und die erste Sitzung bot dafür nicht genügend Gelegenheit. Wesentliche Probleme lagen auf dem Gebiet von Prioritäten und Finanzen, und die Auseinandersetzungen darüber scheiden die Geister... Die Fünfte Vollversammlung in Nairobi hatte dem Zentrallausschuß zahlreiche Aufgaben zu lösen aufgegeben. In Nairobi waren nur personalpolitische Weichen gestellt worden, darüber hinaus hatte der Ausschuß für Programmrichtlinien einen sehr weiten Rahmen für künftige Entscheidungen geschaffen. Zwischen Nairobi und dieser Sitzung hatten Kerngruppen der Ausschüsse der Programmeinheiten getagt, und in Montreux war eine Konsultation über Menschenrechte in den Signatarstaaten der KSZE abgehalten worden. Die Ergebnisse dieser Treffen lagen dem Zentrallausschuß vor. Auch der Exekutivausschuß berichtete der größeren Gruppe des Zentrallausschusses. Der Zentrallausschuß ist nach der Verfassung "verantwortlich für die Ausführung der von der Vollversammlung angenommenen Richtlinien". Ein solches Mandat hatte in Genf 1976 um so mehr Gewicht, als die Fünfte Vollversammlung verglichen mit früheren viele Entscheidungen offen gelassen hatte...

Die Fünfte Vollversammlung und die Zentrallausschußsitzung in Genf haben gezeigt, daß in der nächsten Periode dem Generalsekretär eine entscheidende Führungsrolle zukommen kann. Dr. Philip A. Potter ist für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt worden...

Der Generalsekretär legte in seinem Bericht starken Nachdruck auf die Verbindung zwischen Gemeinden und Mitgliedskirchen auf der einen und den Einrichtungen des Oekumenischen Rates auf der anderen Seite. Diese Verbindung zu pflegen ist für den Genfer Stab von jeher eine prioritäre Aufgabe gewesen, und an dieser Stelle ist immer wieder Kritik geübt worden. Der Versuch, die Gemeinden selbst anzusprechen, ist verfassungsmäßig nicht unumstritten. Der ÖRK ist eine Gemeinschaft von Kirchen, und er kann deshalb nur durch die Mitgliedskirchen handeln. Die Mitgliedskirchen nehmen aber ihre oekumenische Verpflichtung häufig eher in Richtung

Genf als im Blick auf ihre Gemeinden wahr. In beiden Beziehungen sind Verbesserungen möglich. Unter Hinweis auf den Alten und Neuen Bund deutete der Generalsekretär die Gemeinschaft der Kirchen im ÖRK und forderte zu deren Vervollkommnung auf: "Ich betrachte es als die vorrangige Aufgabe in den kommenden Jahren, engere und vertrautere Beziehungen zwischen den Mitgliedskirchen zu knüpfen. Es kann keine Zukunft für die oekumenische Bewegung oder den ÖRK geben, wenn nicht dieses Füreinander-da-Sein zwischen den Kirchen und dem ÖRK erreicht wird".

Der ÖRK müsse in das Leben seiner Mitgliedskirchen hineinverwoben sein, und dies sei nicht nur eine Frage der Kommunikationsmethoden, sondern setze eine bestimmte Denkweise und Einstellung voraus. An dritter Stelle stand die Feststellung, daß sich die Beziehungen zwischen dem ÖRK und den Mitgliedskirchen nur auf Gemeindeebene verwirklichen lassen. Dieser Aufruf, vom Lippenbekenntnis zur Oekumene wegzukommen und oekumenische Existenz in der Gemeinde zu verwirklichen, sollte von allen kirchlichen Kräften ernst genommen werden; es ist das grundlegende Dilemma der Oekumene, daß hier die Fäden zu schwach sind...

Mit Potters Ausführungen zur Konkretisierung unseres Glaubens ist einer der Anstöße von Nairobi spürbar geworden. Dort seien "Glauben und Handeln, theologische Reflexion und Engagement in der Welt offensichtlich als etwas Zusammengehöriges behandelt worden". In Nairobi sei theologisch über unser Handeln nachgedacht worden, und in dieser Verbindung deute sich ein Schwerpunkt künftiger Arbeit im ÖRK an. An dritter Stelle stand in seinem Entwurf für die Aktivität des ÖRK der Kampf um wahre Menschlichkeit. Hier lag von jeher eine der grundlegenden Verpflichtungen des ÖRK, vor allem aus der Tradition der Bewegung für Praktisches Christentum...

RESOLUTION ZUR LAGE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Der Befreiungskampf im südlichen Afrika ist in eine neue und äußerst kritische Phase eingetreten. Die Ausweitung des Krieges in Simbabwe (Rhodesien), die der südafrikanischen Regierung vom UN-Sicherheitsrat gesetzte Frist zur Befolgung der UN-Anweisungen zu Namibia sowie die Aufstände in Südafrika sind deutliche Anzeichen dafür, daß der Kampf um Freiheit und Menschenwürde in diesen Ländern ein neues Stadium erreicht hat. Der Zentralausschuß erinnert an die Erklärung der Fünften Vollversammlung (Bericht der Sektion V), in der es heißt: "Das südliche Afrika verdient weiterhin Priorität in den gemeinsamen Bemühungen der Kirchen, weil sie gerade in diesem Gebiet selbst in diese Probleme verwickelt sind und weil hier Rassismus im Gesetz verankert ist... Hier steht unsere Treue zu der ganzen Botschaft auf dem Spiel, die der Kirche anvertraut ist."

I. SIMBABWE

In Simbabwe hat sich durch den Abbruch der "Verfassungsgespräche", die Schließung der Grenze durch Mozambique und die Ausweitung des bewaffneten Kampfes durch die Befreiungsbewegungen die Lage entscheidend geändert. Wie in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Internationalen Juristenkommission überzeugend dargelegt wird, verfolgt das illegale rhodesische Regime eine "zunehmend repressive Politik und übernimmt mehr und mehr die Gesetze und Wertvorstellungen des südafrikanischen Apartheidsystems".

Der Zentralausschuß des Oekumenischen Rates der Kirchen bekundet seine ernste Besorgnis angesichts der fortgesetzten Unterdrückung des Volkes von Simbabwe durch ein illegales Regime, angesichts der willkürlichen Inhaftierung und Gefangenhaltung politischer Führer und anderer Personen, angesichts der Hinrichtung von Angehörigen der Befreiungsbewegungen, angesichts krimineller Maßnahmen wie kollektive Strafen und angesichts der fortgesetzten Verweigerung der Menschenrechte - die allesamt als "Erhaltung der westlichen Zivilisation" getarnt werden; und ruft die Mitgliedskirchen auf, sich verstärkt darum zu bemühen, die Öffentlichkeit über die Lage in Rhodesien zu informieren und für die Befreiung von Simbabwe zu gewinnen und dem Volk von Simbabwe jede moralische, politische und humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die es für den Kampf um die Durchsetzung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit braucht.

II. NAMIBIA

Südafrika, das Namibia widerrechtlich besetzt hält, ist von den Vereinten Nationen aufgefordert worden, bis spätestens 31. August 1976 der Resolution Nr. 385 des Sicherheitsrates Folge zu leisten, d.h. die territoriale Integrität Namibias zu respektieren und die Zusage zu machen, daß unter UN-Aufsicht freie und allgemeine Wahlen in Namibia abgehalten werden können. Anstatt diese Anweisung zu befolgen, hat die südafrikanische Regierung jedoch hinter der Fassade einer sog. Verfassungskonferenz in dem widerrechtlich von ihr besetzten Land eine Terrorherrschaft entfesselt und versucht, durch die "Bantustanisierung" des Landes das namibische Volk, das sich in einem Einigungsprozeß befindet, zu spalten.

Der Zentralausschuß des Oekumenischen Rates der Kirchen fordert die südafrikanische Regierung auf, den Anweisungen der UN bezüglich Namibia Folge zu leisten, die SWAPO als rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Namibia anzuerkennen und alle namibischen politischen Gefangenen freizulassen, einschließlich derjenigen, die im Zusammenhang mit Vergehen gegen die sogenannten Gesetze der inneren Sicherheit gefangengesetzt oder festgenommen worden sind; und fordert die Mitgliedskirchen auf,

- a) das Volk von Namibia in seinem Befreiungskampf verstärkt zu unterstützen; Informationen über die Lage in Namibia zu verbreiten, für das namibische Volk zu beten und ihm solche Hilfe zu gewähren, die in der Situation des Landes angemessen und sinnvoll ist;
- b) ihre Regierungen zu ersuchen, die Anweisungen der Vereinten Nationen bezüglich Namibia wirksam zu unterstützen;
- c) sich mit Nachdruck gegen die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit westlicher Länder mit Südafrika, die gravierende Folgen für Namibia hat, einzusetzen, und
- d) ihre Mitglieder zu ermutigen, an der internationalen Solidaritätswoche mit dem Volk von Namibia, die am 27. Oktober 1976 beginnt, teilzunehmen.

III. SÜDAFRIKA

Der Befreiungskampf in Südafrika ist mit den Unruhen in Soweto, die inzwischen auf viele Teile des Landes übergreifen haben, ebenfalls in eine neue Phase eingetreten. Das weiße Regime hat versucht, den Aufstand ohne Rücksicht auf Verluste mit den brutalsten Methoden zu unterdrücken. Dabei sind sehr viele Menschen ums Leben gekommen. Die Aufstände in Südafrika sind ein Beweis dafür, daß der Kampf um Befreiung und Menschenwürde in Südafrika heute neue Stoßkraft besitzt.

Südafrikas massiver Militarismus und seine Verstärkung durch aktive militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit maßgebenden westlichen Mächten stellen eine schwerwiegende Bedrohung für den Weltfrieden dar. Diese Bedrohung wird durch das vor kurzem abgeschlossene französisch-südafrikanische Abkommen über nukleare Zusammenarbeit zusätzlich verstärkt.

Der Zentrallausschuß des Oekumenischen Rates der Kirchen wiederholt die Erklärung, die der derzeitig amtierende Generalsekretär zu dem Massaker vom 18. Juni 1976 in Soweto abgegeben hat, und fordert - in tiefer Sorge um das Schicksal aller, die in dieser Situation zu leiden haben -

das südafrikanische Regime nachdrücklich auf, nicht mehr gewaltsam gegen die unterdrückte Mehrheit vorzugehen, die Menschenrechte unverzüglich in vollem Umfang zu respektieren, alle politischen Häftlinge freizulassen und die Apartheidpolitik aufzugeben; bittet nachdrücklich alle Mitgliedskirchen, insbesondere die Kirchen in Südafrika, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um der repressiven Gewalt des Systems entgegenzuwirken und durch ihr Handeln Solidarität mit den Unterdrückten zu bekunden; bittet nachdrücklich die Mitgliedskirchen in Ländern, die militärische und wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika unterhalten, bei ihren Regierungen darauf zu drängen, daß sie diese Zusammenarbeit einstellen; ferner sollen sie ihre Bemühungen um eine Eindämmung der weißen Auswanderung nach Südafrika verstärken, indem sie die Presse auffordern, keine Werbeanzeigen mehr für die Arbeitsmöglichkeiten für Weiße in Südafrika zu veröffentlichen, und die betreffenden Agenturen ersuchen, die Anwerbung weißer Arbeitskräfte für Südafrika einzustellen.

RESOLUTION ZUR TRANSKEI

Die südafrikanische Regierung beabsichtigt, die Transkei am 26. Oktober 1976 als eines der ersten hierzu ausersehenen Bantustans in die "Unabhängigkeit" zu entlassen. Die Transkei wäre dann das "Heimatland" aller xhosasprachigen Afrikaner Südafrikas mit Ausnahme derjenigen, die dem Bantustan Ciskei zugerechnet werden. Die Zahl der in der Transkei lebenden Menschen würde damit theoretisch von heute 1,7 auf etwa drei Millionen anwachsen, wenn man alle Personen berücksichtigt, die zur Annahme der transkeiischen Staatsbürgerschaft gezwungen werden sollen.

Der Plan zur Schaffung einer "unabhängigen" Transkei (und der neun anderen Bantustans, die einmal "unabhängig" werden sollen) steht und fällt mit dem Konzept der angeblich bestehenden, rassistisch bedingten "Stammes-" oder "nationalen" Identitäten. Mit der Verwirklichung dieses Plans - der ein Ableger der Apartheidsdoktrin ist - kann die afrikanische Bevölkerung selbst künstlich gespalten und können künstliche Barrieren zwischen ihr und den übrigen Südafrikanern errichtet werden. Somit dienen die Bantustans in Theorie und Praxis zur Konservierung der Apartheid, und ihre Anerkennung als "unabhängige" Gebilde würde den Weg für ein Südafrika ohne schwarze Bürger ebnen.

Die südafrikanische Regierung verfügt, daß mit der "Unabhängigkeit" alle transkeiischen Bürger, von denen viele in den südafrikanischen Städten geborgen sind und die Transkei noch nie in ihrem Leben gesehen haben, auf ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verzichten und nur noch Staatsbürger der Transkei sind. Auf diese Weise zwingt man sie gegen ihren Willen und für alle Zeiten auf

den Teil ihres eigenen Landes zu verzichten, der der mit Abstand größte und - dank ihrer Hände Arbeit - reichste ist. Politisch hätte die "unabhängige" Transkei infolgedessen die Funktion, die erste der Enklaven zu sein, in der die Afrikaner im Prinzip ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben dürfen, vorausgesetzt, sie verzichten auf ihre Geburtsrechte.

Wenn das Elend in der unterentwickelten und überbevölkerten Transkei nicht noch größer werden soll, dann bleibt dem Land gar nichts anderes übrig, als auch weiterhin von dem verhängnisvollen Wanderarbeitersystem abhängig zu sein. Diese Abhängigkeit fügt sich nahtlos in die Abhängigkeit der weißen südafrikanischen Wirtschaft von der massiven Versorgung mit billigen schwarzen Arbeitskräften ein. Wirtschaftlich hätte die "unabhängige" Transkei folglich die Funktion eines Arbeitskräftereservoirs für das weiße Südafrika.

Die xhosasprachige Bevölkerung hatte damit gerechnet, daß sie uneingeschränkte politische Rechte in Südafrika genießen würde. Sie widersetzt sich daher dem Austausch ihrer südafrikanischen Staatsbürgerschaft gegen die Staatsbürgerschaft der Transkei. Die xhosasprachige Bevölkerung hatte im übrigen keinerlei Mitspracherecht bei der einseitigen Entscheidung des weißen Parlaments, Bantustans zu schaffen und deren Einwohner ihrer südafrikanischen Staatsbürgerschaft zu berauben.

Der Zentralauschuß des Oekumenischen Rates der Kirchen - in erneuter Bekundung seiner wiederholt zum Ausdruck gebrachten Ablehnung der Apartheid und des Rassismus, die im Widerspruch zum Evangelium stehen, unvereinbar mit dem Wesen der Kirche Christi sind und gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen -

verurteilt daher das Täuschungsmannöver der südafrikanischen Regierung, mit der Schaffung einer sogenannten "unabhängigen" Transkei, durch die die betroffenen drei Millionen Südafrikaner zu Fremden in ihrem eigenen Land gemacht werden, die Apartheid zu verewigen und zu konsolidieren;

verurteilt jede andere Politik, die eine weitere Isolierung und Spaltung der afrikanischen Bevölkerung zur Folge hätte;

ruft die Mitgliedskirchen des ÖRK auf, die verhängnisvollen Konsequenzen der Bantustan-Politik aufzudecken und anzuprangern;

empfiehlt den Mitgliedskirchen, in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung des ÖRK-Programms zur Bekämpfung des Rassismus:

Welche Unabhängigkeit für die Transkei? aufmerksam zu lesen und die darin enthaltenen Informationen weiterzugeben;

fordert die Mitgliedskirchen auf, bei ihren jeweiligen Regierungen vorstellig zu werden und darauf zu drängen, daß sie sich gegen die Bantustan-Politik aussprechen, die Transkei nicht als unabhängigen Staat anerkennen und daß sie auf die Aufnahme - sowohl direkter als auch indirekter - diplomatischer, Handels- und sonstiger Beziehungen wie auch auf jede Art von Handlungen verzichten, die eine implizite Anerkennung bedeuten könnten; und

bringt seine Solidarität und Verbundenheit mit der xhosasprachigen Bevölkerung in ihrem Kampf um die legitimen Rechte aller Afrikaner in Südafrika zum Ausdruck.

Mitgliedskirchen

Vollversammlung

Zentralausschuß

Exekutivausschuß

Finanzwesen und
Zentralverwaltung

Personalwesen

Oekumenisches
Institut in Bossey

Kommunikation und Veröffentlichungen

in Verbindung mit der Weltvereinigung
für christliche Kommunikation

Generalsekretariat

Generalsekretär
2 stv. Generalsekretäre
Persönlicher Referent

Ressort
Sonderstudien

Bibliothek

Programmeinheit I

GLAUBE
UND ZEUGNIS

Glaube und Kirchen-
verfassung

Weltmission und
Evangelisation

Kirche und Gesell-
schaft

Dialog mit Vertretern
der Religionen und
Ideologien unserer
Zeit

Christliche
Gesundheitskommission

Christlicher
Literaturfonds

Ausbildungsfonds
für Theologen

Programmeinheit II

GERECHTIGKEIT
UND DIENST

Kirchlicher Entwick-
lungsdienst

Internationale
Angelegenheiten

Programm zur
Bekämpfung des
Rassismus

Zwischenkirchliche
Hilfe, Flüchtlings-
und Weltdienst

Oekumenische Stif-
tung für kirchliche
Hilfe

Ausschuß für Gesell-
schaft, Entwicklung
und Frieden

Beratungsausschuß
für technische Dienste

Programmeinheit III

BILDUNG
UND ERNEUERUNG

Allgemeine Bildung

Christliche Erziehung

Aktionsgruppen für
Erneuerung

Beziehungen mit
Nationalen und
Regionalen Räten

Fonds für.
Bildungs Erneuerung

Außerdem:

Gruppe leitender Mitarbeiter

Mitarbeiterausschüsse

Der I n f o r m a t i o n liegt der Plan für die
OEKUMENISCHEN JUGENDDIENSTE 1977

bei. Sie vermitteln jungen Christen besondere und wichtige Erfahrungen in gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben mit Christen anderer Glaubenshaltung und Geschichte.

Die Mehrheit der Teilnehmer kommt auf direkte Einladung oder Information zu den Jugenddiensten. Die Versendung der Pläne und die Veröffentlichung in den Kirchenzeitungen bedarf also der Unterstützung durch werbende Worte. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns dabei helfen würden in Ihrer Jungen Gemeinde, der Studentengemeinde, unter Freunden und Bekannten.

Wir wünschen Ihnen ein gutes Jahr 1977 und uns, mit Ihnen in Verbindung zu bleiben.

Ihre

Gabriele Schöffner

Karin Salzwedel

Martin Herrbruck

Dietrich Gutsch

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der Deutschen Demokratischen Republik
Referat Friedensfragen

INFORMATIONEN UND TEXTE

Nr. 14

September 1985

Thema

K o n z i l i a r e r P r o z e s s

Texte von Emilio Castro, Heino Falcke und
Konrad Raiser

A n h a n g

Erklärungen und Stellungnahmen zum Thema
"Konziliarer Prozess" und "Konzil" aus den
Kirchen und der Ökumene

Theologische Studienabteilung
1040 Berlin, Auguststraße 80 Tel. 2886 245
Nur für innerkirchlichen Gebrauch

Zur Einführung

Seit einigen Jahren ist das Erscheinungsbild kirchlicher Friedens-, Dritte-Welt- und Umweltaktivitäten in der DDR buchstäblich "in Bewegung" geraten. Neue Handlungsträger drängen mit neuen Ideen und Erwartungen auf die Bildfläche. Gingen die Impulse für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungserhaltung Mitte der Siebzigerjahre noch fast ausschließlich von kirchlichen Kommissionen und synodalen Gremien aus, so melden sich heute Friedens-, Dritte-Welt- und Ökogruppen von der Basis der Kirchen her zu Wort. Sie prägen mit ihren manchmal unbequemen Vorschlägen und Aktivitäten die kirchliche Szenerie weitgehend mit und geben ihr eine kontrastreiche Infrastruktur.

Zu fragen ist, wie der spezifische Wahrnehmungs- und Erfahrungshintergrund, wie Leidensdruck, Problembewußtsein und kritische Kompetenz solcher Gruppen von den Kirchen wirklich aufgegriffen, angenommen und für notwendige Veränderungen fruchtbar gemacht werden können. Diese Frage wird um so drängender, als der wechselseitige Zusammenhang der drei großen Zukunftsaufgaben Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der Schöpfung von Gruppen und Kirchen heute gemeinsam erkannt und als Herausforderung an das Handeln, ja von vielen an das Kirche-Sein der Kirche verstanden wird. Wie läßt sich diese Frage im Wechselspiel der verschiedenen Ebenen von Kirche praktisch beantworten?

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) ist 1983 in Vancouver dieser Frage nachgegangen. Er hat sich die Aufgabe gestellt, "die Mitgliedskirchen in einen konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der ganzen Schöpfung einzubinden" (Bericht aus Vancouver, 261). Seitdem geistert das Wort von einem "konziliaren Prozess" durch die ökumenische Diskussion. Zwei Jahre danach ist es an der Zeit, die mit dem Vancouver-Beschluß verfolgte Absicht auch in der DDR aufzugreifen und mit der Diskussionslage in unseren Kirchen zu konfrontieren. Die vorliegende Dokumentation will diesem Anliegen dienen, indem sie die seither vollzogene Entwicklung nachzuzeichnen versucht. Sie vereinigt Texte, die den Gedanken eines konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung ("Covenanting for Justice, Peace and Integrity of Creation", JPIC) teils direkt, teils mittelbar aufnehmen und in verschiedene Richtungen akzentuieren. Thematische, theologisch-ekklesiologische und strukturell-organisatorische Fragen spielen dabei ineinander.

Vordringlich allerdings scheint gegenwärtig eine Verständigung über die in der ökumenischen Diskussion benutzte Terminologie und ihren Bedeutungsinhalt. Seit der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker auf dem Düsseldorfer Kirchentag im Juni 1985 zu einem "Konzil des Friedens" aufgerufen hat, scheint die Konzils-Idee nahezu unaufhaltsam im Vormarsch zu sein. Wie verhält sie sich zum Gedanken eines konziliaren Prozesses? Die verschiedenen, in der Diskussion verwendeten Begriffe: "Friedenskonzil", "ökumenisches Konzil", "konziliarer Prozess", "Bund", "Ökumenische Weltversammlung" u.a.

signalisieren, daß sich Kirchen und Ökumene mit ihrem eigenen, traditionell geprägten Instrumentarium den Weltproblemen von heute stellen wollen. Alle diese Begriffe werden bezogen auf das Ziel, die Verpflichtung der Kirchen für die Aufgaben der Gerechtigkeit, des Friedens und der Ganzheit der Schöpfung in größtmöglicher Gemeinsamkeit und Verbindlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Sie sind aber auch geeignet, eine ökumenische Sprachverwirrung zu erzeugen, bei der die gute Sache im Streit um Begriffe, oftmals schon am mangelnden Verständnis der Begriffe, leicht ins Hintertreffen geraten kann. Deshalb sind - nach dem Erkenntnisstand vom Spätsommer 1985 - einige Erläuterungen angebracht, die dieser Dokumentation vorangestellt werden sollen. Sie können dem besseren Verständnis vor allem der Dokumente I bis IX im Anhang dienen.

Die Rekonstruktion der ökumenischen Debatte ergibt folgende zeitlichen und sachlichen Zusammenhänge:

- Die drei großen Themen Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung (Umwelt) stehen seit langem auf der Tagesordnung des ÖRK. Auch in den Kirchen und christlichen Gruppen in der DDR ist dazu gearbeitet worden. In Vancouver hat ihre Diskussion ein qualitativ neues Stadium erreicht. Ihr tiefer wechselseitiger Zusammenhang ist klarer als bisher sichtbar geworden. Zu klären ist, was daraus sachlich und theologisch für die Arbeit der Kirchen und des ÖRK folgt.
- Der Beschluß von Vancouver, die Mitgliedskirchen des ÖRK zu einem konziliaren Prozess einzuladen, ist eine erste Antwort auf diesen Zusammenhang. Er greift eine Empfehlung der Fachgruppe "Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen" auf. Dort heißt es: "Die Kirchen sollten auf allen Ebenen - Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften - zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozess zu einem Bund zusammenfinden..." (vgl. Anhang, II.). Aus dieser Empfehlung entsteht einer der zentralen, übergreifenden Programmschwerpunkte des ÖRK für die kommenden Jahre.
- Der Zentralausschuß des ÖRK entwickelt 1984 erste konkrete Vorstellungen über einen Zeitplan. Danach soll der konziliare Prozess, stimuliert durch regionale Foren und Konsultationen mit ständigem Austausch zwischen Kirchen, Initiativen und Gruppen, zunächst in eine große ökumenische Weltversammlung über "Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung" münden, die inzwischen für 1990 vorgesehen ist. Der biblische Bundesgedanke wird in den Mittelpunkt des Prozesses gerückt. Er ist "als eine Möglichkeit zu sehen, bei den Bemühungen um Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung unsere gegenseitige Verpflichtung auf dem Fundament der Bundesbeziehungen Gottes zu seinem Volk und auf den Bundesbeziehungen der im ÖRK zusammengeschlossenen Kirchen aufzubauen."
- Der Zentralausschuß August 1985 trifft eine Reihe von Beschlüssen über den Ablauf des konziliaren Prozesses (vgl. Anhang, III.). Er "verdichtet" den theologischen Ansatz, indem er den Begriff des Bundesschlusses eng mit den Zeugnis der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung verknüpft. Damit wird die ekklesiologische Dimension des konziliaren Prozesses unterstrichen.

"Inzwischen ist nämlich erkannt worden, daß hier und da das Sein selbst (und nicht nur das Handeln) der Kirche auf dem Spiel steht, das Sein der Kirche als der sichtbaren Verkörperung des Bundes Gottes mit der Schöpfung..." (Dok.2.2,II,2). Daraus folgt für die weitere Ausgestaltung des Prozesses: "Der Begriff 'Bundesschluß' und die besonders hervorgehobene Bedeutung des Prozesses der gegenseitigen Verpflichtung für das Zeugnis der Kirchen soll im Mittelpunkt der theologischen Überlegungen stehen." (Dok. 2.9,1.). Es geht im konziliaren Prozess nicht mehr nur um sozialethische Fragen, sondern "um den Kern unseres Glaubens" (Dok.2.2,II,2). (Von hier aus führt eine Brücke direkt zum Konzils-Gedanken, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Konzilien in der alten Kirche einberufen wurden, um "den Kern unseres Glaubens" in einer bestimmten Sachfrage gegen Gefahr oder Irrtum zu verteidigen).

- In thematischer Hinsicht stellt der konziliare Prozess eine Weiterführung jenes Ansatzes dar, der vom ÖRK 1976 mit dem Studienprogramm "Streben nach einer gerechten, partizipatorischen und verantwortbaren (überlebensfähigen) Gesellschaft" aufgegriffen worden war. Blieb dieses (1979 abgebrochene) Programm im wesentlichen jedoch auf Experten beschränkt, so sollen der konziliare Prozess und die Weltversammlung 1990 einen grundsätzlich kommunikativen und partizipatorischen Charakter haben. Christliche Gruppen und Initiativen sollen von Beginn an beteiligt sein.
- In einem unmittelbaren Sinn nimmt die Idee des konziliaren Prozesses den Vorschlag von Dietrich Bonhoeffer in Fanö 1934 auf, ein großes ökumenisches Friedenskonzil einzuberufen (vgl. Anhang S.21). Die Vancouver-Delegierten aus der DDR hatten diesen Vorschlag 1983 in einem eigenen Antrag an die Vollversammlung des ÖRK aufgegriffen und konkretisiert (vgl. Anhang,I.).
- Auf dem Düsseldorfer Kirchentag im Juni 1985 verliest Carl Friedrich von Weizsäcker einen Aufruf, der mit dem Satz beginnt: "Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen" (vgl. Anhang,VI.). Die Resonanz auf diesen Aufruf ist überraschend positiv. Christliche Initiativen und kirchliche Gremien, unter ihnen der Rat der EKD und die Leitungsgremien der Reformierten in der BRD und der DDR, sprechen sich für eine Unterstützung und Prüfung des Vorschlages aus (vgl. Anhang,IV.).
- Der Konzils-Aufruf begegnet aber auch kritischer Zurückhaltung. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob der Begriff "Konzil" glücklich gewählt sei. Er erschwere oder verunmögliche es der katholischen Kirche und den orthodoxen Kirchen, sich zu beteiligen, weil ein Konzil nach den Verständnis dieser Kirchen nur auf dem Fundament voller Kirchengemeinschaft durchführbar ist. Darüberhinaus lasse der v.Weizsäcker-Vorschlag keinen Zusammenhang mit dem im ÖRK geplanten konziliaren Prozess erkennen. Der Bezug zum Schwerpunkt "Gerechtigkeit" fehle im Aufruf völlig. Schließlich sehe der Aufruf keine explizite Beteiligung der kirchlichen Basis (Gemeinden, Gruppen, Initiativen) vor, sondern beschränke die Durchführung des Vorschlage auf die Kirchenleitungen (vgl. Anhang,IX.).

- In den Kirchen in der DDR nimmt die Synode der Kirchenprovinz Sachsen im Juni 1985 mit ihrer Tagesordnung und ihren Beschlüssen als erste ausdrücklich Bezug auf den konziliaren Prozess (vgl. Anhang, V.). Der Synodenverlauf macht den wechselseitigen Zusammenhang der drei Probleme Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung deutlich, läßt aber die Frage um so schärfer hervortreten, wie christliches Handeln diesen Zusammenhang praktisch bewältigen und angemessen auf ihn reagieren soll. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR plant für 1986 und 1987 Vorbereitungskonferenzen zu den Themen Gerechtigkeit und Umwelt, die vom Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie bzw. vom Ausschuß Kirche und Gesellschaft des Bundes durchgeführt werden sollen. Diese Konferenzen sollen in den konziliaren Prozess einmünden. Sie so zu organisieren, daß sie offen für die Anstöße und Erwartungen der hier arbeitenden Dritte-Welt-, Friedens- und Öko-Gruppen sind, wird eine vorrangige Aufgabe im Rahmen des konziliaren Prozesses in den Kirchen der DDR sein.-

Soweit der bisherige Sachstand. Die im Verlauf der Diskussion erkennbar gewordenen Schwerpunkte und Tendenzen lassen sich wie folgt einordnen:

- Das Verständnis von "Konzil"/"ökumenisches Konzil" (lat. concilium, von con-calare = zusammenrufen) ist in der ökumenischen Bewegung kontrovers. Einigkeit besteht darüber, daß die Durchführung eines Konzils die Klärung so wichtiger Fragen wie des Kirchenverständnisses und des kirchlichen Amtes sowie die vollzogene Kircheneinheit voraussetzt. Die Initiative zur Einberufung eines Konzils kann nur ein kirchlicher Akt sein. "Nur eine Kirche, die den inneren Kampf um glaubwürdige Gemeinschaft durchgefochten hat, kann mit Vollmacht ein Konzil einberufen" (Konrad Raiser). Weil der ÖRK diese volle ekklesiologische Qualität nicht hat, kann er nicht Einberufer und Träger eines Konzils sein.
- Dennoch ist der Konzils-Begriff für die ökumenische Bewegung unverzichtbar, weil er das Ziel der Gemeinschaft, der Universalität und der Verbindlichkeit am klarsten ausdrückt. Die Erwartung universalen und verbindlichen Sprechens der Kirchen in der Friedensfrage ist der Grund, weshalb der Begriff "Konzil" trotz ekklesiologischer Einwände so attraktiv ist und immer wieder benutzt wird, bei Bonhoeffer 1934 ebenso wie bei v. Weizsäcker 1985. Universalität und Verbindlichkeit als Kennzeichen eines ökumenischen Konzils scheinen hier gleichsam von ihren ekklesiologischen Voraussetzungen abgelöst; allein "um des Friedens willen" sollen die christlichen Kirchen "in gemeinsamer Verantwortung ein Wort sagen, das die Menschheit nicht überhören kann" (v. Weizsäcker).
- Das Wort "konziliar" bezieht sich dem Wortsinn nach auf einen Vorgang, der "nach Art eines Konzils" gestaltet ist. Die Formulierung "konziliarer Prozess" will zum Ausdruck bringen, daß die Kirchen einen Weg beschreiten, der bereits so weit wie möglich durch Gemeinschaft, Universalität und Verbindlichkeit des Redens und Handelns gekennzeichnet ist, der aber auch, indem er wirklich besritten wird, Gemeinschaft, Universalität und Verbindlichkeit "im Prozess" wachsen läßt. Der Begriff "Konzil" wird vermieden; sein Anspruch wird jedoch festgehalten und als Herausforderung zur Veränderung begriffen.

Die Vorstellung von einem konziliaren Prozess nimmt das Einheitsmodell der "konziliaren Gemeinschaft" auf. "Konziliarität verbindet das Ziel der Einheit mit dem Weg zum Ziel" (Orientierung Ökumene, 73). Der ÖRK kann kein Konzil berufen, aber den Rahmen bereitstellen, in dem sich echte Konziliarität entwickeln kann. So formulierte die IV. Vollversammlung des ÖRK 1968 in Uppsala: "Die Mitgliedskirchen des ÖRK, die einander verpflichtet sind, sollten auf die Zeit hinarbeiten, wenn ein wirklich universales Konzil wieder für alle Christen sprechen und den Weg in die Zukunft weisen kann" (Sektion I). Weil der ÖRK dieses Ziel anstrebt, kann er die Kirchen zu einem konziliaren Prozess zusammenführen.

- Der konziliare Prozess ist auch ein Geschehen zwischen den verschiedenen Gestalten von Kirche, zwischen Leitung und Basis und umgekehrt. Er eröffnet die Chance, daß die Kirchen "auf allen Ebenen" miteinander ins Gespräch kommen. Das schließt jene Subjekte des Handelns ausdrücklich ein, die als Friedens-, Dritte-Welt- oder Umweltgruppen in unseren Kirchen heute eine wichtige Rolle spielen. Kommunikation und Partizipation sollen deshalb nach dem Willen der ÖRK Kennzeichen des konziliaren Prozesses und der Weltversammlung 1990 sein. Der Prozess will nicht nur Kirchen ins Gespräch ziehen, er will das Gespräch in den Kirchen "verflüssigen", damit das ökumenische Zeugnis basisnäher, überzeugender und entschiedener wird. Nicht "Expertenprobleme" sind zu verhandeln, sondern "Volksprobleme". "Ich halte es für unumgänglich, daß in einem solchen konziliaren Prozess all das eingebracht wird, was die Friedensbewegung in ihren unüberschaubar vielfältigen Gruppen und Initiativen in den letzten Jahren gedacht und bewirkt und erreicht hat" (Jörg Zink auf dem Düsseldorfer Kirchentag 1985).
- Die biblische Vorstellung vom "Bund"/"Bundesschluß" (covenant) stützt und interpretiert das Modell der konziliaren Gemeinschaft der Kirchen im Kampf um Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung. Der Bundes-Gedanke unterstreicht den verpflichtenden Charakter des konziliaren Prozesses. Seine theologische Entfaltung findet er in der Tradition reformierter Kirchen, besonders in den presbyterianischen Kirchen Schottlands und der USA. "Bundesschluß" bedeutet hier zweierlei: Gott schließt mit seinem Volk einen Bund (covenant); dieser Bund verpflichtet das Volk gegenüber Gott. Der Bundesschluß-Gedanke ist damit theologisch qualifiziert, im Unterschied zu einem bloß organisatorischen Verbund von Kirchen (federation). Er zeigt, wie aus einem ökumenischen Programm wirklich ein konziliarer Prozess werden kann. Damit wird er zum theologischen Leitmotiv und Gestaltungsprinzip des gesamten Prozesses. Bewußt eingegangene Bundes-Beziehungen zwischen Kirchen und die Erfahrung des "Sich-Verbündens" von christlichen Gemeinden, Gruppen und einzelnen gegen die Mächte des Todes bieten zusätzliche lebendige Anknüpfungspunkte für den Bundes-Gedanken. Seine theologische Aussagekraft und Tragfähigkeit genauer zu beschreiben, soll selber Bestandteil des konziliaren Prozesses sein.
- Die für 1990 geplante "ökumenische Weltversammlung"/ "Weltkongreß" ist eine Art Etappenziel im konziliaren Prozess. Der Begriff wurde bewußt neutral gewählt, damit allen Kirchen die Möglichkeit der Teilnahme offensteht. Die katho-

lische Kirche soll ausdrücklich zur Mitarbeit eingeladen werden. Vorbereitung und Stil dieser Versammlung soll offen sein für die Erfahrungen und Erwartungen, die von Initiativen und Gruppen eingebracht werden.

Was die Klärung der noch offenen Fragen auch ergeben mag - wichtig wird sein, daß der jetzt in Gang kommende konziliare Prozess als eine seriöse Einladung zu eigener, gründlicher Sacharbeit verstanden und als Chance des Gesprächs zwischen unterschiedlichen Auffassungen und Positionen auch in unseren Kirchen genutzt wird. Die Dynamik des Prozesses wird wesentlich vom Engagement der Beteiligten und von der Qualität ihrer Argumente abhängen.-

Unter den persönlichen Beiträgen am Anfang dieser Dokumentation nimmt das Referat von Emilio Castro, "Unser Zeugnis von der Gewaltlosigkeit in der ökumenischen Bewegung" einen besonderen Platz ein. Einmal, weil Castro als Generalsekretär des ÖRK vor einer Tagung des Versöhnungsbundes, einer religiösen gewaltfreien Bewegung, über das heute gebotene Zeugnis der Gewaltlosigkeit nachdenkt (Castro ist selber Mitglied des Versöhnungsbundes); zum anderen, weil er den biblisch-christlichen Auftrag zur Gewaltlosigkeit in eine umfassende ökumenische Perspektive einordnet und von dort her deutet. Daraus folgen Konsequenzen für das Handeln der Christen und Kirchen, die sich mit den Zielen des konziliaren Prozesses auf das engste berühren.

Der Beitrag von Heino Falcke beschäftigt sich mit der Vancouver-Rezeption. Die Aneignung der "Lima-Dokumente" wie auch die Auseinandersetzung mit dem konziliaren Prozess trifft in den Kirchen in der DDR auf spezifische Voraussetzungen, Gesprächsansätze und Diskussionsbeiträge, die für den ökumenischen Dialog fruchtbar gemacht werden sollten. Der synodale Prozess in den Kirchen der DDR sollte in den konziliaren Prozess der Ökumene einmünden.

Der kurze Text von Konrad Raiser unterstreicht den offenen Charakter des konziliaren Prozesses im Vor- und Umfeld der geplanten ökumenischen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung 1990. Er plädiert für eine Form der Vorbereitung und Durchführung, die Gemeinden, Gruppen und Initiativen die Möglichkeit aktiver Mitwirkung eröffnet.

Joachim Garstecki
Christian Garve

1. Emilio Castro

Unser Zeugnis von der Gewaltlosigkeit in der ökumenischen Bewegung.

Referat auf der Arbeitstagung des deutschen Versöhnungsbundes am 18. Mai 1985 in Bonn (gekürzt)

I.

Auf der ersten Pressekonferenz nach meiner Wahl zum Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat mich folgende Frage in Erstaunen versetzt: "Sie sind doch Mitglied des Versöhnungsbundes; wie vereinbart sich das mit Ihren Aufgaben als Generalsekretär des ÖRK, in dem es ein Programm zur Bekämpfung des Rassismus gibt? Bedeutet Ihre Wahl, daß dieses Programm eingestellt wird?" Ich habe darauf erwidert: "Es gibt im ÖRK kein friedlicheres Programm als das zur Bekämpfung des Rassismus. Dieses Programm ist eingerichtet worden, um die Grundursachen all der Ungerechtigkeiten anzuprangern, die Gewalt hervorbringen. Es soll der Weltöffentlichkeit die Augen für eine Kollektivsünde öffnen, die uns in eine Spirale der Gewalt mit immer schlimmeren Auswüchsen hineinzieht."

Die Frage des Journalisten spiegelt die weitverbreitete Meinung wider, daß der ÖRK gewaltanwendende Befreiungsbewegungen unterstütze und daß Befreiungsbewegungen a priori Gewalt anwenden. Welche Haltung nehmen die christlichen Kirchen gegenüber der Gewalt ein? Und wie verhält es sich mit dem Zeugnis von der aktiven Gewaltlosigkeit als spezifisch christlichem Beitrag, den der ÖRK zum Kampf um Gerechtigkeit leisten kann?
...

Schauen wir uns doch einmal um in der ökumenischen Bewegung und in den Kirchen, um uns ein Bild vom Stand der Debatte zu machen.

Erste Feststellung: Die Pflicht zum Frieden, die Auffassung, daß Krieg Sünde ist, und die Bekräftigung, daß Gewalt immer böse ist, müssen in der innerkirchlichen Debatte als selbstverständlich vorausgesetzt werden können. ...

Die offizielle Gründung des ÖRK fand nur wenige Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges statt. Sein Entstehungsprozeß verlief jedoch parallel zur Eskalation der Feindseligkeiten, die Tod und Verderben über die Welt brachten. Folglich besteht von Anfang an im Rat ein geschärftes Bewußtsein von den Schrecken des Krieges und der Notwendigkeit, der Friedensarbeit absolute Priorität einzuräumen. Die Millionen Toten in Europa waren den Teilnehmern an der Vollversammlung in Amsterdam noch so frisch im Gedächtnis, daß die Themen Krieg und Frieden ganz oben auf der Tagesordnung standen. So erklärten sie 1948 in Amsterdam, daß Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll. Es ist wichtig, daß wir unsere Betrachtung des Lebens der ökumenischen Bewegung und der Kirchen mit dieser ersten Feststellung beginnen, damit wir nicht die, die anders denken als wir, leichtfertig der Kriegshetze und des verantwortungslosen Umgangs mit der Zukunft der Menschheit beschuldigen. ...

USB. 530/85

Zweite Feststellung: Die traditionelle theologische Auffassung vom gerechten Krieg scheint in den großen christlichen Kirchen - implizit oder explizit - nach wie vor zu überwiegen. So erklärte beispielsweise die Vollversammlung des ÖRK in Evanston 1954: "Es reicht nicht aus, wenn die Kirchen verkünden, der Krieg sei etwas Böses. Sie müssen aufs neue die christlichen Wege zum Frieden studieren und dabei beides in Rechnung setzen, christlichen Pazifismus als eine Möglichkeit des Zeugnisses und die Überzeugung anderer Christen, daß unter besonderen Umständen militärisches Eingreifen unter bestimmten Umständen zu rechtfertigen sei, der Lehre vom gerechten Krieg entspricht und christliche Überzeugung genannt wird. Zwar wird die Theorie vom gerechten Krieg in einigen Kreisen mehr und mehr in Frage gestellt, doch wird sie meiner Meinung nach noch weitgehend als ein notwendiges oder zumindest unvermeidliches Übel hingenommen.

Dritte Feststellung: Das Konzept vom gerechten Krieg wird heute auch auf Auflehnung oder Revolution ausgedehnt. Für das Recht der unterdrückten Völker, sich gegen Tyrannen aufzulehnen, werden theologische Aussagen wie auch Lehrsätze von Calvin angeführt. In christlichen Kreisen gilt im allgemeinen aber noch immer, daß der Staat die anerkannte Obrigkeit ist und das Recht hat, von seiner Macht und Gewalt Gebrauch zu machen (siehe Römer 13). In der Frage der Gewaltanwendung zur Bekämpfung staatlicher Unterdrückung herrscht dagegen weit weniger Einstimmigkeit. Wir müssen uns klarmachen, daß das Problem hier nicht so sehr Gewalt oder Gewaltlosigkeit ist, sondern die Frage, in welchem Maße die Obrigkeit des Staates als gottgegeben angesehen wird und ihre Infragestellung als Ungehorsam gegenüber dem Auftrag Gottes. ...

Vierte Feststellung: In der Praxis ist heute eine neue Situation entstanden. Mit der Entwicklung von Atomwaffen haben sich die Perspektiven eines Krieges zwischen den Großmächten verändert. Niemand kann als Gewinner aus einem solchen Krieg hervorgehen und die völlige Ausrottung heutiger und zukünftiger Generationen wäre aller Voraussicht nach die Konsequenz. Die Extreme, zu denen ein solcher Konflikt die Menschheit führen könnte, zwingen dazu, sich neu mit der Legitimität des Krieges auseinanderzusetzen und das Konzept des gerechten Krieges in Frage zu stellen, denn das, was man erreichen kann, ist nicht die Beseitigung der ursprünglichen Ungerechtigkeit, sondern die Ausrottung jeglichen Lebens.

Ausgehend davon können wir als Pazifisten kritisieren, daß diese Art von Argumentation auch weiterhin der klassischen Kriegsführung eine gewisse moralische Berechtigung zugestcht und sich mit partiellen Abrüstungsverträgen abfindet, die eine Art Moratorium für den atomaren Krieg ermöglichen, aber gleichzeitig konventioneller Kriegsführung ihren Segen erteilen. In der Praxis sieht es so aus, daß die Kriege in der Dritten Welt andauern und daß die armen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Leichen für den ideologischen Kampf zwischen den zwei Großmächten liefern, dennoch müssen + zu rechtfertigen ist." Die verschiedenen christlichen Positionen sind leicht zu erkennen. Christlicher Pazifismus ist eine Form des Zeugnisses, d.h. eine Haltung für Menschen mit besonderer Berufung, während die Behauptung, daß militär. Eingreifen

wir anerkennen, daß dieses neue Bewußtsein vom Ausmaß des atomaren Horrors nützlich ist, um Koalitionen zu bilden, die die Möglichkeiten und die Effizienz des Engagements für den Frieden vervielfachen. Jeder Schritt in Richtung auf Abrüstung ist ein positiver Schritt; jede Erklärung, die den Willen zum Frieden bekundet, muß begrüßt werden. Koalitionen mit Gruppen, die unsere pazifistischen Vorstellungen nicht voll und ganz teilen, aber das Problem in seinen neuen Dimensionen erkennen, sind nützlich, notwendig und unerläßlich, um das Bewußtsein der Menschen zu mobilisieren.

Fünfte Feststellung: Die Weltmissionskonferenz 1980 in Melbourne setzte die Frage der Gewaltlosigkeit erneut auf die ökumenische Tagesordnung. So sagt Melbourne: "Uns ist bewußt, daß Christen heute verschiedene Wege wählen, um der Gewalt zu widerstehen. Wir möchten die Praxis der Gewaltlosigkeit als unverzichtbaren Teil christlichen Gehorsams bekräftigen, und wir rufen die Kirchen auf, all denen Unterstützung zukommen zu lassen, die sich für ein Leben der Gewaltlosigkeit entschieden haben. In gewissen Fällen muß vielleicht erlösendes und stellvertretendes Leiden wie das unseres Herrn von seinen Nachfolgern gewählt werden, um der Gewalt mit leidender Liebe entgegenzuwirken - den Weg des Kreuzes gehen. Trotzdem gibt es Situationen, wo Christen ihre Gesellschaften in Gewalt verwickelt finden. Unter diesen Umständen sollten die Kirchen, ohne sich ganz mit einer politischen Bewegung zu identifizieren, ihre Solidarität mit jenen Christen und anderen konkret zum Ausdruck bringen... Der beschriebene Unterschied, der Christen im Blick auf die moralische Beurteilung von Gewalt trennt, ist keine sich gegenseitig ergänzende Übereinstimmung, sondern eine ungelöste ökumenische Streitfrage, die diese Konferenz nicht direkt untersucht hat. Die Dringlichkeit dieser Streitfrage wird durch politische Entwicklungen in den letzten Jahren verschärft. Wir bitten den ÖRK dringend, dem direkten Studium dieses Problems Vorrang zu geben."

Melbourne stellt also fest, daß die Diskussion dieser Frage offen ist und daß sie nicht umgangen werden kann. Eine ökumenische Bewegung, die nicht zögert, sich mit den lehrmäßigen Streitigkeiten über Taufe, Eucharistie und Amt auseinanderzusetzen, hat keinen Grund, vor dieser Diskussion der ebenfalls klassischen Meinungsunterschiede der Kirche in ihrem Verständnis von Krieg und Frieden zurückzuschrecken. ...

Sechste Feststellung: Ein anderer Aspekt der heutigen Lage ist die Angst und das Mißtrauen der Dritten Welt, daß der Frieden zwischen den Großmächten auf ihre Kosten geschlossen wird, d.h. im Rahmen eines neuen Jalta-Abkommens, einer Aufteilung der Dritten Welt in hegemoniale Einflußbereiche der Großmächte, die bestehende Abhängigkeitsverhältnisse festschreiben und unsere Völker einfach übergehen würde. Dieses Mißtrauen der Dritten Welt kommt auf allen großen internationalen Begegnungen deutlich zum Ausdruck. Das Problem gerechter internationaler Beziehungen muß in allen Diskussionen zur Sprache kommen, wenn wir die Menschen in der Dritten Welt für die großen The-

men des Weltfriedens begeistern wollen. Insbesondere ist die Horrorvision einer nuklearen Katastrophe kein Thema, das die Länder der Dritten Welt existentiell berühren würde; für sie handelt es sich dabei um ein Problem, das die reichen Länder unter sich diskutieren; sie selbst haben genug damit zu tun, täglich mit Situationen der Abhängigkeit, der Ungerechtigkeit und der damit einhergehenden Angst fertig zu werden.

Siebte und letzte Feststellung: Wir leben in einer ironischen, paradoxen Situation: Einerseits wird in allen Teilen der Welt aufgerüstet, während andererseits das weltweite Bewußtsein, daß sich in symbolischen Gesten wie dem Friedensnobelpreis ausdrückt, immer stärker die Gewaltlosigkeit hervorhebt. Lech Walese, Perez Exquivel, Tutu - sie alle sind Friedensnobelpreisträger, die für gewaltlosen Widerstand eintreten. Ist das ein Zeichen für die wachsende Bedeutung der gewaltlosen Bewegung in der Welt oder ist es nur ein Alibi, ein Mittel zu Beruhigung des Gewissens, insbesondere der westlichen Welt? Wie dem auch sei, wir dürfen mit Freude feststellen, daß sich, verglichen mit der Zeit, als Personen wie Kissinger oder Begin den Friedensnobelpreis erhielten, etwas geändert hat!

II.

Es stellt sich nun die Frage, wie die ökumenische Bewegung vor diesem Hintergrund ihren Auftrag zur Gewaltlosigkeit wahrnehmen kann. Wie können wir unserer Berufung zur Versöhnung gerecht werden und innerhalb der ökumenischen Bewegung sowie im Leben der Kirchen ein Bewußtsein heranbilden, das unserer Meinung nach im tiefsten Sinne biblisch und christlich ist? Wir werden versuchen, einige Arbeitshypothesen aufzustellen, die zum größten Teil allerdings nur zum Ausdruck bringen, was bereits gemacht wird, denen wir jedoch in Zukunft stärkere Aufmerksamkeit widmen müssen.

1. Die ökumenische Diskussion muß dazu beitragen, provinzielles und nationalistisches Denken zu überwinden. Der größte Beitrag, den der ÖRK in seinem Gründungsstadium leistete, lag darin, daß er das Gespräch zwischen Christen verschiedener Länder selbst während eines Konfliktes ermöglichte. Nur im Rahmen solcher Begegnungen können wir uns gegenseitig offen und hart korrigieren. Wenn man Äußerungen hört wie: "Die Atomwaffen, die unser Land hat, sind rein defensiver Natur", dann verstehen wir, wie provinziell diese Äußerung ist. Angestrebte Solidarität im Glauben über die zwischen unseren Ländern und sozialen Gruppen bestehenden Unterschiede hinweg oder inmitten von ihnen kann zu einem potentiellen Element der Versöhnung vor, während und nach bewaffneten Konflikten werden. Die ökumenische Diskussion neigt weder dazu, Schwarzweißmalerei zu betreiben noch Konflikten einfach aus dem Weg zu gehen. Hier zeigt sich die Bedeutung des Bibelstudiums und theologischer Diskussion zum Thema von Krieg und Frieden. Es geht darum, einen Fundus gemeinsamer Überzeugungen zu schaffen, die irgendwie die Kriegspropaganda neutralisieren können, der wir alle in unseren jeweiligen Ländern ausgesetzt sind.

2. Die ökumenische Bewegung ist ein Dialog, eine Begegnung über Barrieren hinweg, die Menschen und Nationen spalten. Den ökumenischen Dialog aufrechterhalten, ja die größtmögliche Zahl von Menschen an diesem Dialog beteiligen, das ist der grundlegende Beitrag, den die ökumenische Bewegung zur Schaffung eines politischen Klimas leisten kann, in dem der todbringende technologische Fortschritt kontrollierbar wird. Die einzige Möglichkeit, die Macht der Rüstungstechnologie zu kontrollieren, liegt in einem politischen Klima gegenseitigen Vertrauens zwischen den Nationen und zwischen sozialen Gruppen, und das trotz der Ambivalenz, die in jeder menschlichen Beziehung unweigerlich gegeben ist. ...

Die Verstärkung der kulturellen, wirtschaftlichen und in unserem Falle religiösen Kontakte ist eine grundlegende Voraussetzung für die Schaffung eines Klimas, das den Frieden möglich macht.

3. Wir müssen innerhalb der ökumenischen Bewegung darauf hinarbeiten, daß zwischen dem Problem des Friedens und der Gewaltlosigkeit einerseits und dem Problem der Gerechtigkeit und des sozialen Wandels in der Welt andererseits eine enge Beziehung hergestellt wird. Das ist leicht gesagt, aber in der Praxis schwer zu verwirklichen! Nehmen wir den konkreten Fall Mittelamerikas. Für mich handelt es sich dabei um einen klaren Fall von sozialer Gerechtigkeit und Achtung der Menschenwürde. Für Präsident Reagan handelt es sich um ein geopolitisches Problem, bei dem es darum geht, das sowjetische Vordringen in den Hinterhof der Vereinigten Staaten zu verhindern. Für Reagan sind Nicaragua und ganz Mittelamerika Hinterhof der USA. Wir, die Lateinamerikaner, betrachten Mittelamerika als unseren Vorgarten. Für uns ist es logisch, der Frage der Gerechtigkeit in lokalen Konflikten Priorität einzuräumen, da Ungerechtigkeit die Ursache aller Gewalt ist. Und im Zusammenhang damit muß nun wiederum die Frage der Abrüstung mit der Schaffung internationaler Fonds verbunden werden, um die Länder der Dritten Welt von ihrer Auslandsverschuldung zu befreien oder finanzielle Minimalbedingungen zu schaffen, die diesen Ländern eine menschlichere Entwicklung ermöglichen.

4. Solidarität muß das Grundprinzip unserer Beziehungen mit anderen sein. Wenn der Arbeiter nicht in jedem Fall - auch wenn er sich einmal im Irrtum befindet - volles Vertrauen in die Kirche hat, dann haben wir keine Möglichkeit, unsere Botschaft von der Gewaltlosigkeit zu vermitteln. Das Hauptziel des Programms zur Bekämpfung des Rassismus liegt darin, christliche Solidarität mit Unterdrückten und den Organisationen, die sie sich selbst gegeben haben, zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Problem, ob diese Gruppen Gewalt anwenden oder nicht, müssen wir uns selbstverständlich auseinandersetzen, aber es steht in unseren Beziehungen mit ihnen an zweiter Stelle. An erster Stelle müssen sie unsere Solidarität mit ihrer gerechten Sache fühlen. Nur dann werden sie unsere Einstellung zum Problem der Gewaltausübung oder Gewaltlosigkeit als positiven Beitrag zu ihrem Kampf verstehen und hören und nicht den Eindruck gewinnen, daß wir sie von ihrem Kampf ablenken wollen. Unser Zeugnis

kann nur im Rahmen unserer Solidarität glaubhaft und nützlich sein. Nur wenn uns Leid und Not im Irak, in Iran und Äthiopien wirklich ein Anliegen sind, wird das christliche Eintreten für den Frieden in diesen Ländern glaubwürdig sein. Diese Solidarität bringt das Risiko der Komplizenschaft mit Aktionen mit sich, die wir nicht voll bejahen. Aber unsere einzige Chance, irgendeinen Einfluß auf diese Aktionen zu haben, liegt in einer Haltung der Solidarität, die alle damit einhergehenden Risiken auf sich nimmt.

5. Wir müssen ständig die Frage nach der Wirksamkeit des gewaltlosen Widerstandes stellen. Wir glauben, daß Gewaltlosigkeit dem Willen Gottes entspricht und daß Gott in Jesus Christus seine Kirche zu diesem Weg aufruft. Die Frage nach der Wirksamkeit ist für jemanden, der von der Verpflichtung zu einem Leben aktiver Gewaltlosigkeit überzeugt ist, eine sekundäre Frage. Wir glauben, daß zuletzt, langfristig, die Gewaltlosigkeit den Sieg davontragen wird. Wir glauben, daß Gott für die Menschheit den Frieden will, und in Situationen, in denen Gewalt die wirksamste Lösung zu sein scheint, muß man immer die Frage nach der kurzfristigen und langfristigen Wirkung aller strategischen Überlegungen stellen. Aber dennoch können wir uns nicht der Pflicht entziehen, nach der Wirksamkeit unseres Handelns in der Geschichte zu fragen, denn den Preis für unsere Unwirksamkeit werden andere zahlen. Während unser überzeugtes Eintreten für die Gewaltlosigkeit + und gleichzeitig ein praktischer Ausdruck unserer Nächstenliebe sein. Die Untersuchung von Methoden gewaltlosen Widerstands muß ständig auf der ökumenischen Tagesordnung sein, um für die unterschiedlichsten Gesellschaftsformen die jeweils angemessenen Lösungen zu finden. Man hält uns entgegen, daß das Vorgehen von Gandhi und Martin Luther King nur in offenen Gesellschaften möglich ist, in denen die öffentliche Meinung eine ausschlaggebende Rolle spielt, und daß es in Gesellschaften mit Einheitsparteien und Pressezensur nicht funktionieren könnte. Es ist für uns, die wir diese Situation nur von außen kennen, schwierig, geeignete Methoden vorzuschlagen oder so zu tun, als ob wir geeignete Methoden wüßten. Und dennoch müssen wir mit unseren christlichen Brüdern und Schwestern, die in diesen Situationen leben, zusammenkommen und mit sehr viel kreativer Energie gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, die einen gewissen Erfolg versprechen. Ich frage mich, ob die Ereignisse in der DDR (die Friedensdemonstrationen und Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen) und die Ereignisse in Polen (der passive Widerstand des Volkes) uns nicht zeigen, daß es Aktionsmöglichkeiten gibt, die nicht unbedingt Aktionen aus anderen Teilen der Welt nachahmen müssen.

6. Wir müssen das Thema Krieg und Frieden erneut auf die ökumenische Tagesordnung setzen, und zwar als theologisch-ethisches Problem an sich. Die Haltung zu diesem Thema spaltete die Kirchen der Reformation im 16. Jahrhundert; diese Spaltungen haben sich innerhalb unserer klassischen konfessionellen Lehren fortgesetzt und dauern bis heute an. Uns interessiert hier nicht nur eine Aufarbeitung der Geschichte, deren Nutzen darin bestehen könnte, die gegenseitigen Anathemata + zwar nicht von der Wirksamkeit unseres Handelns abhängt, wird diese Wirksamkeit für andere doch ein starkes Argument für unser überzeugtes Eintreten für die Gewaltlosigkeit "

aufzuheben. Was uns hier interessiert, ist vielmehr, das Problem des Krieges in seinem ganzen Widerspruch zur Botschaft des Evangeliums ins universelle christliche Bewußtsein zu rufen. Die Bedeutung dieser Debatte wird nicht von einem einstimmigen Schlußergebnis abhängen, sondern von der allgemeinen Bewußtseinsbildung, die dadurch gefördert wird, und von der daraus erwachsenden Unterstützung für all die Jugendlichen in der ganzen Welt, die sich zum Pazifismus bekennen und den Militärdienst aus Gewissensgründen ablehnen. Diese Jugendlichen müssen in ihren Kirchen die notwendigen theologischen Grundlagen finden, um sich zunächst vor sich selbst Rechenschaft über ihre Haltung ablegen zu können und sodann in der Lage zu sein, vor Gericht Zeugnis davon abzulegen. Die Diskussion zum Thema Krieg und Frieden wird ebenfalls dazu beitragen, das christliche Bewußtsein angesichts bestehender Konfliktsituationen zu vertiefen und so einer allzu leichten Anpassung oder Resignation vor Situationen der Gewalt entgegenzuwirken, die nicht als tragisches Schicksal des Menschen akzeptiert werden dürfen, sondern als Ergebnis menschlicher Sünde geschehen werden müssen und damit auch durch intelligentes und verantwortliches Eingreifen des Menschen unter Kontrolle gebracht werden können.

7. Schließlich müssen wir eine Form des Friedensengagements finden, das klares Zeugnis von unseren Überzeugungen ablegt und so überzeugend ist, daß es auf die umgebende Gesellschaft wirkt. Unser auferstandener Herr ist seinen Jüngern erschienen, und bevor er zu ihnen "Friede sei mit Euch" sagte, zeigte er ihnen seine durchbohrten Hände und seine zerschundene Seite. Da er den Preis für sein Wirken, den Preis der Liebe, bezahlt hatte, konnte er jetzt mit Autorität ein Friedenswort sprechen und seine Junger als Boten des Friedens aussenden. Aktionen wie die der Testigos para la Paz, der Zeugen für den Frieden in Nicaragua, die sich Monat um Monat an den Grenzen postieren, um dort lebendiges Zeugnis gegen die Angriffe abzulegen, die das nicaraguanische Volk erleidet, bringen unsere Berufung zum Pazifismus stärker zum Ausdruck als Hunderte von Dokumenten, die wir unterschreiben können. Die vielen hundert Amerikaner, die sich vor der Botschaft Südafrikas in Washington festnehmen lassen, sind ein weiteres Beispiel. Jede Friedenskoalition, die über trennende Grenzen hinweg geschlossen werden kann, wird ein klares Zeichen dafür sein, daß unsere Überzeugungen von jedem ideologischen a priori unabhängig sind.

In dem Maße, wie die ökumenische Bewegung diese Art des Engagements fördert und unterstützt, wird sie einen Beitrag zur Sache des Friedens leisten und den Auftrag der Gewaltlosigkeit theologisch und geistlich untermauern. Das Streben nach Versöhnung und Frieden war von jeher Beweggrund der ökumenischen Bewegung und muß es bleiben, weil Frieden und Versöhnung Mittelpunkt des Evangeliums selbst sind.

Dr. Emilio Castro ist Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf

(aus: Junge Kirche 46(1985) 6)

2. Heino Falcke

Auf dem Weg zur konziliaren Gemeinschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Daß es schwierig ist, Erfahrungen und Einsichten einer ökumenischen Versammlung den Heimatgemeinden zu vermitteln, erfährt und bespricht man allenthalben. Vielleicht hat diese Erfahrung der 'Partizipationskluft' in der DDR-Situation aber doch noch spezielle Züge. Einerseits trifft alles Ökumenische in den Gemeinden auf großes und offenes Interesse, weil die meisten keine Möglichkeit haben, Christenheit und Welt im Ausland selber zu erfahren und weil die Ökumene als Stärkung und Stützung des eigenen Christseins erlebt wird. Die ökumenische Aktivität der DDR-Kirchen, die in der ökumenischen Bewegung oft gelobt wird, ~~hat nicht zuletzt~~ hierin eine Wurzel. Andererseits wird gerade durch Berichte von ökumenischen Erlebnissen der Schmerz des Abgeschnittenseins geweckt und verstärkt. Berichte, auch mit Bildern und Originalton verlebendigt, überwinden nicht die Konsumentenhaltung, die sich Ökumene frei Haus liefern läßt; sich doch in einen partikularistischen Alltag eingesperrt fühlt und in der entsprechenden Mentalität verharret. Wie überwinden wir die typische Haltung des DDR-Bürgers, der sich in seine private 'Nische' zurückzieht, um dort das globale Geschehen am Bildschirm passiv zu konsumieren? Die beiden extremen Tendenzen, innerlich und/oder äußerlich auszuwandern oder sich einzuigeln müßten in gelebter Ökumenizität am eigenen Ort überwunden werden. Die in der ökumenischen Bewegung längst gestellte Frage, wie wir von einem informatorischen zu einem partizipatorischen ökumenischen Lernen kommen, ist also in der DDR eine schwierige, aber besonders dringliche Aufgabe; dringlich nicht nur für die Bildung ökumenischen Bewußtseins; ebenso für das Leben in der eigenen Gesellschaft.

Dabei kann eine Erfahrung weiterhelfen, die DDR-Christen auf ökumenischen Konferenzen ebenso aber beim Empfang ökumenischer Besucher im eigenen Land immer wieder machen: im Ausland werden wir nach dem authentischen Zeugnis gefragt, das aus der Glaubenserfahrung in unserer Situation kommt. Ökumenische Besucher in der DDR fragen uns ebenfalls nach dem Christsein im Sozialismus und helfen uns nicht selten durch ihre Frage, unser Christsein hier besser zu verstehen. Daraus folgt: gerade indem ich hier bewußt, engagiert, reflektiert lebe, kann ich in ökumenischen Zusammenhängen etwas beitragen. Um mit E. L a n g e s Begriffsspiel zu reden: durch local acting (Handeln am Ort) kann ich beitragen zum global thinking (weltweiten Denken), und global thinking hilft mir, die Bedeutung des local acting im ökumenischen Horizont zu verstehen.

Theologisch müssen wir wohl besser als bisher begreifen, daß die ökumenische Bewegung Geschehen von Kirche, Lebensbewegung des Leibes Christi ist. Das gilt unabhängig von den ekklesiologischen Definitionen der ökumenischen Bewegung, die kontrovers sind. Die ökumenische Bewegung ist also nicht eine globale Organisation, durch so viele institutionelle Vermittlungsinstanzen

von der Basis entfernt, daß der Zusammenhang kaum noch durchschaubar, geschweige denn erlebbar ist. Sehen wir aber die ökumenische Bewegung als Geschehen von Kirche, dann ist sie in jeder Gemeinde präsent und jede Gemeinde hat an ihr teil, so wahr Jesus Christus in ihr in Wort, Sakrament, Lobpreis und Fürbitte gegenwärtig lebt. Dann haben wir zu fragen, wie wir die g e g e b e n e ökumenische Partizipation der Gemeinde wahrnehmen (im Doppelsinn von erkennen und praktizieren).

Für die Wahrnehmung dieser Partizipation wäre es eine Hilfe, wenn die ökumenischen Beziehungen nicht nur über die Repräsentationsstrukturen der Landeskirchen oder Hierarchien liefen. Wichtiger wären Vernetzungen zwischen Gemeinden und Gruppen. Die globale Interdependenz unserer Welt wird oft als Ohnmachts-erfahrung erlebt, weil da die undurchschaubare Makrowelt meiner Miniwelt erdrückend gegenübersteht. Es muß unbedingt vermieden werden, daß die Ökumene in ihren Strukturen dazu eine Doublette wird. In der Wechselbeziehung zwischen Gemeinden und Gruppen in verschiedenen Situationen könnte Interdependenz als Erfahrung von Gemeinschaft und als Ermutigung zum Tun erlebt werden.

Zweierlei wies bei der Vollversammlung in Vancouver unmittelbar in diese Richtung:

- Immer wieder wurden die Gruppenbesuche im Vorbereitungsprozeß auf die Vollversammlung gelobt und die Fortsetzung dieser Besuche empfohlen. Das möchte ich für uns in der DDR nachdrücklich unterstreichen.
- Der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Integrität der Schöpfung ist m.E. so gemeint und anzulegen, daß er Querverbindungen auf den verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens schafft und Partizipation auf mannigfaltigen Wegen ermöglicht.

Im folgenden möchte ich anhand von z w e i B e i s p i e - l e n auf die Vancouver-Rezeption in unseren Gemeinden eingehen: die Lima-Papiere und der konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

1. Die Lima-Texte lassen gerade aktive und bewegliche Gemeindepfarrer ratlos mit den Achseln zucken: Wie sollen wir unsere Gemeinden für diese Texte interessieren, die ihnen sprachlich fremd sind und vor allem sachlich fernliegen? Geht es hier nicht um historisch gewordene konfessionelle Differenzen, deren Aufarbeitung Sache der Theologen ist?

Demgegenüber legte die Vollversammlung großes Gewicht auf den geistlichen Rezeptionsprozeß in den Gemeinden. Der Kirchenbund ebenso wie einige Landessynoden in der DDR haben das stark unterstrichen und Arbeitshilfen für diesen gemeindlichen Rezeptionsprozeß bereitgestellt. Für eine Rezeption in den reformatorischen Kirchen ist dies unerläßlich; es entspricht dem Ton, den unsere Kirchen im Amtskapitel der Lima-Papiere aus "die Berufung des ganzen Volkes Gottes" legen. Ginge die

Rezeption der Lima-Erklärung an den Gemeinden vorbei, so würden wir durch die Praxis verleugnen, was wir gerade in dem kontroversen Amtskapitel als reformatorische Erkenntnis behaupten, und die evangelische Kritik am katholischen und orthodoxen Amtsbegriff würde sich selbst aufheben. Es liegt viel daran, daß unsere Gemeinden im Lima-Prozeß ihre "Macht und ihr Recht Lehre zu urteilen" wirklich wahrnehmen.

Als 1980 Roger Schutz einige unserer Kirchen besuchte, schärfte er immer wieder ein, Erneuerung der Kirche gäbe es heute nur durch Versöhnung der Konfessionen miteinander. Versöhnung der Konfessionen miteinander gibt es aber nur als Versöhnung in Christus. Diese schließt ein, daß wir bereit werden, von dem Christus zu lernen, der uns in den anderen Konfessionen begegnet und uns fragen zu lassen, inwiefern unsere Lehre und Praxis Christus begegnen läßt.

Christoph Hinz hat bei einer Einführung in die Lima-Papiere auf das Spezifische des Rezeptionsvorgangs dieser Konvergenzerklärung hingewiesen: 'Konvergenz' meine nicht einfach die "Hinwendung der verschiedenen Traditionen zueinander", sondern "daß die verschiedenen kirchlichen Traditionen zur Wahrheit Christi hin konvergieren". "Nicht der noch fehlende volle Konsens, sondern der Grad der in anderen Traditionen erkannten Christuskonvergenz ist die Herausforderung der Texte an die Kirchen, ihr Verhältnis zueinander zu überprüfen." Daher kann es nicht Sinn dieses Rezeptionsprozesses sein, die Texte daraufhin zu prüfen, wie weit sie der Identität der eigenen Kirche Rechnung tragen und Raum geben, vielmehr ist der Rezeptionsprozeß als Lernprozeß zu begreifen. "Nur wer sich mit seiner Kirche selber in die ökumenische Reformation hingingerufen weiß und den Wandlungen der eigenen Identität unter dem Ruf Christi aussetzt, wird auf die Erklärungen angemessen reagieren."

Für diesen Vorgang gilt es nun Herz und Interesse der Gemeinden zu gewinnen. Wo evangelische, katholische und freikirchliche Christen in Nachbarschaft leben, ist unbedingt das gemeinsame Gespräch über die Lima-Erklärung anzustreben. Die Erfahrung zeigt, daß in unserer gesellschaftlichen Situation das Gespräch vor allem um das Christsein in Schule, Beruf und säkularistischer Gesellschaft kreist, in der Katholiken und Protestanten miteinander als Christen herausgefordert sind. Wenn aber in dieser Gemeinsamkeit das Trennende als Schmerz und Hindernis bewußt wird, bekommt die Lima-Erklärung ihren Sitz im Leben. Hier können dann auch wirkliche Lernprozesse in Gang kommen. So weckt das Gespräch mit den Baptisten die Frage nach dem Recht der Säuglingstaufe. Vielen wird erst in solchen Gesprächen bekannt und in seiner Bedeutung bewußt, daß in einigen der evangelischen Landeskirchen Säuglingstaufe und Katechumenatstaufe nebeneinander gleiches Recht haben. Weiterhin kann es in solchen Gesprächen zu der Erkenntnis kommen, daß das Taufgedächtnis oder die Erneuerung des Taufbundes in anderen Gemeinden neu entdeckt und gefeiert werden müßten, um der Einheit von Taufe und Glauben konkrete Lebensgestalt zu geben.

Im Gespräch zwischen evangelischen und katholischen Christen pflegt das Abendmahl im Mittelpunkt zu stehen. Die Neuentdeckung des Abendmahls in der evangelischen Kirche von der Gemeinschaftserfahrung aus hat da, wo sie theologisch reflektiert wird, bereits gezeigt, daß es zur Wirklichkeit des Herrenmahls verschiedene Zugänge gibt und die reformatorische Konzentration der res sacramenti auf die Sündenvergebung nicht exklusiv verstanden werden muß. Daß die orthodoxe Mahlliturgie die Schöpfung einschließt und so die ökologischen Fragen in das Mahlgeschehen hineingenommen sind, erweist sich immer wieder als ein besonders fruchtbarer Punkt ökumenischen Lernens. Der kann bis hin zu liturgischen Entwürfen einer evangelischen Gabenbereitung wirksam werden.

Die Zumutung für die Katholische Kirche liegt in der eucharistischen Gastbereitschaft, die im Grunde zwingend aus der Konvergenzklärung von Lima folgt. Sie ergibt sich ebenso zwingend aus der Gemeinschaft, die katholische und evangelische Christen im sozialistischen Alltag erfahren, wo sie ja nicht als Lutheraner oder Katholiken, sondern elementar als Christen gefragt und gefordert sind. So hat der katholische Bischof von Erfurt, J o a c h i m W a n k e , in einem Hirtenbrief, den er im Anfang des Luther-Jahres 1983 dem ökumenischen Thema widmete, die gemeinsame Diasporasituation der katholischen und evangelischen Christen zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen gemacht.

"Als Christen leben wir gemeinsam, ob wir katholisch, evangelisch oder freikirchlich sind, in der gemeinsamen Diaspora der atheistischen und materialistischen Umwelt. Die Erfahrung der uns umgebenden Gleichgültigkeit gegenüber Gott und allem Religiösen und die nivellierende Kraft einer rein auf den materiellen Vorteil ausgerichteten Lebensweise schließt die wachen Christen erlebnismäßig oft stärker zusammen als das gemeinsame Gesangbuch. Wir sind dankbar, wenn wir im Betriebskollektiv, in der Seminargruppe oder Schulklasse oder auch im Hauseingang, in dem wir wohnen, noch einen weiteren engagierten Christen wissen. Wir erkennen freudig, daß wir bei alternativen Entscheidungen dann nicht allein stehen, sondern uns im gemeinsamen Glauben an Gott und Jesus Christus stützen können. Um so schmerzlicher ist es, daß bei näherem Kontakt sich dann Hemmnisse ergeben, die eine volle Gemeinschaft, etwa auch am Tisch des Herrn, nicht möglich machen."

Damit ist die Basissituation der Ökumene, wie sie von den Gemeindegliedern erfahren wird, exakt beschrieben. Daher ist es m.E. das heutige ökumenische Mandat der 'Laien', von ihren Kirchen die Erklärung der eucharistischen Gastbereitschaft zu fordern. Das Gottesvolk, das im Alltag der Welt bereits ökumenisch lebt, muß sich stärker in den theologischen Konvergenzprozeß und seine kirchenrechtlichen Konsequenzen einschalten. So evident das gerade in unserer Situation ist, so sensibel ist dieser Punkt in der Beziehung zwischen den Kirchen. Wir haben eine Katholische Kirche, die in der Minderheitensituation

lebt. Allzu heftige ökumenische Umarmungen werden von ihr als bedrohlicher Druck und Zwang empfunden. So haben die Evangelischen Kirchen bisher auf eine offizielle Erklärung eucharistischer Gastbereitschaft verzichtet, um den katholischen Partner nicht zum Nachziehen zu nötigen. Auch bei uns gibt es aber Anzeichen, daß die Praxis dieser Ordnung davonzulaufen beginnt. Lima als ökumenischer Lernprozeß der Kirche auf allen Ebenen verstanden, könnte dazu helfen, die Erkenntnis, Praxis und Ordnung, die an der Zeit sind, auch miteinander gleichzeitig werden zu lassen.

2. Der konziliare Prozeß

Der Programmrichtlinienausschuß hat in Vancouver die Aufgabe gestellt, "die Mitgliedskirchen in einen konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der ganzen Schöpfung einzubinden" (Bericht aus Vancouver, 261). Der Zentralausschuß hat inzwischen diese Aufgabe aufgenommen. In den Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gibt es einige Ansätze für diesen konziliaren Prozeß, von denen ich zwei nenne:

Die Vancouverdelegation der Kirchen in der DDR hatte einen Vorschlag mitgebracht, der aus der Diskussion über die Friedensfrage im Bund der Evangelischen Kirchen hervorgegangen war. Der Vorschlag geht davon aus, daß wir zur Umkehr aus der Gefangenschaft unter den Mächten des Todes zu Jesus Christus als dem Leben der Welt gerufen sind und daher eine "Absage an die Entwicklung, den Besitz und die Anwendung von Waffen mit Massenvernichtungscharakter" vollziehen müssen. Damit war die "Absage an Geist und Logik der Abschreckung" aufgenommen, die von der Bundessynode im September 1982 ausgesprochen war. In dem Delegiertenvorschlag wird diese Absage konkretisiert zu der Bitte an "die Christen, christlichen Gruppen und Kirchen in den beiden mächtigen Militärblöcken der Welt zu erklären, daß sie an einem Krieg, bei dem Waffen mit Massenvernichtungscharakter eingesetzt werden, nicht mitwirken werden, und zu prüfen, was daraus in ihrer konkreten Situation für ihr gegenwärtiges Handeln folgt". Der Vorschlag mündet in die Bitte, zu prüfen, "ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es *D i e t r i c h B o n h o e f f e r* angesichts des drohenden 2. Weltkrieges vor 50 Jahren für geboten hielt".

In der Erklärung der Vollversammlung zu Frieden und Gerechtigkeit sind diese Vorschläge der Sache nach aufgenommen und weitergeführt worden. Der Zentralausschuß hat für 1989 eine Weltkonferenz über Frieden und Gerechtigkeit und Bewahrung der ganzen Schöpfung beschlossen.

Die Bundessynode hat im September 1983 ihre eigene Absage an das Abschreckungssystem bekräftigt und um die Absage an die Praxis der Abschreckung erweitert. Sie hat auf dieser Linie die Vancouver-Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit aufgenommen, die Einheit von Gerechtigkeit und Frieden unterstri-

chen, die Achtung des Besitzes und des Einsatzes von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit gefordert und auch den Satz übernommen, der von der Bundesdelegation in Vancouver eingebracht worden war, "daß Christen dafür Zeugnis ablegen sollten, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden".

Im Blick auf die konkrete Situation in Mitteleuropa hatte sich die Bundessynode 1983 gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in West und Ost ausgesprochen. Was dies alles nach den Stationierungsbeschlüssen und in der gegenwärtigen politischen Situation konkret bedeutet, ist eine offene Frage, über die in unseren Kirchen weiter gesprochen wird.

Der zweite Ansatz für die Teilnahme an jenem konziliaren Prozeß liegt in den synodalen Prozessen, die in einigen unserer Kirchen in Gang gekommen sind.

Die Bundessynode 1982 hatte Fragen an die Gemeinden gerichtet, die sich auf die Beteiligung an der Verteidigung und Drohung mit atomaren Waffen beziehen. Die Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen hatte diese Fragen aufgenommen, erweitert und verstärkt. In Gruppen und Gemeinden sowie auf den Kirchentagen wurden diese Fragen diskutiert; es gab eine Fülle von Eingaben und Antworten an beide Synoden. Die Herbstsynode der Kirchenprovinz Sachsen beschäftigte sich ausführlich mit der Analyse und Beantwortung dieser Reaktionen und verfaßte eine umfangreiche schriftliche Antwort. Auf zwei Wochenendtagungen, zu denen alle Eingaber eingeladen waren, wurde diese Antwort der Synode diskutiert. Der Bericht über die Diskussionen führte zur Bildung eines Sonderausschusses, der nun die Verbindung zu allen dieser Thematik in den Gemeinden Arbeitenden halten und das Gespräch fortsetzen soll. (Im Juni 1985 hat eine Sondersynode zum konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden Bewahrung der Schöpfung stattgefunden, vgl. ANHANG, V. Anm. ThSA)

Damit ist in unserer Kirche ein Gesprächsprozess im Gang, wie es ihn in dieser Breite und Intensität bisher noch nie gegeben hat. Die Bedeutung dieses Gesprächsprozesses liegt auch darin, daß er die Struktur bietet, in der innerkirchlich Friede und Einheit gelebt werden kann. Gemeinden und Kirchen haben es nämlich zunehmend mit Gruppen zu tun, in denen sich das Leiden an der Friedlosigkeit und das Friedensengagement eine eigene Sozialgestalt schafft. Diese Gruppen leben nicht selten in Spannungen mit der traditionell geprägten Gemeinde und der Gesamtkirche in ihrem Mandat. Der offene und verbindliche Gesprächsprozess, der am Friedensauftrag der Kirche und der Gesellschaft orientiert ist, könnte der Weg sein, auf dem zugleich der Einheit und der Sendung der Kirche gedient wird. Es ist dringlich zu wünschen, daß in Zukunft die Verzahnung dieses synodalen Prozesses mit dem konziliaren Prozeß gelingt, der in der Weltchristenheit in Gang kommen und in die Weltkonferenz 1989 münden soll.

Zum Problem der Gerechtigkeit hat die Synode der Kirchenprovinz Sachsen 1983 einen Beschluß gefaßt, der den Zweiprozent-Appell des Ökumenischen Rates aufnimmt. Die Synode hatte ihre eigene verschlechterte Finanzsituation zum Hauptthema dieser Tagung gemacht. Nachwirkende Impulse der Melbourne-Konferenz und die Anstöße des Ökumenischen Gruppenbesuches wie der Vancouver-Vollversammlung hatten bereits drei Kreissynoden bewogen, Eingaben zur ökumenischen Solidarität an die Synode zu richten. Die Provinzialsynode folgte dem Vorschlag einer dieser Synoden, einen "Fonds für ökumenische Solidarität" zu bilden. Die Gemeindegemeinderäte, Kreiskirchenräte und die Kirchenleitung werden aufgefordert zu prüfen, ob die Finanzierung aus Haushaltsmitteln oder "durch Erschließung neuer Mittel" erfolgen soll. Bei diesem Beschluß hat eine wichtige Rolle gespielt, daß wir selber eine Empfängerkirche sind und darum intensiv fragen müssen, wie wir unsererseits mit unseren Mitteln anderen helfen können. Seither gibt es im Ökumene-Brief der Kirchenprovinz eine ständige Rubrik "Forum ökumenische Solidarität", in der vor allem praktische Hilfsmöglichkeiten und Aktionen diskutiert werden.

In dem konziliaren Prozeß für Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wird das Mitteilen von Erfahrungen und Erkenntnissen begleitet sein müssen von dem materiellen Teilen der Güter (sharing of resources). Nur so wird das Thema von Vancouver "Jesus Christus das Leben der Welt" so ganzheitlich aufgenommen, wie es verstanden werden muß.

Ein Vancouverteilnehmer aus der DDR¹ schreibt - und damit sei alles Gesagte zusammengefaßt -: "Nach Vancouver wird mehr über die Ökumene geredet. Wir sprechen nicht mehr über eine fremde und ferne Sache. Wir gehören zur Weltchristenheit dazu. Darum sprechen wir davon, daß wir wichtig sind in der Ökumene, aber auch davon, daß ökumenische Beziehungen unter den Kirchen in unserem Lande in eine neue Qualität kommen möchten." "Die ausstehende Partizipation der Hungernden, Leidenden und Entrechteten am ganzen Volke Gottes macht uns immer mehr Sorgen. Wir sind noch ratloser geworden. Unser Beten muß zum Schreiben werden."

.....
1) Kurt Winkelmann, Landessuperintendent in Neustrelitz.

Dr. Heino Falcke ist Propst in Erfurt.
(aus: Pastoraltheologie 74 (1985) 4).

3. Konrad Raiser

Initiativgruppen und konziliarer Prozeß

Der Vorschlag, eine große Weltkonferenz zu veranstalten, hat sich seit den Anfängen der ökumenischen Bewegung immer wieder als ein Mittel bewährt, um Fantasie und Initiative anzuregen und darüber hinaus einen gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedliche Arbeitsgänge anzubieten. Die Ursprünge der ökumenischen Reflexionen und Initiativen, die jetzt zur Formulierung des Konferenzplanes geführt haben, gehen über zehn Jahre zurück. Bislang ist eine wirksame Koordinierung und wechselseitige Durchdringung der Arbeiten zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung noch nicht gelungen.

Der Plan der Konferenz formuliert eine Erwartung, die zugleich eine Verpflichtung enthält und so zu neuen Versuchen anspornen kann. Ich erwarte mir von dieser Konferenz im Idealfall ähnliche Anstöße, wie sie vor bald zwanzig Jahren von der großen Genfer Konferenz über Kirche und Gesellschaft (1966) ausgegangen sind. In dieser Zeit sind viele neue Einsichten gereift und Erfahrungen gemacht worden, die nach gemeinsamem Ausdruck und öffentlicher Darstellung verlangen.

So wichtig es ist, den Plan dieser Konferenz in Kontinuität zu früheren vergleichbaren Unternehmungen des Ökumenischen Rates der Kirchen zu sehen, so sehr hoffe ich zugleich, daß dies nicht einfach eine Konferenz wie die bisherigen wird, d.h. eine Zusammenkunft von repräsentativ ausgewählten kirchlichen Delegierten und Experten, die zahlreiche Vorträge hören und in Arbeitsgruppen Berichte erstellen, die nach Abschluß der Konferenz veröffentlicht und weiter studiert werden.

Es scheint mir von entscheidender Bedeutung zu sein, daß sich die neuen Erfahrungen und Einsichten, die im Umfeld der ökumenischen Bemühungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen Schöpfung in den letzten zehn Jahren gewonnen worden sind, auch in einem neuen Stil von Konferenzen niederschlagen. Die Empfehlung der Vollversammlung in Vancouver spricht deshalb von einem konziliaren Prozeß, sowohl im Blick auf die Vorbereitung wie die Planung der Konferenz selbst. Eines der entscheidenden Kennzeichen ökumenischer Arbeit an diesen Themen in den letzten zehn Jahren ist die Entstehung einer großen Zahl von kleinen Gruppen und Initiativen gewesen, die sich sehr konkret in ihrer jeweiligen Situation für die Verwirklichung einer gerechten, partizipatorischen und lebensfähigen Gesellschaft, sowie für die Bewahrung der Schöpfung eingesetzt haben. Diese Gruppen und die zwischen ihnen entstandenen Kooperationsnetze sind beim heutigen Stand der ökumenischen Bewegung die vielleicht wichtigsten "Experten", die bei einer solchen Konferenz zu Gehör kommen müssen. Sie werden ihre "Expertise" nicht so sehr in Gestalt von Referaten und Untersuchungen einbringen, sondern in der Form von Erfahrungsberichten und Zeugnissen solidarischen Lebens. Der Stil der Konferenz müßte diese neue Qualität ökumenischer Aktion und Reflexion widerspiegeln.

Schließlich halte ich es für sehr wichtig, daß die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz nicht zu einem Selbstzweck wird, sondern daß die Konferenz zu einem entscheidenden Schritt in einem vorhergehenden und nachfolgenden konziliaren Prozeß wird. Es wird daher sehr viel darauf ankommen, ob es schon in der Vorbereitungsphase gelingt, einen Kommunikationsstil zu entwickeln, der es möglich macht, daß eine große Vielzahl von Einzelnen und Gruppen in den Prozeß einbezogen werden, auch wenn sie unmittelbar nicht an der Konferenz teilnehmen können. Dies müßte ebenfalls Konsequenzen haben für die Form der Berichterstattung und Vermittlung des Konferenzgeschehens selbst.

Mit diesen kurzen Anmerkungen möchte ich die Fragen der Methode und des Stils nicht in isolierter Weise zum entscheidenden Punkt der Vorüberlegungen machen, vielmehr kommt gerade in diesem Bereich alles darauf an, daß die sachliche Zielsetzung und die Arbeitsmethode einander entsprechen. Ein Neuansatz ist nötig und erscheint mir aufgrund der Erfahrungen der letzten zehn Jahre möglich.

Dr. Konrad Raiser ist Theologieprofessor in Bochum, bis 1984 war er stellvertretender Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf.

(aus: Beilage zu "Der Überblick" Nr. 2/1985)

- - - - -

A n h a n g

Erklärungen und Stellungnahmen aus den Kirchen in der DDR und aus der Ökumene zum Thema "Konziliarer Prozeß"

- I. Antrag der Delegierten aus der DDR an die 6. Vollversammlung des ÖRK, Vancouver/Kanada 1983

Die Vollversammlung in Nairobi 1975 erklärte im Appell an die Kirchen:

"2. Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen. Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird."

Auf der ÖRK-Konferenz "Glaube, Wissenschaft und die Zukunft" in Boston 1979 erklärte eine Gruppe von Teilnehmern aus Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Pazifik:

"We denounce the historical and current use of science and technology by industrialized and technically advanced societies, to serve military and economic interests which have brought about great sufferings to the people of the Third World. This has been done in the guise of an ideology of objectivity and value-free pursuit of truth.

We denounce the use of science and technology by industrialized and technically advanced societies to develop the most sinister instruments of death and total annihilation."

Im Bericht des öffentlichen Hearings über Atomwaffen und Abrüstung in Amsterdam 1981 heißt es:

"Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstelle und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und christlicher Treue zum Evangelium. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Erklärung der Kirchen nicht zur Abschaffung von Atomwaffen führen wird. Aber sie wird die Kirchen und ihre Mitglieder zu einer grundlegenden Prüfung ihrer eigenen impliziten oder expliziten Unterstützung einer Politik veranlassen, die implizit oder explizit auf dem Besitz und dem Einsatz dieser Waffen aufbaut. Überdies müssen die Kirchen sich in jeder geeigneten Weise für aktive und effiziente Abrüstungsprogramme engagieren."

Seither ist die Gefahr noch größer und sind die Appelle noch dringlicher geworden. Die Vollversammlung möge daher erklären:

1. Das Thema der Vollversammlung "Jesus Christus - das Leben der Welt" ruft und zur Umkehr aus der Gefangenschaft unter den Mächten des Todes in das Leben, das uns Jesus Christus schenkt, damit wir dem Leben der Mitgeschöpfe dienen. In dem immer noch andauernden Wettrüsten wie auch in der ausbeuterischen Zerstörung der Natur und der herrschenden Ungerechtig-

.....

1 Übersetzung des Zitats: "Wir verurteilen, daß die hochtechnisierten Industriegesellschaften Wissenschaft und Technik dazu eingesetzt haben und auch weiter einsetzen, ihre militärischen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, wodurch sie großes Leid über die Völker der 3. Welt gebracht haben. Dabei bedienen sie sich des ideologischen Deckmantels der Sachlichkeit und wertfreien Wahrheitssuche. Wir verurteilen, daß die hochtechnisierten Industriegesellschaften mit Hilfe von Wissenschaft und Technik die entsetzlichsten Tötungsinstrumente und Werkzeuge der totalen Vernichtung herstellen."

(Übersetzung: ÖRK-Stab)

keit sehen wir das "Gesetz der Sünde und des Todes" am Werk, aus dessen Knechtschaft uns der Leben schaffende Geist Christi befreit (Röm 8,2). Die Umkehr, zu der wir gerufen sind, muß im Bekenntnis und politischen Handeln, in Zeugnis und Dienst geschehen.

2. Diese Umkehr bedeutet zuerst, daß wir den Aufgaben, die der Entwicklung und Zukunft des Lebens in der Welt dienen, den Vorrang geben.

In dem Maße wie wir einen Großteil unserer Kraft darauf konzentrieren, uns gegen den Tod durch Androhen von Tod zu sichern, machen wir uns selbst unfähig, den auf uns zukommenden Problemen des Lebens zu begegnen. Die Verwirklichung von Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung verbieten uns den Sicherheitsluxus des Wettrüstens. Das wachsende Konfliktpotential in der enger werdenden Welt nötigt uns, Wege und Strukturen *f r i e d l i c h e r* Konfliktlösung zu finden und zu erproben.

Wir müssen umkehren aus dem Irrtum, wir könnten das Leben gewinnen, indem wir unsere Fähigkeit zu töten perfektionieren. Immer noch wollen wir unser Leben sichern durch einen "Bund mit dem Tod" (Jes 28,15,18). Christus aber will sich mit uns für die Zukunft des Lebens verbünden (Joh 14,19).

3. Diese Umkehr schließt die Absage an die Entwicklung, den Besitz und die Anwendung von Waffen mit Massenvernichtungscharakter ein.

Könnte das Abschreckungssystem eine Zeitlang als ein bedingt und vorläufig noch brauchbares Instrument der Friedenssicherung akzeptiert werden, so hat sich jetzt gezeigt, daß es die Dynamik des Wettrüstens hervorgebracht hat und diese wiederum zum Streben nach Erstschlagkapazitäten und zum Konzept eines gewinnbaren Atomkrieges führte. Eine solche Abschreckung schließt die Bereitschaft ein, um der eigenen Sicherheit willen ganze Bevölkerungen zu vernichten, ja alles Leben aufs Spiel zu setzen. Das zeigt, wie sich hier die politische Vernunft in die Verstrickungen der Angst und des Todes verfängt und in letzter Konsequenz sich selbst aufhebt.

Sowohl das Bekenntnis des Glaubens als auch ethische Prüfung der Zwecke und Mittel und politische Prüfung der Funktionen und Wirkungen führen uns zur Absage an Geist und Praxis der Abschreckung. Der auferstandene Christus ermutigt uns zur Umkehr und weist neue Wege zum Leben heraus aus Angst, Ohnmacht und Resignation.

Daher bitten wir die Christen, christlichen Gruppen und Kirchen in den beiden mächtigen Militärblöcken der Welt zu erklären, daß sie an einem Krieg, bei dem Waffen mit Massenvernichtungscharakter eingesetzt werden, nicht mitwirken werden, und zu prüfen, was daraus in ihrer konkreten Situation für ihr gegenwärtiges Handeln folgt.

Wir bitten die Christen, christlichen Gruppen und Kirchen in den Ländern, welche die Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung haben oder erwägen, einer solchen Entwicklung zu widerstehen und sich für einen Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag einzusetzen. Das wird freilich nur Erfolg haben, wenn die Atom-

waffen besitzenden Länder endlich wirksame Abrüstungsschritte vollziehen.

4. Diese Umkehr führt zur Arbeit an der Vertrauensbildung zwischen Völkern und Staaten und an nichtmilitärischen politischen Konfliktregelungen.

Christus bringt das Leben, indem er die zerbrochenen Beziehungen zwischen Gott und Menschen und zwischen den Menschen heilt. Dementsprechend sollten wir Frieden miteinander, nicht Frieden voreinander oder gegeneinander suchen.

Die Konzeption der Selbstverteidigung eines Staates muß daher das Sicherheitsbedürfnis der anderen Seiten mit berücksichtigen. Staaten und Kirchen dienen dem Frieden, wenn sie Strukturen und Beziehungen entwickeln, die ein angstfreies und gleichberechtigtes Zusammenleben der Menschen und Völker fördern.

Wir bitten die Christen, christlichen Gruppen und Kirchen, ihre Brückenfunktion im Spannungsfeld verfeindeter Völker und Staaten wahrzunehmen und sich einzusetzen für

- das friedenspolitische Konzept der "gemeinsamen Sicherheit" (vgl. Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit ("Palme-Bericht"), Hearing über Kernwaffen und Abrüstung in Amsterdam, Moskauer Weltkonferenz für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens);
- einen Stopp aller Kernwaffenversuche;
- wirksame Abrüstungsmaßnahmen auch durch Vorleistungen der eigenen Seite;
- die Schaffung atomwaffenfreier Zonen z.B. in Mitteleuropa und im Indischen Ozean.

5. Diese Umkehr führt in die Arbeit an einem gerechten Frieden. Frieden und Recht schaffende Gerechtigkeit gehören in der Bibel auf ursprüngliche Weise zusammen (Jes 32,17; Ps 85,11-14). Der Friede Gottes deckt daher nicht einen Scheinfrieden der Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung. Gottes Friedensgebot fordert von der Kirche, daß sie sich für die Beseitigung von Unterdrückungsstrukturen einsetzt. Nur eine Kirche, die sich für Abrüstung einsetzt, kann wirksame Kirche für die Armen sein.

Wir bitten die Christen, christlichen Gruppen und Kirchen in den beiden mächtigsten Militärblöcken der Welt,

- darauf hinzuwirken, daß die gemeinsame Sicherheit der Industrieländer nicht zum kollektiven Egoismus führt, sondern die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit im Weltmaßstab schafft;
- daß das Recht der Armen Vorrang bekommt vor der weiteren Kultivierung der Ansprüche der Reichen und die Einsparungen aus der angestrebten Abrüstung wirklich für Entwicklungspolitik eingesetzt werden.

Diese Umkehr führt aus der Lüge zur Wahrheit. Jesus Christus ist zugleich die Wahrheit und das Leben (Joh 14,6), und nur in der Wahrheit hat ein friedliches und menschenwürdiges Zusammenleben Bestand.

Daher bitten wir alle Christen, christlichen Gruppen und Kirchen, sich einzusetzen für

- bessere Information und Aufklärung, gegen Verzerrung und Entstellung wichtiger politischer bzw. militärischer Fakten und Entwicklungen;
- Aufklärung über den Charakter eines modernen Krieges gegen alle Verharmlosung und Verschleierungen;
- die Bildung eines informierten und engagierten Solidaritätsbewußtseins mit den Ausgebeuteten und Armen der Erde und mit der Natur;
- die Erziehung zu einer Überlebensverantwortung, die die andere Seite mit einschließt, und gegen die Aufrichtung und Propagierung von Feindbildern.

6. Der neue Zentrallausschuß möge sich dafür einsetzen, daß
- dem Zusammenhang zwischen den Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Ökologie in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Studien- und Aktionsprogrammen des ÖRK Rechnung getragen wird;
 - die Friedensstudien und Aktivitäten der lokalen Gruppen und Kirchen gefördert und begleitet werden;
 - Kommunikation und Kooperation zwischen denen entsteht, die in verschiedenen Situationen an den Fragen des Friedens arbeiten.

Um der Erfüllung all dieser Aufgaben näher zu kommen, sollte geprüft werden, ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden 2. Weltkrieges vor 50 Jahren für geboten hielt.

- - - - -

Die Forderung nach einem "Friedenskonzil" ist bei der gegenwärtig in Buenos Aires stattfindenden Tagung des Zentrallausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) von den Kirchen in der DDR bekräftigt worden. Wolf Dieter Graewe vom evangelischen Kirchenbund in der DDR hielt jedoch nicht an dem Begriff "Friedenskonzil" fest. Er sei lediglich gewählt worden, um die Verbindlichkeit des Handelns zu unterstreichen. Graewe schlug vor, die für 1989 vom Weltkirchenrat geplante "Weltkonferenz für Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung" zu einem großen Friedenskongreß zu machen, an dem alle christlichen Konfessionen, einschließlich die römisch-katholische, beteiligt sein sollten.

EPD vom 1. August 1985.

?????????

II. Auszug aus Fachgruppe 6
"Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen" der
ÖRK-Vollversammlung in Vancouver 1983

25. Zusammenkommen in einem Bund

- a) Die Kirchen sollten auf allen Ebenen - Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften - zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozeß zu einem Bund zusammenfinden:
- um Christus, das Leben der Welt, als den Herrn über die Götzen unserer Zeit zu bekennen, als den guten Hirten, der seinem Volk und der ganzen Schöpfung "Leben und Leben in seiner ganzen Fülle" bringt;
 - um den dämonischen Mächten des Todes zu widerstehen, die dem Rassismus, dem Sexismus, der Klassenherrschaft, der Unterdrückung der Kasten und dem Militarismus innewohnen;
 - um die Mißstände in der Wirtschaftsordnung, der Wissenschaft und der Technologie zu verurteilen, die den Mächten und Gewalten gegen das Volk dienen.
- b) Wir sollten uns eindeutig zu diesem Bund für Gerechtigkeit und Frieden verpflichten, wie Delegierte aus Mittelamerika und aus den USA dies hier in Vancouver bereits getan haben, um damit ein Zeichen für den Widerstand gegen jede Form der Unterdrückung zu setzen und um auf dem Weg zu Frieden in Gerechtigkeit einen Schritt vorwärts zu kommen.
- c) Wir sollten die häretischen Kräfte verwerfen, die den Nach Christi oder die Bezeichnung "christlich" dazu mißbrauchen, die Mächte des Todes zu rechtfertigen.

...

Wie wird Friede? Wer ruft zum Frieden, daß die Welt es hört, zu hören gezwungen ist?, daß alle Völker darüber froh werden müssen? Der einzelne Christ kann das nicht - er kann wohl, wo alle schweigen, die Stimme erheben und Zeugnis ablegen, aber die Mächte der Welt können wortlos über ihn hinwegschreiten. Die einzelne Kirche kann auch wohl zeugen und leiden - ach, wenn sie es nur täte -, aber auch sie wird erdrückt von der Gewalt des Hasses. Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt.

Dietrich Bonhoeffer, Kirche und Völkerwelt, Fanö 1934

III. Ökumenischer Rat der Kirchen

Zentralausschuß-Tagung Buenos Aires, 28.7. - 8.8.85

a) Vorlage zu "Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung" (Dokument 2.2) - Auszüge

...
Das Bundesschluß-Konzept baut auf Beziehungen auf und unterstreicht den Primat der Beziehungen über die Strukturen. Es ermöglicht neue Einsichten in Gerechtigkeit und Partizipation. Bundesschluß erfordert den Einsatz der Person und die Verfügbarkeit für andere. Viele Fragen bleiben jedoch noch offen. Welche Modelle gibt es für den Bundesschluß und welche Formen kann er annehmen? Welche Erfahrungen haben die Kirchen gemacht? Wie bringen wir zum Ausdruck, was ein Bundesschluß impliziert? Was bedeutet er für die Mitgliedschaft im ÖRK? Diese und andere Fragen müssen noch weiter untersucht werden.

...
Die Konferenz (Weltkonferenz über Gerechtigkeit, Frieden und Ganzheit der Schöpfung, Anm. ThSA) sollte auch als Gelegenheit genutzt werden, den Prozess des Bundesschlusses sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Das Schwergewicht soll vorwiegend auf dem Austausch von Erfahrungen und Beispielen liegen, nicht so sehr auf Studien. Letztere sind Teil des Vorbereitungsprozesses, und der ökumenische Konsens zu Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung sollte eher durch den Prozess als auf der Konferenz erreicht werden. Die Konferenz soll vielmehr Gelegenheit bieten, die Erfahrungen von konkret engagierten Kirchen und Gruppen zusammenzu ragen und miteinander zu verbinden. Deshalb müssen die vorbereitenden Schritte zur Konferenz sorgfältig geplant werden ...

b) Beschluß des Ausschusses der Programmeinheit II (Dokument 2.9) - Auszug

...
Der Ausschuß empfiehlt, folgende Vorschläge zu billigen:

- 1) Konsultationen zum Thema "Bundesschluß und die Bewahrung der Schöpfung"
- 2) Einsetzung einer Beratungsgruppe (Vorzugsweise bis März 1986) durch den Exekutivausschuß
- 3) Weiterarbeit der ÖRK-Fachgruppe unter Mitwirkung aller drei Programmeinheiten
- 4) Einstellung eines/einer hauptamtlichen Mitarbeiter/-in für das Programm (Anfang 1986)
- 5) Weltkonferenz über "Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung"
- 6) Baldige Information der Kirchen über das, was im Vorbereitungsprozess dieser Konferenz von ihnen erwartet wird bzw. wie sie sich an dem Prozess beteiligen können.

...

IV. Erklärung des Reformierten Generalkonvents in der DDR
und des Moderaments des Reformierten Bundes in der BRD
und Berlin-West vom 14. Juni 1985

Der Reformierte Generalkonvent in der DDR und das Moderamen
des Reformierten Bundes in der BRD und Berlin (West) unter-
stützen den Aufruf des Dusseldorfer Kirchentages an die Kir-
chen der Welt, ein Ökumenisches Konzil des Friedens zu beru-
fen. Wir bitten unsere Gemeinden und Kirchenleitungen, die-
se in unseren Kirchen wiederholt geäußerte Anregung aufzuneh-
men, indem sie Initiativen für ein solches Konzil selbst er-
greifen, entschieden unterstützen und für das Zustandekommen
und Gelingen des Konzils beten. Die Zeit drängt.

Wir erhoffen uns, daß das angestrebte Ökumenische Konzil in
Verantwortung vor Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser der
Welt ein eindeutiges Wort zur Friedensverantwortung sagt, das
die Menschheit nicht überhören kann.

Wir bekräftigen als Christen aus beiden deutschen Staaten un-
sere gemeinsame Überzeugung,

- daß die Friedensfrage eine Bekenntnisfrage ist und daß es
in ihr um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums
geht,
- daß angesichts des Hungers und des sozialen Elends in der
Welt Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veran-
schlagt werden müssen als ihr angeblicher Nutzen,
- daß die Androhung gegenseitiger Vernichtung dem Geist Chri-
sti widerspricht und Ausdruck unserer Sünde ist.

Darum sind in der gegenwärtigen Situation der sofortige Stopp
der atomaren Aufrüstung, das Verbot der bewaffneten militäri-
schen Nutzung des Weltraums, der Abbau der bereits statio-
nierten Atomraketen und das unverzüglich Einfrieren und Sen-
ken der Rüstungskosten als erste, jetzt mögliche Schritte ge-
boten und vernünftig.

gez. Horst Greulich
Vorsitzender
des Reformierten
Generalkonvents

gez. Dr. Hans-Joachim Kraus
Moderator
des Reformierten Bundes

V. Synode der Kirchenprovinz Sachsen, Erfurt, 13. bis 16.
Juni 1985

Beschluß zur Gesamthematik der Synodaltagung

Die Synode hat die Aufforderung des Ökumenischen Rates der Kirchen an die Mitgliedskirchen und christlichen Gruppen angenommen, in einen "konziliaren Prozeß (Bund) für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" einzutreten.

Sie hat sich klargemacht, daß die Probleme der Friedensgefährdung, der Ungerechtigkeit (besonders in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen wirtschaftlich starken und abhängigen Nationen) und der ökologischen Verantwortungslosigkeit vielfach miteinander verflochten sind und miteinander das Überleben der Menschheit bedrohen.

Wir haben nur e i n e Zukunft auf dieser Erde. Wir dürfen der schmerzlichen Erkenntnis nicht ausweichen, daß die Fortsetzung unserer bisherigen Art, auf diesem Planeten zu leben, in absehbarer Zeit zum Tode führt. Vor dieser größten Herausforderung der menschlichen Geschichte verstärken sich die Gefühle der Ohnmacht und Angst. Viele versuchen, die Situation zu verharmlosen, andere bleiben gleichgültig. Unser Denken und Handeln richtet sich oft nur auf die eigene Lebensperspektive und verhindert so verantwortliches Verhalten auf Zukunft hin.

Als Christen leben wir aus der Gnade Gottes. Gott gibt noch Zeit. In jedem Tag aber sehen wir einen geschenkten Tag, der uns zu entschiedenem Einsatz herausfordert.

Vom Friedensbund und Friedenswillen Gottes (Schalom) getragen wächst uns Kraft und Orientierung zu, um unsere Zukunftsverantwortung wahrzunehmen. Der Friede zwischen Menschen schließt im Zeichen des Gottesfriedens sowohl die Gerechtigkeit ein, die der Not und Würde des Schwächeren und Bedrohten gerecht wird, als auch den Frieden mit der Natur, der das Leben auf die Vollendung der Schöpfung hin bewahrt.

Unsere Kirche hat im Bedenken des Friedensauftrages einen langen Weg zurückgelegt. Das bisherige Gespräch hat gezeigt, daß sich unsere Kirche zusammen mit anderen Kirchen auf dem Lernweg zu einer KIRCHE DES FRIEDENS befindet. Dabei trifft uns der Ruf zur Umkehr in den Frieden, in die Gerechtigkeit, in die Verantwortung für die Mitgeschöpfe. Umkehr kann keine Rückkehr in die Vergangenheit sein. Sie ist Hinkkehr zu einer Zukunft, die offen ist für erstaunliche Überraschungen und uns Schmerzen nicht erspart.

1. Umkehr zum Frieden

Auf dem Erkenntnisweg, den unsere Kirche und der Bund der Evangelischen Kirchen in der Friedensfrage gegangen sind, ist immer klarer hervorgetreten: die Tendenz, den Frieden im Ost-West-Konflikt durch Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen, Intensivierung von Kontakten auf allen Ebenen, Abbau von

Feindbildern usw. zu stärken und auszubauen und die Tendenz der Friedenssicherung durch Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen verhalten sich gegenläufig zueinander. In unserem Staat wird der Konflikt zwischen beiden durchaus gesehen.

Die Politik der Schadensverhütung und dann der Schadensbegrenzung gegenüber der Raketenstationierung in West-Europa und die friedenspolitischen Vorschläge unseres Staates im Rahmen des Warschauer Vertrages zeigen das ebenso, wie das bekannte Wort, "mehr Waffen bringen nicht mehr Sicherheit".

Andererseits eskaliert die Rüstung auf Grund der Handlungszwänge des Abschreckungssystems. Das auf militärische Parität und strategische Stabilität ausgerichtete Prinzip der "Gleichheit und gleichen Sicherheit" führt in der Gefangenschaft dieser Zwänge ungewollt zu vermehrter Aufrüstung. So erleben wir, daß in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen auf den militärischen Verteidigungsfall hin ausgerichtet, erzogen und gerüstet wird. So zeigt sich, daß die zweite Tendenz die erste faktisch unterläuft.

Vom Frieden Christi bewegt, können wir nur die erste Tendenz bestärken und der anderen Tendenz widerstehen. Damit suchen wir den Weg einer kritischen Solidarität mit den friedenspolitischen Bestrebungen unseres Staates und wollen uns nicht auf den Weg einer destruktiven Opposition drängen lassen. Mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sehen wir einen weiterführenden Weg zum Frieden in der "Sicherheitspartnerschaft".

Der Weg des Friedens wird eine "Suchbewegung" sein, in der viele Fragen offenbleiben, Riskantes gewagt und Ungewohntes zuge-mutet werden muß. Auf diesem Weg brauchen wir die Unermüdlichkeit der kleinen Schritte und den Mut zum Friedensschaffen aus der Kraft der Schwachen.

Vor dem anderen Weg kann die Kirche nur warnen; denn die alles durchdringende Ausrichtung auf den militärischen Verteidigungsfall verhindert heute notwendige Schritte zu Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung und führt herauf, was verhütet werden soll.

Auch ihre Glieder kann die Kirche nur zum gewaltfreien Dienst für den Frieden rufen. Sie kann persönliche Entscheidungen nicht abnehmen. Sie wird aber orientierend zur persönlichen Gewissensentscheidung helfen.

Sie wird diejenigen ihrer Glieder, die den Dienst in bewaffneten Einheiten tun, seelsorgerlich begleiten und den Kontakt mit ihnen halten. Für die ~~Verweigerer des bewaffneten Dienstes~~ wird sie schützend eintreten und das Sachanliegen vertreten und interpretieren. Sie unterstützt die Vorschläge für alternative Dienste etwa im sozialen Bereich.

2. Umkehr zur "Gerechtigkeit"

Unsere Synode hat noch keinen langen Erkenntnisweg hinter sich, auf dem sie die Schritte zu einem gerechteren Verhältnis zwischen armen und reichen Ländern geklärt hat.

Wir versuchen aber, unsere Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt immer besser wahrzunehmen und ihre Erfordernisse zu verstehen.

Seit Jahrzehnten sehen wir, wie diese Länder in den Gremien der UNO um eine gerechtere Weltwirtschaftspolitik ringen, damit sie mit ihren eigenen Produktionen der Bevölkerung ihres Landes bessere Lebenschancen eröffnen können. Wir wissen, daß die DDR sie dabei unterstützt und wollen unsere Regierung darin bestärken.

Es gibt seit Jahren politische und caritative Hilfsprogramme, aktuelle Nothilfe und langfristige Entwicklungshilfe. Dennoch wird die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern wie ein Schere immer größer. Angesichts dieser Lage möchten wir wohl eine mit den Armen solidarische Kirche werden.

Wie die konkrete Gestalt dafür aussehen soll, lernen wir erst nach und nach, im Dialog mit den Vertretern der betroffenen Länder, besonders mit den Anwälten der sozial schwachen Schichten in diesen Ländern. Wir unterstützen ihr Eintreten für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Wir möchten versuchen, unsere Hilfe immer mehr auf langfristige Entwicklungsmaßnahmen hin auszurichten, auch in der Aktion "Brot für die Welt". Wir rufen die Gemeinden auf, diese Aktion noch mehr als bisher zu unterstützen. Wir wünschen uns, daß bei den Katastrophenfällen in der Dritten Welt alle Hilfsmöglichkeiten in unserem Land voll ausgeschöpft werden.

Im Dialog und in der Begegnung lernen wir, daß zur Solidarität mit den Armen ein Wandel unseres eigenen Bewußtsein und unserer Einstellungen gehört. Gäste aus Ländern der Dritten Welt, die bei uns sind, zeigen uns, daß wir noch Vorurteile abbauen müssen, selbst wenn wir nicht Rassismus und Apartheid vertreten und keinen Neokolonialismus wollen.

In der Begegnung mit Vertretern dieser Länder gerät die Selbstverständlichkeit unserer eigenen Wohlstandserwartung ins Wanken und unsere Gedanken fragen in wachsendem Umfang danach, wie die Elendssituation der Menschen in den Armutsländern gewandelt werden könne. Dazu gehört, daß wir nach den Ursachen der gewachsenen Ungerechtigkeit fragen und danach, wo wir in ihnen vorkommen.

Indem wir in unseren Gemeinden das Miteinander Teilen weiterhin lernen, ist dies nicht einfach Verzicht, sondern auch ein Zugewinn des Reichtums, der uns in der Humanität und Lebenskultur der Menschen dieser Länder und dem Glaubenszeugnis ihrer Christen begegne.

Wir ermutigen unseren Staat, die ökonomische Hilfe für die Länder der Dritten Welt zu einer Schwerpunktaufgabe auch seiner Wirtschaftspolitik zu machen. Wir nehmen uns vor, in unserem Land um Verständnis für daraus sich ergebende Konsequenzen zu werben.

3. Umkehr in die Schöpfungsverantwortung
(Vgl. Bericht der Kirchenleitung 1984, Drucksache 11/84)

Noch nie wurde, was in Millionen Jahren geworden ist, so strapaziert und gefährdet wie heute. Eine Minderheit der Menschheit, zu der wir gehören, verbraucht den größten Teil der Rohstoff- und Energievorräte für sich. Dies hat neben der Verschärfung der weltweiten sozialen und politischen Spannungen zu außerordentlichen Belastungen und zunehmenden Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen geführt.

Daraus ergibt sich für uns die Frage, ob wir als Christen vergessen haben, daß auch wir zur Schöpfung gehören und uns die Schöpfung zum sorgfältigen Umgang anvertraut ist. Der Auftrag zur Herrschaft war und ist kein Freibrief für Ausbeutung. Uns ist die Aufgabe gestellt, zu bebauen und zugleich zu bewahren, zu gestalten und zugleich zu erhalten. Ökologische Verantwortung läßt sich leiten von der Ehrfurcht vor dem Leben, vom Bedenken des Zusammenhangs der gesamten Schöpfung und von der Vorsorge für künftige Generationen. Eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nur auf der Grundlage umfassender Umweltpolitik möglich. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, daß gegenwärtige Technik umweltschonender eingesetzt und ökologisch angepaßte Technologien entwickelt und angewandt werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir unser Konsumverhalten einschränken und auf manche gewohnte Bequemlichkeit verzichten müssen. Der dafür nötige Bewußtseinswandel erfordert Information, Einsicht in Zusammenhänge und Einübung ökologisch sinnvoller Verhaltensweisen. Auch auf ökologischem Gebiet werden wir die Möglichkeit zum Handeln nutzen, die uns im privaten Bereich gegeben sind. Staatliche Umweltmaßnahmen werden wir unterstützen und alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit wahrnehmen. Wir sind froh darüber, daß das ökologische Engagement von Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen in Staat und Gesellschaft zunehmend akzeptiert und - bei Ahrung seiner Eigenständigkeit - in die gesamtgesellschaftlichen Bemühungen um den Umweltschutz integriert wird.

VI. Auf dem Ev. Kirchentag in Düsseldorf, Juni 1985, brachte Carl Friedrich v. Weizsäcker den Vorschlag eines "Konzils des Friedens" in der von ca. 15 000 Menschen besuchten Veranstaltung "Schritte zum Konzil des Friedens" ein. Dieser Vorschlag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Anruf

Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen.

Der Friede ist heute Bedingung des Überlebens der Menschheit. Er ist nicht gesichert. Auf einem ökumenischen Konzil, das um des Friedens willen berufen wird, müssen die christlichen Kirchen in gemeinsamer Verantwortung ein Wort sagen, das die Menschheit nicht überhören kann.

Die Zeit drängt. Wir bitten die Kirchenleitungen, alles zu tun, damit das Konzil so rasch wie möglich zusammentritt. Wir bitten die Gemeinden, dem Aufruf zu einem Konzil durch ihre ausdrückliche Unterstützung Kraft zu verleihen.

Begründung:

Ein ökumenisches Konzil des Friedens.

Was kann ein Aufruf zu einem ökumenischen Konzil des Friedens erreichen?

Er kann erreichen, daß das Konzil wirklich stattfindet.

Hierfür müssen einige Bedingungen erfüllt sein. Der Aufruf muß knapp formuliert sein. Er muß die Aufgabe des Konzils nennen, ohne sich in kontroversen Fragen voreilig festzulegen. Er muß den christlichen Gemeinden weltweit zur Sammlung von Unterschriften angeboten werden. Empfänger der Unterschriften könnten die Kirchenleitungen selbst sein.

Was kann ein Konzil erreichen?

Ökumenische Konzilien hat die Kirche in ihrer Geschichte berufen, wenn zentrale Fragen ihres Glaubens und Lebens kontrovers waren und spruchreif wurden. Der Weltfriede ist heute die erste Überlebensaufgabe der Menschheit. Der Friede ist von Anfang an ein Grundthema der Kirche. Der Weltfriede ist daher heute das angemessene Thema eines ökumenischen Konzils.

Der Adressat eines Konzils des Friedens ist nicht bloß die christliche Kirche selbst, sondern die heutige Menschheit. Um diesen Adressaten mit dem nötigen Nachdruck zu erreichen, ist es notwendig, die verpflichtende Form des Konzils zu wählen und den Frieden zu seinem einzigen Thema zu machen: Jede Zerstreuung der Themen schwächt die Anrede ab.

Zur Abgrenzung des Teilnehmerkreises: Es wäre historisch verfrüht, ein Konzil der Weltreligionen anzustreben. Es sollte ein christliches ökumenisches Konzil sein, das sich, durch den Blick auf fast zweitausend Jahre der Geschichte von Konzilien, in Verfahren und Zielen zu präzisieren vermag. Die Aufforderung zum Konzil kommt, wenn sie z.B. auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag geäußert wird, aus dem Kreise der protestantischen Kirchen. Selbstverständlich sollen die katholischen und orthodoxen Kirchen aufgefordert sein, in derjenigen Form an dem Konzil teilzunehmen, die sie mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren können. Sie werden eine solche Form finden, wenn die Forderung nach dem Konzil dringlich aus dem Kirchenvolk kommt. Der Entschluß zum Konzil sollte aber nicht von ihrer Zustimmung abhängig gemacht werden.

Zu den Sachthemen: Es gibt zwei wesentlich verschiedene politische Themenkreise. Es sind

1. die fortdauernden Kriege im Süden,
2. die Drohung des nuklearen Weltkriegs im Norden.

Beide Themenkreise müssen in ihren jeweiligen Sachzusammenhängen besprochen werden. Es wird unmöglich sein, sich auf rein theologische Feststellungen zu beschränken.

Beide Themenkreise sind nicht nur weltpolitisch, sondern gerade auch innerkirchlich hochbrisant. "Konservative" und "radikale" Richtungen haben in ihnen Auffassungen, die einander wechselseitig als nicht nur politisch, sondern auch theologisch unerträglich empfinden. Das Konzil wäre von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verdammt, wenn nicht beide Richtungen in ihm voll vertreten wären. Die Kirche kann zu ihrer politischen Umwelt nur dann mit wirksamer Autorität sprechen, wenn sie ihr durch die Tat beweist, daß die streitenden Flügel zu einer gemeinsamen, formulierbaren Handlungsweise fähig sind. Dies zu versuchen, ist die eigentliche Belastungsprobe des Konzils.

Leichter war es in der Kirchengeschichte auf einem echten, umfassenden Konzil noch nie. Christliche Brüderlichkeit - um das alte Wort zu gebrauchen - heißt nicht bloß den Gesinnungsgenossen, sondern den Gegner zu lieben und in der Kirche anzuerkennen.

Meine persönliche Auffassung zu den Sachfragen soll in der gegenwärtigen Notiz nicht erörtert werden. Ich habe sie anderswo dargelegt und wäre bereit, sie im Blick auf das Konzil nochmals vorzulegen.

Zum Zeitplan: Die Zeit drängt. M.E. sollte man sich nicht mehr als zwei Jahre bis zum faktischen Beginn des Konzils und möglichst nicht mehr als weitere zwei Jahre bis zu seinem Ende Zeit setzen, so daß es spätestens 1990 abgeschlossen wäre. Zwei Jahre bis zum Beginn: Ein halbes Jahr Vorerörterung in den einzelnen Kirchen, ein halbes Jahr Vorerörterung zwischen den Kirchenleitungen, ein Jahr technische Vorbereitung. Zwei weitere Jahre bis zum Abschluß: etwa ein Jahr Sachdebatte und ein Jahr Formulierung eines möglichen Einigungstextes. Allenfalls drei Jahre: ein Jahr Debatte, ein Jahr Lösungsmeditation, ein Jahr Ausformulierung. Länger nicht. Die Zeit drängt.

VII. "Düsseldorfer Erklärung" im 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1985, angenommen von den Teilnehmern des Forums "Schritte zum Konzil des Friedens".

Die eine Kirche Jesu Christi in ihren unterschiedlichen Konfessionen und Lebensformen befindet sich in Verantwortung vor dem Worte Gottes und in Mitverantwortung für den Frieden auf dem Weg eines konziliaren Prozesses.

Dieser gemeinsame Weg soll es uns ermöglichen, zweideutige Aussagen hinter uns zu lassen, zur Übereinstimmung im Akt des Bekennens zu gelangen und miteinander Schritte zur Umkehr zu tun.

Darum erklären wir:

Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen (Apostelgeschichte 5,29).

Den Frieden unseres Volkes und der Völker durch technische und strategische Fortentwicklung nuklearer Rüstung sichern zu wollen, kann nach unserer Erkenntnis heute nicht mehr als eine noch mögliche christliche Handlungsweise anerkannt werden. Mag dies einmal anders geschehen haben, heute führen alle christlichen Traditionen einschließlich der Maßstäbe des "gerechten Krieges" zur eindeutigen Ablehnung einer Abschreckung durch Kriegsführungsfähigkeit mit Massenvernichtungsmitteln, wie sie jetzt angestrebt wird.

Für uns ist die Drohung mit sowie die Herstellung und Aufstellung von Massenvernichtungsmitteln nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren.

Wir erwarten

von den Leitungsorganen unserer Kirchen, von den Synoden, von den Presbyterien und Kirchenvorständen, von den Bischöfen und Präsidien, und nicht zuletzt von den Lehrern der Theologie, daß sie den gemeinsamen Weg zum Frieden ermöglichen, vorbereiten, mitgehen und das Ziel eines gemeinsamen Bekenntnisses in der Frage nach dem Frieden nicht aus dem Auge lassen.

Wir verpflichten uns

Wir wollen Gott mehr gehorchen als den Menschen, Vertrauen wagen und nicht Angst verbreiten, friedliche Formen des Zusammenlebens entwickeln und pflegen, am Finden alternativer Strukturen der Gerechtigkeit und des Friedens mitwirken, Hoffnung leben und uns nicht der Resignation überlassen.

Wir wissen, daß unser NEIN zum Abschreckungsdenken große Risiken einschließt; wir sind bereit, sie zu tragen.

Forumsleitung "Schritte zum Konzil des Frieden"

i.A. gez. Volkmar Deile

VIII. E r k l ä r u n g der Akademie-Tagung in Bad Herrenalb (Baden).

Die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver hat Gemeinden, Synoden, Diözesen und Gruppen eingeladen, in einen gemeinsamen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Der Zentrallausschuß hat beschlossen, diese Lebensfragen zum Gegenstand einer Weltversammlung im Jahr 1989 zu machen. Um den Weg zu dieser Ver-

sammlung mitzugehen, haben sich Mitglieder aus Gemeinden, Gruppen und der Landessynode in Bad Herrenalb zu einem Vorbereitungsforum getroffen. Dabei sind uns folgende Anliegen wichtig geworden:

1. Das Ausmaß der Gefährdung des Friedens, der Mißachtung der Gerechtigkeit und der Zerstörung der Schöpfung ist so groß, daß die universale Kirche aus allen Traditionen verbindlich für alle Christen sprechen müßte. Ein Konzil wäre nötig. Dazu hat auch eine große Versammlung auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf aufgerufen. Wir sehen den "Aufruf zu einem Konzil des Friedens" als eine wichtige Unterstützung der für 1989 geplanten Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.
2. Gerechtigkeit, Frieden und Verantwortung für Gottes Erde sind für uns die drei zentralen, gleichgewichtigen und miteinander verbundenen Bereiche, in denen Christen einen Auftrag von Gott haben.
3. Bereits die Vorbereitung auf die Weltversammlung 1989 ist ein konziliarer Prozeß. Darunter verstehen wir, daß die Christen aller Richtungen auf der Grundlage der Bibel und unserer Bekenntnisse, sowie in dem gemeinsamen Bemühen um das Verständnis der gegenwärtigen Situation gegenseitig und verbindlich Rechenschaft geben. Dabei wird das Ausmaß der Probleme mehrere Phasen der konziliaren Versammlung notwendig machen.
4. Wir bitten alle, besonders die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zusammengeschlossenen Christen in Gemeinden, Gruppen, Einrichtungen und Entscheidungsgremien, ihre Fragen und schon gewonnenen Erkenntnisse durchaus unterschiedlicher und gegensätzlicher Art in diesen Prozeß einzubringen. Dieser gemeinsame Weg soll es uns ermöglichen, mehrdeutige Aussagen hinter uns zu lassen, zur Übereinstimmung im Bekennen zu gelangen und miteinander Schritte zur Umkehr zu tun. Als einen Beitrag dazu begrüßen wir die "Düsseldorfer Erklärung", die auf dem Kirchentag von derselben Versammlung verabschiedet wurde, wie der in Punkt 1 genannte Aufruf. Sie nimmt die Erklärung aus Vancouver zu Frieden und Gerechtigkeit auf und stellt u.a. fest: "Den Frieden unseres Volkes und der Völker durch technische und strategische Fortentwicklung nuklearer Rüstung sichern zu wollen, kann nach unserer Erkenntnis nicht mehr als eine noch möglich christliche Handlungsweise anerkannt werden ... Für uns ist die Drohung mit sowie die Herstellung und Aufstellung von Massenvernichtungsmitteln nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren."
5. Die ganze Kirche ist auf den Weg dieses konziliaren Lernprozesses gerufen. Dazu ist es nötig, daß sich Gemeinden, Synoden, Diözesen, Kirchenleitungen und Initiativgruppen auf ein verbindliches und gemeinsames Lernen einlassen.

Wir bitten um Gottes Geist für diesen gemeinsamen Weg zur Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Bad Herrenalb, am 23. Juni 1985

(Verabschiedet von den
ca. 120 Teilnehmern
der Akademie-Tagung)

IX. Margot KäBmann

Sechs Anfragen an den Konzilsvorschlag auf dem Düsseldorfer Kirchentag:

1. Warum wurde auf dem Kirchentagspodium kein Bezug zum DDR-Vorschlag von 1983 und dem Prozeß seit Vancouver im ÖRK hergestellt?
2. Ist das nochmalige Einbringen des Konzilsbegriffs wirklich so glücklich? Nach Beobachtung des Verlaufs der Diskussion im Zentralausschuß wird das für römisch-katholische und orthodoxe Christen ein Problem darstellen.
3. Warum fehlt im Aufruf der Begriff der Gerechtigkeit? Dieses Fehlen impliziert, daß etwas anderes gemeint ist als die Weltversammlung 1989, weil im ÖRK seit Vancouver dieser Begriff nicht mehr fehlen kann. Die "Dritte Welt" kommt im Aufruf nicht vor.
4. Ist derselbe konziliare Prozeß gemeint, wenn der Aufruf davon spricht, Kirchenleitungen sollen das Konzil konstituieren und die Gemeinden sollen es unterstützen? Die Versammlung des ÖRK soll einen gemeinsamen Prozeß der Kirche, die aus Institutionen und Gruppen besteht, zur Voraussetzung haben.
5. Kann es wirklich sinnvoll sein, von einem Konzil in vier Jahren zu sprechen, wohl wissend, daß dieser Zeitraum nicht realistisch ist? Ich fürchte, hier wird es Enttäuschungen geben.
6. Sollte es - gerade angesichts des konziliaren Prozesses, den wir anstreben - nicht ein Kollektiv von Kirchen sein, daß zu einem Konzil aufruft anstelle von Einzelpersonen aus dem Bereich der EKD?

Mir bleibt die Gefahr bedrängend, daß es zu einer Zersplitterung kommt: in die Vorbereitung eines protestantischen Konzils der Kirchen in der sog. "Ersten Welt" und den Prozeß auf eine Versammlung von Kirchen und Gruppen aus aller Welt zu Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Das bereitet mir Sorge, denn diese Zersplitterung würde sowohl uns als auch die Sache, um die es geht, schwächen.

Margot KäBmann

Bad Herrenalb, den 23.6.1985

(Margot KäBmann ist Vikarin der Ev. Kirche in Kurhessen-Waldeck und Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen.)



Informationsdienst
der ökumenischen Arbeitsstelle
Dresden

DDR 8051 Dresden, Am Hochwald 2
Tel. 37073 und 36308 Dresden.
Konto: PS Dresden 7299-55-23500 Ökumenische Arbeitsstelle

Nr. 8/1985

Zu diesem Heft

Das Gespräch über die Limaerklärungen und andere Dialog-
ergebnisse geht weiter in Gemeindeseminaren, Pfarrerkreisen,
Synoden, in Rom und Genf.

In der letzten Zeit gab es jedoch eine ganze Reihe von
Äußerungen, die die interkonfessionellen Dialoge für über-
flüssig oder zwecklos halten. Von ihnen will ich im folgenden
berichten.

Außerdem kann ich informieren über die Gebetswoche für die
Einheit der Christen 1986.

Michael Ulrich

- Nur für innerkirchlichen Dienstgebrauch -

Gebetswoche für die Einheit der Christen 1986

Sie steht im kommenden Jahr unter dem Leitwort Apg 1,8: "Ihr werdet meine Zeugen sein."

Der Entwurf des Gottesdienstes stammt von einer Gruppe katholischer, evangelischer, orthodoxer und pfingstkirchlicher Christen aus Slovenien, einer der sechs Republiken der SFR Jugoslawiens.

Die Perikopen des Gottesdienstes sind:

Lk 24,36 - 49 und Apg 2,42 - 47.

Die Gesänge stammen von Taizé, von Vancouver, aus dem Gotteslob und dem Evangelischen Kirchengesangbuch.

Die acht Tage stehen unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Jesus Christus, der glaubwürdige Zeuge Gottes.
2. Durch die Taufe werden wir befreit, Zeuge Jesu Christi zu sein:
3. Zeugen des Glaubens inmitten von Unglauben;
4. Zeugen der Hoffnung, die nicht scheitern läßt;
5. Zeugen der Liebe, die den Haß überwindet;
6. Zeugen für die Würde des Menschen;
7. Zeugen für Gerechtigkeit und Frieden angesichts von Unterdrückung und Gewalt.
8. Das Mahl des Herrn fordert die Einheit der Zeugen heraus.

Es wird vorgeschlagen, die Teilnehmer des Gottesdienstes im Anschluß an ihn zu einem Gespräch einzuladen über ökumenische Ereignisse und Vorhaben in der weiten Welt und am Ort.

Wie stehen die Chancen für die Ökumene?

Informationschaos

1. Wir ertrinken in einer Flut unzusammenhängender Meldungen aus der weiten Welt. Die Massenmedien überschütten uns damit: Presse, Funk und Fernsehen. Ein Haufen bunter Puzzlesteine liegt zu unseren Füßen, teils rosarot, teils schwarz. Es gelingt uns nicht, sie zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen. Soll man sie statistisch auswerten, um sich ein Urteil zu bilden? Braucht man einen bestimmten

Standpunkt, damit die Perspektive richtig ist? Mit welchem Recht will man einen Standpunkt bevorzugen? Wer sagt, daß es die rechte Perspektive ist? Gibt es nicht eine Vielzahl von Subjekten, jedes mit einer berechtigten eigenen Sicht?

2. Trotzdem sollte man zuweilen auf den Ausguck des Schiffsmastes klettern, um einen Überblick zu gewinnen über den eilig dahinfließenden Strom von Neuigkeiten. Wenn man das tut, fällt auf, daß uns gegenwärtig historische Gedenktage sehr beschäftigen. Wir fragen: Was haben wir aus unserem Erbe gemacht, aus den hoffnungsvollen Aufbrüchen und aus unseren Hypothesen? Nach der Götzendämmerung des technischen Fortschrittsglaubens sind wir im weltlichen Bereich mit allzu kühnen Prognosen vorsichtig geworden.

Wie steht es mit Aussagen über die Zukunft der Kirche und der Ökumene? Zwanzig Jahre nach Beendigung des II. Vatikanischen Konzils dürfte es angebracht sein zu fragen: Was haben wir Katholiken aus dem Dekret über den Ökumenismus gemacht?

Rückblick über den Weg

3. Ein weitverzweigtes Geflecht bilateraler und multilateraler Gespräche ist in Gang gekommen. Viele kleine und kleinste Schritte werden getan. Es wurden erstaunliche Übereinstimmungen festgestellt. Aber auch noch bestehende Unterschiede werden benannt. Wegrichtungen, die weiterzusammenführen, zeichnen sich ab.

Es erweist sich, daß Hoffnung keine Seifenblase ist, sondern "das konkrete Tun des nächsten Schrittes". Nach dem Schwung des Aufbruchs werden uns jetzt die "Mühen der Ebene" nicht erspart.

Beurteilung der augenblicklichen Lage

4. Harding Meyer vom Institut für ökumenische Forschung in Straßbourg sagt: "Die Theologen haben Konsense und Konvergenzen festgestellt, die Kirchenleitungen aber scheuen noch die Konsequenzen". Auch der Präsident des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Willebrands, äußerte, man könne die Dialoge der Theologen nicht auf unbegrenzte Zeit fortsetzen. Es müsse etwas Neues hinzukommen.

Der Schlußbericht des 1. Anglikanisch/Römisch-Katholischen Dialoges stellt fest: "Wir meinen, daß einige Schwierigkeiten wohl nie gänzlich gelöst werden, bevor eine praktische Initiative ergriffen worden ist und unsere beiden Kirchen in größerer Sichtbarkeit innerhalb der einen 'koinonia' zusammenleben.... Es bestehen hohe Erwartungen, daß bedeutsame Initiativen kühn ergriffen werden, um unsere Versöhnung zu vertiefen und uns weiterzuführen in der Suche nach der vollen Gemeinschaft, zu der wir von Anfang unseres Dialoges an im Gehorsam gegen Gott verpflichtet sind" (ARCIC, I).

Der Papst beteuert die Dringlichkeit und Priorität der ökumenischen Aufgabe mit beschwörenden Worten. Er weist aber auf noch bestehende kirchentrennende Unterschiede im Glaubensverständnis hin. Auch der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, warnt vor Ungeduld und befürwortet die Verlängerung der Dialoge.

Eine zweite, neugebildete Kommission wird den Dialog mit den Anglikanern auf römischen Wunsch hin fortsetzen (ARCIC, II).

Der Vorstoß von Karl Rahner und Heinrich Fries

5. In dieser Situation erschien 1983 das Bändchen der beiden deutschsprachigen katholischen Theologen, das als 100. Beitrag in den "Quaestiones disputatae" erschien mit dem vielsagenden Titel: "Einigung der Kirchen - reale Möglichkeit."

In ihm wird grundsätzlich die Frage gestellt: Wie weit müssen Kirchen, um Glaubensgemeinschaft verantworten zu können, ausdrückliche oder einschlußweise Zustimmung zu ihren Glaubenslehren verlangen?

Welcher Pluralismus kann als legitim verantwortet werden, welche Unterschiede sind als kirchentrennend anzusehen? Diese Fragen stehen unausgesprochen im Hintergrund vieler Diskussionen um Einzelprobleme.

Die beiden Autoren versuchen in These I und II des genannten Buches Antwort auf diese Fragen zu geben:

"I. Die Grundwahrheiten des Christentums, wie sie in der Heiligen Schrift, im Apostolischen Glaubensbekenntnis und in dem von Nicäa

und Konstantinopel ausgesagt werden, sind für alle Teilkirchen der künftig einen Kirche verpflichtend.

II. Darüber hinaus gelte ein realistisches Glaubensprinzip: in keiner Teilkirche darf dezidiert und bekenntnismäßig ein Satz verworfen werden, der in einer anderen Teilkirche ein verpflichtendes Dogma ist ... Bei diesem Prinzip würde nur das getan, was jede Kirche heute schon ihren eigenen Angehörigen gegenüber praktiziert" (17).

6. Die große Resonanz des Buches weist darauf hin, daß eine breite Leserschaft verstanden hat: Hier geht es um den Nerv der Sache, um den weiteren Weg der ökumenischen Christenheit. Die unterschiedlichen Reaktionen vermitteln nicht nur verschiedene Urteile über das Buch, sondern geben auch einen Einblick in seinen unterschiedlichen Leserkreis: Wie in einem Prisma wird das bunte, weit gefächerte Spektrum heutiger kirchlicher Selbstverständnisse sichtbar und daraus folgend zeigen sich unterschiedliche Aufgaben für die Ökumene.

Zustimmungen

7. Viele Christen begrüßen die von Rahner und Fries gemachten Aussagen, weil sie von der Überzeugung geprägt sind: Wir haben nur noch wenig Zeit zur Verfügung. "Warum wir nicht warten können" hatte Martin Luther King sein Buch über die Menschenrechtsbewegung der Neger in den USA genannt. "Die ökumenische Aufgabe duldet keinen Aufschub. Die Gunst der Stunde, vom Herrn der Zeiten geschenkt, darf nicht versäumt werden", so war die Überzeugung der gemeinsamen Synode der Bistümer der BRD. "Morgen wird Einheit sein", so lautet der prophetische Titel eines Buches "über das kommende Konzil aller Christen" des in der Charismatischen Gemeindeerneuerung engagierten Paderborner Dogmatikers Heribert Mühlen, das 1974 erschien. Deshalb applaudiert Manfred Plate im "Christ in der Gegenwart": "Zum ersten Mal seit vielen Jahren kommt aus der Theologenkirche wieder ein guter Duft, der Mut macht in der Sache Christi" (26. 7. 1983).

Auch der evangelische Systematiker Eberhard Jüngel bekennt:
"Nach der Lektüre dieser Schrift wage ich zu behaupten, daß alle Feiern zur 500. Wiederkehr des Geburtstags Luthers ihren Sinn verfehlt hätten, wenn Theologie und Kirche sich der Provokation nicht stellen würden, mit der diese beiden katholischen Ökumeniker auf den skandalösen Tatbestand reagieren, daß ein halbes Jahrtausend nach der Reformation evangelische und katholische Christen noch immer in getrennten Kirchen leben, daß also die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche noch immer nicht sichtbar ist" (Süddeutsche Zeitung 1./2. 10. 1983).

Ablehnungen

8. Es gibt auch negative Stellungnahmen. Am meisten Beachtung fand, nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der hervorgehobenen Stelle, an der sie veröffentlicht wurde, eine Besprechung des französischen Dominikaners Daniel Ols unter dem Titel "Ökumenische Verkürzungen". Sie erschien als Leitartikel der italienischen Ausgabe des Osservatore Romano am 25./26. 2. 85. Ols behauptet, im Rahner - Fries - Buch würde die Wahrheitsfrage beiseite geschoben. Im übrigen gelte aber: Nur wenn alle katholischen Dogmen im ganzen und einzelnen anerkannt würden, sei an eine Kirchengemeinschaft zu denken.
9. Ebenso ablehnend äußerte sich auch eine evangelische Stimme. Eilert Herms, systematischer Theologe in München, behauptet, der "Rahnerplan" wolle die evangelischen Christen in die "römische Kirche" vereinnahmen, zum alten Ziel der Gegenreformation der Rückkehr zur unveränderten, d. h. unbekehrten katholischen Kirche des Mittelalters. Auch lehnt er die bi- und multilateralen Dialoge ab. Sie würden die tatsächlichen Unterschiede der Kirchen verschleiern. Auch sei eine Einheit im Glauben nicht nötig zu einer Gemeinschaft der Kirchen ("Einheit der Christen in der Gemeinschaft der Kirchen", 1984).

Der Beginn eines Gesprächs

10. Die beiden zuletzt genannten emphatischen Ablehnungen eignen sich nicht zu einem Gespräch. Obwohl sie auf entgegengesetzten Positionen stehen, gleichen sie sich doch darin, daß sie an die andere Seite unerfüllbare Maximalforderungen stellen. Sie lehnen den bisherigen Weg der Ökumene ab, ebenso den Vorschlag von Rahner und Fries. Ihrerseits haben sie den Konfessionen jedoch keinen aussichtsreichen Weg in eine gemeinsame Zukunft anzubieten: So wenig man den Orthodoxen und den Evangelischen zumuten darf, alle katholischen Dogmen zu übernehmen, so wenig darf man erwarten, daß die Orthodoxen und die Katholiken den exzessiv individualistischen Hermasschen Offenbarungsbegriff übernehmen, um einer Kirchengemeinschaft zuzustimmen "ohne Einheit im Glauben". Beide Theologen gleichen sich auch in dem Punkte, daß sie im Kreis der Kollegen ihrer Konfession eine extrem unökumenische Position einnehmen.

11. Man hat sich Gedanken gemacht, warum Pater Ols als junger, etwa 30jähriger, Theologe seine Meinung an so hervorgehobener Stelle äußern durfte. Man sollte sich zu keinen Vermutungen und Spekulationen hinreißen lassen. Ols selber äußerte jedoch, er sei zu dieser Rezension "durch die Hierarchie" aufgefordert worden. Warum wohl? Mir scheint, es sollte deutlich gemacht werden, daß es innerkatholisch auch ganz andere Einstellungen als die von Rahner und Fries gibt. Man wollte das Gespräch nicht beenden, sondern eröffnen, denn die Glaubenskongregation hat das umstrittene Buch nicht verurteilt. Auch hat der Präfekt der Glaubenskongregation nicht selber im Osservatore Stellung bezogen, sondern "eine" Gegenstimme sollte sich äußern. Das wurde dann freilich so einseitig, daß man den Eindruck gewinnt, Ols habe das II. Vatikanische Konzil noch nicht zur Kenntnis genommen. Die Wortmeldung Ratzingers dagegen kam so inoffiziell wie möglich, in Form eines sehr locker gehaltenen Interviews mit dem Reporter einer Zeitschrift. Sie zeugte zwar von großen Emotionen des Präfekten, gebrauchte aber keine theologischen Qualifikationen. Charakteristisch scheint mir der Satz zu sein: "Für mich ist der Gedanke, man könne durch ein 'wirklich allgemeines

(ökumenisches) Konzil' diese Einheit herstellen, eine hybride Idee: Das wäre babylonischer Turmbau, der mit umso größerer Verwirrung enden müßte. Die volle Einheit der Christen wird es in dieser Zeit schwerlich geben" (Internationale katholische Zeitschrift 'Communio' 12/1983/H 6; ebenfalls Informationsdienst des konfessionskundlichen Arbeits- und Forschungswerks 19 (1984) 1,16;; 1500 Potsdam, Gutenbergstr. 71). Diese und andere ausdrücklich auf das Rahner - Fries - Buch bezogenen Sätze dürften von der Sorge des Präfekten der Glaubenskongregation getragen sein, zu optimistisch geäußerte "Naherwartung" der Vereinigung der Kirchen könnte provozieren, was manche wohlwollend "konstruktiven Ungehorsam" oder "vorausseilenden Gehorsam" nennen. Der Kurienkardinal möchte nicht, daß Erwartungen geweckt werden, die sich dann als unerfülltbar erweisen.

Was tun? Vielleicht sollten wir tatsächlich in Fragen der Ökumene mit der eschatologischen Ungeduld zugleich eine christliche Gelassenheit verbinden, die die tatsächlichen Abfahrtszeiten des ökumenischen Zuges getrost Gott überläßt.

12. Der vom naturwissenschaftlichen Denken geprägte Theologe Teilhard de Chardin äußerte angesichts von Katastrophenangst und angeheizter apokalyptischer Naherwartung: Wenn die Menschheit wegen vieler vergeblicher Versuche Jahrhunderttausende oder Jahrmillionen gebraucht hat, um den heutigen Zustand zu erreichen, warum soll sie nicht nach dem Willen Gottes ebenso große Zeiträume noch vor sich haben? Sollte man nicht auch unserer ökumenisch engagierten Christenheit etwas von diesem großen Atem Teilhards wünschen?

13. Gibt es inhaltliche Hinweise auf eine Gesprächsbereitschaft der Glaubenskongregation über die im Buch von Rahner und Fries niedergelegten Gedanken? Joseph Ratzinger hat bereits als Kardinal und Erzbischof von München eine Aussage gemacht, die er als Präfekt der Glaubenskongregation wiederholte: "Rom muß vom Osten nicht mehr an Primatslehre fordern, als auch im ersten Jahrtausend formuliert und gelebt wurde.... Die Einigung könnte hier auf der Basis geschehen, daß einerseits der Osten darauf verzichtet, die westliche Entwicklung des zweiten Jahrtausends als häretisch zu bekämpfen und die katholische Kirche in der Gestalt

als rechtmäßig und rechtgläubig akzeptiert, die sie in dieser ihrer eigenen Entwicklung gefunden hat, während umgekehrt der Westen die Kirche des Ostens in der Gestalt, die sie sich bewahrt hat, als rechtgläubig und rechtmäßig anerkennt" (Theologische Prinzipienlehre, 1982, 209). Ist das nicht genau der Gedanke, von dem Rahner und Fries in ihrem Buche ausgehen?

14. Auf den ersten Blick scheint es zwar keine größeren Gegensätze zu geben als die Aussage von Rahner - Fries: Wir halten in absehbarer Zeit eine Glaubens- und Kircheneinheit für möglich (17) und die Feststellung von Kardinal Ratzinger: "Die volle Einheit der Christen wird es in dieser Zeit schwerlich geben." Dennoch sollte man den Gegensatz beider Äußerungen nicht überbewerten. Beide beteuern - wie übrigens auch der Papst, aber nicht alle evangelischen und katholischen Theologen - die große Priorität der ökumenischen Aufgabe. Man sollte das beiden Seiten abnehmen und keinem Unehrlichkeit unterstellen. In den zeitlichen Prognosen unterscheiden sie sich jedoch beträchtlich. Ihre Aussagen klingen sehr bestimmt. Beide werden aber zugeben, daß sie mit vielen Unsicherheiten behaftet sind. Rahner und Fries äußern sich optimistisch zu der objektiv gegebenen Möglichkeit, pessimistisch dagegen, "ob die Amtsträger all dieser Kirchen in näherer Zukunft eine Einheit zustandebringen" (19). Auch der Präfekt der Glaubenskongregation hält die Kircheneinheit nicht für "unmöglich", wie sollte er auch, "denn bei Gott ist kein Ding unmöglich" (Lk 1,37), er sagt deshalb nur vorsichtig: "wird es in dieser Zeit schwerlich geben".

15. Der Vorschlag von Rahner und Fries ist kühn, aber auch korrekturbereit, optimistisch und pessimistisch in einem. Die Theologen ^{wagen} von einem neuen Ansatz aus zu denken, sie stellen eine "Quaestio disputata". Warum sollte man Theologen nicht diese Freiheit zubilligen? Umsomehr muß das aber auch für den Leiter der Glaubenskongregation gelten. Warum soll nicht auch er, ebenfalls gewagt und vielleicht etwas überspitzt, einen in letzter

Zeit unüblich gewordenen Gedanken wieder ins Gespräch bringen: "Die volle Einheit der Christen wird es in dieser Zeit schwerlich geben."? Nur sollte diese Äußerung nicht als Entschuldigung herhalten für mangelnden ökumenischen Einsatz und innerkirchliche Ängstlichkeit und Blickverengung.

16. Wenn man Ernst macht mit der Aussage, "daß das Werk der Glaubens- und Kircheneinheit, daß das Ziel von Konzil- und Altargemeinschaft die Gabe Gottes, seines Christus und seines Geistes ist" (Rahner-Fries 156), dann kann man auch das Jesuswort über die Parusie auf die Einheit der Kirchen abwandeln: "Den Tag und die Stunde weiß niemand außer Gott allein" (Mk 13,32).

Weiterführende Gedanken

17. Es ist vorgeschlagen worden, die Rahnersche "Urteilsenthaltung" zu verdeutlichen durch "Verurteilungsenthaltung". Harding Meyer gibt zu bedenken: auf eine Enthaltung kann man keinen gemeinsamen Glauben gründen. Er bevorzugt deshalb den von Fries verwendeten Ausdruck: anerkennen, daß die Praxis einer anderen Konfession nicht evangeliumswidrig ist und deshalb nicht abgelehnt zu werden braucht. (Theologische Literaturzeitung 109 (1984) 312-314). Auch Heinz Schütte meint, die Nichtverwerfung genügt nicht zur Begründung einer Glaubenseinheit. Die offiziellen Dialoge der Kirchen zielten eine radikalere Glaubenseinheit an: Den Aufweis, daß eine Lehre und Praxis nicht im Widerspruch zum gemeinsamen Glauben der alten ungeteilten Kirche steht und als dessen mögliche Entfaltung aufgezeigt werden kann (Christ in der Gegenwart 3 (1984)).

18. Außerdem könnte man noch anfügen: K. Rahner sagt: "Man darf von der ev. Kirche nicht mehr an Glaubenszustimmung verlangen, als man innerhalb der katholischen Kirche fordert". Es leuchtet ein, daß man von einem evangelischen Laien nicht mehr als von einem katholischen Laien verlangen soll. Ebenso von einem evangelischen Theologen nicht mehr als von seinem katholischen Theologen. Gilt aber auch in einer vereinigten Kirche, daß ein evangelischer Pfarrer oder Theologieprofessor nicht mehr an Glaubenszustimmung zu katholischen

Glaubenslehren aufbringen sollte als ein katholischer Laie? Wer von Berufs wegen reflex von seinem Glauben Rechenschaft gibt, muß darauf achten, daß die von Rahner empfohlene Glaubensenthaltung nicht aus der "bona fides" eine "ignorantia affectata" macht.

Grunddissens oder Grundkonsens?

19. Noch von einer anderen Seite wird auf Schwierigkeiten hingewiesen. Die Ökumenische Bewegung hat sich auf einen Weg der kleinen Schritte eingestellt. Nacheinander soll eine Frage nach der anderen behandelt werden. Die Devise lautet nicht: "alles oder nichts", sondern: "eins nach dem anderen". Diese Methode hat den Vorteil, daß sie für Entwicklungen Zeit läßt, aber sie birgt Gefahren: daß man vor Bäumen den Wald nicht mehr sieht, daß der ursprüngliche Blick für das Ganze aus dem Auge kommt, und daß man sich in Einzelheiten verliert. Auch hat sie den zweiten Nachteil, daß sie zu der Vorstellung verleitet, man könne die Probleme getrennt voneinander bearbeiten und eins nach dem anderen als erledigt "abhaken". In Wirklichkeit hängt aber doch alles mit allem zusammen. Die zunächst diskutierte Frage kann erst dann als voll gelöst gelten, wenn auch die letzte geklärt ist. Es ist wie beim Aufziehen eines Reifens auf eine Felge, das Schwerste kommt zuletzt. Aus diesem Grunde hat man zuweilen den bisherigen zwischenkirchlichen Dialogen den Vorwurf gemacht, sie hätten die schwerste Frage, die nach dem Papsttum, bis zuletzt hinausgeschoben. Damit würden aber alle vorherigen Ergebnisse in der Luft hängen, denn wenn die letzte Frage nicht lösbar sei, dann wären auch die vorherigen Ergebnisse nur Scheinlösungen.

20. Wer so argumentiert, übersieht, daß das Ökumenismusdekret von einer "Rangordnung oder 'Hierarchie' der Wahrheiten" spricht "je nach der verschiedenen Art ihres Zusammenhangs mit dem Fundament des christlichen Glaubens" (11).

Deshalb ist es berechtigt, den Dialog nicht mit den schwierigsten, sondern mit den zentralen Fragen zu beginnen. Das haben auch

die Gespräche getan, die zu den Limaerklärungen führten. Sie haben die Reihenfolge: Taufe, Eucharistie und Amt gewählt. Über den Petrusdienst in der Kirche handelten sie nicht. Auch die lutherisch-katholischen Dialoge sprechen zuerst über "das Evangelium und die Kirche", dann über "das Herrenmahl", schließlich über "das geistliche Amt in der Kirche". Auch diese Dialoge behandelten noch nicht ausführlich das Papsttum. Man wird ihnen jedoch nicht den Vorwurf machen dürfen, sie hätten durch ihr Vorgehen falsche Hoffnungen geweckt, denn in den entscheidenden Grundwahrheiten haben sie eine Übereinstimmung gebracht.

21. Nachdem nun aber in den Einzelfragen sich so viele Konsense und Konvergenzen gezeigt haben, taucht wieder häufig die alte Frage auf: steht zwischen den Kirchen hinter den Unterschieden in Einzelfragen etwa eine unlösbare evangelisch-katholische Grunddifferenz, die bestehen bleibt, auch wenn man in den Details Einigungen erreicht hat? Eilert Herms ist ein temperamentvoller Vertreter dieser Auffassung, aber mehr oder weniger pointiert reden auch andere evangelische und katholische Autoren ähnlich. Wie ist diese Frage zu beurteilen? Es gibt und wird auch in Zukunft geben eine katholische und eine evangelische Glaubensgestalt, die alles kirchliche Tun und Reden prägt. Diese Gestalten sind aber untereinander kommunikationsfähig und müssen nicht kirchentrennend sein (Vgl. "Die konfessionellen Glaubensformen" in: "Was ist evangelisch, was ist katholisch?" H.J. Urban und W. Wieland, 1984).

22. Ferner ist zu beachten:

Die Vorstellung, daß eine wesentliche Grunddifferenz bleibt, auch wenn Einigung in den einzelnen Erscheinungsformen kirchlichen Lebens erreicht ist, erweist sich bei näherem Zusehen als unvollziehbar. Wo soll sich das Wesen einer Konfession zeigen, wenn nicht in der Summe seiner Erscheinungen? Es gibt keine Wesensschau an den Erscheinungen vorbei. Historisch stammt übrigens der Gedanke der Grunddifferenz aus der Zeit der Romantik, die eine organismische Konfessionsvorstellung hatte, die davon ausging, daß jede

Konfession einen eigenen individuellen Organismus bildet. (Vgl. J. Brosseder, Ökumenische Theologie 1966). Hinter den Warnungen vor der Annahme einer Grunddifferenz dürfte die Angst vor den Konsequenzen der Dialogergebnisse stehen. In dieser Lage ist es gut, sich der Worte der Bischöfe der Bundesrepublik zu erinnern: "Freuen wir uns, daß wir nicht nur einen Teilkonsens in einigen Wahrheiten entdecken können, sondern eine Übereinstimmung in zentralen Glaubenswahrheiten. Das läßt uns die Einheit auch in den Bereichen unseres Glaubens und Lebens erhoffen, in denen wir bis zur Stunde noch getrennt sind." (20. 1. 1980)
Papst Johannes Paul II. sagte: Der Dialog mit den Lutheranern "hat uns neu entdecken lassen, wie breit und fest die gemeinsamen Fundamente unseres christlichen Glaubens gegründet sind" (25.5.80). Und für die Orthodoxen rechnet der Papst mit einer Einigung bis zum Jahre 2000 (Th Jb 1984, 432).

23. Worauf es in Zukunft ankäme

Rahner und Fries sind in Bezug auf die objektiv gegebene Möglichkeit einer baldigen Kircheneinheit optimistisch, aber "pessimistisch hinsichtlich der Frage, ob die Amtsträger all dieser Kirchen in näherer Zukunft eine Einheit zustande bringen" (19). Das klingt so, als ob man sich die Arbeitsteilung zwischen Theologen und Amtsträgern im Sinne Platons so vorzustellen habe, daß die Theologen die Theorie liefern und die Amtsträger sie nur auszuführen hätten. In Wirklichkeit dürften aber die wichtigsten Dinge des kirchlichen Lebens, wie z.B. eine Kircheneinigung, mit den Kategorien von Möglichkeit und Wirklichkeit, beziehungsweise von Theorie und Praxis nur sehr unzureichend zu beschreiben sein. Kircheneinigung setzt das Zusammenwirken verschiedener Charismen und Dienste voraus, sie ist verantwortete Entscheidung, Tat des Glaubens, die das ganze Volk Gottes vollziehen muß. Sie ist von der Kirchenleitung in Glaubensgehorsam mit Blick auf alle Kreise der Kirche vertrauend zu wagen. Die Theologen haben einen wichtigen Dienst bei der Vorbereitung dieser Entscheidung und bei der Nachbereitung. Sie haben aus ihrer Sicht ein Urteil zu fällen, das aber einen Ermessungsspielraum läßt. Die Kirchenleitungen sollten sich auf die Zuarbeiten der Theologen stützen und mit ihnen im Gespräch sein.

Sie müssen aber ein eigenes Urteil fällen, das von dem der Theologen abweichen kann. Sie werden sicherlich nicht nur innerkirchliche Gesichtspunkte berücksichtigen, sondern z.B. auch das Verhältnis Kirche - Staat. Sie schöpfen aus demselben Evangelium und haben dieselbe Christenheit und Menschheit im Blick, aber aus einer anderen Perspektive, denn sie haben eine andere Aufgabe und teilweise andere Gesprächspartner. Die Kirchenleitungen sollten die Aussage des Apostels beherzigen: "Löscht den Geist nicht aus!" (1 Thess 5,19). Und Theologen und Kirchenleitungen sollten gemeinsam dem Wirken des Geistes etwas zutrauen.

Wie stehen die Chancen für die Ökumene?

24. Wenn ich wie ein unparteilicher Schiedsrichter abseits stehen wollte, könnte ich versuchen, mir ein "objektives" Urteil zu bilden. Neben Gründen zu Optimismus ließe sich auch viel pessimistisch Stimmendes aufzählen. Es wäre nicht auszumachen, welcher Seite man das Übergewicht geben sollte. Nun brauchen wir aber unsere ökumenischen Hoffnungen nicht mit empirischen Analysen der kirchlichen Lage zu begründen. Das Fundament unserer ökumenischen Hoffnung ist das Gebet Jesu für die Einheit der Seinen (Joh 17,21). Deshalb sollen wir hoffen, auch gegen alle Hoffnung (Rö 4,18). Wir sollen nicht unparteilich abseits stehen, sondern uns im Sinne Jesu einsetzen. Wenn wir das aber tun, werden unsere durch Glauben, Hoffnung und Liebe sehend gewordenen Augen viel finden und entdecken, was der Geist Christi heute in seinen Kirchen wirkt. Wir werden Überraschungen erleben dort, wo wir es nicht erwartet haben. Es wird sich erweisen, daß Gott trotz unserer Schwachheit mächtig ist.

Ö K U M E N I S C H E A R B E I T S S T E L L E D R E S D E N

DDR 8051 Dresden, Am Hochwald 2; Tel.: 37073 u. 36308

PS Dresden 7299 - 55 - 23500 Ökumenische Arbeitsstelle

I N F O R M A T I O N S D I E N S T

Nr. 7 (1984)

(nur für innerkirchlichen Gebrauch)

In eigener Sache

Nach dreijähriger Pause können wir Ihnen endlich wieder ein Heft unseres Informationsdienstes zusenden. Wie Sie der geänderten Adresse entnehmen, haben wir die Räume in der Friedrichstraße 48 aufgegeben. Als Pfarrer der katholischen Pfarrgemeinde St. Hubertus, Dresden Weißer Hirsch wohne ich jetzt im Pfarrhaus des Orationariums Dresden. So bin ich den Freuden und Leiden der Pfarrseelsorge näher als früher. Das ist positiv, hat aber den Nachteil, daß die Pfarrarbeit viele Kräfte beansprucht, die dann der ökumenischen Arbeit fehlen.

Zu diesem Heft

Es enthält einen Hinweis auf die Gebetswoche 1985 und außerdem einen informierenden Beitrag aus katholischer Sicht aus meiner Feder über die Limaerklärung, von der zu erwarten ist, daß sie in der nächsten Zeit das ökumenische Gespräch der Kirchen bestimmen wird.

Michael Ulrich

B0/431/84

Zur Gebetswoche für die Einheit der Christen 1985

Sie wird im kommenden Jahr unter dem Thema stehen:

"Durch Liebe zum Leben befreit" im Anschluß an Eph. 2, 4 - 7.

Das Thema wurde von einer ökumenischen Gebetsgruppe aus Jamaika vorgeschlagen. Es ist in acht Aussagen unterteilt:

1. In seiner Liebe schenkt sich Gott der Welt.
2. Seine Liebe bedeutet Heil für die ganze Schöpfung.
3. Seine Liebe läßt uns hoffen in der Ausweglosigkeit.
4. Seine Liebe macht uns frei, dem Bösen zu widerstehen.
5. Seine Liebe versöhnt, was getrennt ist.
6. Seine Liebe erschafft neue Gemeinschaft.
7. Seine Liebe befähigt zu einer neuen Lebensweise.
8. Seine Liebe befreit zu einem Leben in Dankbarkeit.

Der Entwurf für den Ökumenischen Gottesdienst sieht folgende Stellen aus der Heiligen Schrift vor:

Jes 35, 1-10; Eph 2, 1-10; Joh 20, 19-23.

Er enthält ein Magnifikat und ein Halleluja aus Taiße, ein mehrstimmiges Kyrie aus der orthodoxen Liturgie, ein gesungenes Maranatha und Amen aus der Liturgie von Vancouver.

Diesem Heft angefügt ist ein Blatt, das am Aushang auf den Ökumenischen Gottesdienst hinweisen kann. Weitere Exemplare können bei uns nachbestellt werden.

AUF DEN WEGEN DER KONVERGENZ

Zur Bedeutung der Limaerklärung (1982).

1. Ökumenische Anlässe der letzten Zeit

Am 25. Mai 1980 feierten die Lutheraner das 450jährige Jubiläum ihres Augsburger Bekenntnisses. Es kam nicht zu der von manchen erhofften Anerkennung der Confessio Augustana "als katholisch" durch den Vatikan. Aber Papst Johannes Paul II. sagte, daß trotz des Scheiterns der Einigungsbemühungen vor 450 Jahren "wichtige Hauptpfeiler der Brücke im Strom der Zeiten erhalten geblieben sind. Der langjährige intensive Dialog mit den Lutheranern, zu dem das II. Vatikanische Konzil aufgefordert und die Wege gewiesen hat, hat uns neu entdecken lassen, wie breit und fest die gemeinsamen Fundamente unseres christlichen Glaubens gegründet sind."

Am 10. November 1983 jährte sich der Geburtstag Martin Luthers zum 500. Male. Auch hier kam es nicht zu dem, was manche erhofft hatten: es kam nicht zur Aufhebung des Kirchenbannes gegen Luther. Aber Kardinal Willebrands sprach in der Thomaskirche zu Leipzig vom "Bruder in Christo Martin" und der Papst würdigte "die tiefe Religiosität Luthers, der von der brennenden Leidenschaft für die Frage nach dem ewigen Heil getrieben war."

Beide Gedenktage waren Anlaß zu ökumenischer Besinnung und Annäherung.

2. Was ist heute aktuell?

Wohin zielt heute das ökumenische Denken und Bemühen? Worüber lohnt sich das Gespräch, wenn man sich mit Geistlichen oder Gläubigen anderer Konfessionen trifft? Welches Thema könnte man vorschlagen für einen (ökumenischen) Gemeindeabend oder ein (ökumenisches) Gemeindeseminar?

Als Papst Johannes Paul II. am 12. Juni 1984 beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf zu Besuch war, gaben Kardinal Willebrands und Generalsekretär Philipp Potter eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie sagten: "Wir sind dankbar für unser gemeinsames Bemühen...,

das zur Erklärung über 'Taufe, Eucharistie und Amt' geführt hat. Diese Erklärung ... weist in eine verheißungsvolle Richtung. Wir beten, daß der Heilige Geist ... uns erleuchte und unsere Herzen bereit mache, damit die immer noch bestehenden Hindernisse für eine volle Gemeinschaft unter den Christen überwunden werden."

Die beiden Repräsentanten der Ökumene sprachen von der Limaerklärung, die heute allenthalben im Gespräch ist. Sie wurde von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung (faith and order) des Ökumenischen Rates der Kirchen (auch Weltrat der Kirchen genannt) im Jahre 1982 auf ihrer Tagung in Lima (Peru) verabschiedet, um den auftraggebenden Kirchen zur Stellungnahme vorgelegt zu werden. Im Anschluß an das II. Vatikanische Konzil arbeitet seit 1968 auch die katholische Kirche mit 12 Theologen in dieser Kommission gleichberechtigt mit und ist ebenfalls zur Beurteilung des Dokuments aufgefordert.

Das Limadokument ist in englischer Sprache abgefaßt. Noch im gleichen Jahr erschien eine approbierte deutsche Übersetzung gemeinsam in den Verlagen Bonifatius-Druckerei, Paderborn und Otto Lembeck, Frankfurt am Main. Auch in der DDR wurde der Text veröffentlicht und zwar in der Evangelischen Monatsschrift für Mitarbeiter der Kirche "Zeichen der Zeit" im November 1982, S. 271 - 289, außerdem in den Amtsblättern mehrerer Landeskirchen. Im Theologischen Jahrbuch des St. Benno-Verlages soll es zusammen mit kommentierenden Aufsätzen 1986 erscheinen.

3. Die Bedeutung des Limadokumentes

Sie ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Es scheint nur eines der sehr vielen Dialogergebnisse der letzten 15 Jahre zu sein. In unserem Informationsdienst wurden seit seinem ersten Erscheinen 1967 mehrere dieser Dokumente veröffentlicht. In den Theologischen Jahrbüchern wurden die Lutherisch-Katholischen Dokumente abgedruckt und besprochen. Das Limadokument ist jedoch von besonderer Bedeutung. Das wird unter anderem dadurch deutlich, daß es als letzter Beitrag in eine Sammlung aufgenommen wurde, die den Titel trägt: "Dokumente wachsender Übereinstimmung, sämtliche Berichte und Konsensustexte interkonfessioneller Gespräche auf Weltebene von 1931 - 1982". Diese Zusammenstellung ist eine

gemeinsame Veröffentlichung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, Genf (vertreten durch Lukas Vischer), des Instituts für Ökumenische Forschung des Lutherischen Weltbundes, Straßbourg (vertreten durch Harding Meyer), des (katholischen) Johann-Adam-Möhler-Institut, Paderborn (vertreten durch Hans-Jörg Urban) und des Centro pro Unione, Rom. Die Herausgeber dieser Sammlung waren der Überzeugung, daß mit dem Erscheinen des Limadokumentes der Zeitpunkt gekommen sei, innezuhalten und die bisherigen Gesprächsergebnisse zusammenzustellen, zu vergleichen, auf breiter Ebene zur Kenntnis zu geben und zur Diskussion zu stellen. Sie wissen: Wir sind noch nicht am Ziel des Weges. Das Wort von der "wachsenden Übereinstimmung" bringt das zum Ausdruck. Aber sie sind zugleich der Überzeugung, daß es keinen Zweck hat, einzelne Beauftragte der Kirchen immer weitere Gespräche führen zu lassen, ohne daß hinzukommt, daß die Christen der beauftragenden Kirchen diese Gesprächsergebnisse intensiv zur Kenntnis nehmen. Dazu will der genannte Sammelband verhelfen. Er ist 700 Seiten stark, enthält ein ausführliches Sachverzeichnis, aus dem man entnehmen kann, welches Thema von welchem Gespräch behandelt worden ist. Er ist 1983 gleichzeitig in Paderborn und Frankfurt erschienen. (Die 1. deutsche Ausgabe des Lima-Dokumentes war ein Vorabdruck dieser Sammlung).

4. Was dem Limadokument vorausging

Der Erklärung von Lima gingen viele bilaterale Dialoge voraus. Auf Anregung des Ökumenismusdekrets des II. Vatikanischen Konzils kam es in den 70er Jahren zu einer ganzen Flut zweiseitiger interkonfessioneller Dialoge im Auftrag der konfessionellen Weltbünde und des vatikanischen Einheitssekretariates. Bei uns erregten besonderes Interesse die Ergebnisse der Lutherisch/Römisch-katholischen Kommission: Der "Maltabericht" 1972; Das Herrenmahl 1978; Das geistliche Amt in der Kirche 1981. Aufmerksamkeit fanden auch die Anglikanisch/Römisch-katholischen Gespräche, weil sie sogar die Fragen des Papsttums ansprachen und die Ergebnisse in einem Schlußbericht zusammenfaßten in der Überzeugung, die der Kommission gestellte Aufgabe sei erfüllt. Diese zweiseitigen Gespräche sind nötig und fruchtbar. Sie könnten jedoch zu einer Isolierung von den übrigen Gesprächsteilnehmern führen. Sie müssen deshalb vorbereitet, begleitet und gebündelt werden durch multilaterale Dialoge.

Diese finden ebenfalls seit längerem statt. Sie wurden initiiert nicht durch die konfessionellen Weltbünde, sondern durch die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Diese hat bereits auf ihrer 1. Weltkonferenz 1927 in Lausanne einen Studienprozeß ins Leben gerufen, an dem alle Kirchen beteiligt waren, die sich seit 1948 im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengefunden hatten, außerdem seit 1968 auch die katholische Kirche. Das Limadokument ist das Endergebnis dieses durch 55 Jahre hindurch geführten Gespräches. An ihm ist die Christenheit in einem ganz weiten Spektrum beteiligt: von den jungen Kirchen der 3. Welt über die Freikirchen (Baptisten, Methodisten...) über die traditionellen Kirchen der Reformation (Anglikaner, Lutheraner, Reformierte) bis zu den römisch-katholischen und orthodoxen Christen. Das eigentliche Ziel, die Einheit aller Christen soll so immer im Blick bleiben.

5. Was ist eine Konvergenzerklärung?

Zu Beginn der interkonfessionellen Dialoge sprach man gern von Konsensustexten. Die orthodoxen Kirchen betonten aber, daß nach ihrem Verständnis ein ausdrücklicher Konsens nur durch ein ökumenisches Konzil erklärt werden kann. Deshalb gebraucht das Limadokument den Ausdruck Konvergenzerklärung. Sie weist den Kirchen Wege, die zusammenführen, Wege in Richtung Einheit. Man ist sich bewußt, daß die Einheit nicht in einem einzigen gewaltigen Sprung zu erreichen ist, sondern daß dazu viele einzelne, kleine Schritte nötig sind.

6. Zum Inhalt des Limadokumentes

Der umfassende Kreis der Gesprächsteilnehmer erforderte eine Konzentration auf die zentralen Themen: Taufe, Eucharistie und Amt. Die beiden Grundvollzüge, in denen sich Gemeinde konstituiert, sind Taufe und Eucharistie. Auch das Amt wird besprochen, es ist die Voraussetzung authentischer Verkündigung und Eucharistiefeier. Seit den Zeiten der alten Kirche ist es so, immer wenn sich Gemeinde zur Feier der Taufe oder der Eucharistie versammelt, sind ausgesprochener Glaube und das Tun des Volkes Gottes lebendig miteinander verbunden. Erst in späterer Zeit kommt es zu den reflektierten Formulierungen der Theologen und der Konzilien.

Es ist deshalb sicherlich richtig, bei der Suche nach der verloren-gegangenen Einheit zurückzugehen auf diesen Grund gemeindlichen Lebens. Wenn sich die Christenheit einigen könnte, Taufe und Eucharistie in gleicher Weise zu feiern, wäre das ein beachtliches Stück Gemeinschaft. Aus dem urchristlichen Taufbekenntnis und den alten eucharistischen Hochgebeten haben sich die altkirchlichen Glaubensbekenntnisse entwickelt. Man hofft 1986 nach dem Limadokument einen zweiten Text verabschieden zu können als Ergebnis eines ebenso alten Studienprojektes "auf dem Wege zu einem gemeinsamen Aussprechen des Glaubens heute". Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt auf Einheit hin.

Von Katholiken wird zuweilen die Frage gestellt, warum schweigt die Limaerklärung über das Amt des Papstes? Darf man eine Frage zurückstellen, weil sie schwierig ist? Ja, denn das Gespräch mit den Orthodoxen zeigt, man kann das Bischofsamt anerkennen und Kommuniongemeinschaft erwägen, ohne in Bezug auf das Papsttum eine Einigung erzielt zu haben. Die Aufgabe der Ökumene ist vielschichtig, alles hängt mit allem zusammen. Aber es gibt eine Hierarchie der Wahrheiten und man muß Sachfragen der Reihe nach behandeln. In der Ökumene sollte man deshalb nicht sagen: alles oder nichts. Man sollte sich auf einen langen Weg kleiner Schritte einstellen.

7. Die Konvergenzerklärung über die Taufe

Gemeinsamkeiten:

Die Taufe wird trinitarisch beschrieben: "Sie ist eine Eingliederung in Christus..., sie ist Aufnahme in den Neuen Bund zwischen Gott und seinem Volk. Die Taufe ist eine Gabe Gottes und wird im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes vollzogen." (Faith and Order/Taufe 1 = Fo/T 1). Die eine Taufe, von der Paulus (Eph 4,5) und das Apostolische Glaubensbekenntnis sprechen, ist der Ausgangspunkt aller ökumenischen Bemühungen. Seit dem 3. Jahrhundert ist die Anerkennung der "Ketzertaufe" römische Praxis. So heißt es auch in der Limaerklärung: "Gegenseitige Anerkennung der Taufe wird als ein bedeutsames Zeichen und Mittel angesehen, die in Christus gegebene Einheit in der Taufe zum Ausdruck zu bringen" (Fo/T 15). Entsprechende Aussagen katholischerseits machen das II. Vatikanische Konzil (Kirche 14; 15; Ökumenismus 3) und das Ökumenische Direktorium (9 - 20).

Anfragen an die katholische Kirche:

Das Limadokument betont einige Anliegen der Täuferkirchen. "Die Taufe nach einem persönlichen Glaubensbekenntnis ist... die in den neutestamentlichen Schriften am eindeutigsten belegte Praxis" (Fo/T 11). In ihr kommt die enge Bezogenheit von Glaube und Taufe besonders deutlich zum Ausdruck. Sie ist Zeichen einer missionarischen Kirche. Alles, was diese lange Verbindung betont, sollte auch bei der Praxis der Kindertaufe gefördert werden:

Kein offensichtlich unterschiedsloses Taufen - gegebenenfalls Gebrauch des Aufschubs - Vorbereitung der Taufe durch Taufgespräche mit Eltern und Paten - gemeinsame Taufe von mehreren Täuflingen - besondere Tauftermine - Taufe im Gemeindegottesdienst - Predigt bei der Taufe - "In der Feier der Taufe sollte die symbolische Dimension des Wassers ernst genommen und nicht heruntergespielt werden" (Fo/T 18) - die Namensgebung anlässlich der Taufe sollte das eigentliche Geschehen nicht überdecken (Fo/T 21) - die Taufe als Beginn des Hineinwachsens in den Glauben und in die Gemeinschaft der Glaubenden könnte betont werden durch Beteiligung der Familienkreise an der Tauffeier - im Religionsunterricht können Taufkerzen und Taufurkunden angefertigt werden. Die alte Römische Übung, die Ketzertaufe anzuerkennen, sollte auch heute in der Praxis das katholische Verhalten bestimmen: Die bedingungsweise (Wieder-)taufe eines Konvertiten sollte nur in den seltenen, vom Ökumenischen Direktorium und vom Codex Juris Canonici vorgeschriebenen Fällen geübt werden. Das Ökumenische Direktorium empfiehlt Vereinbarungen zwischen den evangelischen Landeskirchenämtern und den katholischen Bischöflichen Ordinarien über die Zusammenarbeit bei der Klärung, ob eine Taufe gültig sei.

Anfrage an die Orthodoxen Kirchen:

Es wäre zu begrüßen, wenn die Orthodoxie überprüfte, ob sie - wie die westlichen Kirchen - auch die von Schismatikern und Häretikern gespendete Taufe als gültig anerkennen kann.

Anfrage an die Täuferkirchen:

Das eigentlich ökumenische Ärgernis besteht nicht darin, daß es in den Kirchen eine unterschiedliche Taufpraxis gibt -

die einen taufen Menschen jeden Alters, die anderen taufen nur glaubende Erwachsene; nicht jeder Pluralismus der Praxis muß kirchentrennend sein - das Hauptproblem ist vielmehr, daß es Kirchen gibt, die die von einer anderen Kirche gespendete Kindertaufe als ungültig ansehen.

Wege der Konvergenz:

Alle Kirchen sind der Überzeugung: Lebendiges Christsein ist Wachstum im Glauben. Wer diesen Glauben liebt, will ihn auch seinen Kindern weitergeben. Die Kirchen, die auch Kinder taufen, sollten die Notwendigkeit der späteren freien Glaubensentscheidung betonen. Die Kirchen, die nur glaubende Erwachsene taufen, sollten schon ihren Kindern die Möglichkeit geben, am Glaubensleben der Eltern teilzunehmen. In manchen Kirchen hat sich eine Segnung der Neugeborenen bewährt (vgl. Mt 19, 13-15).

Überleitung zu den folgenden Themen Eucharistie und Amt:

Das Ökumenismusdekret des II. Vatikanischen Konzils sagt: "Taufe ist hingeordnet auf das vollständige Bekenntnis des Glaubens,... schließlich in die vollständige Einfügung in die eucharistische Gemeinschaft" (22). Das Limadokument enthält eine ähnliche Aussage: "Taufe als Einverleibung in den Leib Christi (weist) von ihrem innersten Wesen her auf die eucharistische Teilnahme an Leib und Blut Christi hin" (Fo/T 14b).

8. Die Konvergenzerklärung über die Eucharistie

Gemeinsamkeiten:

Der Text über die Eucharistie versucht die gesamte Tradition einzubeziehen: angefangen von ihren Wurzeln im Alten Bund über die Überlieferungen des Ostens und Westens bis zu den Anliegen der Reformationskirchen und Freikirchen. So entsteht ein Hintergrund, auf dem man einerseits die heute oft so verhärteten konfessionellen Positionen im Eucharistieverständnis verstehen kann, auf dem man andererseits Wege anerkennt, wie jeder sein eigenes Erbe in die Ökumene einzubringen vermag. Die Limaerklärung beschreibt ähnlich wie die Taufe auch die Eucharistie trinitarisch: Dankagung an den Vater, Gedächtnis Christi, Anrufung des Heiligen

Geistes; außerdem ekklesiologisch: Gemeinschaft der Gläubigen; und eschatologisch: Mahl des Gottesreiches (Fo/E 3 - 26). Das entspricht auch dem katholischen Eucharistieverständnis, vor allem wie es sich in den nachkonziliaren Hochgebeten der römischen Liturgie äußert.

Über die Bedeutung der Eucharistie sagt die Limaerklärung: "(Die) göttliche Liturgie, (die) Messe ... bleibt der zentrale Akt des Gottesdienstes der Kirche" (Fo/E 1). Die Erklärung hält die Feier der Eucharistie "wenigstens jeden Sonntag" für angemessen. Sie empfiehlt, die Christen zu ermutigen, "das Abendmahl häufig zu empfangen" (Fo/E 31).

Anfragen an die katholische Kirche:

Der Gottesdienstbesuch katholischer Gemeinden ist im allgemeinen besser als der evangelischer und weniger gut als der evangelisch-freikirchlicher Gemeinden. Es gibt auch viele Katholiken, die trotz des Kirchengebotes (CIC can. 1246 - 1248 und can. 920) nicht die Kraft finden zum regelmäßigen Gottesdienstbesuch. Auch für sie gilt die Mahnung der Limaerklärung zur "Eucharistiefeier wenigstens jeden Sonntag". Der Hinweis auf die kirchengeschichtliche Kontinuität der allsonntäglichen Eucharistiefeier und der heutige nicht nur innerkatholische, sondern ökumenische Appell zur regelmäßigen Sonntagsmesse ist auch für katholische Christen eine Hilfe (Fo/E 30 - 31).

Die Limaerklärung spricht von der Möglichkeit des unwürdigen Kommunionempfangs und fordert, daß wir uns immer wieder der versöhnenden Gegenwart Gottes öffnen (Fo/E 20). Für die katholischen Christen ist diese Mahnung zur Zeit insofern aktuell, als vielen die Teilnahme an der Kommunion vielleicht doch zu selbstverständlich geworden ist.

Der Kommuniongemeinschaft aller getauften Christen näherzukommen, ist Aufgabe aller Kirchen. Auch die katholische Kirche sollte Schritte in dieser Richtung tun (Fo/E 19 und 33).

Anfragen an andere Kirchen:

Die Ersetzung von Brot und Wein durch andere ortsübliche Nahrungsmittel fällt so aus der fast 2.000jährigen Tradition der gesamten Christenheit, daß diese neue Praxis einiger junger Kirchen erst angefragt werden muß (Fo/E 28k).

Die Zulassung Ungetaufter zum Tisch des Herrn, die in manchen evangelischen Kreisen erwogen und geübt wird, widerspricht der Missions- und Gemeindepraxis der gesamten Kirchengeschichte.

Der Vorsitz in der Eucharistiefeier wird im Amtspapier näher besprochen (Fo/A 14 k).

Die Gegenwart Christi bei der Eucharistie wird zwar von allen Christen bejaht, doch einige Kirchen "verbinden diese Gegenwart nicht so bestimmt mit den Zeichen von Brot und Wein" (Fo/E 13 k). Man sollte diesen Fragenkreis nicht abstrakt von der Erörterung der Realpräsenz aus angehen, sondern von der Überlegung her, wie wir - die Praxis der Urkirche aufnehmend - den Kranken an der Eucharistiefeier der Gemeinde Anteil geben können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Aufbewahrung der Eucharistie (Fo/E 32).

Die Bedeutung der Eucharistie erhielt für die Ökumene einen starken erlebnismäßigen Impuls von den Teilnehmern der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 bei der sogenannten Limaliturgie. Sie war gestaltet worden nach den Grundaussagen des Eucharistietextes der Limaerklärung. Die Teilnehmer sprachen von einer "eucharistischen Vision" und meinten damit den Vorgeschmack der erhofften vollen eucharistischen Tischgemeinschaft aller Christen. Allerdings konnten in Vancouver mit Rücksicht auf die noch nicht geklärte Amtsfrage die orthodoxen und katholischen Christen noch nicht an der Kommunion teilnehmen.

Wege der Konvergenz:

Jede Kirche lebt eine wichtige Dimension der Eucharistiefeier in einer Weise, daß die anderen Kirchen von ihr lernen können: die westlichen Kirchen von den östlichen die Bedeutung des Wirkens des Heiligen Geistes; die östlichen von den westlichen die Weltverantwortung als Voraussetzung und Folge der Eucharistie; die katholische und orthodoxe Christenheit sollte sich von den Kirchen der Reformation auf das Gewicht der Wortverkündigung und diese auf den Wert der allsonntäglichen Eucharistiefeier hinweisen lassen.

Überleitung zum Thema Amt:

Die eine Taufe ist das Fundament der Ökumene, die Kommuniongemeinschaft ihr Ziel. Wieso dieser Unterschied zwischen den beiden zentralen Sakramenten der Christenheit? Die Taufe ist nach dem Zeugnis der Schrift heilsnotwendig. Sie ist deshalb nicht ausschließlich an das Amt gebunden: Seit der frühen Kirche gibt es die Nottaufe. Die Wiederholung der Taufe wird in den westlichen Kirchen abgelehnt, selbst dann, wenn sie in einer nicht rechtgläubigen Kirche empfangen worden ist. Der Empfang der Eucharistie dagegen ist nicht einmalig und nicht in gleicher Weise wie die Taufe heilsnotwendig. Die Feier der Eucharistie ist im Unterschied zur (Not)taufe an das offizielle Leben der Kirche gebunden und damit an ihren ordinierten Dienst. Die Aufnahme der Eucharistiegemeinschaft mit einer anderen Kirche verlangt deshalb nicht nur die Anerkennung ihrer Taufe, sondern darüber hinaus die Anerkennung ihres Amtes.

9. Die Konvergenzerklärung über das Amt

Dieser Text ist bis zu seiner Verabschiedung am stärksten verändert worden. Er ist auch am umfangreichsten geraten. Beides weist darauf hin, daß in seiner Thematik die größten Schwierigkeiten liegen.

Gemeinsamkeiten:

Das Wort "Amt" in diesem Text ist die Übersetzung des englischen Ausdrucks "ministry". Man sollte deshalb immer, wo das Wort "Amt" steht, die Bedeutung "Dienst" mitheraushören.

Auch im Amtspapier ist die Darstellung trinitarisch. Bevor der ordinierte Dienst behandelt wird, spricht die Konvergenzerklärung wie die Kirchenkonstitution des II. Vatikanischen Konzils von der "Berufung des ganzen Volkes Gottes" (Fo/A 1). Es werden die Geistesgaben (Charismen) aufgezählt, gegeben zu Werken des Dienstes nach innen und außen (Fo/A 5).

Darüber hinaus heißt es: Christus wählte die Apostel aus mit spezifischer Autorität und Verantwortung (Fo/A 9). Ähnlich sind später die ordinierten Amtsträger Repräsentanten Jesu Christi gegenüber der Gemeinde (Fo/A 11).

Von diesem ordinierten Dienst wird ausgesagt:

Er "ist konstitutiv für das Leben und Zeugnis der Kirche" (Fo/A 8).

Die Ordinierten sind Personen, die "innerhalb der vielfältigen Gaben einen Bezugspunkt der Einheit darstellen" (Fo/A 8). Entsprechend der katholischerseits verbreiteten Ausdrucksweise vom Lehr-, Priester- und Hirtenamt wird der hauptsächlichste Dienst des Ordinierten beschrieben als "Verkündigung", "Feier der Sakramente" und "Leitung des Lebens der Gemeinschaft" (Fo/A 13).

Anfragen an die katholische Kirche:

Formale Kontinuität und inhaltliche Aktualität des Heiles in der Geschichte des Christentums sind zwei Gesichtspunkte, die von den Theologen je nach Konfessionszugehörigkeit unterschiedlich betont werden, die sich aber gegenseitig ergänzen. Die Kontinuität wird in der katholischen Kirche vor allem durch den Gedanken der apostolischen Sukzession (des Amtes) zum Ausdruck gebracht. Man nennt seit Clemens von Rom katholischerseits die Bischöfe gern "Nachfolger der Apostel". Man spricht von apostolischen Bischofssitzen: Antiochia, Rom, Alexandria, Jerusalem, Konstantinopel. Diese Sicht stellt eine Seite der Apostolizität des Bischofsamtes dar. Sie muß ergänzt werden. Denn zunächst einmal gibt es mehr Bischöfe als Apostel und zweitens setzt jeder Bischof die Tradition des gesamten Apostelkollegiums fort. Deshalb betont das Limadokument: "Die Rolle der Apostel als Zeugen der Auferstehung ist einzigartig und unwiederholbar" (Fo/A 10) und es empfiehlt "die bischöfliche Sukzession als Zeichen, jedoch nicht als eine Garantie der Kontinuität zu schätzen" (Fo/A 38), denn es gab und gibt bekanntermaßen Mißstände in der Kirche trotz korrekter apostolischer Amtssukzession. Aus diesem Grund liebt die orthodoxe Theologie die Aussagen des Ignatius von Antiochia, der nicht nur die formale Kontinuität der bischöflichen Amtsnachfolge betont, sondern zugleich die inhaltlich gefüllte Aktualität des gegenwärtig gesetzten Heiles in jedem Bischof, der mit seinem Presbyterium Christus und das ganze Apostelkollegium repräsentiert (Fo/A 36 k).

Wenn ein katholischer Theologe von apostolischer Sukzession spricht, denkt er meist nur an die Amtssukzession. Er sollte aber beachten, daß sie mehr ist, nämlich auch die Fülle der inhaltlichen apostolischen Überlieferung, die vom Glauben aller Getauften gelebt wird (Fo/A 34 k).

So ist nach dem Gesagten verständlich, woher es kommt, daß sich in der katholischen Kirche von den drei Dimensionen des Amtes die persönliche so stark entwickelt hat, daß die Gefahr besteht, die kollegiale und gemeindliche zu vernachlässigen (Fo/A 26). Man bedenke nur, was für ein Gewicht regelmäßigen Diözesansynoden nach römischen Vorstellungen zukommt und welche Bedeutung sie tatsächlich haben. Deshalb gilt die Mahnung des Limatextes auch besonders für die katholische Kirche: "Das ordinierte Amt, das selbst ein Charisma ist, darf nicht zu einem Hindernis für die Vielfalt dieser Charismen werden" (Fo/A 32). (Vgl. in diesem Zusammenhang die Pastoral synode der Jurisdiktionsbezirke der Berliner Bischofskonferenz in ihrem Beschluß "Ordnungen und Dienste".

Die Wiedereinführung des ständigen Diakons in der katholischen Kirche ist von diesen Überlegungen aus bedeutsam.

Nach dem katholischen Verständnis erscheint die Übernahme der apostolischen Amtssukzession von Gemeinschaften, die sie bisher nicht hatten, als ein wichtiger Schritt auf die sichtbare Einheit der Kirche hin. Dazu sagt die Limaerklärung aber: "Die Kirchen sollten es vermeiden, ihre spezifischen Formen des ordinierten Amtes direkt auf den Willen und die Einsetzung durch Jesus Christus selbst zurückzuführen" (Fo/A 11 k). Auch sollten sie nicht erwarten, daß genannte Gemeinschaften die Gültigkeit ihrer bisherigen Ämter von dieser Übernahme abhängig machen (Fo/A 38).

Anfragen an Kirchen ohne apostolische Amtssukzession:

"Diese Kirchen werden gebeten, zu erkennen, daß die Kontinuität mit der Kirche der Apostel durch die sukzessive Handauflegung der Bischöfe tiefen Ausdruck findet und daß..., dieses Zeichen jene Kontinuität stärken und vertiefen wird. Sie müssen vielleicht das Zeichen der bischöflichen Sukzession wieder neu entdecken" (Fo/A 53b).

Da nach dem Ökumenismusdekret des II. Vatikanischen Konzils diese "Kirchlichen Gemeinschaften" "propter Sacramenti Ordinis defectum" die "ursprüngliche und vollständige Wesenheit des eucharistischen Mysteriums nicht bewahrt haben" (21), schließt sich die katholische Kirche dieser Bitte der Limaerklärung nachdrücklich an.

Die Übernahme der bischöflichen Sukzession hat aber nur dann einen Sinn, wenn auch die Ordination als solche in diesen Kirchen in ihrer vollen Bedeutung gesehen wird. Das heißt im einzelnen:

Es sollte normalerweise ohne Vorbehalt und Zeitbegrenzung ordiniert werden (Fo/A 48). Das kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, daß die Ordination nicht wiederholt wird, auch wenn die Dienste wechseln.

Der Vorstand bei der eucharistischen Feier sollte einem Ordinierten vorbehalten sein (Fo/A 14 k). In der Regel sollte der Bischof selber die Ordination vornehmen (Fo/A 29).

Wege der Konvergenz:

Jede Kirche lebt eine wichtige Dimension des ordinierten Dienstes in der Weise, daß die anderen Kirchen davon lernen können. Bei den Katholiken hat die persönliche Dimension besonderes Gewicht, in der Orthodoxie die persönliche und kollegiale, in den Kirchen der Reformation und in den Freikirchen die kollegiale und gemeindliche Dimension.

Wenn die Kirchen, die noch in der bischöflichen Sukzession stehen, die volle eucharistische Tischgemeinschaft untereinander wiedererlangt haben, wird das für die anderen Kirchen ein Ansporn sein, sich ihrerseits um die Wiedererlangung der Amtssukzession zu bemühen (vgl. Fo/A 38).

10. Was hat das Limadokument erreicht?

Es spricht noch nicht im Namen der Kirchen, die es in Auftrag gegeben haben. Aber die beauftragte Kommission hat einstimmig beschlossen, daß es diesen Kirchen zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Harding Meyer sagte kürzlich bei einem Vortrag in Dresden: "Es liegen viele Dialogergebnisse vor, aber die Kirchenleitungen scheuen noch Konsequenzen." Warum zögern sie? Alle Teilnehmer an den Dialogen beteuern, persönlich viel aus den Gesprächen gelernt zu haben. Sie selbst seien durch die Begegnungen mit den Vertretern der anderen Kirchen verändert worden. Sie beurteilen die Chancen für eine größere Gemeinsamkeit jetzt viel positiver als früher. Die Kirchenleitungen können aber mit Recht darauf hinweisen: das Kirchenvolk hat diese Begegnungen nicht gehabt und diese

Erfahrungen nicht gemacht. Deshalb besteht die augenblickliche Aufgabe darin, möglichst vielen zu ähnlichen Begegnungen und Erkenntnissen zu verhelfen. Auch Konzilsergebnisse und Synodenbeschlüsse werden ja nur fruchtbar im Maße ihrer Rezeption und Aufnahme. Die Kirchenleitungen können erst Konsequenzen für die Praxis ziehen, wenn die Grundgedanken des Limatextes von der Breite des Kirchengvolkes verstanden und bejaht werden. Deshalb die letzte Frage:

11. Wie soll es weitergehen?

Die Kommission bittet die Kirchenleitungen: "dem Volk Gottes bei dem geistlichen Prozeß der Rezeption dieses Textes auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens die größtmögliche Beteiligung zu ermöglichen." Ferner bittet sie "höflich alle Kirchen um eine offizielle Stellungnahme zu diesem Text auf der höchsten hierfür zuständigen Ebene der Autorität" (Einleitung). Was heißt das konkret? Die Kirchen stehen an verschiedenen Stellen innerhalb der Ökumene. Ihre Wege müssen deshalb in verschiedene Richtungen gehen, wenn sie einander näher kommen sollen. Auch die Bemühungen um Rezeption werden in den verschiedenen Kirchen unterschiedliche Akzente haben müssen.

Einen Hinweis dazu kann uns der Anglikanisch/Katholische Dialog geben. Die erste gemeinsame Kommission hat 1982 einen Schlußbericht über ihre Gespräche veröffentlicht. Sie glaubte, ihre Arbeit beendet zu haben und brachte zum Ausdruck, daß sie nun konkrete Schritte der Kirchenleitungen für möglich halte. In der anglikanischen Öffentlichkeit zeigte man sich beeindruckt von so viel geäußelter Übereinstimmung, zugleich aber verwundert und enttäuscht über die Zurückhaltung der vatikanischen Glaubenskongregation. Kardinal Ratzinger stellte nämlich die für Katholiken wichtige Frage: Wer ist auf anglikanischer Seite die zuständige Autorität, die offiziell einen Konsens im Namen der Anglikaner aussprechen kann? Wie ist heute das Verhältnis von Kirche und Staat in England? Das war ja historisch gesehen der Anlaß der Einführung der Reformation in England.

Mit den Fragen befaßt sich die 2. Anglikanisch/Katholische Kommission. An dieser Stelle wird deutlich, daß die Rezeption der Dialogergebnisse für die Kirchen Anlaß ist, über ihre Autoritätsstruktur nachzudenken.

Für die katholische Kirche scheint es klar zu sein, wer die offizielle autorisierte Antwort zu geben hat. "Dafür ist der Papst da". Aber seit dem 2. Vatikanischen Konzil wissen wir Katholiken wieder deutlicher als früher: der Papst kann nur das letzte Wort sprechen, wenn wir das vorletzte Wort gesagt haben. Der Papst muß sich auf eine "innerkatholische öffentliche Meinung" (Pius XII.) stützen können, bevor er umfassend und hilfreich sein offizielles Wort spricht. Dazu ist aber nötig, daß möglichst viele die Limaerklärung kennen und ihre Anregungen zur Kenntnis nehmen.

12. Wie könnte das praktisch aussehen?

Ohne Arbeitsteilung geht es auch in der Kirche heute nicht mehr. Sicherlich, aber im geistlichen Leben hat das seine Grenze. Wir alle sind auf die Wege der Konvergenz gerufen. Jeder muß die entscheidenden Einsichten selbst nachvollziehen und sich durch Begegnungen verändern lassen. Die Kirchenleitungen müssen spüren, das Volk Gottes ist bereit aufzubrechen.

Die Limaerklärung enthält den guten Satz: "Der beste Weg zur Einheit ist die Erneuerung" (Fo/E 28).

Es wird also darauf ankommen, daß wir uns verständigen: wie wir mit unseren Gemeinden die Taufe und die Eucharistie feiern, wie wir unsere nichtordinierten und ordinierten Dienste ausüben.

Dadurch bereiten wir den Weg für das, was Kardinal Willebrands und Philipp Potter in der eingangs zitierten Erklärung erbitten.

"Wir sehnen uns nach einer ... Gemeinschaft, die gegründet ist auf die eine Taufe, die geeint ist im Bekenntnis des einen apostolischen Glaubens, der das eine apostolische Amt dient und die in der gemeinsamen Feier der Eucharistie ihren Ausdruck findet - Zur Ehre Gottes und für das Heil der Menschen."

Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist

Beiträge der Kirchen in Europa

September 1976

Die Studie "Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist" wurde der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Oekumenischen Rates der Kirchen auf ihrer Tagung in Loewen 1971 in die Wege geleitet. Dieses inzwischen seit fünf Jahren laufende Studienprojekt hat ein breites Echo gefunden; zahlreiche Kirchen, Gruppen und auch Einzelpersonen haben daran teilgenommen, indem sie Rechenschaft ablegten von ihrem Glauben und ihrer Hoffnung.

Was ist nun das Ziel dieser Studie? Zunächst einmal soll sie Kirchen und kirchlichen - vor allem ökumenischen - Gruppen Gelegenheit geben, ihren Glauben und ihre Hoffnung in Jesus Christus heute und in ihrer jeweiligen Lebenssituation zum Ausdruck zu bringen. Der Akzent liegt hierbei auf der Authentizität, mit der Glaube und Hoffnung in der je spezifischen Umwelt formuliert werden. Die Lebensbedingungen in der heutigen Welt und die unterschiedlichen kulturellen, politischen und religiösen Gegebenheiten sollten berücksichtigt werden, wenn es um die Art und Weise der Artikulation des Glaubens geht. Darüber hinaus stellt die Studie jedoch auch den Versuch dar, die Einheit der Kirche in einem Glauben zu erfassen. Es mag eine Vielzahl von Ausdrucksformen des Glaubens geben - doch es gibt ein Evangelium. Daher drängt sich die Frage auf, wie die Kirchen das Evangelium gemeinsam bekennen können und über welche Kriterien sie verfügen, um erkennen zu können, dass sie alle Teil der einen Kirche Jesu Christi sind, obgleich sie ihren Glauben doch so verschiedenartig zum Ausdruck bringen.

Was ist bisher erreicht worden?

Auf die Anregung, an dieser Studie teilzunehmen, haben weite Kreise positiv reagiert. In vielen Ländern bildeten sich Studiengruppen und sandten uns ihren Rechenschaftsbericht. In manchen dieser Länder machten die Kirchen die Studie zu einem Gemeindeprojekt. In anderen Ländern wiederum hatten die Kirchen bereits vorher, also unabhängig von der Studie, damit begonnen, für ihre Gemeinden und Mitglieder eine Ausdrucksform für ihren Glauben zu erarbeiten. In wieder anderen Ländern waren Kirchen oder Gruppen aufgrund der besonderen politischen Situation motiviert, ihre christlichen Ueberzeugungen in einer neuen Perspektive zum Ausdruck zu bringen; auch diese Berichte sind in die Materialsammlung für die Studie aufgenommen worden.

Anlässlich der Kommissionstagung von 'Glauben und Kirchenverfassung' 1974 in Accra wurde eine Auswahl des bis dahin zur

Verfügung stehenden Materials zusammengestellt, nach zehn Themenbereichen, die jeweils einen Aspekt christlicher Hoffnung betrafen, geordnet und von den Tagungsteilnehmern diskutiert. In Accra wurde dann zum erstenmal versucht, eine Erklärung zu formulieren, in der die Spannung zwischen dem inneren Zusammenhang verschiedener und jeweils situationsspezifischer Rechenschaftsberichte einerseits und der Notwendigkeit eines gemeinsamen Rechenschaftsberichts von der einen Hoffnung andererseits freimütig eingestanden wurde. Selbstverständlich konnte eine solche Erklärung (1) nicht mehr sein als ein erster Schritt im gesamten Studienprogramm und daher werden wir uns weiter darum bemühen müssen, eine Antwort zu finden auf diese Spannung zwischen der Vielfalt der Ausdrucksformen und dem einen Evangelium.

Nächste Schritte

Mit der Fünften Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Nairobi begann eine neue Phase des Studienprogramms. Eine der sechs Sektionen der Vollversammlung befasste sich mit dem Thema "Bekenntnis zu Christus heute". Hier war die Studie "Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist" einer der wichtigsten Diskussionsbeiträge, während andererseits auch die Debatten in Nairobi sowie der Sektionsbericht "Bekenntnis zu Christus heute" für den Verlauf der Studienarbeiten von grosser Bedeutung sind. Im August 1976 bekräftigte der Zentralausschuss des Oekumenischen Rates von neuem, wie entscheidend wichtig es ist, dass Christen und Kirchen gemeinsam über den Kern ihres Glaubens und ihres Engagements sprechen, und es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass sich die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in den kommenden Jahren sehr eingehend mit dieser Studie befassen wird.

Auf ihrer nächsten Tagung 1978 soll die Kommission dieses Thema vorrangig diskutieren. Bis dahin soll noch einmal versucht werden, Kirchen und Gruppen in allen Teilen der Welt zur Mitarbeit anzuregen und einen Rechenschaftsbericht zu verfassen. Die eingesandten Berichte werden die Arbeitsgrundlage der Kommission in der zweiten Studienphase sein, in der Kriterien für eine gemeinsame Rechenschaft von unserem Glauben und unserer Hoffnung in Jesus Christus entwickelt werden sollen. Die Kommission würde Beiträge der europäischen Kirchen sehr begrüßen.

Bedeutung der regionalen Ebene

Die von der Konferenz Europäischer Kirchen im März 1976 abgehaltene Konsultation "Europäische Theologie - herausgefordert durch die Weltökumene" deckt sich in der Fragestellung weitgehend mit der Studie über die Rechenschaft, und die Nacharbeit zu dieser Konsultation könnte insofern einen wichtigen Beitrag zu der Studie darstellen, als sie die Rolle der europäischen Theologie innerhalb der weltweiten Gemeinschaft der Kirche aufzeigen kann. Niemand wird behaupten wollen, es gebe eine für ganz Europa gültige Rechenschaft von der Hoffnung. Denn es ist offensichtlich, dass wir es hier mit einer ausserordentlich

(1) Accra 1974, Berichte, Reden, Dokumente; in: Beiheft zur Oekumenischen Rundschau Nr. 27, Stuttgart 1975

reichen Vielfalt zu tun haben. Andererseits ist es denkbar, dass die europäischen Kirchen durch eine Gegenüberstellung mit nichteuropäischen Ausdrucksformen des Glaubens die spezifisch europäischen Elemente ihres Evangeliumsverständnisses sehr viel klarer erkennen können. Bei der Vorbereitung der Kommissions-tagung von 'Glauben und Kirchenverfassung' 1978 soll der Begegnung zwischen den verschiedenen Regionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daher wird der Reaktion der europäischen Kirchen auf die KEK-Konsultation besondere Bedeutung beigemessen.

Publizierung von Rechenschaftsberichten

Für die an der Studienarbeit Beteiligten ist es wichtig, über die zur gleichen Zeit in anderen Ländern ausgearbeiteten Rechenschaftsberichte informiert zu sein. Aus diesem Grund hat das Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung mit der regelmäßigen Veröffentlichung von Studienheften begonnen, in denen jeweils die neuesten Berichte erscheinen (s. Publikationsliste S. ...). Um Ihnen eine Vorstellung zu geben von den sehr unterschiedlichen Inhalten und Methoden der Berichte, haben wir für den vorliegenden Artikel einige der bisher beim Sekretariat eingegangenen Berichte zusammengefasst und hoffen, dass Sinn und Zielsetzung des Projekts sowie die Möglichkeiten der Teilnahme durch die im folgenden erläuterten Beispiele verdeutlicht werden.

1. Niederlande

Im November 1974 wurde auf der Tagung des niederländischen Kirchenrates beschlossen, der Einladung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zu folgen und an der Studienarbeit zum Thema "Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist" teilzunehmen. Der Kirchenrat brachte die Hoffnung zum Ausdruck, die Studie könne dazu beitragen, die Polarisierungstendenzen in den Kirchen abzubauen und die konziliare Gemeinschaft zu stärken. Dr. Ellen Flesseman-van Leer wurde mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt.

Sodann wurde ein Programm aufgestellt, das in drei Arbeitsphasen aufgeteilt wurde. Zunächst wurde eine Reihe von Christen - Männer und Frauen, Theologen und Laien, die die verschiedensten Kirchen und Standpunkte vertraten - gebeten, einen kurzen Beitrag zu schreiben, in dem sie eine persönlich gehaltene Stellungnahme zu ihrem Glauben und ihrer Hoffnung abgaben.

Im Anschluss daran wurden diese Berichte (ohne namentliche Nennung der Autoren) zu Dossiers zusammengestellt und an die insgesamt 25 Studiengruppen zu je 15 - 20 Mitgliedern in allen Teilen des Landes verschickt. Diese Gruppen waren z.T. ökumenisch zusammengesetzt, z.T. auch einer Kirche angegliedert und repräsentierten die verschiedensten religiösen und gesellschaftspolitischen Ausrichtungen. Ihre Aufgabe war es, die im Dossier vorgelegten Berichte zu kommentieren und diejenigen Elemente bzw. Aussagen zu benennen, die ihrer Ansicht nach der Art und Weise, wie sie in ihrer eigenen Situation den christlichen Glauben zum

Ausdruck bringen, am nächsten kommen. Ausserdem wurden die Gruppen gebeten, in einer für alle Gruppenmitglieder repräsentativen Erklärung Rechenschaft abzulegen von ihrem Glauben und ihrer Hoffnung.

Zum Abschluss dieses Programms wurde im Mai 1976 eine Tagung von Vertretern aller teilnehmenden Gruppen sowie der Autoren einberufen, um auf der Grundlage des gesamten vorliegenden Materials einen gemeinsamen Rechenschaftsbericht zu formulieren, der dann dem niederländischen Rat der Kirchen vorgelegt wurde. Dieser Bericht mit dem Titel "Rechenschaft von unserer Hoffnung in einer zwiespältigen Existenz" beginnt mit einer Darstellung der gegenwärtigen Situation, in der die niederländischen Christen Rechenschaft von ihrer Hoffnung ablegen müssen. Dabei wird der Versuch gemacht, den christlichen Glauben auf einen spezifischen Kontext, nämlich den einer zwiespältigen Gesellschaft, wie wir sie heute in den Niederlanden finden, zu beziehen. Schliesslich wurde - als Orientierungshilfe für die Rechenschaft von der Hoffnung in der heutigen Situation - ein Kriterienkatalog ausgearbeitet.

2. England

Im Jahre 1974 nahm in Bristol eine kleine Gruppe von Vertretern verschiedener Denominationen an einem Studienprojekt zum Thema "Rechenschaft von der Hoffnung" teil, das sich direkt auf die Situation in Bristol bezog. Dieses Projekt wurde im Rahmen eines vom Bristol Baptist College organisierten Laienausbildungsprogramms unter der Leitung von Keith Clements sowie Morris West als beratendem Mitarbeiter durchgeführt. Unter den Gruppenmitgliedern waren Anglikaner, Baptisten, Methodisten, römische Katholiken sowie Mitglieder der Vereinigten Reformierten Kirche und der Gesellschaft der Freunde.

Gleich zu Beginn der Diskussion wurde deutlich, dass die Unterschiede innerhalb der Gruppe nicht lediglich eine Frage der Konfession oder der kirchlichen Tradition der betreffenden Mitglieder, sondern dass sie auch auf die persönliche Biographie zurückzuführen waren, die das Verständnis von christlicher Hoffnung entscheidend prägt. Auf der Grundlage der individuellen Stellungnahmen wurde schliesslich der Bericht zusammengestellt - eine Art "Gespräch über die Hoffnung", das sehr persönlich gefärbt, zugleich aber auch tief im Glauben verwurzelt ist. Dieses Gespräch zeigt, wie der persönliche Glaube, der Glaube der Kirche und das Engagement für die Probleme des Menschen integriert werden können in das Bestreben, die Hoffnung in der heutigen Welt zu artikulieren und Rechenschaft von dieser Hoffnung abzulegen

3. Deutsche Demokratische Republik

Eine von der ökumenischen Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gebildete Studiengruppe für Fragen des Glaubens und der Kirchenverfassung nahm die Einladung zur Mitarbeit an der Studie an. Wie die Studiengruppe erklärt, "lebt die Gemeinschaft der praktizierenden Christen als kleine Minderheit inmitten einer vom Marxismus-Leninismus geprägten sozialistischen Gesellschaft" und damit in einer Situation, in der der Versuch, Rechenschaft von der christlichen Hoffnung abzugeben, automatisch gewisse Fragen aufwerfe und bestimmte Einwände und Verunsicherungen hervorrufe. Der Bericht dieser Gruppe befasste sich folgerichtig mit drei Fragenkomplexen: 1) Gott, 2) Gesellschaft und Individuum, 3) die christliche Gemeinschaft als glaubende und als dienende Gemeinschaft.

Der Bericht stellt einen neuen Ansatz dar, in einer Sprache zu sprechen, die im Kontext des sozialistischen Humanismus verständlich ist, und die Bedeutung des Glaubens in der Gegenwart gemeinsam zu bekennen. Die einzelnen Kapitel befassen sich u.a. mit Fragen wie der Stellung Gottes in einer von Wissenschaft und Technik geprägten Welt, dem Individuum in der christlichen Verkündigung, der Christengemeinde als Gemeinschaft des Glaubens und des Dienstes, der Kirche als einer Gemeinschaft, die die Bedürfnisse des Menschen zu erkennen versucht und die sich auch die Danksagung zur Aufgabe gemacht hat, und schliesslich als einer Gemeinschaft, die sich kritisch in Frage stellt, die auch die "Geringsten" aufnimmt und die sich als eine Gemeinschaft der Feier versteht.

Der Bericht, der den Titel "Rechenschaft von der Hoffnung in der Deutschen Demokratischen Republik" trägt, macht deutlich, wie man durch gesellschaftliches Engagement Rechenschaft ablegen kann von der Hoffnung in Jesus Christus, und er zeigt zugleich auf, in welcher Hinsicht Christen heute in dieser Hoffnung von ihrer Umwelt in Frage gestellt und herausgefordert werden.

4. Bundesrepublik Deutschland

Am 22. November 1975 nahm die Achte Vollversammlung der katholischen Diözesansynoden in der BRD eine Erklärung mit dem Titel "Unsere Hoffnung: Ein Glaubensbekenntnis für diese Zeit" an. Diese Erklärung ist das Resultat einer fast fünfjährigen Studienarbeit (seit 1971), deren Ziel es war, Rechenschaft von der Hoffnung abzulegen "vor uns selbst und vor jenen, mit denen wir leben". Hier wird der Versuch gemacht, den christlichen Glauben und die christliche Hoffnung in einer Weise neu zu artikulieren, die es ermöglicht, dass die biblische Botschaft von neuem zu einer lebendigen Realität für diejenigen wird, die in einer Gesellschaft leben, welche die Grundwerte der christlichen Existenz in unserer Zeit in Frage stellt.

Der Bericht der gemeinsamen Synode stellt fest, dass "die Extremsituation, in der sich unsere Kirche heute in pastoraler Hinsicht befindet", eine neue Art der Reaktion auf die Gesellschaft - auf ihre Fragen und Ängste, ihre Hoffnungen und Konflikte - erfordert, wenn sich die Kirche bemüht, Rechenschaft von der Hoffnung abzulegen. Die Erklärung beginnt mit dem Satz: "Eine Kirche, die nach Erneuerung strebt, muss sich ihrer Identität und ihrer Zielsetzung bewusst sein." In den vier Kapiteln dieses Berichts wird versucht, die Antwort auf diese Herausforderungen in einer Neuformulierung der traditionellen kirchlichen Lehren - Leben und Tod Jesu Christi, Auferstehung von den Toten, Gericht, Vergebung, Reich Gottes und Schöpfung - sowie in einer Darstellung der Formen der Jüngerschaft und der Aufgaben von Kirche und Gesellschaft zu finden.

Das in diesem Bericht vorgelegte Bekenntnis soll ausdrücklich nicht als abschliessende und endgültige Erklärung verstanden werden, sondern vielmehr als Aufforderung an jene, die Wahrheit suchen, ihre Pilgerfahrt im Glauben und in der Hoffnung fortzusetzen und zuversichtlich der Erfüllung der göttlichen Verheissung entgegenzusehen, uns in seiner Wahrheit und Herrlichkeit zu umfassen.

5. Orthodoxe Rechenschaft von der Hoffnung

Im März 1974 trafen einige Mitglieder der Orthodoxen Kirche in Amerika zusammen, um das Studienprojekt "Rechenschaft von der Hoffnung" zu diskutieren. In ihrer abschliessenden Erklärung wiesen sie mit Nachdruck darauf hin, dass ihr Glaube der traditionellen Glaube der östlich-orthodoxen Kirche sei. Gleichzeitig jedoch versuchten sie aufzuzeigen, wie sich dieser traditionelle Glaube im Rahmen der Gesellschaft, in der sie heute leben, entwickelt und verändert. In der Erklärung heisst es u.a.: "Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass sich unsere heutige Gesellschaft radikal von der vergangener Zeiten unterscheidet, und dass wir mit ganzer Kraft bemüht sein müssen, den Glauben zu verteidigen und Rechenschaft von unserer Hoffnung abzulegen, und das bedeutet für uns, die Nachfolge der Apostel und der Vorväter anzutreten, mit ebensolcher Konsequenz und inhaltlichen Kontinuität"

Der Bericht schliesst mit der Feststellung, dass die orthodoxen Kirchen für die heutige Zeit insofern eine Herausforderung darstellen, als sie "die Orthodoxie als die katholische Kirche Christi darstellen und verteidigen; als Gemeinschaft, die beauftragt ist mit der übergrossen Verantwortung für die Fülle der Gnade und Wahrheit, die uns Gott in Christus geschenkt hat ... und mit der Aufgabe, diese Wahrheit zu verteidigen und zu bekräftigen, wann immer und durch wen auch immer sie bezeugt und gelebt wird, ungeachtet der Einseitigkeit, Begrenztheit und Unvollkommenheit dieses Zeugnisses".

Es steht zu hoffen, dass in der orthodoxen Kirche in allen Teilen der Welt auch weiterhin so kritisch gefragt wird nach den Wurzeln des Glaubens und ihrem Bezug zu dem jeweiligen kulturellen Umfeld. Diese Art von Beiträgen ermöglicht sowohl das Gespräch innerhalb der Orthodoxie selbst als auch den Dialog zwischen Orthodoxen und Christen anderer Traditionen.

Uebersetzt aus dem Englischen
- Sprachendienst des OeRK -

VERÖFFENTLICHUNGEN

Für alle diejenigen, die sich eingehender mit der Studie befassen möchten, geben wir hier einige Veröffentlichungen an, die beim Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung bestellt werden können.

1. Study Encounter, Vol. IV, 3, 1974 - "Giving Account of the Hope - From an exploratory conversation in Bangkok, 1973" (Erhältlich in Englisch und Französisch, je Sfr. 2.50)
Eine Begegnung von fünfzehn Theologen aus verschiedenen Kontinenten und kulturellen Kontexten, die zum Thema "Wer ist Jesus Christus für Sie?"
2. Faith and Order Paper No. 72 - "Giving Account of the Hope", Report of the Commission meeting in Accra, 1974
(Erhältlich in Englisch, Uniting in Hope, Sfr. 2.50; in Deutsch "Manifeste der Hoffnung", Sfr. 8.30; in Französisch "Rendre raison de l'Espérance", Sfr. 4.50)
Diese Veröffentlichungen enthalten Material aus verschiedenen kulturellen und regionalen Kontexten. Der Bericht versucht über die Vielfalt nachzudenken, in der Christen ihrer Hoffnung in Jesus Christus in ihrer jeweiligen Situation Ausdruck geben können.
3. Study Encounter, Vol. XI, 2, 1975 - "Giving Account of Hope and Salvation" (Erhältlich in Englisch, Sfr. 6.50)
Study Encounter, Vol. XII, 1-2, 1976 - "Giving Account of the Hope in These Testing Times" (Erhältlich in Englisch, Sfr. 6.50)
Faith and Order Paper No. 81 - "Giving Account of Hope Today" (Erhältlich in Englisch, Sfr. 6.50)
Diese drei Bände enthalten je eine reiche Auswahl von "Rechenschaftsberichten", die von Kirchen und ökumenischen Studiengruppen in verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Kontexten verfasst worden sind. Sie illustrieren die Vielfalt an Inhalt und angewandten Methoden, wie der christliche Glaube heute zum Ausdruck gebracht werden kann.
4. Doing Theology Today
(Erhältlich in Englisch, Sfr. 7.50; in Deutsch "Theologie im Entstehen", Sfr. 17.70)
Dieses Buch enthält eine Reihe von Vorträgen, die an einer Konsultation im Ökumenischen Institut Bossey im Jahre 1974 gehalten wurden. Die Autoren sind: James H. Cone, Barnard Cooke, Paul Minear, Nikos Nissiotis, Gerhard Sauter, Choan-seng Song.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das

Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung
150, route de Ferney
CH-1211 Genf 20 / Schweiz

"Weltgemeinschaft" - Eine Problemskizze

Zusammengestellt von H.-M. Barthold

Ökumenisches Institut Berlin

In der Vorbereitung für Djakarta 1975 mit dem Thema "Jesus Christus befreit und eint" soll als ein wichtiger Punkt bedacht werden, daß viele Menschen enttäuscht sind, weder auf dem Weg zur Einheit der Kirche noch dem zur Einheit der Menschheit einen entscheidenden Schritt vorangekommen zu sein. So darf es nicht verwundern, wenn zwei von sechs Sektionen (Sektion II und IV), sich mehr oder weniger mit dem Thema "Weltgemeinschaft" beschäftigen sollen. Das Ringen um die Befreiung der Menschheit aus ihrer elementaren Unfreiheit und das Streben nach Weltgemeinschaft werden als zwei Seiten ein und derselben Sache angesehen. Zwar kann von der naturwissenschaftlich gesicherten Erkenntnis ausgegangen werden, daß durch die monophyletische Abstammung des Menschen die biologische Einheit der Menschheit nachdrücklich unterstrichen wird, doch bleibt diese biologische Rede von der Einheit der Menschheit unverbindlich ohne humanen Kontext. Diesen deutlich werden zulassen, wird eine der Aufgaben der Vollversammlung von Djakarta sein müssen. Ziel dieser Skizze soll sein, den vielfältigen Gebrauch des Begriffes Weltgemeinschaft und seiner Synonyme in ihrem jeweiligen Verstehenshorizont aufzuzeigen.

1. Der theoretische Begründer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der bürgerliche soziale Philosoph Adam Smith, ließ seinen Begriff des "höheren Interesses" nicht beim Nationalstaat haltmachen. Laissez-fair sollte eine Weltgemeinschaft sowie eine natürliche Harmonie der Interessen innerhalb des Staates begründen. Ergebnis allerdings war die Wirklichkeit eines internationalen Kapitalismus. Wenngleich bei dem vom frühen social gospel und der Rietschelschen Theologie geprägten Rauschenbusch der Begriff Weltgemeinschaft selbst nicht auftaucht, so sollte sein Name hier doch nicht ungenannt bleiben. Von ihm kam der Impuls, daß ein Glaube, der nichts mit der Gesellschaft zu tun habe, auch keine Hoffnung haben könne. Von ihm wird die sozialistische Interpretation der Krise der westlichen Welt übernommen. Seine Forderung nach einer weltweiten Verwirklichung einer "christlichen Demokratie" basiert auf der Voraussetzung einer Christlichen Wirtschaftsordnung, d.h. auf sozialer Gerechtigkeit, kollektivem Recht auf Eigentum, industrieller Demokratie, approximativer Gleichheit und Zusammenarbeit. Durch das Federal Council of the

Churches of Christ in America und durch das Hineintragen des social gospel durch die amerikanischen Delegierten nach Stockholm 1925 hat sein Denken Eingang in die Ökumene gefunden.

2. Nathan Söderbloms Interesse richtet sich lediglich auf die Christenheit, die in ihrem Wesen universal sei. Sie allerdings wäre eine echte weltweite Gemeinschaft, die ihrem Herrn nur dann gehorsam sei, wenn sie sich und ihre Aktivitäten weder durch nationale noch politische Grenzen beeinträchtigen ließe.

Einen Schritt weiter geht Wilfred Monod. "Immer mehr hat der Geist Gottes innerhalb und außerhalb der Kirche den Betern und den Denkern die Schau einer geeinten Menschheit geschenkt ..." ¹ Sein theologischer Ausgangspunkt sind die beiden Bitten des Vater-unser, "unser Vater" und "unser Brot". "Vater", das weist hin auf eine große Familie von Brüdern, die so weit reichen wie die gesamte Menschheit. Konkret der Völkerbund hat die Aufgabe, diese Familie um sich zu scharen ohne Unterschied der Rasse, der Farbe, der Religion.

3. Reinhold Niebuhr macht seine Äußerungen zu dem Thema Weltgemeinschaft unleugbar unter dem Eindruck der Vorverhandlungen für die Gründung der Vereinten Nationen. Deutlich steht er dabei auf dem Boden eines amerikanisch-bürgerlichen Demokratieverständnisses. Die wachsende Interdependenz aller Nationen sieht er in den Ergebnissen einer technischen Zivilisation begründet. Darin ist für ihn die Möglichkeit einer Weltgemeinschaft gegeben, die für ihn in einer Organisation Wirklichkeit wird. Doch sieht er durchaus die Schwierigkeit, die Einheit allein durch Regierungsgewalt, einer weltgemeinschaftlichen Regierungsgewalt, schaffen zu können. Regierungen stellen ja nur die schon gewonnene Einheit dar, vermögen allerdings nicht zu schaffen, was sie voraussetzen müssen. Sehr realistisch sieht er, daß diese Gemeinschaft nur erreicht werden kann, gelingt es durch Machtverschmelzung der Großmächte, einen Kern internationaler Gemeinschaft zu bilden, wobei aber schon Pläne für eine Weltordnung in diese Vereinbarungen mit aufgenommen werden müßten. Vornehmlich die Christen sieht er berufen, eine solche Weltgemeinschaft zu gründen. Gerade aus ihrem "Glauben heraus ist es möglich, das letzte soziale Problem der Menschheitsgeschichte anzugreifen: die Schaffung einer weltumfassenden Gemeinschaft" ². Das könne Jahrzehnte dauern, ohne vielleicht je zu einem endgültigen Abschluß zu kommen.

Abbildung u. a. ist
es durch den das
Christentum gegeben
ist!

Kontingenz -
von Taktik auf
Politik übertragen

4. Amsterdam 1948 steht ganz unter dem Einfluß von Niebuhr und Rauschenbusch. Wie sie geht man davon aus, daß die technische Entwicklung zwar eine potentielle, doch keine tatsächliche Weltgemeinschaft geschaffen habe. Auch in Amsterdam verbindet sich der Gedanke der Weltgemeinschaft mit dem einer tragfähigen Rechtsordnung. Dafür wurde der Begriff der "verantwortlichen Gesellschaft", der von Oldham zum ersten Mal in die Diskussion eingebracht wurde, geprägt. Dieser Begriff schließt die Verantwortung des einzelnen Bürgers ebenso wie die der Gesellschaft für ihre Glieder und der Gesellschaft für ihre übergeordneten Normen ein. Es wurde an einen Weltstaat gedacht, an dessen Spitze eine Weltregierung stehen müsse. Eine solche Weltregierung wird als letzter und schwierigster Schritt bei der Schaffung einer Weltgemeinschaft angesehen. So verwundert es nicht, wenn man der losen Konföderation der UNO in Amsterdam mit einem gewissen Mißtrauen gegenübersteht. Für die Kirchen fordert man innerhalb einer derartigen Weltgemeinschaft nicht mehr Rechte, als sie anderen religiösen Gruppen zugebilligt würden.

5. Zu Beginn der 60-er Jahre sahen sich die Kirchen in ihrem Bestreben, für die Errichtung einer Weltgemeinschaft einen entscheidenden Beitrag zu liefern, von säkularen Kräften überrundet. M.M. Thomas sprach auf der Weltmissionskonferenz in Mexiko 1963 von einer "weltlichen ökumenischen Bewegung", in der das Gefühl einer für alle Welt gemeinsamen Humanität oder menschlichen Solidarität zunähme. Zu fragen ist, ob seine Einschätzung der gesellschaftspolitischen Weltlage von richtigen Voraussetzungen ausgeht.³

Die Konferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf 1966 erkannte oben genannte Herausforderung und versuchte nun ihrerseits zu antworten. Allgemeintheologischer Ausgangspunkt war die christliche Sicht von der brüderlichen Gemeinschaft der gesamten Menschheit.

Welche Unklarheiten jedoch bei der Beurteilung der weltpolitischen Situation bestanden, machen einige Bemerkungen aus der Vorbereitungsphase deutlich. Man ging davon aus, daß die Welt der Produktion vereinheitliche, selbst wenn die Politik trenne, und die Internationalisierung ideologische Unterschiede einebene. Doch fürchtet man, die internationalistische Ideologie münde nicht in eine international gültige Ideologie. Ziel sei die Humanisierung der westlichen Gesellschaft, da die sozialistische Gesellschaft den menschlichen Hunger nach individueller Menschlichkeit nicht stille. Die Forderung zielte nicht auf einen Weltstaat, sondern mit Hilfe des Bündnissystems auf die langsame Evolution einer Weltordnung hin.

für
Konferenz
genutzt.

In Genf selbst stellte Vissert Hooft gleich zu Beginn die Weichen. Zwar erkannte er an, daß der Begriff der verantwortlichen Gesellschaft zu oft im Licht einer spezifisch westlich-demokratischen und -parlamentarischen Tradition interpretiert wurde, was aber kein Grund sei, ihn aufzugeben. Man müsse ihn lediglich neu exegisieren. Eine der beiden neuen Dimensionen dieses Begriffes sei die einer "verantwortlichen Weltgesellschaft", in der jede Nation sich für das Wohl aller anderen verantwortlich fühlen müsse. Die Sektionsberichte gingen weiter davon aus, daß die verschiedenen Gesellschaftssysteme sich offenbar aufeinander zubewegten. Allerdings ist schon die Warnung zu hören, daß dies alles Phrasen blieben, solange die Ungleichheit in der Welt wachse. Es wurde bedauert, daß es keine Weltregierung gebe und diese in voraussehbarer Zeit auch nicht geben werde. Alle Nationen wurden aufgefordert, auf eine künftige Weltordnung verstärkt hinzuarbeiten. Genf's Impulse wurden von den verschiedensten Ebenen aufgenommen. Als Beispiel sei hier nur ein Aufsatz Johannes Althausens genannt, der das Problem einer "kommenden Weltgemeinschaft" unter dem Blickwinkel der Mission anging. Die wachsende Interdependenz führe dazu, daß internationale Vereinbarungen und Organisationen in steigendem Maße an Bedeutung zunähmen. Davon würde auch das kirchliche Handeln berührt. Die Kirche müsse vielfältige Dolmetscher- und Vermittlungsdienste übernehmen, sie müsse Strukturen schaffen helfen, die eine sinnvolle Regelung für Frieden und Gerechtigkeit garantierten. Für Christen aber hieße das, Parteinahme für die Dritte Welt, wobei die Missionen als natürliches Bindeglied neu ins Rampenlicht gerieten.

6. H.P. Schmidt versucht für das Thema "Weltfrieden und Revolution" den hebräischen Begriff des "Schalom" fruchtbar zu machen. Sich dafür einzusetzen, daß Gerechtigkeit herrsche, daß keiner mit den ihm anvertrauten Gaben eigenwillige Geschäfte betreibe, daß ein Rechtsstreit geführt würde, in dem alle bestehenden Herrschaftsverhältnisse relativiert würden, das sei Schalom. "Schalom ist weder ein religiöses Sondergut noch eine allgemeine politische Ordnungsvorstellung, sondern eher schop so etwas wie eine Experimentier- und Weg-Gemeinschaft, in der Menschen unterwegs sind und bleiben, um verheißenen Lebensmöglichkeiten nachzukommen und sie allen zugute kommen zu lassen."⁴

7. O.C. Thomas geht davon aus, daß bisher ein zu großer Teil der Aufmerksamkeit auf die technologischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte des Problems der Weltgemeinschaft gerichtet worden wären. Er spricht lediglich von einer interdependenten Weltgesellschaft, bedroht

von politischer Uneinigkeit und der Gefahr eines Atomkrieges, die verzweifelt nach Maßstäben einer Weltgemeinschaft sucht um zu überleben. Das könne nur erreicht werden durch ein vermehrtes Interesse an den kulturellen, ideologischen und religiösen Dimensionen. Er warnt vor der westlichen Arroganz, andere Völker müßten die Probleme der Weltgemeinschaft auf dem gleichen Wege lösen und verstehen, wie die westlichen es täten. Als entscheidend für die Lösung dieses Problems sieht er die Beziehungen zwischen den großen Weltreligionen, weit weniger die ideologischen Unterschiede an.

Quelle auf Seite

Auch Carl Ordnung ist der Meinung, daß der Mangel des Verständnisses von Weltgemeinschaft darin bestünde, einen zu großen Akzent auf die technisch-wissenschaftliche Entwicklung gelegt und die Frage nach der Gesellschaftsstruktur ausgeklammert zu haben. Die Entwicklung stünde nicht im Zeichen von Konvergenz, sondern von Divergenz. Daher scheint ihm der Begriff Weltgemeinschaft, den er gleichbedeutend mit dem der Weltgesellschaft gebraucht, nicht geeignet, diesen Sachverhalt auszudrücken. Die Bedrohung eines modernen Kernwaffenkrieges habe uns alle nur zu einer Schicksalsgemeinschaft werden lassen, innerhalb derer die weltweite Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit friedlichen Mitteln (friedliche Koexistenz) zu führen sei. Für ihn kann sich eine umfassende Weltgemeinschaft als Ergebnis dieser Auseinandersetzung in der Zukunft nur unter sozialistischem Vorzeichen entwickeln.

2. Nachdem die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Bristol 1967 die Frage gestellt hatte: "Worin besteht die Rolle der Kirche im Blick auf Gottes Absicht, die Welt zu einen?", legte sie zwei Jahre später ein Studiendokument mit dem Titel "Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit" vor.

Es ist hervorzuheben, daß eine gründliche exegetische Vorarbeit den Anfang dieses Studiendokumentes bildet. Die Aussage, daß das menschliche Geschlecht eine Einheit bilde, sei im biblischen Zeugnis tief verankert. Dabei wird die wichtige Feststellung in den den weitaus größeren Anteil an dem Dokument habenden systematisch-theologischen Überlegungen getroffen, daß die Menschheit nicht von vornherein eins sei, sondern daß das erst durch ihre gemeinsame Geschichte und durch immer umfassendere Interaktion geschehe. Die gegenwärtige Interdependenz könne als Etappe auf dem Weg der Selbstzerstörung angesehen werden nicht aber als Vorstufe des sich vollendenden Ziels allgemeiner menschlicher Gemeinschaft. Allerdings wird betont, daß Zukunft aus Verantwortung zu planen sei, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Zu-

sammengehörigkeit der Menschen als e i n e r ⁵ "weltbürgerlichen Gesellschaft". Einheit wird nicht einfach als Gleichheit gesehen, sondern als Zuordnung der Verschiedenheiten in der Gemeinschaft.

Aus der nunmehr einsetzenden Diskussion nur zwei Stimmen. Josef Smolik verweist darauf, daß das kirchliche und weltliche Denken über Katholizität an einer gefährlichen Abstraktheit leide. Es könne sich nicht um eine utopisch aufgefaßte Weltbruderschaft handeln als einer Summe von Menschen, Völkern, Kulturen und Traditionen, sondern nur als geschichtlicher Prozeß verstanden werden. Ans van der Bent stellt fest, daß bisher weder ökumenische noch kosmopolitische Versuche zum Verständnis der potentiellen Einheit mehr als eine sich dahinschleppende Erfolgchance gehabt hätten. Er fordert, daß christliche Ökumene und Weltbürgertum auf unterster Ebene experimentell vorangetrieben werden müsse. Dabei gehöre die Einheit der Kirche mit der der Menschheit dynamisch und dialektisch zusammen.

Auf der Sitzung von Glaube und Kirchenverfassung in Löwen 1971 wurde die Einheit in der Vielfalt immer wieder zum Richtpunkt aller Diskussion. Gemeinschaft umschließen auch die Anerkennung von Verschiedenheit, einschließlich der Verschiedenheit von Interessen und von Macht. Deutlicher als in dem Studiendokument von 1969 wird darauf hingewiesen, daß Gemeinschaftsbildung und Beziehungen zwischen den Nationen eine Sache von Strukturen und nicht nur eine von Gerechtigkeit und Macht losgelöster Liebe wäre. Gemeinschaft ließe sich nicht durch einen bloßen verfassungsgebenden Prozeß schaffen.

Im Januar 1973 wurde ein überarbeitetes Studiendokument "Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit" vorgelegt. Hier wird von einer auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Weltgemeinschaft gesprochen. Es wird festgestellt, daß wachsende Interdependenz die Menschen nicht nur enger zusammengeführt habe. Das Bemühen um die Einheit der Menschheit treffe sich mit der Suche nach den Bedingungen des Weltfriedens. Für den Bau von Gemeinschaft sei die gemeinsame Anteilhabe an der Macht die entscheidende Bedingung. Die Kirchen müßten sich bei dieser Auseinandersetzung um die Frage der Macht auf die Seite derer stellen, die Freiheit und Gleichheit in einer gerechten Weltordnung erstrebten. Somit werde wahre Einheit der Menschheit nur aus einer radikalen Trennung hervorgehen.

9. Das Ökumenische Institut in Straßbourg ging davon aus, viele Christen seien durch das Wachsen des sogenannten säkularen Ökumenismus - eines weitverbreiteten Gefühls unter Menschen aller Rassen, die Menschheitsfamilie sei eine - zu der Auffassung gekommen, die vorrangigste Aufgabe unserer Zeit sei es, die Einheit der Menschheit und nicht

die der Kirche zu verwirklichen. Der Christ mühe sich um die Einheit der Menschheit, die ihre Grundlage in Gottes Schöpfung und ihre Hoffnung auf Erfüllung in der in Jesus Christus begonnen neuen Menschheit habe, indem er nach einer gemeinsamen Basis der Zusammenarbeit zwischen Kräften suche, die sich sonst ideologisch als Gegner gegenüberstünden.

10. Das jüngste Programm des ÖRK ist das des Dialogs mit Menschen anderer Religionen und Ideologien. Dieser Dialog, so wurde etwa in der Konsultation in Zürich 1971 festgestellt, sei dringend notwendig, da alle Menschen bei der Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und einer hoffnungsvollen Zukunft gleichen Notwendigkeiten unterworfen seien und alle sich mit der Herausforderung auseinandersetzen müßten, eine gemeinsame Menschheitsfamilie anzustreben. Dialog habe das Ziel, die Liebe, die gegenseitig verändere, zum Ausdruck zu bringen, die allein Wahrheit schöpferisch mache. Die Kirche habe im Namen Jesu Christi der Bildung einer Weltgemeinschaft zu dienen. Ziel sei also, eine Weltgemeinschaft anzustreben, wozu uns die augenblicklichen Lebensbedingungen auf der Erde ohnehin zwingen, in der Menschen miteinander leben und handeln können.

Im Kontext dieses Dialogprogrammes traf sich 1970 und 1972, im März und Dezember, eine Gruppe jüdischer und christlicher Theologen. Sie verhandelten die Frage, ob es möglich sei, eine Weltgemeinschaft zu schaffen, die ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden gewährleiste. Weltgemeinschaft sei dabei nicht zu verstehen als imposante Gleichförmigkeit durch die ganze Welt, weder ideologisch, kulturell, politisch noch religiös. Weltgemeinschaft meine nicht das bloße Aufeinanderangewiesensein von Völkern und Nationen. Es handele sich um keine perfekte Gesellschaft, sondern einen lebensfähigen Weg des Abwägens der Möglichkeiten und der Verantwortlichkeiten der menschlichen Existenz. Von der Weltgemeinschaft sei als von einem naheliegenden Ziel zu sprechen. Weltgemeinschaft müsse sich verstehen als eine Gemeinschaft der Gemeinschaften, die dem menschlichen Leben die Identität wiedergebe.

11. Die marxistisch-leninistische Seite hat gegen den Gedanken einer Weltgemeinschaft hauptsächlich zwei Einwände anzubringen. Erstens wendet man sich gegen die Behauptung, daß sich das kapitalistische und das sozialistische Gesellschaftssystem nach einem mehr oder weniger langen, aber stetigem Annäherungsprozeß (Konvergenz) eine sogenannte "einheitliche oder moderne Industriegesellschaft" entspre. Es handle sich allenfalls um Gemeinsamkeiten in Verfahrensweisen, Methoden

und Techniken, nicht aber um konvergente Prozesse.

Zum anderen sieht man in der Gründung einer "Weltgemeinschaft" oder der "Gemeinschaft der entwickelten Länder" sowie der Errichtung einer "Weltordnung" als den Produkten spätbürgerlicher Philosophen lediglich einen neuen Versuch der USA, ihre Führungsrolle in der Weltpolitik zurückzuerobern, also eine Restauration der Idee der "Pax Americana". Es handele sich dabei um eine abgeschlossene Struktur der Gemeinschaft der kapitalistischen Länder, die die sozialistischen Länder ausschließe, es sei denn, sie würden dem Sozialismus absagen. Doch richte sich die "Weltgemeinschaft" daneben auch gegen die eigenen Verbündeten der USA.

Zwar habe die wissenschaftlich-technische Revolution tatsächlich objektive Möglichkeiten dafür geschaffen, daß die Menschen aller Länder und Kontinente einander näher kämen. Doch wird die Einheit der Menschheit als Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses erwartet, der durch Klassenkampf und Revolution schließlich zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft führen werde.

Weltgemeinschaft, das ist das Thema nicht erst der letzten 10 oder 15 Jahre. Der Begriff selbst ist nahezu schon zwei Jahrhunderte alt und noch viel weiter zurück hat es schon immer Utopien einer die ganze bewohnte Welt (=Oikoumene) umfassenden Menschheitsfamilie gegeben.

Es sollte deutlich geworden sein, daß sowohl die Terminologie als auch die Vorstellungsinhalte mehr oder weniger divergieren, je von welchem Standpunkt und welcher Position aus dieses Thema aufgegriffen wird. Ob nun aber Weltgemeinschaft, Weltgesellschaft, Schicksalsgemeinschaft, Weltbruderschaft, Weltordnung, Weltstaat und Weltregierung gesagt wird und von wem auch immer, um eines wissen alle, daß die wachsende Interdependenz der Völker nach einer Lösung im Weltmaßstab verlangt, wie immer diese gedacht ist. Es ist ein Prozeß, an dessen allerersten Anfängen wir stehen.

Es ist unmöglich, den Prozeß der Entstehung einer Weltgemeinschaft in statisch-ontologischen Kategorien auszudrücken. Für das Verständnis der Einheit der Welt kann letztlich nur die Anthropologie den Schlüssel liefern, werden mit ihr schließlich auch für Strukturfragen entscheidende Vorbedingungen geklärt. Die Einheit der Menschheit in der Vielfalt und Unterschiedenheit ist nur im Werden erfaßbar, das die seinen Fortschritt bedingenden Gesetze übersteigt und verwandelt, mit hin nur in einem offenen Prozeß.

Das Bemühen um die Schaffung einer Weltgemeinschaft ist untrennbar

früher
früher -
? !
Gosner
Mission

verbunden mit der Suche nach den Bedingungen des Weltfriedens. Christlicher Glaube findet den letzten Zugang zum Sinn des Lebens und der Geschichte in Christus. Er weiß um die ständigen Widersprüche in die die Geschichte auch auf der höchsten Stufe menschlicher Leistung verstrickt ist, er weiß aber auch um die ständige Offenbarung einer göttlichen Gnade und sich deswegen auf die Seite der Unterdrückten und Entrechteten gestellt. Was bleibt, ist die Frage, wie dieses Wissen für das Bemühen um die Erreichung einer Weltgemeinschaft mit den verschiedensten Menschen in den unterschiedlichsten Situationen und von auseinandergehendsten politischen und religiösen Anschauungen je in der konkreten Existenz zum Wohl des Ganzen fruchtbar gemacht werden kann?

Anmerkungen

1 = A. Deißmann, S. 123

2 = Reinhold Niebuhr, S. 121

3 = "Nachdem die westliche Expansion einmal zum Halten gebracht wurde, bedeutet die Art und Weise, wie der Westen dem Ruf, für neue Gesellschaftsformen in der außerwestlichen Welt mitzukämpfen, gefolgt ist, in der Tat ein bemerkenswertes Zeugnis für jenes Zusammengehörigkeitsgefühl." - M. M. Thomas, S. 29

4 = H. P. Schmidt, S. 206

5 = Hervorhebung im Originaltext, Einheit 1969, S. 94

Wäre es, wenn man einen zentralen Punkt findet?

Diskussionsgrundlage

Ausgangs- und Zielpunkt folgender Überlegungen muß sein, was unter dem Begriff Weltgemeinschaft verstanden und wie eine solche zu erreichen sein wird. Es wird ein sowohl voraussetzender wie vermittelnder Klärungsprozeß sein, in den sich hineinzubegeben unsere Aufgabe ist. Dabei bedürfen besonders folgende Problemkreise unsere Aufmerksamkeit und Beachtung.

I. Es scheint einen untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Erreichen des Zieles einer, wie auch immer gearteten, Weltgemeinschaft und der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Weltfriedens zu geben!

- a) Welche Rolle spielt die Frage der Gewalt und der Macht bei dem Ziel einer anzustrebenden Weltgemeinschaft und genügt allein eine Veränderung der Sozialstruktur?
- b) Was bedeutet eine Politik der friedlichen Koexistenz, als der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit friedlichen Mitteln, bei der immer deutlicher werdenden Interdependenz, besonders etwa auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung, der Energie- und Rohstoffwirtschaft oder ^{der} beiderseitigen Abrüstung?

II. Das Problem der Weltgemeinschaft berührt deutlich auch weltanschauliche und gesellschaftspolitische Fragen, die weit stärker als bisher unsere Beachtung verlangen!

- a) Welche Funktion hat der Staat bei der Schaffung einer Weltgemeinschaft, wird er Instrument oder Gefahr?
- b) Welchen Stellenwert besitzen eine Reihe von Ähnlichkeiten in beiden Weltsystemen, bedingt durch die produktionstechnische Struktur, für die Weltgemeinschaft? Kommt ihnen die Eigenschaft konvergenter Prozesse zu, d.h., entwickeln sie sich aufeinander zu oder üben sie lediglich in Analogie ihre Funktion im Rahmen ganz unterschiedlicher Gesamtsysteme aus und dienen sie damit ganz unterschiedlichen Zielfunktionen?

III. Christlicher Glaube geht immer wieder davon aus, daß ein fester dialektischer Zusammenhang zwischen der Schaffung der Einheit der Kirche und der der Menschheit besteht und muß deshalb in jeder Situation neu durchdenken, was das bedeutet!

- a) Was heißt es für die Kirche, von ihrer eigenen Einheit in der Vielfalt zu sprechen und welche Relevanz besitzt dies für die Schaffung einer Weltgemeinschaft?

b) Welche Rolle kann der Dialog von Christen mit anderen Religionen und Ideologien bei der Überwindung bestehender Schwierigkeiten für die Erreichung einer Weltgemeinschaft spielen?

- Althausen, Johannes, Die Mission als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft, Berlin 1968 (maschinenschriftl. vervielfältigt)
- Altner, Günter, Die Einheit der Menschheit aus biologisch-anthropologischer Sicht. Eine Stellungnahme zum Studiendokument "Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit" in: Una Sancta - Zeitschrift für ökumenische Begegnung, Meitingen 1970, 3, S. 277-285
- Appel an die Kirchen der Welt. Dokumente der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft, Stuttgart/Berlin 1967
- Bahr, Hans-Eckehard, Weltfrieden und Revolution. Neun politisch-theologische Analysen, Hamburg 1968
- Bent, Ans van der, Kirche und Menschheit - eine dynamische Einheit in: idoc-international, Rom 1971, Dokumentation 11
- Deißmann, Adolf, Die Stockholmer Weltkirchenkonferenz. Vorgeschichte, Dienst und Arbeit der Weltkonferenz für Praktisches Christentum, Berlin 1926
- Die Kirche als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft, Stuttgart/Berlin 1966
- Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan. Ökumenische Studien - durchgeführt unter den Auspizien des Ökumenischen Rates der Kirchen und herausgegeben von der Studienkommission des Ökumenischen Rates in Genf, Band 1-6, Tübingen/Stuttgart 1948
- Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit. Ein Studiendokument der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in: Ökumenische Rundschau, Stuttgart 1970, 1, S. 82-104
- Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit, ÖRK-Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, Genf 1973 (maschinenschriftl. vervielfältigt)
- Kunina, A., Das USA-Diktat unter der Maske der "Weltgemeinschaft" in: Neues Deutschland, Berlin 26 (1971), 14. Juni 1971, S. 4
- Margull, Hans Jochen/Samartha, Stanley J., Dialog mit anderen Religionen. Material aus der ökumenischen Bewegung, Frankfurt am Main 1972
- Meißner, Herbert, Konvergenztheorie und Realität, Berlin 1969
- Montreal 1963. Bericht der vierten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung Montreal, 12.-26. Juli 1963, Herausgegeben von P.C. Rodger und Lukas Vischer, Genf 1963
- Müller, Reinhardt, Walter Rauschenbusch. Ein Beitrag zur Begegnung des deutschen und amerikanischen Protestantismus, Leiden/Köln 1957
- New Directions in Faith and Order, Bristol 1967
- Niebuhr, Reinhold, Jenseits der Tragödie. Betrachtungen zur christlichen

- Deutung der Geschichte, München 1947
- Niebuhr, Reinhold, Die Kinder des Lichts und die Kinder der Finsternis. Eine Rechtfertigung der Demokratie und eine Kritik ihrer herkömmlichen Verteidigung, München 1947
- Niebuhr, Richard H., Der Gedanke des Gottesreiches im amerikanischen Christentum, New York 1948
- Ordnung, Carl, Was meinen wir, wenn wir heute von "Weltgemeinschaft" reden?, Ökumenisches Institut, Berlin 12.11.1970 (maschinenschriftl. vervielfältigt)
- Raiser, Conrad, Löwen 1971. Studienberichte und Dokumente der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 18/19, Stuttgart (ohne Jahreszahlangebe)
- Säkular-Ökumenismus, Ausgearbeitet vom Institut für Ökumenische Forschung Strasbourg, Frankreich, Strasbourg 1970 (maschinenschriftl. vervielfältigt)
- Smolik, Josef, Weltliche und kirchliche Katholizität in: Ökumenische Rundschau, Stuttgart 19 (1970), 2 (April 1970), S. 214-216 ¹⁸⁷⁻¹⁸⁷
- Supranationalität. Bericht über eine Diskussion in der "International Review of Mission" 1919, Berlin 1966 (maschinenschriftl. vervielfältigt)
- The Quest for World Community - Jewish and Christian Perspectives in: The Ecumenical Review, Genf 1973, 2, S. 214-216
- Thomas, Madathilparampil M., Die Welt, in der wir Christus predigen in: In sechs Kontinenten. Dokumente der Weltmissionskonferenz Mexiko 1963, Stuttgart 1964
- Thomas, Owen C., Attitudes toward other Religions. Some christian Interpretations, London 1969
- Zentralausschuß Genf 1973. Bericht des Vorbereitungsausschusses I für die Vollversammlung Djakarta 1975, Ökumenisch-missionarisches Amt Berlin, Berlin 1973 (maschinenschriftl. vervielfältigt)

Konziliarität im Prozeß

Ein Pfarrer, der seine Gemeinde "zusammenhält", treibt ökumenische Theologie. Er kann man fragen, ob man das als Kern des Auftrags des Pfarrers bezeichnen kann. Aber es ist - wie ich meine - sachgemäß, wenn der leitende Hauptamtliche Mitarbeiter einer Gemeinde sich um Überblick und das Kennen des Ganzen bemüht, was in der Gemeinde geschieht. Ich würde sein Amt zwar nicht gern mit dem eines Schafhirten vergleichen. Aber es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß er entscheidend viel mit der Einheit der Gemeinde zu tun hat.

Die Einheit der Gemeinde macht uns immer mehr auch auf der Ortsebene Sorgen. Theologische Polarisationen, besonders an den gesellschaftlichen Auftrag der Kirche, erhebliche Unterschiede oder gar Spannungen zwischen Jung und Alt, hier und da vielleicht auch noch die Verhältnisse von Laien und kirchlichen Mitarbeitern und was man sonst noch nennen könnte, schaffen Probleme, die man fast in jeder Gemeinde antrifft. Für manche Pfarrer sind sie eine ständige Herkulesaufgabe, anderer hat es vielleicht sogar schon aufgegeben und sich selbst einer der Gruppen angeschlossen.

Durch die Entwicklung zu einer Regionalkirche gibt es zusätzliche Komplikationen. Es soll eine geben, in deren die Zahl der Christen einfach zu klein ist, um sich nicht mehr von einer Gemeinde zu trennen. Um andere zu treffen und die Gemeinschaft zu pflegen, müssen größere Distanzen überwunden werden. Das ist ungesund, kostet Geld und ist manchmal auch aus anderen Gründen (Zeit, Krankheit) nicht möglich. Wo aber soll der Sinn für die Familie Gottes entstehen, wenn man nicht zusammenkommt? Bestehende Organe der Kirchen bemühen sich um eine Verbesserung. Sie versuchen, wenigstens die vorläufigen Voraussetzungen für größere Gemeindevorgänge zu schaffen. Woran liegt es, daß sie dabei so viel Kritik erfahren? Vielleicht haben sie das Pferd von hinten aufgezäumt, aber wie wird der Entwicklung nachgeholfen? Rechnung gefordert? Das scheint mir eine Frage der ökumenischen Theologie zu sein. Was für kohärente Faktoren sind auszuspielen? Was hindert die Entstehung neuer Regionalgemeinden - wie lokalisieren möchte - ?

These 1: Die ekklesiologische Bedeutung der ökumenischen Theologie ist dadurch gegeben, daß sie nach den kohärenten Faktoren der Kirche fragt. Die Gefährdungen, denen die Einheit der Kirchen ausgesetzt ist, sind uns heute auf allen Ebenen kirchlichen Lebens wieder neu bewußt geworden. Ökumenisch-theologische Reflexionen sind wieder dringend geworden.

Wenn in folgenden auf dem Hintergrund dieser Beobachtungen einige Erkenntnisse aus der ekklesiologischen Debatte der ökumenischen Bewegung der letzten Jahre wiedergegeben werden sollen, so geschieht das in der Erwartung, daß diese auf die Einheitsfragen in der Ortsgemeinde anwendbar sind. Spricht man doch in der ökumenischen Debatte von "der local-Church". Jede Ortsgemeinde ist die ganze Kirche. Nach unseren Beobachtungen ist jedenfalls hinsichtlich der Einheit der Kirche die Problematik überall ähnlich.

These 2: Das ökumenische ekklesiologische Gespräch hat sich in den letzten Jahren um drei Grundfragen konzentriert:

- 2.1 Wie ist Katholizität am Ort zu verwirklichen? Wie korrespondieren lokale, regionale und weltweite Fragen der Einheit der Kirche?
- 2.2 Welche Menschheitsaspekte sind in der Frage nach der Einheit der Kirche gegeben, und wie sind sie zu berücksichtigen? Was ist das Verhältnis von Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit?
- 2.3 Welche ökumenischen Prozesse sind zur Verwirklichung der Einheit der Kirche besonders nötig? Gibt es eine funktionale Ekklesiologie?

Zu 2.1: Das ist die Spannung zwischen der 3. und der 4. Vollversammlung des ÖRK. 1961 hat man in Neu-Delhi über Einheit der Christen "alle an einem Ort" nachgedacht. Das war - mehr oder weniger - stimuliert von den ökumenischen Aktivitäten der vierziger und fünfziger Jahre, oder anders gesagt, es war die Frucht der Erfahrungen, die Jugend- und Laienbewegung nach dem 2. Weltkrieg gemacht hatten. Sicher sind auch Erkenntnisse des Kirchenkampfes in Deutschland eingeflossen, deren gemeindebezogene Theologie für uns so selbstverständlich ist, daß wir Neu-Delhi ganz natürlich finden. Nur was an Ort bewährt wird, ist relevant. Nur wenn wir von der Einheit am Ort sprechen, sind wir beim Kern der ökumenischen Bewegung.

Auf der 4. Vollversammlung 1968 in Uppsala hat man dagegen den universalen Aspekt der Einheit der Kirche betont. Das geschah nicht zuletzt auf Grund kritischer Anfragen von Seiten der katholischen und katholisch strukturierten Kirchen. Katholisch heißt aber vor allem auch universal. Der Sektionsbericht I der Versammlung zeigt allerdings noch ein anderes Motiv für den neuen Akzent: Das wach-

rende Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, internationale und universale Entwicklungen zu einer Weltgemeinschaft. Angesichts dieser Fakten müssen die Kirchen sagen und zeigen, und zwar auf der internationalen Gesprächsebene, wie sie das Wort für die Welt verkündigen. Was heißt Katholizität der Kirche angesichts der "Säkularen Katholizitäten", so fragte Uppsala. Lokale Aspekte und universale Aspekte, beides ist richtig. Und beides gehört zusammen. Aber eben das scheint nicht selbstverständlich zu sein. Es soll ja verkommen, daß sie gegeneinander ausgespielt werden. Zwischen Neu-Delhi und Uppsala liegt eine Spannung. Diese gibt es auch bei uns. Vielleicht ist es nur eine Frage der angemessenen Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens. Aber vielleicht haben wir die Sache noch nicht ganz durchdacht. Für die Debatte in der ökumenischen Bewegung ist die Frage jedenfalls noch nicht ausreichend beantwortet: Was ist Katholizität vertikal gesehen? Hier werden die nächsten Jahre Antworten geben müssen.

Zu 2.2: Von 1968 bis 1971 hat Glaube und Kirchenverfassung eine Studie über das Thema "Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit" durchgeführt. Nach anfänglichem Optimismus ist man am Ende etwas festgefahren. Es gibt bis heute nur einen vorläufigen Abschlußbericht. Und der ist seinerseits voller offener Fragen. Das einzige Ergebnis ist folgendes: Die im biblischen Bericht von Schöpfung, Erlösung und Vollendung des Menschen angelegte Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität zwischen Kirche und Menschheit läßt sich im interkonfessionellen Gespräch zur Zeit nicht auf eine allgemeinverständliche Formel bringen. Aber sie muß je in verschiedenen Situationen bewährt und bezeugt werden.

Machen wir doch einmal die Probe aufs Exempel. Wenn wir in unsern Predigten von Menschheit sprechen, werden die wohlgeisten von uns einen neutralen, lediglich beschreibenden Begriff verwenden. Der konkret denkende Mensch unserer Tage hat im Zusammenhang mit ihm die Bilder vor Augen, die ihm das Fernsehen täglich ins Haus bringt. Er sieht den arbeitenden, vorwärts strebenden, optimistischen Menschen, aber eben auch den sich bekämpfenden, den geknechteten, den leidenden. Er hört den Ruf nach Befreiung und den nach Frieden ebenso wie den nach Ruhe und Glück. Menschheit können wir nicht sagen, oh ne von Menschsein zu reden. Und darum sind die Menschheitspro-

blems unsere eigenen Probleme. Wenn wir etwa vom Frieden reden: Was ist Dienst für den Frieden ohne Frieden mit den Nachbarn? Oder anders gesagt: Was die Gemeinschaft bei uns fördert, hat für das Ganze seine Bedeutung. Wo wir Einheit der Kirche bewahren, geschieht etwas für die Einheit der Menschheit.

Die abschließende Konsultation 1971 in Löwen, an der übrigens Bischof Krusche teilgenommen hat, hat so etwas wie eine "interkontextuelle Methode" entdeckt. D.h. man konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Kirche als "gläubige Menschheit" zum Kontext Menschheit gehört, ebenso wie die Menschheit Text für die Kirche ist.

Zu 2.3: Die beiden erstgenannten Fragen sind bis zu einem gewissen Grade offen geblieben. Ähnlich sieht es in der Praxis aus. Sowohl auf dem Felde der Kirchenunionsverhandlungen als auch im Bereich der nationalen ökumenischen Bewegungen mußte man in den letzten Jahren eine gewisse Stagnation feststellen, vielleicht sagt man lieber Ratlosigkeit. Umso mehr traten solche Experimente in den Vordergrund oder wurden die Ideen besonders stark diskutiert, die mit einem gewissen Teile folg weiterführten. Zwei seien an dieser Stelle hervorheben.

2.3.1: Die "Konsultation zur Kirchenvereinigung" in den USA (CoCa) hat sich davon abgewandt, den Plan einer Union auszuarbeiten. Sie nennt ihr Ziel "Church of Christ Uniting", d.h.: "die sich vereinigende Kirche Christi", übrigens auch CoCu. 1962 hatten zunächst zwei der größten amerikanischen Denominationen Unionsverhandlungen begonnen. Anlaß war die berühmt gewordene Predigt Eugen Carson Blake's, des späteren Generalsekretärs des ÖRK, aus dem Jahre 1961, in der er die Vision einer wahrhaft katholischen, wahrhaft evangelischen und wahrhaft reformierten Kirche beschrieb. Die beiden großen Kirchen, die daraufhin Unionsgespräche begannen, waren bald nicht mehr allein. Schon nach kurzer Zeit hatten insgesamt 10 Kirchen ihre Mitarbeit zugesagt. Nach vier Jahren fand man eine gemeinsame theologische Basis. Dann folgten die Strukturfragen. 1970 konnte ein ausführliches Dokument veröffentlicht werden, das auf der Grundlage der gemeinsamen theologischen Erkenntnisse die Gestalt der neuen Kirche beschrieb. Es hieß "ein Plan zur Vereinigung", der Untertitel "Church of Christ Uniting". Das Echo auf diesen Plan war zunächst negativ. Inzwischen scheint die Entwicklung wieder eine positive

Wendung genommen zu haben. Alle Beobachter bestätigen einmütig, daß dies im wesentlichen wegen des konsequenten Festhaltens der Initiatoren am Prinzip der prozessualen Union geschehen konnte, d.h. in diesem Fall eines Prozesses von der Gemeinde zur regionalen und nationalen Ebene.

Der kulturelle und historische Hintergrund dieser Ereignisse darf nicht unberücksichtigt bleiben. Jeder Amerikaner denkt kongregationalistisch. Die Väter aus der Pionierzeit haben eine bis heute lebendige Tradition begründet. Die überschaubare Gruppe, die Gemeinde als gesellschaftliche Grundstruktur ist nicht nur Basis jeder Kirchenordnung, in gewisser Weise sogar in den episkopal organisierten Denominationen, sondern sie ist vor allem im Bewußtsein des einzelnen Christen Ort und Bereich seiner aktiven verantwortlichen Mitarbeit an dem, was Kirche ist. Darauf haben die Anguren des CoCa-Planes Rücksicht genommen. Als die Widerstände durch den starken Willen der Ortsgemeinde wuchsen, haben sie zurückgefragt, ob und wie Einheit der Kirche bei ihnen verwirklicht wird. Sie haben die übergemeindlichen Pläne zurückgestellt, bis deutlich wurde, was gemeindlich geschieht.

Da allerdings zeigte sich dann auch sehr bald eine vitale Bereitschaft zur Kirchenvereinigung. Das ist die andere Seite der Sache. Auch hier dürfen wir die amerikanische Kirchengeschichte bemühen. Von Anfang an haben die so individualistisch erscheinenden Einzelgemeinden Bereitschaft zur Zusammenarbeit gezeigt, wo sie nötig erschien. Die Erfahrungen der Geschichte kamen hinzu. Unmittelbar vor Ausbruch der tiefgreifenden Spannungen zwischen Schwarz und Weiß erlebte die amerikanische weiße Gesellschaft sodann eine Periode der Integration, die auch an den Kirchen nicht vorbeiging. Parallel zur Vision Blakes aus dem Jahre 1960 vollzogen sich überall im Lande Kirchenvereinigungen auf Gemeindeebene. Das ist auch noch heute so. Es wird nur durch die Rassenfrage erschwert. Diese allerdings ist sehr gravierend. Auch CoCa wird nur leben, so weit und so lange dies Problem der Einheit am Ort gelöst ist. Die großen Schwierigkeiten brachen 1971/72 in der CoCa auf, weil man sich dieser Tatsache bewußt geworden war. Sie scheinen im Prinzip überwindbar, weil alle Beteiligten sich darauf konzentrieren, den Prozeß der Kirchenvereinigung an der Stelle zu fördern, wo die Entscheidungen eigentlich fallen. Aber damit nicht genug. Wenn die Zeichen nicht trügen, erhält auch der CoCa-Plan mit seinen Vorschlägen für gesamtkirchliche Entwicklungen gerade dadurch seinen Stellenwert

wieder zurück. Seine Beschreibung der vereinigten Großgemeinde, die je am Ort verschiedene Denominationen zusammenbindet, sowie die Darstellung der regionalen und nationalen Funktionsorgane der CoCu, werden wieder am Ort ernst genommen, denn man weiß, daß man sie braucht. Der amerikanische Kongregationalismus ist - wie der Historiograph der großen United Church of Christ in den USA, Hanns Peter Kolling beschreibt - kein independistischer, auf Unabhängigkeit der Gemeinde um jeden Preis bedachter Kongregationalismus, sondern ein "konziliarer Kongregationalismus", d.h. mit dem Ziel, da zusammen zu wirken, wo es der Zogendienst erfordert.

2.3.2: Eine zweite und sehr gescheite Analyse der nationalen ökumenischen Bewegungen hat die Bedeutung und die Geschichte der "Nationalen Christenräte", manchmal auch "ökumenische Räte" genannt, durchsichtig gemacht. Lukas Vischer hat diese Räte auf der abschließenden Konsultation dieser Untersuchung 1971 auf ihren ekklesiologischen Stellenwert hin überprüft. Das Ergebnis ist nicht aufregend. Auch Vischer, der es als der "Cheftheologe" von Glauben und Kirchenverfassung ja wissen muß, kann sie nur als "ekklesiologische Instrumente" bezeichnen, d.h. sie sind nicht selbst Kirche oder kirchenähnlich (ekklesial). Aber in gewissen Situationen haben Instrumente eine unersetzbare Rolle zu spielen. So wie manche chemische Verbindung ohne Katalysator nicht zustande kommt, ist Einheit der Kirche in manchen Situationen nicht ohne einen "Ret" zu bewerkstelligen.

Es wäre interessant, die genannte Untersuchung noch ein wenig genauer zu schildern. Das kann hier nicht geschehen. Wichtig ist nur, daß man seither in der Arbeit des ÖRK mit sehr viel mehr Aufmerksamkeit beobachtet, was regional oder national geschieht, und dabei die Räte-Struktur bewußt als Instrument empfiehlt. Das jüngste Beispiel dafür ist der eben entstandene Westindische Christenrat in der karibischen See, zu dem übrigens zum ersten Mal auch die katholische Kirche als Gründerkirche gehört. Dieser Rat entstand bewußt auf der Basis der verschiedenen Elemente ökumenischer Räte-Strukturen: Gemeinsames Zeugnis in der Mission, gemeinsame Diakonie, gegenseitige Diakonie, Zusammenarbeit bei der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter und, was in Westindien besonders nötig ist, Schaffung eines funktionierenden Kommunikationsnetzes der beteiligten Kirchen zwecks besserer Informationen übereinander und im Blick auf ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl.

7

In der Praxis der ökumenischen Bewegung zeigt sich also, daß in der Ekklesiologie die Instrumente eine wichtige Rolle spielen. Jedenfalls hinsichtlich der Frage nach den kohärenten Faktoren in der Kirche - und damit sind wir wieder bei uns - bedarf es einer gewissenhaften Prüfung der ekklesiologischen Instrumente. Von hier aus führt ein direkter Weg zur

These 3: Im Begriff der "Konziliarität" hat man ein Schlüsselwort gefunden, das die Diskussionen wieder auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Er ist aber vor allem ein praktisches Konzept, das auf allen Ebenen kirchlichen Lebens bedeutsam werden kann und muß. Er hat seine Stärke in der Tatsache, daß er eine "konstante Struktur des Lebens der Kirche" beschreibt und zugleich "auf ein Ergebnis verweist, das eines Tages vielleicht stattfindet."

Konzile sind ein Ausdruck des Willens der Kirchen zur Einheit. Sie haben erneuernde und vorwärtsweisende Wirkungen. In ihnen leuchtet etwas von der Katholikität der Kirche auf. Im Gespräch mit der Orthodoxie war im ÖRK in den sechziger Jahren eine mehrjährige Studie angefertigt worden, in der die alten Konzile der Christenheit untersucht wurden. Vier Merkmale dieser Zusammenkünfte sind auch heute relevant und gehören seither zu den Zielvorstellungen ökumenisch tätiger Theologen: Umfassend, repräsentativ, von der gemeinsamen Eucharistiefeier bestimmt, von den Kirchen rezipiert. Das ist noch nicht die Einheit der Kirchen selbst. Das ist nicht das Endziel ökumenischer Bewegung. Aber es ist ein Teilziel, und ist nicht unerreichbar. Die Aporien und Mißerfolge der ökumenischen Bewegung in den letzten zwanzig Jahren haben manchen mutlos gemacht. War es das Erlebnis des Vatikanischen Konzils mit seinen Folgeerscheinungen, das Ergebnis der eben genannten Studie oder einfach nur die Vision eines Mannes (Lukas Vischer)? In Uppsala wurde es zum ersten Mal ausgesprochen und seitdem mehrfach und immer kräftiger wiederholt: Laßt uns hinarbeiten auf ein großes Konzil..... Uppsala I, 19.....

Für die Ökumeniker ist das ein faszinierender Gedanke. Mancher müder Krieger hat wieder Tritt gefaßt. Interessant wird die Sache aber erst, seit sie auch als Aufgabe jedes Christen und jeder Gemeinde dargestellt wird, und das in einer - wie mir scheint - lebendigen und hilfreichen Weise, von der wir bei uns genauso profitieren können, wie es die Christen in der CoCu vielleicht können oder noch andere. Das geschah, als man den Gedanken an ein "Council" mit der Realität der "councils" verband, als

Abzuge-Nr. 5145

man also sozusagen den sprachlichen Trick anwandte, der in Deutschen nicht nachvollziehbar ist, und "Konziliarität" als eine Bewegung in der Räte-Struktur auf das große Konzil hin definierte.

Damit hatte man einen Schlüsselbegriff gefunden, der auch die offenen Fragen der gesamten Debatte wieder ein Stück voranbringen konnte. In Löwen 1971 entstand das Dokument "Die Konziliarität und die Zukunft der Ökumenischen Bewegung". Es ist ein verhältnismäßig kurzes Papier und gewiß auch nur eine erste Beschreibung dessen, was Konziliarität ist. Aber es eröffnet neue Horizonte. Folgende Grundthesen werden entwickelt:

1. Mit Konziliarität wird alles, was der Einheit der Kirche dient, auf das Ziel eines umfassenden Konzils ausgerichtet.
2. Konziliarität ist eine "konstante Struktur des Lebens der Kirche".
3. Mit "Konziliarität" soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kirche Instrument Gottes für die Verkündigung seines Willens in der Welt ist. Auf der Basis dieser Erkenntnis sind kirchliche Strukturen und Aktivitäten als Instrumente einzusetzen.
4. Konziliarität unterstreicht die Notwendigkeit, die Kirche in ihrer Offenheit zu beschreiben, einer Offenheit gegenüber den erneuernden Wirkungen des Heiligen Geistes, sowie der Offenheit gegenüber der Geschichte und der Umwelt.

(Dreidimensionalität)

"Unter Konziliarität verstehen wir das Zusammenkommen von Christen - örtlich, regional oder weltweit - zu gemeinsamem Gebet, zu Beratung und Entscheidung in dem Glauben, daß der Heilige Geist solche Zusammenkunft für seine eigenen Zwecke der Versöhnung, der Erneuerung und Umgestaltung der Kirche benutzen kann, indem er sie zur Fülle der Wahrheit und der Liebe hinführt."

Bei der Anwendung dieses Schlüssels für die ökumenisch theologische Frage, die uns angesichts der Einheit der Gemeinde am Ort bewegt, werden wir in erster Linie auf die erste Komponente des Begriffs zu achten haben, die das Dokument eine "konstante Struktur des kirchlichen Lebens" nennt. Diese ist nicht ohne die andere Komponente der Ausschau auf das Ziel der konziliaren Versammlung denkbar und öffnet sich damit zu einer Zukunft hin, die schließlich zur Vollendung der Einheit der Christenheit führt. Wie aber sieht das praktisch aus? Man könnte an das Beispiel von Taizé denken, an das Konzil der Jugend. Ausgehend von großen, um Bibel und Gottesdienst, Meditation und seelsorgerliches Gespräch konzentrierte Versammlungen

In Taiwán entsteht eine Bewegung von Gruppen und kleineren Zusammenkünften der Jugend überall in der Welt, die Bekenntnis, Botschaft und Gottesdienst neu lernen und damit zur Erneuerung beitragen. Das ist ein sehr beachtliches Phänomen. Alles ist hier offen und man versucht sich von Anfang an als Impulse gebende erweckende Bewegung. Sie hat konziliaren Charakter. Ihre Arbeitsweise ist natürlich in der Gemeinde zunächst unkopierbar. Aber einiges ist nachdenkenswert. Z.B. wird hier mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet, daß jeder sagen kann, was er zu sagen hat. Repräsentanz ist ein Kennzeichen wahrer Konziliarität. Dazu gehört zugehören die Gegenbewegung der Rezeption. Nur, was alle nachvollziehen, gilt. Von diesem Grundmodell her werden Faktoren wie Hörerbereitschaft, partnerschaftliches Umgang miteinander, Flexibilität, Offenheit und das Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins hervorgehoben. Aber dennoch stellen wir diese Merkmale nebeneinander, mag es immer noch fast utopisch klingen, wenn wir sie auf unsere Gemeindearbeit anwenden wollen. Doch einen Moment sollten wir das aushalten und noch ein wenig prüfen. M. Lange kann uns vielleicht dabei helfen. Er spricht von "Demokratie unter dem Vorbehalt der Geistesgegenwart". Damit hat er die Übernahme demokratischer Umgangsformen und Strukturen für die Gemeinde im Auge, aber eben solche, die in der Erwartung der "Wahrheit der größeren Wahrheit" praktiziert werden. Lassen wir also noch einmal zusammen: Die Gemeinde ist die Grundeinheit für die Einheit der Kirche. Sie lebt darin für das Ganze, daß sie offene Einheit praktiziert. Das geschieht mit dem Ziel der Erneuerung, die der ganzen Welt verhießen ist. Erneuerung und Einheit sind kein Habitus. Wo sie sich jedoch unter uns ereignen, nehmen sie vorweg, was einmal umfassend und vollkommen eintreten wird. Ausgangspunkt und Ziel der Erneuerung und der Einheit umspannen Leben und Handeln der Gemeinde. Diese würde das Leben, ihr Wesen verfälschen, würde sie daraus nicht die Ernte ableiten, ob sie richtig funktioniert. Die Struktur ist die Basis, die funktionsgerecht gestaltet wird. Demokratie scheint den Menschen die am meisten offene und darum der Funktion der Gemeinde am nächsten liegende Form des Zusammenlebens zu sein.

Partnerschaftlichkeit, Mitverantwortung aller bei den Entscheidungen für das Ganze, dialogische Umgangsformen werden hier verwirklicht, d.h. eben gerade die Merkmale der Konziliarität, von

denen oben die Rede war. Die Gemeinschaft lebt in Prozessen. Einheit wird in Vielfalt sichtbar. Das soziologische Modell Demokratie scheint ideal zu sein. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Sie ist uns nicht neu. Über Demokratie in der Kirche ist schon viel geredet und geschrieben worden. An einigen Stellen hat es sogar auch schon Ansätze zur Verwirklichung gegeben, wenn auch viel zu wenig. So weit so gut. Trotzdem muß beachtet werden: Konziliarität ist nicht dasselbe. Das Dokument will nicht eine Fortsetzung der oft schon bis zur Verzweiflung geführten Diskussionen um Demokratie in der Kirche heraufbeschwören. Sie ist Demokratie unter einem Vorbehalt, dem der Geistesgegenwart. Dieser Vorbehalt macht Konziliarität zu dem, was sie ist, und das heißt zu einem ekklesiologischen Konzept mit der Funktion, auf Einheit der Kirche hinzuwirken. Mit ihm soll Demokratie nicht abgewertet werden, sondern überhöht. Es will nicht nur negativ sagen, daß Demokratie eigentlich Unsinn ist, sondern umgekehrt, daß sie erst ihren rechten Stellenwert und ihre Würde bekommt, wenn sie unter dem Vorbehalt der Geistesgegenwart verwirklicht wird. Und darum ist dieser Vorbehalt entscheidendes Kennzeichen der Konziliarität.

These 4: Jede Gemeinde, die "Demokratie mit dem Vorbehalt der Geistesgegenwart" verwirklicht, leistet einen Beitrag zur Konziliarität. In ihr lebt die Kirche prozessual. Einheit ist antizipierte Hoffnung auf das Einessein in Christus. Das Räte-Modell ist die Anwendung dieses Konzeptes in der Gemeindearbeit.

These 5: Der Vorbehalt der Geistesgegenwart kommt darin zum Ausdruck, daß konziliare Existenz

- 5.1 ein Leben im Bezug auf die Eucharistiefeier ist,
- 5.2 ein Leben mit den vielfältigen Gnadengaben ist,
- 5.3 ein Leben im Vollzug der apostolischen Aufgabe ist,
- 5.4 ein Leben der Gemeinschaft im Kontext der Menschengemeinschaft ist.

5.1 Die Eucharistiefeier schafft eine Gemeinschaft auf der Basis von Partnerschaft. Das Lehr gegenüber dem soziologischen Verständnis von Demokratie besteht in der Anwesenheit dessen, der die Teilnehmer verbindet. Ihm gegenüber werden Mehr- und Minderheiten, die die Spannung einer demokratischen Gemeinschaft bestimmen, überholt.

5.2 Die Gnadengaben wirken nach 1.Kor.12 zusammen wie Glieder eines Leibes. Wo sie nicht miteinander spielen, wie es die partnerschaftlichen Spielregeln einer demokratischen Ordnung wollen, funktioniert der Organismus nicht. Und/kommt es bei den Gaben zuerst darauf an, daß der Name Christi geehrt wird, d.h. auf Gehorsam und Wirkung. Gottes Geist lebt durch sie. Demokratie ist vorläufige, vorletzte Funktion. Die letzte ist Gottes Werk durch die Gnadengaben.

/doch

5.3 Mission ist die Aktion der Gemeinde. Sie ist auf Menschen gerichtet. Jede Gemeinschaft, die gut miteinander leben will, hat ein Ziel. Die Gemeinde aber ist nur Instrument der Mission Dei. Darum lebt der Geist Gottes in ihr. Er repräsentiert und bewirkt Gottes Mission, wie er sie durch Generationen bewirkt hat. Das ist mehr als Demokratie.

5.4 Niemand lebt sich selbst. Auch eine Gemeinde weiß, daß sie nicht eine Größe in sich ist. Die Umwelt beeinflußt sie. Und doch eröffnet der Glaube an die Wirksamkeit des Herrn der Geschichte unter den Menschen bei den Christen noch eine andere Sensibilität. Sie weiß, daß ihr Wort und ihre Gestalt, die aus diesem Wort entsteht, nur Text ist, wenn der Kontext der Welt darin zum Klingen kommt. Und ihre Einheit wird nur Einheit, wo sie das Menschsein als einen Menschen für eine Menschheit lebt. Die Einheit der Gemeinde kann nur demokratisch gestaltet werden mit dem Vorbehalt, daß der Geist Gottes dadurch die Einheit der Menschheit verwirklichen, antizipieren will.

In Grunde wäre an dieser Stelle zurückzufragen, ob und wie wir Pneumatologie und Ekklesiologie in der Praxis verbinden. In Blick auf unser Thema Konziliarität sei nur noch einmal das Räte-Modell erwähnt. Räte sind Gruppen, die von unten her organisiert sind. In ihnen wird Bewegung, Revolution, wird ein Prozeß vergesellschaftet. Sie sind Instrument für Mission, Diakonie, Kommunikation, auch für Zusammenarbeit. Sie wollen sich auflösen, wenn ihr Ziel, eine neue Welt, erreicht ist. Aber sie sind auch nicht nur pro Forma. Sie sind mehr als Dienstgruppen und Aktionsgruppen. Sie nehmen an Entscheidungsprozessen teil. Sie entscheiden. Ihre Vollmacht reicht allerdings nur so weit, wie ihre Werke und Aktionen von denen rezipiert werden, die sie gebildet haben. Sie sind voll innerer Dialektik. Sicher ist das der Grund dafür, daß sie so oft nicht funktionieren. Doch ist es auch ihre Chance. In dieser Form kann Demokratie mit dem Vorbehalt der Geistesgegenwart denkbar sein. Die Frage ist nur, ob diejenigen, die sie bilden und benützen, durch sie etwas erwarten, die Einheit nämlich, und zwar als einen "Mehrwort", d.h. die Einheit, die in der Wahrheit des Heile Jesus Christus gegeben ist. Sie werden Räte unter Einsatz der 4 genannten Elemente des Geistvorbehalts bilden.

Das Räte-Modell scheint mir eine brauchbare Vorlage für die Leitungstätigkeit in der Gemeinde zu sein, besonders, wenn wir Instrumente zur Unterstützung der kohärenten Faktoren suchen. Jedenfalls ist es besser, als preußische Verwaltungsstrukturen und hierarchische Ordnungen, oder eine Art des Gemeindelebens, in der der Pastor sich als Garant der Einheit der Gemeinde versteht oder von der Gemeinde dazu gemacht wird. Und das gleiche gilt natürlich für andere "Antsträger" entsprechend in Regionalgemeinden, bei landeskirchlichen Zentralen für ihre Arbeitsweise usw.

These 6: Auf regionaler Ebene haben wir in der DDR die Konziliarität als "prozessuale Kirchengemeinschaft" auf der Basis von Leuenberg im Bund zu verwirklichen. Auch hier werden die genannten 4 Elemente entscheidend sein. Hinzu kommt die Frage der Kommunikation vom Ort zur Region und darüber hinaus.

Konziliarität hat sich auf allen Ebenen kirchlichen Lebens zu vollziehen. Bisher haben wir fast ausschließlich von der Ortsgemeinde geredet. Besonders interessant könnte darüber hinaus die Prüfung

der Verhältnisse im Bund der Evangelischen Kirche in der DDR sein. Fest steht jedenfalls, daß er seinerseits mit der Absicht gegründet worden ist, auf der regionalen - oder sagen wir nationalen Ebene - für die Einheit der Kirche wirksam zu werden. Ja sogar noch mehr - nicht nur die Absicht war deutlich erkennbar. Bewußt hat man bei der Bildung der Institutionen des Bundes Vorbilder aus der ökumenischen Arbeit herangezogen. In einem ist der Bund bisher seiner Intention treu geblieben. Er fördert die Lehrgespräche in der DDR und denkt seit einiger Zeit auch schon in einem Ausschuß über die Folgen der zu erwartenden Lehrübereinkunft nach. Das Zustandekommen der Leuenberger Konkordie hat unmittelbar darauf eingewirkt, ebenso wie umgekehrt die Mitarbeit des Bundes ihre Erarbeitung beeinflusst hat. Wieder versteht man sich als Teil der Ökumenischen Bewegung, wenn man im Rahmen der Anschlußarbeit über die kommende Kirchengemeinschaft von prozessualer Kirchengemeinschaft spricht (so Zeddis in einem sehr beachteten Vortrag vor der lutherischen Generalsynode oder Schönherr neulich in einem Vortrag über "Was bewegt uns in der Ökumenischen Bewegung?"). Es sieht zwar nicht so aus, als sei darüber bereits ein allseitiger Konsensus zustande gekommen. Doch darf das Konzept der Konziliarität in den bisherigen Stadien der Verhandlungen als konstitutiv für den Bund bezeichnet werden.

Fragen kann man an die Praxis stellen. Und ich stehe nicht an, dies mit allem Nachdruck zu tun. Wie wir sahen, ist die Überprüfung der ekklesiologischen Instrumente von wesentlicher Bedeutung für die Verwirklichung der Konziliarität. Ob die Bundes-Instrumente diese Prüfung unter den genannten Kriterien, z.B. der Repräsentanz oder der Rezipierfähigkeit, standhält oder ob man bei ihnen von einer "Demokratie mit dem Vorbehalt der Geistgegenwart", wie wir sie oben so beschreiben versuchten, (Eucharistie, Gnadengaben, Apostolat, Menschengemeinschaft), sprechen kann, ist zumindest anzufragen. Und hier kommt dann hinzu, was etwa am Beispiel der CeCa bereits sichtbar wurde: Auch die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen muß als ekklesiologisches Instrument gebraucht und ausgebaut werden. Auf diesem Gebiet habe ich den Eindruck, daß wir unsere staatsbürokratische oder auch preußische Vergangenheit überhaupt noch nicht überwunden haben. Diese letzte Bemerkung hat uns bereits zu dem Gedanken hingeführt, der als Zusammenfassung am Schluß unserer Ausführungen stehen soll.

Thema 7: Das Räte-Modell und die funktionale Ekklesiologie, die mit "Konziliarität" beschrieben werden, können uns helfen, das "Jahrhundert der Kirche" zu überwinden.

Ernst LANGE hat in seinem sehr empfehlenswerten Buch über die Löwen-Konferenz von "Glauben und Kirchenverfassung" die ökumenische Bewegung als eine Friedensbewegung bezeichnet. Er hat damit die Frage nach der raison d'être des christlichen Glaubens der nach der Kirche vorgeordnet. Was die Menschheit heute brauche, ist Frieden, Schalom. Dieser sei gleichzusetzen mit der Aufgabe, Menschsein gemäß seiner eigentlichen Bestimmung zu verwirklichen. Humanisierung aber werde nur als Ergebnis einer moralischen Imitation, wie er es nennt, erreichbar, die den Menschen von sich aus zu schaffen nicht möglich ist. Hier habe die Kirche eine Sendung für die Menschen, die sie allein wahrnehmen kann. In ihr werde die Bürgerschaft Jesu für den Menschen vergesellschaftet. Da dies aber seinen Bezug in der ganzen bewohnten Erde hat, ist Ökumenizität ein Wesensmerkmal der Kirche, die ihrer raison d'être entsprechend lebt.

"Der Frieden, der Schalom, der in Jesus von Nazareth proklamiert und modelliert ist, ist die einzige raison d'être des Christenglaubens und seiner Vorgesellschaftungen: Wurzel und Grund, Energie, Mandat und Sinn. Eine Kirche, die sich nicht mehr von Schalom her versteht und auf den Schalom konzentriert, ist nicht Kirche, sondern Un-Kirche, was immer sie sonst noch sein mag. Ist aber der Schalom nur noch ökumenisch wahrzunehmen, dann ist damit das Ökumenische zu einem Kriterium für das Kirchesein von Kirche heute erhoben.

Zu lange schon ist das Ökumenische als eine bloße Option der Territorialkirchen, als ein Tätigkeitsbereich unter anderen vergleicht worden. Aus dem Spiel mit der ökumenischen Möglichkeit ist der Ernstfall des Glaubens geworden. Es gibt heute nur eine Aktualisierung für die 4 Kriterien des Glaubensbekenntnisses - Einheit, Heiligkeit, Katholizität, Apostolizität -, und sie heißt: Ökumenizität. Und das ist zugleich die aktuelle Übersetzung für Frieden, für Schalom."

Konziliarität im Prozeß kann uns helfen, Ökumenizität an jedem Ort zu verwirklichen. Sie ist ein Grundbestandteil praktizierter Ekklesiologie heute.

Johannes Althausen

Abzugs-Nr. 5145

"RECHENSCHAFT ÜBER DIE HOFFNUNG, DIE IN UNS IST"

Bemerkungen zu einem neuen Studienprojekt

I. Eine „Einladung

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen beschloß, die Christen in vielen Ländern und Kirchen zur Teilnahme an einem gemeinsamen Unternehmen einzuladen, um zu versuchen, gemeinsam - soweit wir dies vermögen - zu sagen, wie der Glaube und die Hoffnung aussehen, die uns in Christus gegeben sind, das Heil Gottes, das wir in unserem Gottesdienst bekennen und in Wort und Tat zu verkündigen suchen.

Die Erfahrungen, die wir in den vergangenen 45 Jahren seit der ersten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Lausanne gemacht haben, ermutigen uns zu einem solchen Versuch. In dieser Zeit haben wir erfahren, wie die Kraft des Heiligen Geistes getrennte Kirchen zur Gemeinschaft führt. Wir haben viele Lehrunterschiede, die die Kirchen voneinander trennten, in einem neuen Licht gesehen. In vielen Fragen konnte ein weitgehender Konsens erreicht werden. Und auf der Grundlage eines solchen Konsens konnten die Kirchen erklären, daß die früher gegen einander ausgesprochenen Verdammungen nicht länger relevant sind. Die Taufe, die Eucharistie, das Verhältnis von Schrift und Tradition gehören zu den Bereichen, in denen ein weitgehender Konsens gewonnen werden konnte. Auch auf dem Weg zu einem Konsens über das Amt gibt es Fortschritte. Die Kommission hält nun die Zeit für gekommen, zusammen nach einem gemeinsamen Ausdruck des Glaubens zu suchen, den wir haben und zu verkündigen suchen.

(a) Die Fortschritte der letzten 45 Jahre haben eine Situation für uns geschaffen, in der wir nicht reglos verharren können; wir müssen vielmehr zu einer volleren Aussage unseres gemeinsamen Glaubens vorstossen. Bei dem langwierigen und mühseligen Versuch, die zwischen den Kirchen bestehenden Lehrunterschiede zu überwinden, haben wir den jeweils erreichten Stand unseres Fortschritts durch die obenerwähnten "Konsensus-Erklärungen" markieren müssen. Diese Erklärungen haben jedoch zwangsläufig einen gewissen "Minimal"-Charakter. Sie stellen den festen Kern der Übereinkunft dar, aber sie sind bei weitem keine volle Aussage des Evangeliums, das jeder von uns bei der Verkündigung Christi vor der Welt zu vertreten wünscht.

"Ökumenische Theologie" schien darum immer etwas weniger als das volle Evangelium zu sein. Es ist verständlich, daß als Reaktion darauf Stimmen in unseren Mitgliedskirchen laut wurden, die gegen diese scheinbare Verkürzung des Evangeliums protestieren. Wenn uns diese Stimmen auffordern, zu vergangenen Verhältnissen zurückzukehren, oder den Versuch, gemeinsam als Christen zu sprechen, aufzugeben, müssen wir sie zurückweisen. Wenn sie uns aber an unsere Pflicht mahnen,

deutliche und gemeinsame Rechenschaft über unsere Hoffnung in Christus abzulegen, dann müssen wir ihre Herausforderung annehmen. Wir können uns mit dem, was wir an Konsensus bereits erreicht haben, nicht zufrieden geben, wir müssen vielmehr in einer Weise, die die Welt versteht, Auskunft über die uns anvertraute gute Botschaft zu geben versuchen.

(b) "In einer Weise, die die Welt versteht" - hier sind wir mit einem schwierigen Problem konfrontiert.

i. Unsere Welt ist so ganz anders als jene Welt, in der die klassischen Glaubensbekenntnisse und Bekenntnisschriften der Kirche verfaßt wurden. Ihre Sprache - uns in der Kirche so lieb und teuer - ist für die Menschen draußen vielfach unverständlich oder regelrecht irreführend. Die Kirche kann sich der Verpflichtung, ihren Glauben an Christus in jedem neuen Zeitalter neu und in der Sprache dieses Zeitalters zu bekennen versuchen, nicht entziehen.

ii. Damit ist das Problem jedoch erst gestreift. Unsere Welt umschließt eine Vielfalt von Welten, und jede dieser Welten ist von bestimmten Denk- und Erfahrungsstrukturen beherrscht, die in einer Vielfalt von Sprachen, Kulturen und Gesellschaftsordnungen ihren Ausdruck finden. Worte, Rituale und Strukturen ändern ihre Bedeutung, wenn sie von einer Welt in eine andere "übersetzt" werden. Die klassischen Ausdrucksformen des christlichen Glaubens kommen aus jener Welt, die im Mittelmeerraum und in Westeuropa entstanden war. Als das Evangelium anderen, ganz unterschiedlichen Kulturen gebracht wurde, den Kulturen Asiens und Afrikas z.B., so geschah dies doch in den Formen westlichen Denkens. Bisher gab es nur sehr wenige Fortschritte bei dem Bemühen, Ausdrucksformen des christlichen Glaubens zu schaffen, die in der kulturellen Welt der nichteuropäischen Völker ganz und gar zu Hause sind. Aber auch innerhalb der "westlichen" Welt sind die Unterschiede zwischen den kulturellen und sozialen und politischen Situationen groß.

iii. Als erschwerender Umstand tritt hinzu, daß viele von uns, die an dieser Art von Diskussion beteiligt sind, in mehr als einer Welt leben. Die koloniale Expansion der Völker hat eine Situation geschaffen, in der die Welt ihrer Sprache, Kultur und Technik den Anspruch erhebt, "die Welt" überhaupt zu sein. Diese "Welt" müssen die Menschen aus anderen Kulturen akzeptieren, wenn sie die eigene "Welt" verlassen. Und weil die ökumenische Bewegung Teil der säkularen Welt ist, sind auch hier die Begegnungs- und Verständigungsformen den Kategorien der westlichen Welt verhaftet. Ein gemeinsames Zeugnis in diesen Kategorien aber wird keinen wirklichen Kontakt zu den Völkern nichtwestlicher Kulturen schaffen können, ausgenommen jene, die Teil der westlichen Welt geworden sind.

(c) Wir sind deshalb an einem Punkt angelangt, an dem eine gemeinsame Anstrengung auf zwei Ebenen unternommen werden muß:

i. Gruppen von Christen in vielen verschiedenen Situationen müssen sehr ernsthaft den Versuch unternehmen, den Glauben, den sie als Mitglieder der christlichen Kirche haben, so auszudrücken, daß er für die eigenen Freunde und Nachbarn in der jeweiligen Umgebung verständlich und relevant wird. Das bedeutet einen neuen Versuch, die Welt um uns (und in uns) zu verstehen - ihre Hoffnungen und Ängste, ihre Behauptungen und Zweifel, ihr Sehnen und ihre Zurückweisungen; gleichzeitig bedeutet es einen neuen Versuch, uns über die Quellen klar zu werden, mit unseren eigenen Worten zu sagen, wer Jesus für uns und

für unsere Welt ist.

ii. Einen gleichermassen ernsthaften Versuch muß die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung unternehmen, die in der Tat eine beachtliche Familie von Kirchen darstellt. Hier ginge es darum, die unterschiedlichen Erfahrungen zu einem kohärenten Ganzen zu verarbeiten, so daß wir ein glaubhaftes Zeugnis für Jesus Christus abgeben können, nicht nur in jeder unserer getrennten Welten, sondern auch in der einen Welt, deren Herr er ist.

II. Wer ist eingeladen?

Wir sind ermutigt zu diesem Versuch durch das Echo, auf das er bereits gestossen ist. Schon jetzt hat sich eine beachtliche Zahl von Gruppen gebildet, die sich innerhalb des eigenen Kontexts mit dem Projekt beschäftigen. Der Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung lädt nun weitere Kreise zur Mitwirkung an dieser Aufgabe ein.

Es wird vorgeschlagen, Gruppen verschiedenster Art zu bilden. Einige wenige Beispiele sollen nachfolgend dargestellt werden.

- (a) Es könnte sich eine Gruppe unter den Mitgliedern einer Parochie oder Gemeinde bilden.
- (b) Besser wäre, wenn eine Gruppe sich aus Christen vieler verschiedener Kirchen an dem gleichen Ort zusammensetzen könnte.
- (c) Es könnten Gruppen gebildet werden, in denen Christen aus demselben säkularen Beruf arbeiten.
- (d) Denkbar wäre auch, daß Christen, die sich mit bestimmten sozialen Fragen beschäftigen - z. B. Rassismus, Armut, Gesundheitsfürsorge auf Gemeindeebene - eine gemeinsame Artikulierung ihres Glaubens versuchen.
- (e) Auf nationaler Ebene könnte ein Nationaler Kirchenrat Träger der Studie sein.
- (f) In Kirchen, in denen eine tiefe Kluft zwischen "Konservativen" und "Radikalen" besteht, könnten Gruppen gebildet werden, in denen die Überzeugungen beider Seiten artikuliert werden, um "Rechenschaft von unserer Hoffnung" zu geben versuchen.

III. Wie beginnen?

Jede Gruppe wird eine eigene Arbeitsmethode finden und die formale Gestalt ihres "Rechenschaftsberichtes" bestimmen müssen. Jede Gruppe wird einen eigenen Stil entwickeln müssen; das Ergebnis wird wahrscheinlich von Fall zu Fall verschieden aussehen. Wir glauben allerdings, daß es gewisse Fragen gibt, die jede Gruppe früher oder später aufgreifen muß.

(1) Gleich zu Anfang sollte die Gruppe die Funktion ihres Berichtes bedenken. Eine Funktion ist sicherlich, zu der gemeinsamen Arbeit von Glauben und Kirchenverfassung beizutragen. Auf diesen Aspekt werden wir unter IV genauer eingehen. Der Bericht einer bestimmten Gruppe wird aber in erster Linie eine eigene Relevanz für die Situation, in der er entstand, haben. Darum muß sich die Gruppe darüber klar werden, warum sie ihren Glauben artikulieren will. Das mag viele verschiedene Gründe haben. Sie kann den Menschen außerhalb der Kirche eine Antwort auf die Frage geben wollen, was Christen glauben oder warum man heute Christ ist. Oder: die Mitglieder einer Gruppe

kommen aus verschiedenen Denominationen und haben den Wunsch, ihren Glauben gemeinsam auszusagen. Oder: die Gruppe ist beunruhigt oder besorgt über die Trennungen und Spaltungen, die durch die Kirchen hindurchgehen (wir haben an anderer Stelle daraufhingewiesen). Oder: die Gruppenmitglieder möchten, motiviert durch die eigenen Fragen und Zweifel, gemeinsam über ihren Glauben nachdenken. Dann hätte der Bericht die Funktion, den Glauben der Gruppenmitglieder selbst klären zu helfen. Man könnte noch eine ganze Reihe von Gründen für diese Berichte einer Gruppe anführen. Auf jeden Fall scheint es notwendig, daß die Mitglieder selbst wissen, was sie wollen, und sie ihre Absicht deutlich feststellen.

Die Gruppe sollte sich auch fragen, an wen sich ihr Bericht in erster Linie wendet: An die Mitchristen? An die Menschen am Rande der Kirche? Oder an jene, die man als Aussenseiter bezeichnen muß? Was bedeutet das für die Art des Berichts? Die Sprache wird wohl in jedem Fall verschieden sein müssen. Gilt dies aber auch für den Inhalt dessen, was wir sagen wollen?

(2) Unser Bericht sollte in der gegenwärtigen Situation verankert sein. Doch werden wir uns nicht mit einer blossen Analyse dieser Situation zufriedengeben können. Wir wollen unseren Glauben im Blick auf unsere Situation artikulieren. Welches Gewicht aber haben frühere Glaubensbekenntnisse, Bekenntnisschriften, Katechismen für eine Artikulation heute? Sollten wir versuchen, das, was in der Vergangenheit gesagt worden ist, mit neuen Worten zu sagen? Sollte unser Bericht heute eine Neuinterpretation früherer Glaubensbekenntnisse und konfessioneller Lehren sein? Müssen wir im wesentlichen dasselbe sagen, was früher gesagt worden ist? Oder hat sich unsere Situation so verändert, daß neue und andere Dinge gesagt werden müssen? Würde das bedeuten, daß wir uns lossagen von der Kirche vor uns? Dies ist vielleicht die verwirrendste Frage: Welches Gewicht messen wir der gegenwärtigen Situation bei, welches den Ausprägungen des Glaubens, die wir aus früheren Zeiten erhalten haben?

Unsere Absicht ist es, Zeugnis für Jesus Christus abzulegen, der derselbe ist gestern, heute und in Ewigkeit. Heißt das, daß es bestimmte Aussagen gibt, die so zentral sind, daß sie für alle Zeiten und Situationen Gültigkeit besitzen? Wenn ja, können wir diese Aussagen dann heute in unserer Situation wiederholen? Oder ist jede erhaltene Aussage des christlichen Glaubens ein Versuch des Menschen, der nur für die eigene Zeit und Situation gilt? Aufgrund welcher Texte können wir entscheiden, ob unser Bericht wahrhaft christlich ist?

(3) Wir haben betont, daß ein solcher Bericht nicht im luftleeren Raum gegeben werden kann. Unsere Situation wirft - nicht explizit vielleicht - Fragen auf, die eine Antwort verlangen. Diese Fragen werden überall anders aussehen. Einige Orte sind durch eine säkulare oder ausgesprochen atheistische Atmosphäre geprägt, andere durch eine religiöse. Jede Situation besitzt ihre eigenen Fragen. Anderswo mag die Relevanz einer Frage durch Leiden oder Ungerechtigkeit bedingt sein. Die Gruppe muß fragen: Welches sind die großen Fragen, die unsere Situation uns als Christen stellt?

Die Antwort auf diese Frage wirft eine andere auf. Einige Dimensionen unseres Glaubens und unserer Hoffnung sagen unmittelbar etwas zu unserer Situation aus, andere weniger oder gar nichts. Sollten wir nur das direkt Relevante auszudrücken versuchen und den Rest zwar nicht verneinen, aber offenhalten, bis sich eine andere zeitliche

und räumliche Gelegenheit gibt? Oder sollten wir in unserem Bericht auf Vollständigkeit dringen?

(4) Die Form, die wir unserem Bericht geben wollen, wird zum Teil durch die Antworten auf die oben gestellten Fragen bestimmt sein. Hier sollte die Gruppe einen gemeinsamen Konsensus herbeiführen. Keine Form kann von vornherein als selbstverständlich richtig angesehen werden. Der Bericht könnte zum Beispiel in der Form eines an Gott gerichteten Gebets gegeben werden oder einer Beschreibung liturgischer Erneuerung. Wir könnten auch Formulierungen für den christlichen Unterricht wählen; wir könnten Dinge festhalten, die wir für den Taufunterricht (von Erwachsenen) oder die Konfirmation für unbedingt notwendig halten. Wir könnten auch die Form einer bekennnismäßigen Aussage wählen oder eine Reihe von Büchern oder Broschüren für nichtchristliche Leser planen. Diese Aufzählung ist keineswegs erschöpfend. Es könnte sich für eine Gruppe als notwendig und fruchtbar erweisen, über die Gründe nachzudenken, die sie eine bestimmte Form haben wählen lassen.

(5) Schon die Tatsache, daß eine Artikulation des Glaubens etwas ist, das denjenigen, der ihn artikuliert, verpflichtet, schließt ein, daß der Glaube nicht allein in Worten zum Ausdruck gebracht werden kann. Es ist richtig, daß all unser Tun und Handeln, mag es noch so hervorragend sein, ambivalent ist. Unser Tun und Handeln kann aber sicherlich die Glaubwürdigkeit unseres Berichts hinfällig machen. Wir müssen darum fragen, ob unser in Worten ausgedrückter Bericht nicht notwendig durch unser Leben unterstützt werden muß? Heißt das, daß jeder verbale Bericht von unserem Glauben zusammen mit einem Bericht über das in der Vergangenheit Getane (selbst wenn dies in Form eines Sündenbekenntnisses geschehen müßte) und gewiß einem Bericht über das, was wir gegenwärtig tun und vorhaben zu tun, erfolgen muß?

(6) Angesichts einer solchen Aufzählung der vielen aufbrechenden Fragen mag das ganze Unterfangen als so entmutigend erscheinen, daß wir gar nicht erst zu beginnen wagen. Sich einfach an die Arbeit machen und im nachhinein das Getane zu reflektieren, ist vielleicht oft die beste Methode, den Bericht in Angriff zu nehmen. In einigen Fällen mögen die Gruppen Gefahr laufen, sich in Präliminarien und einer soziologischen und kulturellen Analyse der Situation zu erschöpfen. In anderen könnten die Gruppen sich mit einer blossen Wiederholung traditioneller Formeln zufriedengeben. Jede Gruppe muß sich der eigenen Versuchungen bewußt sein. Sie muß versuchen, die gegenwärtige Situation, in der sie lebt, und das christliche Zeugnis, das es abzulegen gilt, mit dem gleichen ernsthaften Engagement zu behandeln.

IV. Welches Ergebnis erhoffen wir?

Wir haben (vgl. I, c) davon gesprochen, daß unsere Arbeit sich auf zwei Ebenen vollzieht. Die Fragen und Überlegungen von Abschnitt III beziehen sich vor allem auf die erste Ebene, den Bericht, den die verschiedenen Gruppen aus ihren verschiedenen Situationen heraus geben werden. Wie aber können diese verschiedenen Berichte aus der ganzen Welt in einen gemeinsamen Zusammenhang gestellt werden? Hier ergeben sich schwerwiegende Fragen, auf die wir bislang noch keine Antwort wissen und mit denen die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung sich sorgfältig auseinandersetzen muß.

(1) Es besteht auf jeden Fall nicht die Absicht, ein neues ökumenisches Glaubensbekenntnis zu schaffen, das mit den großen Glaubensbekenntnissen und Bekenntnisschriften der Kirche vergleichbar wäre. Dazu haben wir kein Recht. Aber vielleicht könnten wir die Aussagen der verschiedenen Gruppen zu einer Art gemeinsamer "Rechenschaft über unsere Hoffnung" zusammentragen? Würde damit die Vielfalt der Situationen, aus denen die Berichte kommen und in die hinein sie sprechen, Schaden leiden? Oder sehen wir uns im Grunde den gleichen letzten Fragen gegenübergestellt, weil wir alle in einer Welt leben?

(2) Sollten wir der Verschiedenheit der Berichte, die aus einer Vielfalt von Situationen stammen, mehr Gewicht geben? Sollten wir uns phantasievoll in die Situationen anderer hineinzuversetzen suchen und die Gültigkeit des christlichen Zeugnisses in und für jene Situation sehen lernen? In der Vergangenheit haben verschiedene Kirchen einer Konfessionsfamilie oftmals verschiedene bekenntnismässige Aussagen gemacht, dennoch haben sie einander anerkannt und zugestanden, daß alle diese Aussagen Ausdruck ihres gemeinsamen Glaubens waren. Könnte es in ähnlicher Weise möglich sein, die verschiedenen und unterschiedlichen Berichte gegenseitig als gültige Zeugnisse für Christus anzuerkennen, die von verschiedenen Voraussetzungen her gegeben werden und zu unterschiedlichen Problemen sprechen?

In diesem Fall müßten wir uns einigen über die Art und Weise, wie diese gegenseitige Anerkennung verwirklicht werden könnte. Eine notwendige Vorbedingung wäre, daß wir die verschiedenen Situationen, auf deren Hintergrund die Berichte verfaßt wurden, so vollständig wie möglich begreifen. Es wäre darum hilfreich, wenn die an diesem Programm teilnehmenden Gruppen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung nicht nur ihre fertigen "Rechenschaftsberichte" senden würden, sondern auch ihre Antworten auf die Fragen, die in Abschnitt III des Papiers gestellt wurden.

(3) Es bleibt immer die Möglichkeit, daß wir Berichte von anderen nicht als gültiges christliches Zeugnis einstufen können, weil wir es für falsch halten. Dies ist ohne Zweifel eine sehr ernste Angelegenheit und hier ergibt sich eine Reihe neuer Fragen, die wir durchdenken müssen:

(a) Wer sind die "wir", die den Bericht eines anderen anerkennen oder verwerfen?

(b) Nach welchem Kriterium wird über Annahme oder Ablehnung entschieden?

Wir lassen uns ganz deutlich auf einen Prozeß ein, dessen Tragweite und Grenzen wir noch nicht einschätzen können. Aber vielleicht müssen wir einfach noch einmal sagen, daß wir uns mit Glauben und Vertrauen ans Werk machen und darum beten, daß uns unterwegs deutlicher wird, was wir tun und wie wir es - mit Gottes Hilfe - schaffen können.

Dieses Dokument wurde später dem Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen vorgelegt. Die folgende Empfehlung wurde ausgesprochen:

"Der Zentralausschuß diskutierte über das Dokument "Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist", das vom Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung vorbereitet wurde.

Der Zentralausschuß begrüßt diesen Vorschlag und fordert seine eigenen Mitglieder so wie Mitgliedskirchen dringend auf, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen, da die Ergebnisse Möglichkeiten eröffnen werden, unseren gemeinsamen Auftrag, Zeugnis vor der Welt abzulegen, zu erfüllen. Die Studie berührt offensichtlich auch eine ganze Reihe von Fragen, die im Verlauf dieses Zentralausschusses angesprochen worden sind.

Der Zentralausschuß möchte hervorheben, daß im Rahmen dieses Studienvorhabens nicht ein neues ökumenisches Glaubensbekenntnis, vergleichbar den großen Glaubensbekenntnissen und Konfessionen der Kirche, formuliert, sondern der Glaube zum Ausdruck gebracht werden soll, der uns in der ökumenischen Bewegung zusammenhält und uns gebietet, hoffnungsvoll voranzuschreiten.

Zwar können wir nicht absehen, welche Auswirkungen eine solche Erklärung haben wird, doch scheint die Sucht nach Möglichkeiten, wie wir unseren gemeinsamen Glauben zum Ausdruck bringen können, lohnenswert. Wir begrüßen besonders, daß bei diesem Vorhaben ein spezielles Partizipationsprinzip verwirklicht werden soll, indem Gruppen auf den verschiedensten Ebenen und in unterschiedlichen Kontexten herangezogen werden; wir empfehlen, das Studienvorhaben mit anderen laufenden Studien wie "Das Heil der Welt heute" (CWME) und "Die Zukunft des Menschen" (Kirche und Gesellschaft) zu koordinieren und deren Erkenntnisse mit einzubeziehen und die Studie auch im Blick auf die Fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (1975) durchzuführen."

Hinweise für die Ökumenische Arbeit an der Basis (in der Pfarrei der katholischen Kirche bzw. in der evangelischen Kirchengemeinde)

I. Anlaß - Ziel - Entstehung

Anlaß: 1. Auch bei den Gutwilligen zeigen sich Ermüdungserscheinungen in der Ökumenischen Arbeit. Es geht nicht weiter. Man fängt manchmal nur mit halbem Herzen an usw.

2. Daneben gibt es überstützte Aktionen, die so weit vorprellen, daß die anderen Gemeindemitglieder schockiert werden und der Kontakt innerhalb der eigenen Reihen verlorengeht.

3. Auch heute gibt es noch viele Reserven gegenüber der Ökumenischen Arbeit, ja manchmal bewußte Untätigkeit, öfter jedoch Trägheit, z.T. auch aus einem Mangel an brauchbaren Vorschlägen.

Ziel: In dieser Situation wollen die Hinweise helfen und Impulse für die Ökumenische Arbeit an der Basis geben. Die Basis ist aber die Gemeinde, die Orts- oder Personalgemeinde, die Pfarrei oder Kirchengemeinde.

Dabei setzen die folgenden Hinweise selbstverständlich die offiziellen Weisungen und Anregungen der evangelischen und katholischen Kirche voraus. Auf katholischer Seite wäre auf das Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanischen Konzils und auf das "Ökumenische Direktorium" (Teil I vom 14. Mai 1967 und Teil II vom 16. April 1970) zu verweisen. Von evangelischer Seite liegt vor die "Handreichung für evangelisch-katholische Begegnungen" in der von den leitenden evangelischen Geistlichen in der DDR am 14. Dezember 1966 angenommenen Fassung.

Entstehung: Auf Anregung des Ökumenisch-Theologischen Arbeitskreises in der DDR sind diese Hinweise in einem Gespräch mit Seelsorgern entstanden, die der evangelischen und der katholischen Kirche angehören.

II. Vorschläge

400 Jahre lang ist das Trennende zwischen den christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften herausgestellt worden, und das gemeinsame Erbe und Einende wurde kaum beachtet. Heute müssen wir "in ersten Schritten" das Einende betonen, ohne das Trennende zu vergessen oder zu überspielen. Es geht also bei diesen Vorschlägen nicht nur um die Rettung, sondern um den Ausbau gemeinsamer Grund-

lagen. Dazu ist eine Bewußtseinsbildung und Klimaänderung innerhalb der Kirchen notwendig.

An den Anfang dieser Vorschläge könnte man den Satz stellen: Zusammenleben ist ebenso wichtig wie Bildung. So unerläßlich Bildung und intellektuelle Information durch Vorträge u.ä. sind, von entscheidender Bedeutung ist auch das Zusammenleben. Darum werden hier u.ä. Dinge genannt, die anscheinend selbstverständlich sind und dennoch nicht überall praktiziert werden. Das alltägliche Zusammenleben aber bietet erst die Chance, daß ökumenische Kontakte auf höherer Ebene und in größerem Maßstab fruchtbar werden. Es sollen hier allerdings nicht Rezepte für das praktische Tun geliefert, als vielmehr Punkte ins Bewußtsein gehoben werden, die überall praktizierbar und ausbaufähig sind.

Wenn das Zusammenleben betont wird, dann darf nicht vergessen werden, daß der Auftrag Christi, die Einheit zu wahren (vgl. Joh 17), also der geistliche Ökumenismus, dieses Zusammenleben ganz und gar durchdringen muß (vgl. u. 7).

1. Kennenlernen

Um bewußt zusammen leben, zusammen handeln und zusammen beten zu können, ist es notwendig, daß sich diejenigen kennen, die da miteinander leben, handeln und beten wollen. Das gegenseitige Kennenlernen ist so notwendige Voraussetzung jeder ökumenischen Aktivität an der Basis. Das gilt für die Amtsträger wie auch für die Gemeindeglieder.

Es ist mißlich, wenn man den evangelischen oder katholischen Amtsbruder erst bei einer Amtshandlung kennen lernt, z.B. zwischen zwei Beerdigungen. Stets wird es nützlich und hilfreich sein, wenn man weiß, daß der andere ein aktiver und überzeugter Christ ist.

Gegenseitige Besuche und Teilnahme an offenen Veranstaltungen fördern das Kennenlernen, ebenso gemeinsame Konvente der Amtsträger, regelmäßige gemeinsame Besprechungen von Gemeindegliedern über gemeinsam interessierende Fragen u.ä.

Man sollte nicht nur mit Gebetsgottesdiensten anfangen oder dabei stehen bleiben, sonst geht man nach einem solchen Gottesdienst wieder anonym auseinander.

2. Informieren

Viele Hindernisse der ökumenischen Arbeit entstehen aus fehlender oder mangelhafter Information. Hier ist nicht zunächst an Information großen Stils gedacht (Vorträge über kontroverse Glaubensfragen o.ä.), die auch notwendig ist, sondern an das Informieren über die Dinge des alltäglichen Miteinanderlebens:

- über Ergebnisse von Hausbesuchen in Neubaugebieten (Zuzüge-Wegzüge)
- über Konfliktfälle bei Amtshandlungen (z.B. Patenschaft, Eheabschluß, Beerdigung), um Ärgernisse und Spannungen zu vermeiden,
- über die andere Christen interessierenden Veranstaltungen (Kirchenmusikalische Veranstaltungen, Verkündigungsspiele o.ä.),
- über gesamtkirchlich wichtige Dinge (z.B. neue Mischehenregelung und Folgerungen für die praktische Handhabung).

3. Helfen

Arbeitsergänzungen und Hilfeleistungen über die Kirchengrenzen hinweg schaffen ein gutes ökumenisches Klima. Hier ist wieder zuerst an die einfachen Dinge gedacht, an das, was unbedeutend erscheint und doch oft lebenswichtig ist:

- wenn ein Organist ab und zu in der anderen Kirche aushilft, die keinen Organisten hat,
- wenn eine Orgel zum Üben zur Verfügung gestellt wird,
- wenn man einander auf brauchbares modernes Liedgut hinweist. Mehr als Nachbarschaftshilfe wäre es,
- wenn man sich auf notwendige Handwerker aufmerksam macht oder sie sogar unaufgefordert vermittelt,
- wenn man auf geeignete Referenten für aktuelle Themen aufmerksam macht (z.B. Ärzte, Naturwissenschaftler).

4. Absprechen und Abstimmen

Wichtige Ereignisse von allgemeinem Interesse für benachbarte Gemeinden aus verschiedenen Kirchen sollten abgesprochen werden, um Doppelveranstaltungen zu vermeiden.

Absprache über Räume, die man sich gegenseitig zu verschiedensten Zwecken zur Verfügung stellt, sollten selbstverständlich sein. Abstimmung über gemeinsam interessierende Probleme können eine Stärkung des gemeinsamen christlichen Erbes bedeuten. Zu erwähnen wäre noch die Planung gemeinsamer Treffen und Veranstaltungen.

5. Sich treffen

Das Kennenlernen wird oft bei gegenseitigen Treffen erfolgen. Hier ist eine Vielfalt möglich, wenn man an die Gruppierungen und Kreise in den Pfarreien und Gemeinden, aber auch in den überpfarrlichen und übergemeindlichen Gremien denkt (Dekanate bzw. Kirchenkreise). Die Themen solcher Treffen können weitgehend aus der jeweiligen Gemeindearbeit erwachsen. Man wird besonders auf das achten, was beide Seiten interessiert und von unten, d.h. aus der Gemeinde, angeregt wird.

Eine Erwachsenenbildung sollte als offenes Angebot immer ökumenischen Geist erkennen lassen.

Bei solchen Treffen und Veranstaltungen wird es wichtig sein, daß die Vorbereitungen von beiden Seiten gemeinsam getragen und verantwortet werden.

6. Gemeinsames Erarbeiten

Das Sichttreffen der Gemeindeglieder und der Ortsgeistlichen wird nicht im Unverbindlichen stecken bleiben können, sondern zu gemeinsamer Arbeit führen müssen. Hier gilt besonders: Was man gemeinsam tun kann, sollte im allgemeinen nicht getrennt getan werden.

Die Ortsgeistlichen werden sich über eine gemeinsame Arbeit an der Bibel und im Dialog über Pastoral- und Glaubensfragen nähern. Auch die Gemeindeglieder beider Kirchen sollten miteinander Bibelstunden halten, Schriftgespräche führen und über Glaubensfragen sprechen. Gemeinsame Seminare und Vorträge für Erwachsene und Jugendliche werden sich darüber hinaus für die Behandlung aktueller Themen, besonders für den Alltag des Christseins, empfehlen. Vor allem und besonders leicht werden sich die Gemeindeglieder in sozialen Aktionen zusammenfinden können (z.B. Altenhilfe und -betreuung, Sorge um Schwachsinnige und andere Geschädigte u.ä.).

7. Beten

Mit Absicht ist das gemeinsame Gebet ans Ende gesetzt worden, um die Vorstufen des gemeinsamen Gebets herauszustellen. Dadurch soll der geistliche Ökumenismus gegenüber dem praktischen oder sozialen nicht abgewertet werden. Aber dieser sollte stärker praktiziert werden, damit so eine glaubwürdige Basis für das gemeinsame Gebet entsteht.

Andererseits wird das Gebet und eine ökumenische Haltung des ganzen Lebens (das Ökumenismusdekret spricht von "geistlichem Ökume-

nismus" vgl. Direktorium I Nr. 21, bzw. Handreichung [s.o.] Absatz 5,2) immer wieder alle notwendigen praktischen Schritte inspirieren, beleben und in Gang halten müssen. Insofern ist das Gebet um die Einheit und miteinander unerlässlich und nicht nur ein Aspekt unter anderen, sondern gewissermaßen die Seele des Ganzen. Das gemeinsame Stehen vor Gott läßt uns am tiefsten erfahren, daß Christen Brüder und Schwestern des einen Vaters sind. So sind gemeinsame Gebetsstunden weiterhin wichtig.

Zu überlegen wäre vor Ort auch folgendes: Sollte es nicht bei bestimmten Anlässen oder Ereignissen, also gegebenenfalls an gleichen Tage im evangelischen und katholischen Gottesdienst, Gegenstände gemeinsamer Fürbitte geben, die jeder in seinem Gottesdienst hält, aber in dem Bewußtsein, daß die andere Gemeinde in demselben Anliegen vor Gott steht? Für die gemeinsamen Gebetsstunden wird der Ruf nach gemeinsamen Gebetstexten und einem gemeinsamen Liedgut immer lauter und dringlicher.

Der Weg über Gott ist so kein Umweg, sondern vielleicht sogar der kürzeste Weg zum Bruder und zur Schwester in der anderen Kirche oder Konfession.

Erfurt, 16. August 1971

Zentraltagung des Ökumenischen Instituts Berlin 1972

"Einheit der Kirche? Theologisches Postulat - praktische Aufgabe."

Unter diesem Thema wurde auf der diesjährigen zentralen Tagung des Ökumenischen Instituts nach Wegen zu einer und Modellen für eine Kirchengemeinschaft gefragt. Als konkretes Material dienten der Entwurf der Leuenberger Konkordie und die Werkstattberichte der Lehrgesprächskommission in der DDR. Im folgenden sollen einige Positionen und Fragen der Diskussion aufgeführt werden.

1. Die Einheit der Kirche ist im lebendigen Einssein mit dem Herrn der Kirche vorgegeben und vollzieht sich dadurch, daß Christen und Kirchen in die Bewegung zwischen dem Vater und dem Sohn und den Seinen einbezogen werden. (vgl. Joh. 17). Diese Einheit wurde als Einheit in Relationen bezeichnet, die die Unterteilung und die Vielfalt nicht nur zuläßt, sondern voraussetzt und herausfordert.
2. Eine Kirchengemeinschaft, die diese Einheit bekunden will, sollte solcher Bewegung durch gegenseitige Anerkennung verschiedener Kirchentypen und durch die Erwartung, daß der andere wesentliche Aspekte der einen Wahrheit erkannt hat, entsprechen. Dies erfordert ein dialogisches Verhältnis, in dem sich die Kirchen mit ihren Bekenntnissen gemeinsam um volle Wahrheitserkenntnis bemühen als lebendige Grundlage der Kirchengemeinschaft.
3. Die Leuenberger Konkordie kann als Modell einer partiell-prozessualen Kirchengemeinschaft angesehen werden, in der der unterschiedliche Bekenntnisstand der Kirchen respektiert und dadurch Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft sowie Zeugnis- und Dienstgemeinschaft nicht gehindert werden. Es ist allerdings die Frage, ob nicht eine zu starke Orientierung des Kirchenbegriffs an CA VII als Grundlage der Kirchengemeinschaft hinderlich sein könnte und ob nicht AS C IV (...etiam per mutuum colloquium et consolationem fratrum) stärker in die Vorstellung einbezogen werden sollte.

4. Unabhängig davon ist anzuerkennen, daß jede Kirche sich mit ihren Bekenntnissen auf eine "Mitte der Schrift" beziehen muß, ohne dadurch Ausgrenzungen oder gar Verwerfungen gegenüber anderen Kirchen vorzunehmen. Sie braucht solche Beziehungen um ihrer Identität willen, als Verkündigungshilfe zum Schutz gegen die Subjektivität des Predigers und als Verständigungshilfe zur Erklärung ihrer eigenen Glaubenserkenntnis im Dialog mit anderen Kirchen. Es muß aber anerkannt werden, daß andere Kirchen gemäß ihren Erkenntnissen andere Beziehungsmitten des einen Evangeliums herausstellen; denn das Evangelium ist größer als die eigene Erkenntnis.
5. In diesem Zusammenhang ist zu hoffen, daß die Resultate der Lehrgespräche, deren Intention besonders aus dem Werkstattbericht II erkennbar wird, eine Verständigungs- und Verkündigungshilfe leisten werden. Sie sollten als Standortbestimmung in dem Bezugsorizont unserer Zeit und unserer Gesellschaft vorwärtsweisend sein und Antworten auf spezifische Probleme des christlichen Lebens geben. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß jedes Über-Setzen mit einem Bedeutungszuwachs und einem Bedeutungsverlust verbunden ist.
6. Es wurde begrüßt, daß die Lehrgespräche nicht definieren, sondern beschreiben wollen. Dadurch wird der Herausforderung standgehalten, sich immer wieder neu darum zu bemühen, gemeinsam Rechenschaft zu geben über die Hoffnung, die in uns ist.
7. Es sollte die wechselseitige Beziehung von Lehrkonsens und gelebter Gemeinschaft beachtet werden. Dabei ist festzustellen, daß die Leuenberger Konkordie nur eine begrenzte praktische Bedeutung in wenigen speziellen Gebieten des Gemeindelebens und bei der Überwindung des Landeskirchentums hat (z. B. in Randgemeinden, der Landeskirchen, bei überregionalen Zusammenkünften) daß sich aber das Gemeindelieben im allgemeinen über konfessionelle Bindungen hinweggesetzt hat (z. B. durch die Fluktuation der Bevölkerung).

8. Dagegen könnten die Lehrgespräche als Antwort und Hilfe auf die Fragen in unseren Gemeinden große Bedeutung erlangen, wenn es gelingt, eine Beziehung zur "Mitte der Schrift" und zu diesen Fragen herzustellen. Es bleibt die Frage, welchen Grad der Verbindlichkeit die Ergebnisse der Lehrgespräche haben sollen. Die Skala reicht von einer Handreichung bis zu einem neuen Bekenntnis.
9. Um eine Kluft zwischen dem Gemeindeleben und den theologischen Bemühungen zu vermeiden, sollten die Gemeinden rechtzeitig mit dem Fortgang der Lehrgespräche befaßt werden, und nicht erst mit dem Resultat konfrontiert werden. Es wäre gut, wenn die Pfarrkonvente als erste Station nicht nur informiert, sondern mit gezielten Fragen zu einer Mitarbeit und zum Mitdenken herausgefordert werden. Auf diese Weise sollte ein lebendiges Gespräch zwischen Gemeinde und Theologie den Fortgang der Arbeit begleiten.

10.11.72

an OKR Buchel

Zentraltagung des ÖJ. Berlin.

„Entsteh der Kirche? Theologisches Postulat - praktischer Auftrag.“

Nach diesem Thema würde auf der diesjährigen zentralen Tagung des ÖJ. ein
öberrheinischer Workshop nach der Weg zur und hin zu einer lutherspezifischen
Tagung. Als besonderes Material dienen der Entwurf der Lutherspezifischen Workshop
und die Werkstattberichte der Lehrgangspartizipation in der DDR.

Für folgenden Workshop werden weiterhin noch ein vollständiger Bericht der Tagung gegeben werden,
wobei es neben einigen ~~Einzelaspekten~~ ^{Einzelaspekten} Kontroversen und Fragen der
Einzelaspekten aufgeführt werden.

1. Entstehung und Vielfalt

1.1 Die Entstehung der Kirche ist ein lebendiges Ereignis mit dem Herrn der
Kirche Jesus Christus vorgegeben und vollzogen ist ^{dadurch, dass die Christus} in der ~~letzt~~ ^{Begegnung}
zerstört werden - hören - Antworten ausbezogen werden. Diese Entstehung verbindet
Vater - Sohn - Heiliges Geistes ⁺ würde als Entstehung in Relationen betrachtet, die
die ~~die~~ ^{die} ~~Entstehung~~ ^{Entstehung} und Vielfalt nicht nur zulässt, sondern geradezu
voraussetzt und herausfordert.

(vgl. Nr. 17)

1.2 Eine lutherspezifische, die diese Entstehung bekräftigen will, ~~muss nicht auf~~
sich ~~auf~~ ^{stützt} ~~die~~ ^{auf} ~~Begegnung~~ ^{Begegnung} ~~in~~ ⁱⁿ ~~der~~ ^{der} ~~Entstehung~~ ^{Entstehung} ~~verschiedener~~ ^{verschiedener}
Kirchentypen ^{und} ~~Begegnungen~~ ^{Begegnungen} ~~und~~ ^{und} ~~der~~ ^{der} ~~Entstehung~~ ^{Entstehung} ~~der~~ ^{der} ~~Kirche~~ ^{Kirche} ~~tragen~~ ^{tragen}.

Eine lutherspezifische, die diese Entstehung bekräftigen will, ~~weil~~ ^{weil} ~~die~~ ^{die} ~~Entstehung~~ ^{Entstehung} ~~verschiedener~~ ^{verschiedener} ~~Kirchentypen~~ ^{Kirchentypen} ~~und~~ ^{und} ~~der~~ ^{der} ~~Entstehung~~ ^{Entstehung} ~~der~~ ^{der} ~~Kirche~~ ^{Kirche} ~~tragen~~ ^{tragen}.

Dabei muß allerdings darauf geachtet werden, daß jedes Wort - Sätze mit einem Bedeutungszusammenhang - und einem Bedeutungsteil verbunden ist.

17. Positiv würde vermehrt, daß die Sitzgespräche nicht defizient, sondern bedenklich seien, dadurch wird die Voraussetzung Mangelhaft, ~~daß~~ daß der ~~Verständnis~~ der Prozess der Bedeutung mit gemeinsamer Erkenntnis der Kultur und abgehandelt ist, sondern die Aufgabe mit der sein ist, gemeinsame Meinung zu geben über die Sache, die in ihm ist.

18. ~~Es ist aber gerade in diesem~~ ~~die Sitzgespräche~~

~~Es ist zu fragen, ob das~~

Es sollte das Wechseln der Richtung von Reduktions und jüngerer Gemeinschaft, in der ein das andere vorausbringt beachtet werden.

Dabei ist festzustellen, daß die Leute keine Kontrolle ^{in der Sprache} der politischen Identität in keine speziellen Gebieten der Gemeindefunktion hat (z.B. in Grenzgebieten, in überregionalen Zusammenhängen), daß aber sonst das Gemeindefunktion über die Konzeptionsgrenzen hinaus hinweg ist (Politikbereich der Bevölkerung).

+ Bei der Liberty
des Bundeslands
nein

18. Dagegen könnten die Sitzgespräche als Material + Hilfe auf die Befreiung in ihnen für die politische Identität stehen, wenn es gelingt die Probleme möglichst klar zu bezeichnen und

Frage bleibt weiterhin nach der Verbindlichkeit.

19. Eine neue Richtung zwischen Gemeindefunktion und Identität zu vermitteln, sollten die Funktionen mehrdeutig befragt werden
Eine Station müßte die Funktionen mit jüngerer + herausfordernder Befragung sein.

Wichtige Beiträge und Dokumente zum Thema

Einheit der Kirche

1. vgl. Beilage zu "Die Zeichen der Zeit" 7/8, 1972
bes. A. 2 ...Einheit. (Eine Zusammenstellung von 1987-1971).
2. Entwurf der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa
in: Die Zeichen der Zeit, 2, 1972, S. 65 - 69.
3. Zu den mit der Leuenberger Konkordie zusammenhängenden
Fragen in: Die Zeichen der Zeit, 9, 1972

Leonhard Goppelt: Auf dem Wege zur Kirchengemeinschaft
der reformatorischen Kirchen in Europa

Martin Seils: Die Leuenberger Konkordie - Einführungs-
referat in den Entwurf

Jos Verkruyse: Die Konkordie von Leuenberg

Notwendige Weiterarbeit - Stellungnahme des Lutheri-
schen Einigungswerkes zum Entwurf der "Konkordie refor-
matorischer Kirchen in Europa"

Kirchengemeinschaft und Kircheneinheit - Zur Stellung-
nahme des Lutherischen Einigungswerkes (Martin Seils)

Gemeinsamkeit - Gemeinsame Stellungnahme der evangeli-
schen Kirchen in der DDR zum Entwurf einer "Konkordie
reformatorischer Kirchen in Europa"

Joachim Rogge: Kriterien für die Kirchengemeinschaft heute

4. Für "Die Zeichen der Zeit" 12, 1972, sind weitere Veröffent-
lichungen zum Thema "Einheit der Kirche" vorgesehen.
 - a) Ein gemeinsamer Bericht von Günter Scholz und Oskar
von Brück über die Utrechter Zentralausschusssitzung unter
Berücksichtigung des Referates von Jürgen Moltmann:
"Fellowship in einer geteilten Welt"; sowie unter Berück-
sichtigung des Referates von Bischof Sarkisian: "Zur
Gemeinschaft verpflichtet": Von der Ungeduld zur Demut."
In den Bericht sind aus beiden Referaten Zitate mit aufge-
nommen.
 - b) Im vollständigen Text wiedergegeben wird die "Erklärung
zu europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit" des ÖRK
der Programmeinheit II "Gerechtigkeit und Dienst"
(Dokument Nr. 7).
 - c) Ebenfalls im vollständigen Text wiedergegeben wird das
Dokument Nr. 47 der Zentralausschusssitzung von Utrecht
"Zur Gemeinschaft verpflichtet - Ein Brief an die Kirchen."

Berlin, im Oktober 1972
Schulz/Bg

Tagung des Ökumenischen Instituts Berlin vom 19. - 21. 10. 1972
zum Thema "Einheit der Kirche? Theologisches Postulat -
praktische Aufgabe"

Thesen zum Referat:

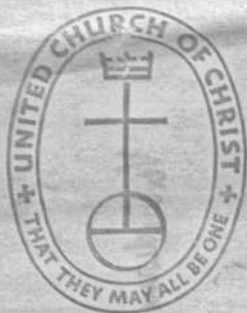
"Die Bedeutung der Lehrgespräche für die Einheit der Kirche"

- 1) "Kirchengemeinschaft" kommt von der Vorgabe der "Einheit der Kirche" in dem einen Herrn her und hat ihr Ziel in der Vollendung der neuen Menschheit durch ihn, den kommenden Christus.
- 2) "Kirchengemeinschaft" und "Einheit der Kirche" sind nicht dasselbe. Sowohl unter dem Gesichtspunkt der Herkunft als auch unter dem der Zukunft ist "Einheit der Kirche" mehr als "Kirchengemeinschaft". Jedoch konkretisiert sich "Einheit der Kirche" je neu in "Kirchengemeinschaft". Das geschieht, indem "Kirchengemeinschaft" "Einswerden" auf Grund von "Einssein" partiell-prozessual vollzieht.
- 3) In diesem Sinn ist es sachgemäß, auf das Bemühen um "Kirchengemeinschaft" die Kriterien "wahrer Einheit" der Kirche anzuwenden (CA VII). Wo immer diesen Kriterien im faktischen Leben der Kirchen und ihrer einzelnen Gemeinden real entsprochen wird, braucht also "Kirchengemeinschaft" als Konkretisierung von "Einheit der Kirche" und als Schritt zu deren weiterer ökumenischer Verwirklichung nur noch "festgestellt" zu werden. Insofern, als ~~durchaus~~ auch entsprechende kirchenrechtliche Regelungen des Verhältnisses der Kirchen untereinander zu entwickeln sind, muß sie noch "hergestellt" werden.
- 4) Zum Begriff der "Kirchengemeinschaft" (einerseits im Unterschied zur "Einheit" der Kirche, andererseits in Bezug auf diese) gehört
 - 4.1) daß es sich bei "Kirchengemeinschaft" um "Gemeinschaft" bekenntnisverschiedener "Kirchen" handelt, die zwar mit der "Feststellung" bzw. "Herstellung" von "Kirchengemeinschaft" ihren jeweiligen "Bekenntnisstand" nicht aufgeben, wohl aber sich inmitten dieser Verschiedenheit gegenseitig voll als "Kirche Jesu Christi" anerkennen und annehmen; und
 - 4.2) daß sie damit zwar auch die Verpflichtung zu "organisatorischen Folgerungen" übernehmen, ohne sich dabei jedoch im voraus auf "Union" festzulegen.
- 5) Für die Realisierung so verstandener "Kirchengemeinschaft" bestehen heute sowohl gesamt-ökumenisch als auch bei uns in der DDR insbesondere folgende Probleme:
 - 5.1) Übereinkunft in den hermeneutischen Grundfragen der Verkündigung angesichts der Pluralität der Verständnisse des Evangeliums unter der Herausforderung der säkularen Welt des 20. Jahrhunderts;
 - 5.2) Wechselseitige Zuordnung der Bemühungen um gemeinsames richtungsweisendes Beschreiben der Grundlagen der Verkündigung und sofortigen gemeinsamen dienstbaren Handelns, wo immer nicht das Gewissen nötigt, getrennt zu handeln;
 - 5.3) dialogisches Verhältnis zwischen dem Leben der Gemeinden, also dem Leben auf der Basis kirchlicher Aktivitäten einerseits, und synodaler einschließlich kirchenleitender

Schritte sowie fachtheologische Begleitung und Anleitung andererseits;

- 5.4) Sachabstimmung zwischen dem, was in diesem Zusammenhang auf kontinentaler Ebene (z. B. der europäischen) möglich und nötig ist, und dem, worin dieses jeweils regional (z. B. in der DDR) situationsbezogen konkretisiert werden muß.
- 5.5) Materiale Verteilung der lehrmäßigen Gegenstände auf das, was vor "Feststellung" von Kirchengemeinschaft zu klären ist und auf das, was innerhalb "hergestellter" Kirchengemeinschaft zu weiterer Bearbeitung ansteht.
- 6) Die "Real-Utopie" von "Kirchengemeinschaft", der das Lehrgespräch in der DDR gewidmet ist, bedeutet im Rahmen der ökumenischen Bemühungen um die "Einheit der Kirche" einen Modellfall, der durch Folgendes charakterisiert werden kann:
 - 6.1) "Kirchengemeinschaft" als faktische "Zeugnis- und Dienstgemeinschaft";
 - 6.2) "Zeugnis- und Dienstgemeinschaft" bekenntnisverschiedener Kirchen und Gemeinden in der gemeinsamen Situation, die mit der Existenz in der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR gegeben ist;
 - 6.3) "Zeugnis"-Gemeinschaft, die in allem auf dem Grund der "alleinigen Heilsmittlerschaft Jesu Christi" als der "Mitte der Schrift" an der "Rechtfertigung als der Botschaft von der freien Gnade Gottes" orientiert ist;
 - 6.4) "Dienst"-Gemeinschaft, die auch durchgreifende organisatorische Folgerungen aus der Herstellung voller Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft einschließt;
 - 6.5) "Kirchengemeinschaft" als eine konzipierte "Zeugnis- und Dienstgemeinschaft", die schon bei ihrer "Feststellung" den besonderen Herausforderungen in unserer Situation standhält und sich diesen zur ständigen Vertiefung, Überprüfung und Aktualisierung der Gemeinschaft in weiterer gemeinsamer theologischer Arbeit anhaltend stellt;
 - 6.6) "Kirchengemeinschaft", die sich im Dialog zwischen den Gemeindegliedern, den Theologen und den Kirchenleitungen bei bleibendem Hören auf die reformatorischen Väter um Finden neuer "exemplarischer Sprachvorgänge" mit dem Ziel überführenden "Zeugnisebens" bemüht, die in Hoffnung auf neues Entdecken des Evangeliums unterwegs ist und die danach trachtet, auch durch die Gestalt ihres Gemeinschaftslebens dienstbares Zeugnis zu geben.

Dr. Lahr



UNITED CHURCH OF CHRIST

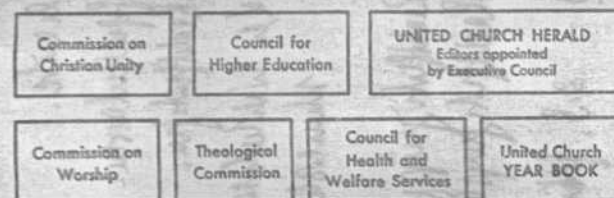
Inspiration and authority for the whole Church:
God, through Jesus Christ and the Holy Spirit, acting upon Biblically informed minds.

Nearly 7,000 local churches, for worship, study and outreach, with about 2,000,000 members

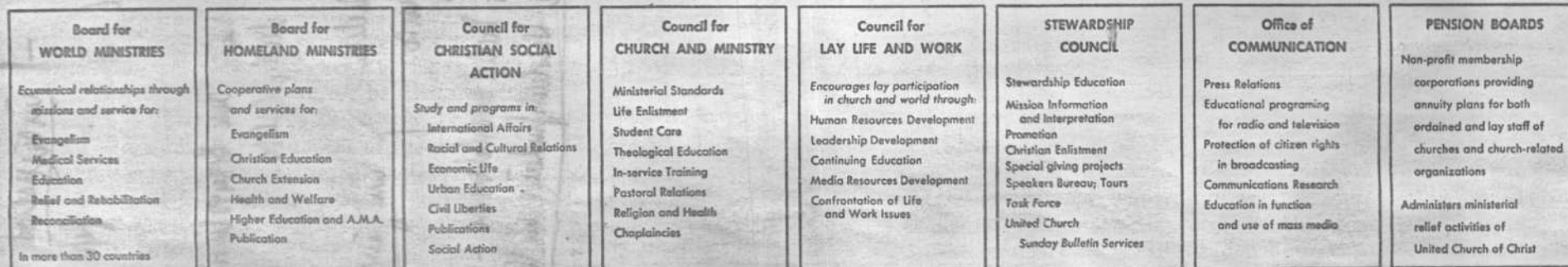
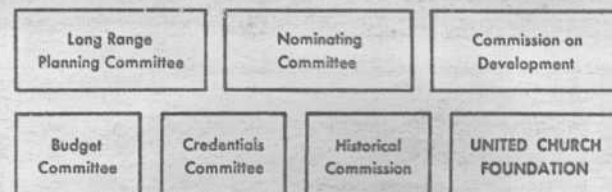
Area centers of program and services, church and ministerial standing:
Associations, and Conferences consisting of ministers and elected delegates of the churches

A CHART OF
RELATIONSHIPS and FUNCTIONS
IN THE
UNITED CHURCH OF CHRIST
THIS CHART DOES NOT INDICATE
LEGAL OR ADMINISTRATIVE STRUCTURE

NATIONAL CENTERS OF TOTAL CHURCH CONCERN AND PROGRAM:



GENERAL SYNOD
Composed of 675 to 725 church members
elected by their Conferences
to this representative, deliberative body. Meets biennially.
Officers: President, Secretary, Treasurer
EXECUTIVE COUNCIL
Acts for General Synod between Synod sessions.



NATIONAL AND WORLD AFFILIATIONS

NATIONAL COUNCIL OF CHURCHES — Christian Life and Mission — Christian Unity — Christian Education — Overseas Ministries — Church World Service —
Church Women United — United Church Men — Broadcasting and Films — Faith and Order

WORLD COUNCIL OF CHURCHES — Refugees and Inter-Church Aid — Life and Work — Faith and Order — Ecumenical Studies — Work Camps — World Missions and Evangelism

WORLD ALLIANCE OF REFORMED CHURCHES

INTERNATIONAL CONGREGATIONAL COUNCIL

TOP 5: Folgerungen aus dem COCU-Plan für die EKU

1. Anknüpfungen

Die Tatsache, daß die United Church of Christ die Evangelische Kirche der Union anspricht, sollte Anlaß zu der Frage werden, auf welche Impulse und Tendenzen der eigenen Tradition wir durch den COCU-Plan angesprochen werden. Wir fragen dies nicht im Sinne einer Selbstbestätigung bzw. des Suchens nach einer solchen, sondern wir verstehen diese Frage als Appell zur Aktivierung, Sichtung und Bündelung solcher Impulse und Tendenzen. Die Frage lohnt sich, denn wir stehen in der dauernden Gefahr, durch kurzatmige Überaktivität unnötige Doppelarbeit zu leisten.

Folgende Impulse und Tendenzen aus der jüngsten Geschichte der EKU bzw. der Gremien, mit denen die EKU verbunden ist, müssen hier genannt werden:

- Bekenntnissynode der APU Halle 1937,
- Beschlüsse zur konfessionellen Frage und zur Abendmahlsgemeinschaft
- Arnoldshainer Abendmahlsthesen
- Bundesordnung Artikel 2, Ziff. 2, 3, 4.

Dies alles muß meines Erachtens in zwei Klammern gelesen werden: der einen engeren, die durch die Bundesordnung Artikel 4.4 und die Beschlüsse der EKU-Synode Magdeburg 1972 gegeben ist, und einer weiteren, die durch das Lehrgespräch im Bund und den Plan der Leuenberger Konkordie gesetzt ist.

2. Kirchengemeinschaft

Alle aus dem COCU-Plan möglicherweise zu ziehenden Folgerungen spitzen sich zu der Frage zu, wie sich die EKU gegenüber der Verpflichtung zu verhalten gedenkt, durch die eigene Existenz einer Erweiterung von Kirchengemeinschaft nicht im Wege zu stehen (cf. Rogge, These 7). Aber hier scheinen mir zur Zeit die allergrößten Unklarheiten zu bestehen. Was meint Rogge, wenn er von einem ekklesiologischen Dach für EKU und VELK spricht? Denkt er an den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR? Diesem Gedanken könnte ich schon deswegen nicht zustimmen, weil mir Artikel 1, Ziff. 1-3 der Bundesordnung in keiner Weise den Forderungen entspricht, die an eine Gemeinschaft im Sinne der Kirchengemeinschaft zu stellen sind. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die unter 1. genannten Klammern daran erinnern, daß neue Kirchengemeinschaft nicht vorhandene Kirchengemeinschaft aufgeben bzw. werdende blockieren darf.

3. Unterschiede der historischen Situation

Die unter 2. bezeichnete ekklesiologische Problematik erinnert daran, daß der COCU-Plan aus einer historischen Situation herkommt, die sich grundsätzlich von der der EKU unterscheidet. Überspitzt ausgedrückt: Der COCU-Plan hat Union als Ziel vor Augen, wir in der EKU erleben Union als Verlegenheit, als kirchliches Relikt des Preußischen Staates.

Die

Die Lage der EKU nach 1969 ist eine genaue Wiederholung der gleichen Situation nach 1919, wie sie damals hinsichtlich der preußischen Ostprovinzen bestand nach der Annullierung der Beschlüsse der Ostsynode durch den polnischen Staat im Jahr 1920.

Ganz anders in den USA. Das COCU-Vorhaben muß als Teil der schon kurz nach 1776 beginnenden Denominationen-Vereinigung gesehen werden im Sinne des Plan of Union 1801 bis 1858 unter Wiederaufnahme dieser Bewegung in den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts.

Hier wird Bonhoeffers Hinweis von 1939 ("Protestantismus ohne Reformation") wichtig. 1776 versetzt die Denominationen in einen weitgehend staatsfreien Raum. In Europa, speziell in Deutschland, ist die Kirche immer auch durch ihr Gegenüber zum Staat bzw. durch ihre Verbindung mit ihm bestimmt. Aufgabenstellungen, Zielformulierungen, die dieses Gegenüber nicht reflektieren, sind darum unrealistisch!

Ein Versuch, sie in den Blick zu bekommen, sieht sich in folgende Aufgabenbereiche geführt:

Welche Rolle spielt das Verhältnis Staat - Kirche in der Bemühung um uniting (Beispiel für die Relevanz sogen. außertheologischer Faktoren).

Welche Gestalt nimmt das Verhältnis der Konfessionen auf dem Boden dieses Kirchenverständnisses an?

Welche Stellung nehmen wir selbst gegenüber den so bestimmten Traditionen unserer Kirchen ein?

4. Aufgabenbereiche

4.1 Staat - Kirche

4.1.1 Die Bestimmtheit des konfessionalistischen Kirchenverständnisses durch die idealistische Staatsphilosophie ist zu bedenken und genauer zu untersuchen.

Zwei Typen sind meines Erachtens zu unterscheiden.

Freikirchlich kongregationalistische Kirche neben Staat, Schleiermacher.

Staatskirchlich konfessionalistisches Bekenntnis im (christlichen) Staat, Hegel.

Beide Typen sind bestimmt durch systematisch philosophische Voraussetzungen. Beide Typen sind auf dem Boden der Union entstanden. Ein gewichtiger Anlaß zu Rückfragen an die kirchliche Wirklichkeit der Union!

4.1.2 Theologische Kritik des Staates.

Dem uniting steht gegenüber oder entgegen das dividing des Neonationalismus. Darum werden die ökumenischen Studien von 1934 wieder aktuell: Fanö 1934; Bonhoeffer 1935; BK und Ökumene; Oxford 1937; Bericht von Sektion V "Die Kirche und die Welt der Nationen".

Die gegenüber 1938 und dem damaligen Nationalismus eingetretene Funktionalisierung des Staates von heute macht ihn anfälliger als je zuvor. Anfälliger für Integrationsideologie auf der einen, Tendenzen des Anarchismus auf der anderen Seite. Darum steht nicht politische Theologie, sondern theologische Staatskritik auf der Tagesordnung! Freilich darf solche theologische Staatskritik nicht im Sinne der "Grenzen des Staates" (Dibelius) geübt werden. Es geht

vielmehr

vielmehr um eine Reflexion auf die Mitbestimmtheit des modernen Staates durch die Kirchengeschichte, auch deren negative Tendenzen. "Trennung von Staat und Kirche" ist nicht das Ende, sondern der Anfang der theologischen Arbeit am Problem des modernen Staates. Es scheint gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt nötig, diese Forderung einer kleinbürgerlichen, privatisierenden Theologie entgegenzustellen, die sehr viel weiter verbreitet ist, als die hierokratischen Tendenzen, auf die sie zu ihrer Rechtfertigung gern hinweist.

4.2 Konfessionen und Kirchen

Unter dem Gesichtspunkt des uniting auf der einen und der Arbeit an der Leuenberger Konkordie auf der anderen Seite stellt sich die Frage nach der kirchlichen Relevanz der Konfessionen ganz neu.

4.2.1 Christologisch

Die Konkordie wirft uns zurück auf den christologischen Ursprung des lutherisch reformierten Dissensus. Dadurch ist aber die Frage nach dem Verhältnis der Reformation zum altkirchlichen Dogma aufgeworfen. Bei Luthers unreflektierter Bejahung des letzteren werden wir nicht stehenbleiben können (Schmalkaldischer Artikel).

4.2.2 Ekklesiologisch

Im Blick auf die Rezeption von COCU und Leuenberg muß nach der Stellung der Theologie in der Kirche gefragt werden. Cf. dazu: Löwen 1971, Bericht Schlink II A 4, ÖR 2/1972, 151. Wie der Löwener Bericht zeigt, herrscht über die Stellung der Theologie zu den anderen Wissenschaften bei ihr selbst die größte Unklarheit. In Deutschland kompliziert sich diese Frage dadurch, daß sie verknüpft ist mit der umstrittenen Stellung der Universität im Leben der Gesellschaft. Aufs engste verknüpft mit diesen Fragen und darum nicht unabhängig von ihnen lösbar, ist die der Stellung der Theologie zur Gemeinde. Diese Frage aber muß beantwortet werden, sofern wir für theologische Aussagen und Entscheidungen ekklesiologische Relevanz beanspruchen.

4.3 Die Verfassungsfrage als ökumenisches Problem

Fragt man nach der kirchlichen Stellung der Theologie, so ist damit die Frage nach der Verfassung der Kirche aufgeworfen. Die unter 4.2.1 aufgestellten Behauptungen sind nicht nur dogmengeschichtlicher Natur, denn das Verhältnis der Reformation zum altkirchlichen Dogma kann nicht abgelöst werden vom Problem der gesamtkirchlichen Verfassung. Dies Problem kommt auf uns zu - nicht vom Gegensatz lutherisch - reformiert, sondern aus dem dauernden Kontakt mit der Römisch-katholischen Kirche (ESG - KSG, Junge Gemeinde, evangelisch-katholischer Akademikerkreis).

Es wirkt irreführend, wenn unsere Stellungnahme zur Verfassungsproblematik sich auf allgemeine Erklärungen gegenüber hierarchischen Strukturen beschränkt. Der Hinweis auf Mobilität und Schnelllebigkeit ist keine zureichende Motivation ökumenischen Handelns. Wie Arnoldshain und Leuenberg, Löwen 1971 (Meyendorff-Vortrag) zeigen, haben Taufe und Abendmahlsfrage eine Tragweite, die bis ins Zentrum der Bemühungen um die ökumenische Einheit der Kirche reicht. Das zwingt zur Weiterarbeit, ist aber gleichzeitig eine Warnung vor kurzschlüssigen Problemformulierungen, die verhängnisvolle Polarisierungen nach sich ziehen könnten.

5. Vorschläge

5. Vorschläge

5.1 Anregung von Spezialstudien des Arbeitskreises für Geschichte der EKU im Sinne von 4.1.1

5.2 Erwägung der Relevanz des COCU-papers der EKU für das Lehrgespräch des Bundes.

5.3 Aktivierung der Gemeinden im Sinne der Impulse unter 1.

Dr. Ullmann

Beschlüsse der Regionalsynode Ost der Evangelischen Kirche in
=====

Berlin-Brandenburg vom Februar 1966 (Drucksache 10 und 106)
=====

(A I) Verständnis des Vorspruchs der Grundordnung

Zum Verständnis des Vorspruchs der Grundordnung "Von Schrift und Bekenntnis" stellt die Synode fest:

Die Berlin-Brandenburger Synode von 1948 will im Vorspruch der Grundordnung dem Widerfahrnis des Kirchenkampfes entsprechen und den dort gewonnenen Erkenntnissen gerecht werden. Damals wurde es trotz unterschiedlicher Bekenntnistradition und -bindung möglich, im Vertrauen auf die Einheit in Jesus Christus zu einem gemeinsamen Bekennen zu gelangen. Durch dieses gemeinsame Bekennen wurde die Gültigkeit der überkommenen Bekenntnisse nicht aufgehoben, sondern sie erwiesen sich in einer neuen Weise als lebendig. Darum wurden die Bekenntnisse ausdrücklich geschützt (GO-Vorspr. 4).

Das gemeinsame Bekennen brachte die Verheißung und das Gebot neu zum Bewußtsein, im Verständnis des gemeinsam bezeugten Evangeliums zu wachsen.

Das gemeinsame Bekennen erweckte die Hoffnung, daß die unterschiedlichen Konfessionen zu einem Bekenntnis zusammenwachsen (Joh. 17, 21; Eph. 4, 11-13).

So kann die Synode die in Barmen getroffene Entscheidung als eine erste Bestätigung ihrer Hoffnung bejahen (GO-Vorspr. 5). In dieser Hoffnung wird sie durch die Übereinstimmung unter den Vätern der Reformation bestärkt; sie haben je für sich bekannt, was unsere Kirche nun im Vorspruch zur Grundordnung einmütig bekennt: "daß Jesus Christus allein unser Heil ist, offenbart allein in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, geschenkt allein aus Gnaden, empfangen allein im Glauben" (GO-Vorspr. 4a).

In dieser Hoffnung kann die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg als Kirche der lutherischen Reformation⁺ einerseits die Spannung der beiden unterschiedlichen Bekenntnisse in ihrer Mitte anerkennen, andererseits "Gemeinschaft des kirchlichen Lebens" praktizieren. Das macht ihren besonderen Charakter aus (GO-Vorspr. 4). Damit bringt sie einen Beitrag in die Ökumenische Bewegung ein (GO-Vorspr. 8).

+Mit dem Ausdruck "Kirche der lutherischen Reformation" wird der Versuch gemacht, theologische und historische Momente in der Beschreibung von Wesen und Herkunft der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zu verbinden.

(A II) Bekenntnisbindung

Indem die Synode dieses Verständnis des Vorspruchs der Grundordnung feststellt, erklärt sie zur "Bekenntnisbindung", in der die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, ihre Synode, ihre Gemeinden und alle in ihr Dienenden stehen, und besonders zu der Bindung, die nach GO Art. 18 in der Ordination eingegangen wird:

- 1) Die Kirche lebt davon, daß in ihr und durch sie das Wort Gottes lauter und klar verkündet wird.
- 2) Zu dieser lauterer und klaren Verkündigung wollen die Bekenntnisschriften eine Hilfe sein. Dazu gehört, daß sie unlautere und

unklare Verkündigung verwehren. Gerade so weisen sie von sich weg auf die Heilige Schrift.

- 3) Die Kirche versteht deshalb unter "Bekenntnisbindung" - Bindung durch die Bekenntnisschriften allein an die Heilige Schrift.
- 4) Damit ist eine gesetzliche Bindung an die Bekenntnisschriften, die die Möglichkeit zur Sachkritik ausschließt, verwehrt.
- 5) In solcher Bindung allein an die Heilige Schrift wollen und sollen die Bekenntnisschriften in ihren einzelnen Aussagen verpflichtend sein.
- 6) Die Bindung an die Heilige Schrift durch die Bekenntnisschriften kann nur in gewissenhaftem Teilnehmen an der theologischen Arbeit der Gegenwart verantwortet werden.
- 7) Im Sinne der Thesen 1-6 erfragt die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, bevor sie auf das lutherische bzw. reformierte Bekenntnis ordiniert, die Bereitschaft zur "Gemeinschaft kirchlichen Lebens" und zum "Beharren und Wachsen in der Einheit des Bekenntnisses" nach Abschnitt 4 des Vorspruchs der Grundordnung mit den reformierten bzw. lutherischen Brüdern. Der Ordinand bringt diese Bereitschaft in seiner Bitte um Ordination schriftlich zum Ausdruck.

(A III) Gebrauch der dritten Form der Bekenntnisbindung im Ordinationsvorhalt der Evangelischen Kirche der Union

Reststellung und Erklärung zu I und II legen nahe, bei den Ordinationen entweder die erste oder die zweite Form der Bekenntnisbindung nach dem Abschnitt "Zum ändern" im Ordinationsvorhalt der Evangelischen Kirche der Union zu verwenden. Die dritte dort vorgesehene Möglichkeit ("... in den reformatorischen Bekenntnisschriften unserer Kirche") ist nach der Vorgeschichte der Formel für "unierte Kandidaten" bestimmt. Gemeinden unierten Bekenntnisstandes sind in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg nicht bekannt. Die dritte Möglichkeit ist aber zu vertreten, wenn Folgendes beachtet wird:

Eine Bindung an die reformatorischen Bekenntnisschriften insgesamt kann erfolgen, wenn der Ordinand darum bittet, seine Verpflichtung zu einer im Worte Gottes gegründeten Lehre in dieser Form vorzunehmen, und wenn er diese Bitte in seinem Antrag auf Ordination schriftlich in einer Weise erläutert, die mit dem Vorspruch der Grundordnung "Von Schrift und Bekenntnis" vereinbar ist.

Beschluß der Kirchenleitung (Ost) vom 3. 11. 1967 (vgl. Regionalsynode vom Februar 1966, Drucksache 11, S. 25-27)

Erklärung zur Ordination nach der dritten Form der Bekenntnisbindung (Richtlinien für die Ordinatoren)

Im Sinne des Vorspruchs unserer Grundordnung sollte unsere Kirche darauf verzichten, von sich aus eine verbindliche Auslegung der Bindung an "die reformatorischen Bekenntnisschriften" vorzunehmen. Sie würde sonst Gefahr laufen, einerseits ihre Pflicht zum Schutz des überkommenen Bekenntnisses ihrer Gemeinden zu verletzen, andererseits einem tieferen Erfassen der Gemeinsamkeit unter den Bekenntnissen und einem Wachsen in der Einheit des Bekenntnisses im Wege zu stehen. Um innerhalb unserer Kirche bei Bitten von Ordinanden und diesbezüglichen Erläuterungen durch sie zu übereinstimmenden Entscheidungen zu gelangen, sollten jedoch von den Ordinatoren folgende allgemeine Richtlinien beachtet werden:

1. Der Ausdruck "reformatatorische Bekenntnisschriften unserer Kirche" umfaßt jedenfalls die in der ersten und die in der zweiten Form genannten Bekenntnisschriften, also "das Augsburger Bekenntnis, die Apologie, die Schmalkaldischen Artikel, den Großen und den Kleinen Katechismus Martin Luthers" und "den Heidelberger Katechismus".
2. Die Aussage im Ordinationsvorhalt, daß Gottes lauterer und klarer Wort "in" diesen Bekenntnisschriften - und zwar in diesen Bekenntnisschriften insgesamt - "bezeugt ist", muß in unserer Kirche besonders mit dem 4. Abschnitt des Vorspruchs unserer Grundordnung verglichen werden.
3. Ein Gebrauch der dritten Form ist besonders zu der § 7. These der Synodalerklärung über die "Bekenntnisbindung" ins rechte Verhältnis zu setzen. Klar ist, daß in unserer Kirche wie beim Gebrauch der ersten bzw. der zweiten Form so auch bei einem Gebrauch der dritten nur beides - das "Schützen des Bekenntnisses" einerseits und das "Hinwirken und Beharren und Wachsen in der Einheit des Bekenntnisses" andererseits - zugleich gemeint sein kann. Möchte der Ordinand mit seiner Bitte um Gebrauch der dritten Form das "Hinwirken auf Beharren und Wachsen in der Einheit des Bekenntnisses" besonders betont wehen, so muß von ihm also jedenfalls auch eine Erklärung darüber abgegeben werden, wie er zu dem anderen, dem "Schützen des Bekenntnisses", steht.
4. Keinesfalls darf mit einer Verwendung der dritten Form einer Gleichgültigkeit gegenüber den Bekenntnissen unserer Kirche Raum gegeben werden. Ebenso wenig kann es sich darum handeln, durch Gewährung der dritten Form das eine gemeinsame Bekenntnis, das wir erhoffen, vorwegzunehmen. Vielmehr kann es sich nur darum handeln, daß ein Ordinand die Verwendung der dritten Form erbittet, um zu betonen, daß die Kirche auf Einheit des Bekenntnisses hin unterwegs ist. In diesem Fall muß der Ordinator prüfen, ob und wie sich der Ordinand sowohl die genannten lutherischen Bekenntnisschriften als auch den Heidelberger Katechismus je konkret als Hinweise auf das Wort Gottes dienen lassen will.
5. Der Gebrauch aller drei Formen setzt entsprechend der 6. These der Synodalerklärung über die "Bekenntnisbindung" ein gewissenhaftes Teilnehmen an der theologischen Arbeit der Gegenwart voraus und bindet - gerade im Vollzug der Bekenntnisbindung - daran. Demnach kann weder der Gebrauch der ersten bzw. der zweiten Form ein Abstandnehmen davon bedeuten, noch kann die dritte Form deswegen erbeten und gewährt werden, weil nur sie dieser Bindung genügend Rechnung trage.

Anmerkung: Diese Beschlüsse gelten, bis ein gleichlautender Beschluß beider Regionalsynoden erreicht ist.